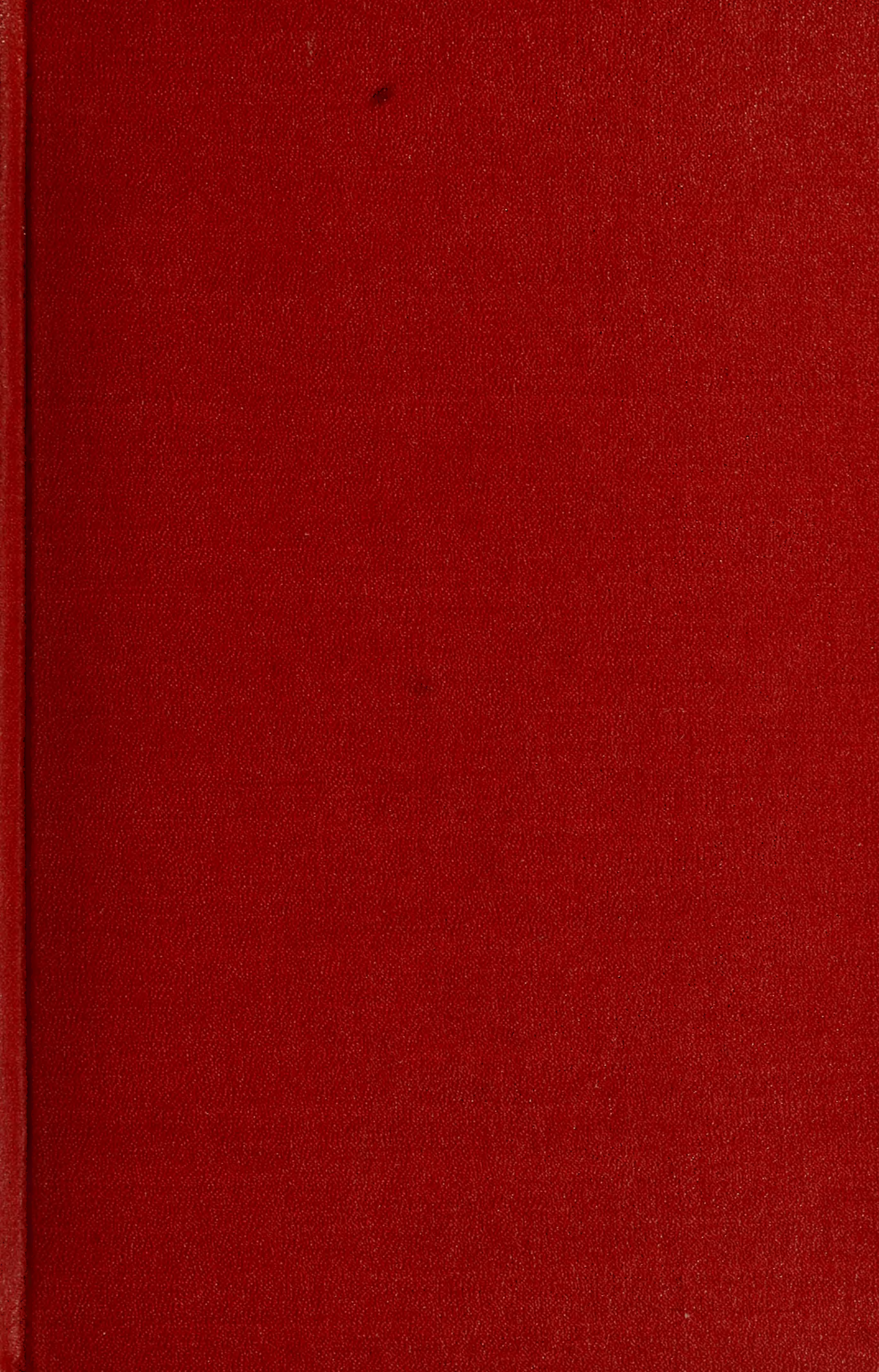
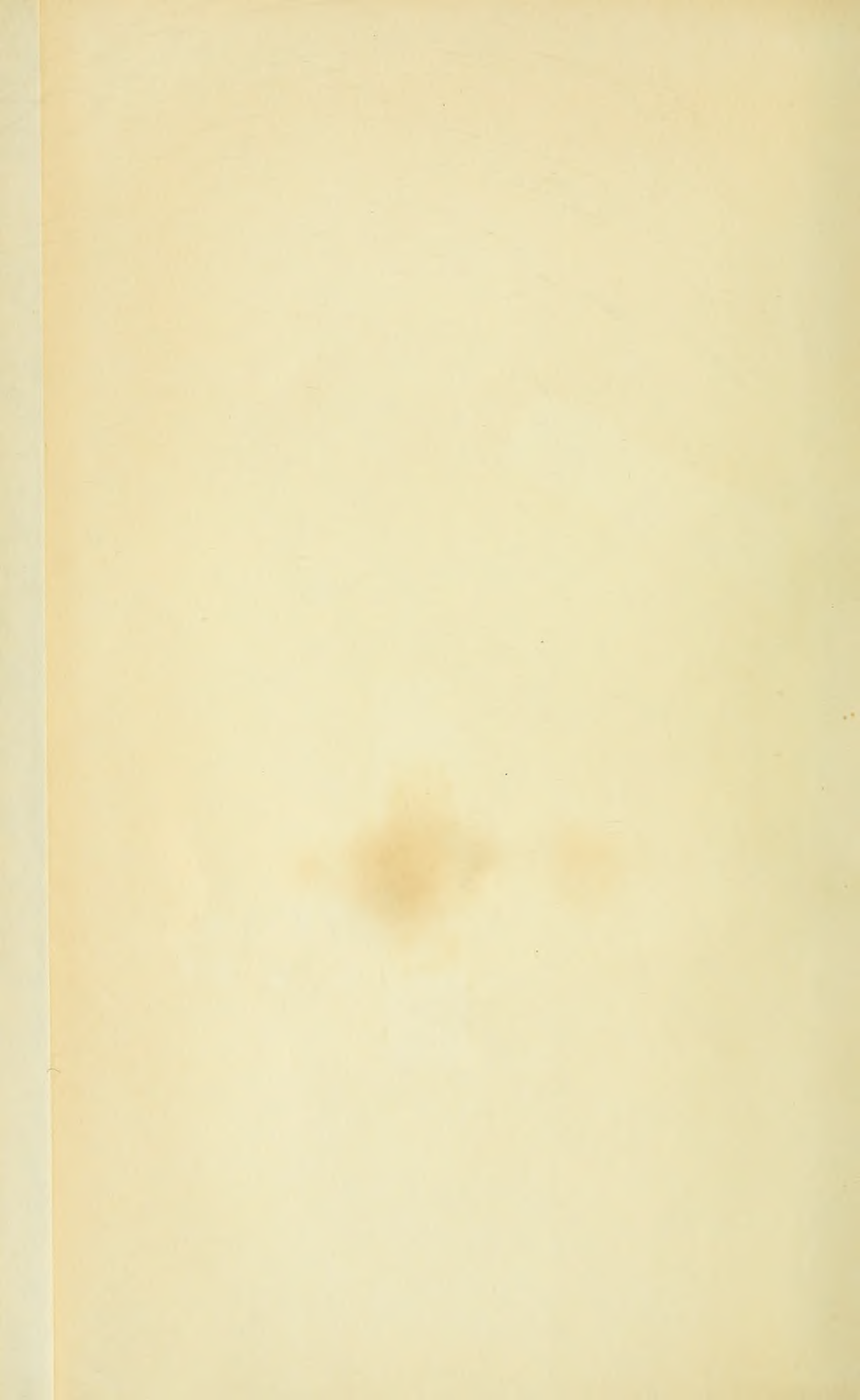






# Die erste deutsche Nationalversammlung

Eine geschichtliche Studie
über die Frankfurter Paulskirche

von

Veit Valentin






München und Berlin 1919
Druck und Verlag von R. Oldenbourg



Meiner Mutter

Caroline Valentin geb. Pichler

gewidmet





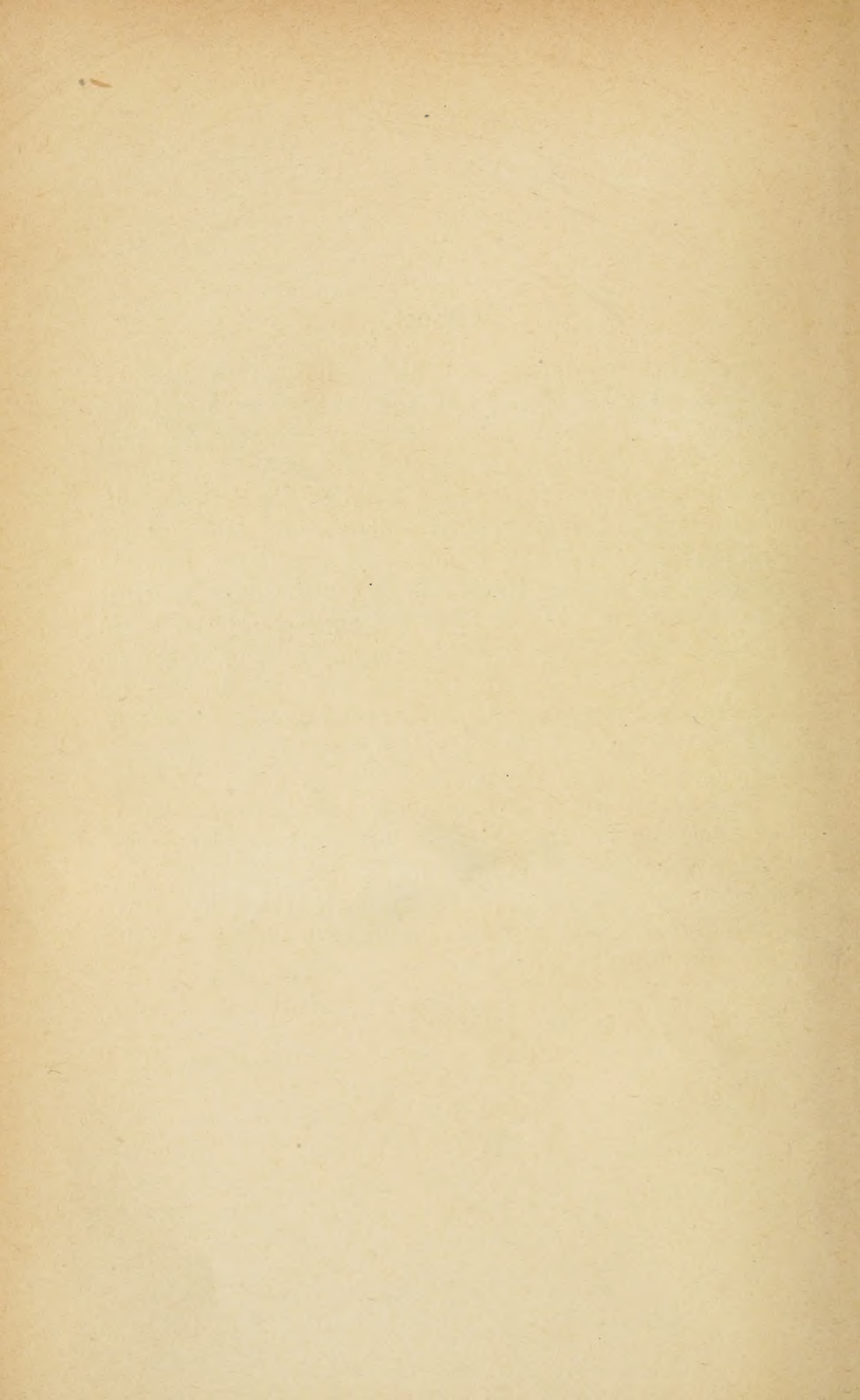
# Vorwort.

Seit 1912 bin ich mit den Vorbereitungen zu einer erschöpfenden geschichtlichen Darstellung der deutschen Revolution von 1848/49 beschäftigt, durch die meine ersten Bücher über dieses Forschungsgebiet ihren Abschluß finden sollten. Die Zeitereignisse haben seit 1914 meine Arbeiten für dieses große, auf zwei Bände berechnete Werk unterbrochen. Um aber der wissenschaftlichen Welt doch endlich etwas vorzulegen, auch um dem durch die jüngsten Umwälzungen neuerwachten Interesse breiterer Schichten eine gründliche Belehrung zu bieten, haben die Verlagsbuchhandlung R. Oldenbourg und ich sich entschlossen, als einen Vorläufer des Hauptwerkes diese Studie über die erste deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche herauszubringen. Das Manuskript war ursprünglich umfangreicher und ist nachträglich wesentlich gekürzt worden.

Die Studie beruht durchweg auf den Quellen selbst, in erster Linie auf den Verhandlungen der Nationalversammlung; ihre bleibende Bedeutung nicht nur für die deutsche politische Entwickelung, sondern auch für die Geschichte der deutschen Wirtschaft und des deutschen Geistes darzustellen, ist mir als meine vornehmste Aufgabe erschienen.

Berlin, 20. März 1919.

**Veit Valentin**



# Inhalt.

# I. Entstehung und Zusammensetzung der Nationalversammlung.

In der ersten Sitzung, die die Deutsche Nationalversammlung am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche abhielt, erhob sich gegen Schluß der Bischof von Münster, Müller, und schlug vor, einen Eröffnungsgottesdienst abzuhalten; er wies dabei hin auf das Wort der Heiligen Schrift: „Wenn der Herr das Haus nicht baut, so bauen die Werkleute das Haus umsonst." — Es wurde aber kein Eröffnungsgottesdienst abgehalten. Zwar unterstützte die Mehrheit der Versammlung den Antrag des Bischofs, aber es gelang den beiden bekannten Führern der revolutionären Bewegung Venedey und Raveaux einen plötzlichen Umschwung herbeizuführen. Venedey sagte, man müsse den Gottesdienst aus der Nationalversammlung herauslassen, und Raveaux führte aus: die schönen Reden müssen einmal aufhören um der Tat willen. — „Hilf dir selber, und Gott wird dir helfen"[1]).

Dieser kleine Vorgang hat eine typische Bedeutung. So standen die Gegensätze; so stand der revolutionäre Geist gegen den Geist der Autorität. Von der Natur dieses revolutionären Geistes eine klare Anschauung zu gewinnen, wird eine der Hauptaufgaben unserer Studie sein. Der revolutionäre Geist geht auf sehr alte Ursprünge zurück; man kann ihn verfolgen bis hinauf in die Kämpfe der deutschen und der italienischen Städte des späteren Mittelalters, er ist dann durch die drei großen geistigen Strömungen der Neuzeit, Renaissance, Reformation und Aufklärung immer neu befördert und neu gestaltet worden. Der revolutionäre Geist ist seinem innersten Wesen nach das Erlebnis des Einzelnen; er entspringt aus der tiefen Erschütterung, die ein einzelner Mensch erfährt angesichts der erdrückenden

Übermacht, durch die sein persönliches Leben von geschichtlich gewordenen Mächten bedroht wird. Diese geschichtlich gewordenen Mächte können den verschiedensten Lebenskreisen angehören: es sind Mächte des kirchlich-religiösen Lebens, Mächte des politisch-sozialen Lebens, Mächte endlich der wissenschaftlich und künstlerisch schaffenden geistigen Welt. Das revolutionäre Erlebnis und die revolutionäre Tat bleiben sich im Grunde durch alle die mannigfaltigen Entwicklungsstufen der neueren Geschichte gleich. Jede der großen politischen Mächte Europas hat ihre Revolution durchgemacht: auf die englische des 17. Jahrhunderts folgte die französische des 18. und die deutsche des 19. Jahrhunderts. Der Kampf des Geistes der Revolution mit dem Geiste der Autorität ist also ein europäisches Ereignis, das über die Einzelentwickelungen der Fürstenherrschaft und der nationalen Erweckung, über den Konflikt zwischen europäischer Hegemonie und staatlichem Selbstbestimmungsrecht hinaus das Schicksal der europäischen Menschheit tiefgreifend bestimmt hat.

In diesen großen geistigen Zusammenhang gehört die erste Deutsche Nationalversammlung von 1848; aus diesen säkularen Gesichtspunkten muß ihr Werk und ihre Tat verstanden werden.

Wie ist die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zustandegekommen? Die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 hat die alten Mächte in Deutschland mit einer unerwarteten Leichtigkeit gestürzt. In allen großen und kleinen Zentren des politischen Lebens waren die Führer der bisherigen Opposition an die Spitze der Regierungen getreten. Die Bewegung war vor den Thronen stehengeblieben, die Fürsten hatten ein überraschendes Entgegenkommen gezeigt. Die Stimmung jener Märztage war wundervoll hoffnungsfreudig — die Erfolge hatten berauscht, hochgeachtete und hochbegabte Männer standen in der ersten Linie, es war kein wesentliches Hindernis zu sehen. Das gebildete Bürgertum, der Held dieser Revolution, war stolz auf seine Tat, und kein Ziel schien ihm hoch genug. Die Gärung in den breiteren Massen war wohl unheimlich, aber warum sollte sie nicht in eine gedeihliche Bahn gelenkt werden? Die allgemeinen politischen Umstände waren einem Neuaufbau in Deutschland außerordentlich günstig:

Frankreich war durch seine schwerere und lebensgefährlichere Krise gelähmt, der österreichische Kaiserstaat befand sich in der Auflösung, der preußische Stolz war vollkommen erweicht und bemühte sich um Deutschland. Aus dieser Lage heraus entstand der tiefe Wunsch nach einem deutschen Parlament; in der Idee des deutschen Parlaments gipfelten alle die verschiedenartigen Reformwünsche in den deutschen Einzelstaaten; hier sah man die sicherste Garantie und die letzte Erfüllung.

Der Gedanke einer Vertretung der Nation beim Bunde hatte die politische Phantasie der beiden Generationen seit 1815 immer wieder beschäftigt

Der große Publizist Görres hat sich zuerst dafür eingesetzt, Freiherr vom Stein hat den Gedanken aufgenommen, andere sind nachgefolgt. Die Idee der Nationalvertretung war lange vor 1848 Gemeingut, und auch das Wort „deutsches Parlament" war der Presse seit Jahren geläufig. In den süddeutschen Volkskammern wurde dem Deutschen Zollverein oft der Mangel einer parlamentarischen Einrichtung vorgeworfen. Friedrich Bassermann hat dann durch seinen berühmten Antrag vom 12. Februar 1848 in Karlsruhe das erlösende Wort gesprochen. Ihm und Karl Welcker bezeugte es Heinrich von Gagern, daß sie den unmittelbaren Anstoß zu einer Verwirklichung des alten deutschen Ideals gaben[2]). Seit dem Jahr 1839 hatten Versammlungen von Deputierten stattgefunden, auf Anregung und Einladung der Badener Welcker und Itzstein. Daran nahmen Deputierte aus vielen deutschen Staaten teil, besonders Sachsen, darunter Robert Blum. Zuerst in Hattersheim bei Frankfurt, dann auf Itzsteins Gut Hallgarten i. Rg., dann in Leipzig und sonstwo trafen sich diese Männer; in den Zeitungen war von diesen Versammlungen nicht die Rede, aber unbedingt geheim gehalten wurden sie auch nicht. Erst die Versammlung zu Heppenheim vom Herbst 1847 wurde auch in der Presse besprochen. Aus diesen Anregungen, Vorläufern und Vorbereitungen ist das sog. Vorparlament in Frankfurt hervorgegangen, das durch die Heidelberger Versammlung Anfang März beschlossen wurde und dann tatsächlich am 31. März in Frankfurt zusammentrat. Das Vorparlament war eine durchaus revolutionäre Körperschaft, die spontane Zusammenkunft deutscher Vertrauensmänner, die nun unter dem Eindruck der gewaltigen

Zeitereignisse die Initiative ergriffen, zu „Verhandlungen zur Gründung eines deutschen Parlamentes". — Diese Verhandlungen, auf die ich hier nicht näher eingehen möchte, fanden in vier Sitzungen vom 31. März bis zum 3. April statt.

Ihr Ergebnis war der Beschluß, den Zusammentritt einer Deutschen Nationalversammlung in die Wege zu leiten. Die Einzelheiten wurden dem sog. Fünfzigerausschuß übertragen, dem die Aufgaben gestellt wurden, mit der Bundesversammlung sich ins Einvernehmen zu setzen und alle Bundesangelegenheiten im Interesse der Nation mitzuberaten; im Falle eintretender Gefahr sollte der Fünfzigerausschuß das Vorparlament wieder einberufen.

Wir sehen also, wie die revolutionäre Bewegung von 1848 nicht nur vor den Thronen, sondern auch vor dem Bundestag stehen blieb. Die radikale Richtung im Vorparlament wurde durch die gemäßigte zurückgeschoben; man wünschte in durchaus loyaler Weise an das Bestehende anzuknüpfen und so die Kontinuierlichkeit der deutschen Entwicklung zu erhalten. Der Bundestag war wohl die verhaßteste aller deutschen Einrichtungen; jetzt machte der rührende Geist der deutschen Gesetzlichkeit doch den Versuch, auf dieser vorhandenen Grundlage das Weitere aufzubauen. Mit einer gewissen Hast zeigte sich jetzt der Bundestag modern; er war es, der die erste Bestimmung über die Wahlen zur Nationalversammlung am 30. März erließ: danach sollten die Wahlen gemäß den Verfassungen der Einzelstaaten nach dem Maßstabe von 1:70000 vorgenommen werden. Das Vorparlament war mit diesem Beschluß aber nicht einverstanden, und der Bundestag fügte sich den dort erfolgenden Bestimmungen. Danach wurde als Wahlmodus festgelegt: auf je 50000 Köpfe ein Abgeordneter, aktives und passives Wahlrecht für jeden volljährigen selbständigen Staatsangehörigen.

Dieses außerordentlich weitgehende Wahlgesetz — es ist tatsächlich das modernste, was es damals überhaupt gab — ist nun von den verschiedensten Seiten her angefochten worden. Die Wählbarkeit mit 21 Jahren wurde von seiten der Gemäßigten angegriffen; die Radikalen auf der anderen Seite erhoben lebhaften Widerspruch gegen den Begriff der Selbständigkeit, einen Begriff, der dann auch später in der Nationalversammlung leidenschaftlich umstritten wurde.

Der Erlaß der Wahlverordnungen zur Nationalversammlung wurde also Sache der Einzelstaaten, und es war nur natürlich, daß diese Wahlverordnungen sehr verschieden ausfielen. Da der Begriff der Staatsangehörigkeit nicht näher bestimmt war, so waren zahlreiche Deutsche von der Wahl ausgeschlossen, die längere Zeit außerhalb ihres Heimatstaates wohnten — es sei denn, daß sie nach Hause zurückkehrten, um zu wählen. Natürlicherweise betraf dieser Mißstand vorwiegend die breite Masse, also Handwerksgesellen, Handlungsgehilfen, Fabrikarbeiter. Es kam zu zahlreichen Beschwerden, und der Fünfzigerausschuß versuchte durch Ermahnungen und ernste Aufforderungen einzuschreiten. Bezeichnend für die Seltsamkeit der Zeitverhältnisse ist die Tatsache, daß sogar die in Paris lebenden Deutschen das Verlangen stellten, einen Abgeordneten in die Nationalversammlung zu senden!

Am meisten Schwierigkeiten machte Bayern, dessen Wahlgesetz die Zahlung einer direkten Steuer zur Bedingung machte. Eine Abänderung dieser Bestimmung wurde trotz der Einsprache des Fünfzigerausschusses nicht bewerkstelligt. Die Begeisterung für die Deutsche Nationalversammlung war besonders in Alt-Bayern gar nicht groß. Nach dem Zeugnis Eisenmanns erklärten dort die Bauern: „Wir sind von jeher bayrisch gewesen und wollen bayrisch bleiben, was kümmert uns das Parlament in Frankfurt?“ [3])

Auch sonst sind allerlei Mißbräuche und Absonderlichkeiten bei den Wahlen vorgekommen. In Preußen wurde in einigen Wahlkollegien nicht geduldet, daß die Leute selbst ihre Stimmzettel schrieben, sie mußten sie vielmehr unter Kontrolle auf dem Tische des Bureaus schreiben. An einigen Orten wurden numerierte Stimmzettel abgegeben, um hinterher aus der Durchsicht der Zettel Schlüsse zu ziehen [4]).

Die Mehrzahl der deutschen Staaten haben für die Nationalversammlung indirekte Wahlen angeordnet, und zwar dergestalt, daß auf 500 Seelen ein Wahlmann kam. Nur vier Staaten, Württemberg, Kurhessen, Hamburg, Schleswig-Holstein, haben sich zu direkten Wahlen entschlossen. Die Abgrenzung der Wahlkreise war auch sehr unzureichend, weil die Bevölkerungsziffer der Bundesmatrikel von 1817 und nicht das Ergebnis der letzten Volkszählung zugrunde gelegt wurde. In Preußen war z. B.

die Bevölkerung seitdem um 6 Millionen gewachsen. Die Vertretung war also unangemessen, und zu kurz kamen dabei die industriellen Bezirke. Die Beeinflussung der Urwähler durch die Wahlmänner soll gelegentlich skandalös gewesen sein. Es wurde von den Wahlmännern ein Stück Land oder ein Stück Vieh versprochen, oder es wurden Geschenke von 10 Talern und mehr gemacht[5]).

Die Deutsche Nationalversammlung, die aus diesen so außerordentlich verschiedenartig vollzogenen Wahlen hervorging, ist niemals eigentlich vollzählig gewesen. Die Zahl der überhaupt gewählten Abgeordneten und der später einberufenen Stellvertreter betrug 831. Beim Beginn der Verhandlungen waren 330 Abgeordnete anwesend; im Laufe der Monate steigerte sich die Anwesenheitsziffer auf beinahe 500. Es war also schon äußerlich betrachtet eine sehr stattliche Versammlung, die nun durch die Art ihrer Zusammensetzung vollends den Charakter der Einzigkeit bekam. Beschäftigen wir uns nun etwas näher mit ihrer Zusammensetzung.

Man hat die Frankfurter Nationalversammlung häufig das Professorenparlament genannt. Die Zahl der Professoren ist tatsächlich groß, aber bei weitem nicht die größte. Es hat 49 Universitätsprofessoren und Dozenten und 57 Professoren und sonstige Angehörige höherer Lehranstalten in der Paulskirche gegeben. Überwiegend an Zahl sind die Juristen. Die Paulskirche verdient in erster Linie den Namen eines Juristenparlamentes und ähnelt deshalb sehr stark den französischen Versammlungen, besonders aus der Zeit des Bürgerkönigtums. Wir haben 157 Richter, Staatsanwälte und sonstige Angehörige richterlicher Berufe, wir haben 66 Advokaten, 20 Bürgermeister und 118 Angehörige der höheren Verwaltung. Schließlich sind noch 3 Diplomaten hinzuzuzählen, Schmerling, der preußische Gesandte bei den Vereinigten Staaten v. Rönne und der Legationsrat Max von Gagern. Dieser außerordentlich große Bestand an Juristen hat auf die Art der Verhandlungen zweifellos stark eingewirkt; wir werden diese Einwirkung noch im einzelnen festzustellen haben. Unter den Universitätsprofessoren sind besonders hervorgetreten: Georg Beseler, Dahlmann, Robert Mohl, Friedrich v. Raumer, Friedrich Vischer, Georg Waitz, Karl Welcker, Eduard Simson. Die Genannten sind zum größeren

Teil die einflußreichsten Mitglieder der späteren Erbkaiserpartei geworden, die man deshalb auch die Professorenpartei genannt hat. Der Ausdruck ist insofern etwas irreführend, als die Professoren doch in allen politischen Richtungen der Paulskirche vertreten waren; so ist das großdeutsch-klerikale Element vertreten durch Franz Buß, Gförer, Ernst von Lassaulx, Georg Phillips, Johann Sepp; auf der Linken saßen: Karl Vogt und der Gymnasialoberlehrer Rösler von Oels. Von anderen Vertretern des höheren Lehramts haben sich noch Heinrich Ahrens und Christian Wurm als Redner ausgezeichnet. Der Rektor von Nürtingen Gustav Rümelin ist im Parlament wenig hervorgetreten, hat aber in seinen Berichten aus der Paulskirche eines der wertvollsten Zeitdokumente geschaffen.

Betrachten wir uns nunmehr die Juristen etwas genauer. Die Angehörigen des höheren Justizdienstes, die Assessoren, Gerichtsräte, Justizräte und Präsidenten haben überwiegend in den Parteien der Rechten und des Zentrums gesessen, während die Advokaten überwiegend die Linke bevölkert haben. Unter den Richtern sind die namhaftesten: Grävell, Lette, Plathner, Reichensperger, Siemens, Wichmann; unter den Advokaten nenne ich: L. Brentano, J. H. Detmold, Briegleb, Fehrenbach, Heckscher, J. A. v. Itzstein, Jucho, Reh, Gabriel Rießer, Simon v. Trier, A. v. Soiron, Titus, Wesendonck und Zell. Die Verwaltungsbeamten enthalten alle Typen der so mannigfach ausgebildeten und verzweigten vorrevolutionären deutschen Bureaukratie. Wir haben preußische Landräte, Regierungsräte, Polizeidirektoren, Oberpräsidenten und Minister, wir haben österreichische Bezirkskommissäre, Kreiskommissäre, Hofkonzipisten, Offiziale, Hofsekretäre, wir haben einen hohenzollernschen Oberamtsverweser, einen Etatrat aus Schleswig, mehrere Ministerialräte aus München, den Präsidenten der Regierung von Wiesbaden, einen Oberkammerrat aus Wetzlar, einen Amtsrat aus dem Anhaltischen, einen Landvogt aus dem Oldenburgischen: und aus dieser ganzen Fülle von Regierungsleuten entsteht ein anschauliches Bild des alten Polizeistaates mit seiner wohlmeinenden Vielgeschäftigkeit und seiner tausendfach zersplitterten Autorität. Der Landvogt oder der Amtmann — das war eben die Persönlichkeit, auf die das Auge des Bürgers in erster Linie fiel, wenn es galt, einen Mann des öffentlichen

Vertrauens zu bezeichnen. Es ist charakteristisch, daß gerade aus dieser Fülle von Verwaltungsbeamten nur ganz wenige in der Nationalversammlung hervorgetreten sind. Ich nenne in erster Linie Heinrich v. Gagern, der aber freiwillig wegen seiner oppositionellen Haltung vor der Revolution aus dem hessischen Staatsdienst entlassen worden ist und erst in den Märztagen in Darmstadt Ministerpräsident wurde; ferner v. Linde, v. Vincke, Wippermann.

Von weiteren akademischen Berufen sind vertreten gewesen: die Bibliothekare und Archivare (5), die Ärzte (18), darunter die führenden Mitglieder der Linken, Eisenmann aus Nürnberg und Löwe aus Kalbe, die Geistlichen, und zwar 16 katholische, 16 evangelische und ein deutsch-katholischer. Endlich die Schriftsteller und Redakteure (43). Unter den katholischen Geistlichen waren die namhaftesten: Fürstbischof von Breslau Diepenbrock, Ignaz Döllinger, Wilhelm v. Ketteler; unter den evangelischen Karl Jürgens. Unter den Schriftstellern befanden sich die Dichter Ludwig Uhland, Moritz Hartmann, Heinrich Laube, Wilhelm Jordan; als Vertreter des im damaligen Deutschland noch neuen Berufes der „Publizisten" nenne ich Arnold Ruge und Adolf Wiesner.

Wir wenden uns nunmehr den nicht akademischen Berufen zu. Auffallend viel Offiziere haben in der Nationalversammlung gesessen (16); in erster Linie ist von ihnen zu nennen der General v. Radowitz; außer ihm noch drei andere Generäle, mehrere Obersten, Majore und Hauptleute; schließlich zwei Leutnants. Wie sind nun die erwerbenden Berufe vertreten gewesen? Hier herrscht bei weitem die Landwirtschaft (60) vor. Unter den Gutsbesitzern und Landwirten finden wir alle Typen; überwiegend freilich die größeren Besitzer, besonders die adeligen Gutsbesitzer aus allen Teilen Deutschlands. Wir haben da neben dem norddeutschen und schlesischen Majoratsherren den Tiroler Grafen, der in seinem Stadthaus sitzt und von den Renten seiner Güter lebt. Wir haben aber auch einen oberschlesischen Hüttenbesitzer, Alexander v. Bally, einen Hammergutsbesitzer, endlich einen bayerischen Forstmeister, der in der Nähe von Aschaffenburg auf einem Gut sich eine Fabrik eingerichtet hat, Dr. Ernst Daniel Müller; wir haben endlich einen Landhausbesitzer vom Rhein, den trefflichen Karl Stedmann, und den Weingutsbe-

sitzer Wernher von Nierstein, der sich einmal mit schönen Worten seiner eigenen Hände Arbeit gerühmt hat, und endlich, soweit ich sehe, als den bescheidensten unter den Landwirten, einen Herrschaftspächter von St. Georgen bei Graz, Johann Wolf. Auch diese Vertretung der Landwirtschaft gibt uns ein anschauliches Bild des alten überwiegend agrarischen Deutschland.

Wesentlich geringer als die Zahl der Landwirte ist die der Kaufleute (46). Aber es sind hier doch die meisten großen Zentren des deutschen Handels und der allmählich beginnenden Industrie vertreten: Hamburg mit den Namen Merck, Godeffroy, v. Pretis, Roß; Bremen (Dröge, Gevekoth, Konsul Hermann Heinrich Meyer), Köln (G. Mevissen), Emden (Großbritannischer Vizekonsul Brons), Berlin (Geh. Kommerzienrat Carl). Wir haben ferner drei Bankiers, je einen Fabrikanten aus Schopfheim, Kassel, Hoheneck, Losheim, zwei aus Chemnitz, darunter der vortreffliche Kenner deutscher Wirtschaftsverhältnisse Eisenstuck, einen Buchdruckereibesitzer aus Elbing, einen Bierbrauereibesitzer aus Heilbronn, einen Spediteur aus Schlesien. Zahlreich sind die Buchhändler (6): Friedrich Bassermann aus Mannheim, Dr. Schwetschke aus Halle, Moritz Veit aus Berlin. Auch Robert Blum hat als seinen Beruf den des Buchhändlers angegeben. Sein Name leitet uns ganz natürlich hinüber zu den Vertretern der unteren Volksschichten.

Die unteren Volksschichten sind in der Frankfurter Nationalversammlung völlig unzureichend vertreten gewesen. An mittleren Beamten haben wir 11 gezählt: mehrere Beamte der Post, ein Postmeister, ein Posthalter, ein Postrevisor, die beiden ersten fraglos gleichzeitig auch kleine Landbesitzer; mehrere Zollbeamte, ein Güter- und Gewerbeinspektor, ein Grundbuchführer, ein Rentbeamter und ein Herrschaftsverwalter — diese beiden letzteren wären auch dem landwirtschaftlichen Kreis zuzuzählen; endlich ein Beamter der österreichischen Nationalbank aus Prag, H. Reitter. Nur vier Angehörige des Handwerks haben in der Frankfurter Paulskirche gesessen: ein bayerischer und ein Wiener Bierbrauer, ein Schönfärber aus Österreichisch-Schlesien und endlich der schwäbische Schlossermeister Ferdinand Nägele. Einen Arbeiter hat es offenbar nicht gegeben; auch unter den Beruflosen (116) wird sich wohl keiner befunden haben. Die Beruflosen sind überwiegend Abgeordnete, die als Stellver-

treter eingetreten sind, oder Österreicher aus nicht deutschen Kronländern, die sich nur flüchtig in Frankfurt aufgehalten haben, deren nähere Umstände aber nicht erschöpfend bekannt geworden sind. Gewiß ist aber auch unter der Kategorie der Beruflosen jener alte deutsche Typ des kleinen Hausbesitzers vertreten gewesen, jenes „Bürgers", der „ein Gärtchen und ein Häuschen vor der Stadt" besaß, in seiner Jugend vielleicht irgend ein Handwerk gelernt hatte und sich nun als ein bescheidener Rentner mit städtischen, ländlichen oder staatlichen Angelegenheiten beschäftigen konnte, — ein deutscher Typus, der in der Zeit der großen Wirtschaftsumwälzung nach der Revolution fast völlig untergegangen ist.

Die Vertreter des Radikalismus von 1848, also diejenigen, die eine deutsche Republik auf breitester demokratischer Grundlage wünschten und z. T. zur Erreichung dieses Zieles neben den damals üblichen revolutionären Mitteln auch Maßnahmen aus dem kommunistischen Gedankenkreis empfahlen, die Vertreter dieser Richtung in der Paulskirche sind durchweg Intellektuelle gewesen. Aber eine Persönlichkeit gehörte doch auch zur äußersten Linken, die aus diesem Kreise völlig herausfällt. Es ist der Abgeordnete Minkus, als dessen Beruf „Kolonist und Händler" angegeben ist. Er vertrat den Wahlbezirk Kreutzburg und Rosenberg in Schlesien und war tatsächlich ein Bauer, soweit ich sehe, der einzige wirkliche Bauer in der Nationalversammlung, der einzige Vertreter der untersten Volksschicht. Sein Bezirk ist überwiegend polnisch gewesen, seine Muttersprache war auch das Polnische, und er hat die Tribüne nie betreten, weil er sich nicht in fließendem Deutsch auszudrücken vermochte. Er hat sich aber sonst eifrig betätigt und hat zu denen gehört, die eine gewaltsame Aufhebung der preußischen Nationalversammlung in Berlin im Sommer 1848 gewollt haben und die im Zusammenhange damit auch die Frankfurter Septemberrevolution gegen die Paulskirche vorbereiteten. Da das Gericht von Rosenberg den Abgeordneten Minkus wegen Hochverrats in den Anklagezustand versetzte, so ist sein Fall nebst den dazu gehörigen Akten, seine Briefe eingeschlossen, in der Paulskirche zur Verhandlung gekommen, und infolgedessen ist für uns die Persönlichkeit dieses absonderlichen bäuerlichen Kommunisten unmittelbar greifbar. Er hat es fertiggebracht, in seinem Wahl-

kreis und in der Nachbarschaft tumultarische Auftritte hervorzurufen, die zur gänzlichen Verweigerung in der Erhebung der öffentlichen Lasten führten. Auch hat er eine Propagandaschrift: „Der deutsche Hunger und die deutschen Fürsten" verbreitet [6]).

Die erste Deutsche Nationalversammlung war ein aristokratisches Gebilde. Trotz der Inkorrektheit der Wahlen, aus denen sie hervorgegangen war, darf man sie bezeichnen als ein vollkommenes Spiegelbild der geistigen und gesellschaftlichen Zustände des damaligen Deutschland. Nicht umsonst war der Adel in ihr so stark vertreten: 2 Fürsten, 13 Grafen, 70 Freiherrn und Herren. Sie war eine Art Ständeversammlung, sie stellte in der deutschen Geschichte gewissermaßen die Generalstände dar; aber, das muß scharf betont werden, es war eine aristokratische Versammlung von ganz überwiegend moderner staatsbürgerlicher Gesinnung. Sie war erfüllt auch in den Kreisen ihrer äußersten Rechten von dem Gefühl der Notwendigkeit eines gründlichen Neuaufbaues Deutschlands — waren doch die Angehörigen der Rechten der Paulskirche bisher die Führer der liberalen Opposition gewesen. Die Frankfurter Nationalversammlung war eine unvergleichliche Vereinigung von Persönlichkeiten: die Abgeordneten vertraten wirklich ihre Kreise, sie waren bekannte Vertrauensleute ihrer Heimat, sie waren zumeist auf diesem heimatlichen Boden selbst gewachsen oder sie waren doch mindestens mit ihm durch die nächsten Bande verknüpft. Die alte parlamentarische Ausdrucksweise, die aus England stammt, und die von einzelnen Abgeordneten, besonders von Vincke regelmäßig angewandt wurde, nämlich die Methode, die Abgeordneten nicht bei ihrem Namen zu nennen, sondern durch die Anführung ihres Wahlkreises zu bezeichnen — diese alte Methode hat in der Frankfurter Paulskirche einen sehr guten Sinn. Der Abgeordnete für Frankfurt etwa oder der Abgeordnete für Hamburg vertrat wirklich seine Vaterstadt, er stand für sie ein, er verteidigte ihre Interessen, er trug gewissermaßen die Verantwortung für alles, was mit ihr geschah. Diese Bodenständigkeit der Abgeordneten gibt dem Bild in der Paulskirche das Leuchtende und Farbige. Nicht geschlossene Parteien also hatten ihre Vertrauensleute in dieses erste deutsche Parlament geschickt; die Versammlung begann als ein Chaos, die Landsmannschaft, die Berufsgemeinschaft waren die ersten Momente,

die eine Gruppierung erzeugten, und erst ganz allmählich haben sich an den großen politischen Fragen die Willensrichtungen geschieden. In den ersten Wochen der Frankfurter Nationalversammlung ist wohl nirgends ein Zweifel darüber laut geworden, ihr Werk könne vielleicht nicht zustande kommen. Das Vertrauen zu dieser ersten wahrhaften Vertretung des deutschen Volkes war in der Tat grenzenlos. Es war eine optimistische Revolution, das Kind einer langen Friedensepoche; sie traf die Menschen in einem frischen erlebnisfrohen Zustande, sie vereinigte eine elastische und stürmende Jugend mit einer älteren Generation, die viel gedacht, viel gelitten und sich selbst in allem treu geblieben war. Unter dem Mantel des fürstlich-absolutistischen und bureaukratischen Deutschland war ein neues geistiges Deutschland herangereift, durchglüht von den Idealen der Humanität, gebildet durch die strenge Abstraktheit der großen Philosophie, erfrischt und befeuert durch die Arbeitsfreudigkeit, die sich ringsum im Bürgertum beglückend bemerkbar machte. Die Stunde war also wirklich reif; die Deutschen, die ja das bravste und geduldigste Volk unter allen Völkern sind, waren wiederum bereit, alles zu vergeben und die quellenden Kräfte an einen loyalen Neuaufbau zu setzen. Und wiederum ist die große Hoffnung des Frühlings von 1848 wie so manche schöne deutsche Hoffnung vorher gescheitert. Welche Gelegenheit bot die erste Deutsche Nationalversammlung für einen Fürsten! Denken wir uns auf einem maßgebenden deutschen Thron etwa eine Persönlichkeit aus dem klugen Hause Koburg, aus jenem Hause, das mit so bedeutendem Feingefühl den Geist des Jahrhunderts erfaßt hat und aus dynastischen Interessen volkstümliche Politik zu machen verstand. Für einen taktvollen, großgesinnten und aktionsfähigen Fürsten war im Frühjahr 1848 mit diesem deutschen Parlamente alles zu machen. Er durfte gar nicht erst warten, bis es zu ihm kam; alle alten Mächte lagen ja kläglich danieder. Die einzige moralische, und deshalb die einzige politische Autorität war die Frankfurter Paulskirche.

Aber in Preußen herrschte König Friedrich Wilhelm IV., und deshalb ist die erste Deutsche Nationalversammlung mit ihren hohen Wünschen, mit ihrem großen Ziel, mit ihrer edlen und reinen Deutschheit elend zusammengebrochen.

## II. Der äußere Aufbau: Tagungsort, Präsidenten und provisorische Zentralgewalt.

Als in der bitteren Schlußperiode der ersten Deutschen Nationalversammlung im Mai 1849 darüber verhandelt wurde, ob sie nach einem anderen Orte verlegt werden sollte und wohin, da sprach der Abgeordnete Gfrörer von Freiburg schöne Worte über Frankfurt, als ihren eigentlichen Sitz. Er sagte, daß die Versammlung bis dahin den Charakter einer deutschen durchaus bewährt habe und daß dieser deutsche Charakter wesentlich mitbedingt sei durch den Ort ihrer Tagung: „Frankfurt ist eine alte Kaiserstadt und tief in die Farben unserer Nationalerinnerungen getaucht." Er führte dann weiter aus, daß Frankfurt auf der Markscheide des Südens, Nordens, Ostens und Westens liege, daß die Stadt vieles von ihren alten Freiheiten bewahrt habe: „Hier gibt es keinen Hof, der auf die Beschlüsse des Reichstags einwirkt, hier gibt es nicht einmal eine Bevölkerung, die in einem schadlosem Sinne bearbeitet werden könnte. Diese Stadt ist so glücklich organisiert, so wohlhabend und reich, daß allhier sich selbst nach größter Aufregung in kurzer Zeit alles ins Gleichgewicht setzt"[7]).

Mit diesen Worten ist kurz und knapp gesagt, warum die erste Deutsche Nationalversammlung immer eine Frankfurter Versammlung war und das auch sein mußte. Was es noch an Überlieferungen deutscher Einheit gab, das lebte hier. Die alte Kaiserstadt war die Bundeshauptstadt geworden, sie wurde jetzt ganz selbstverständlich die Parlamentsstadt und gedachte es noch zur Reichshauptstadt zu bringen.

Frankfurter Bodenständigkeit und Frankfurter Stimmungen sind aus dem geschichtlichen Bilde der ersten Deutschen Nationalversammlung gar nicht wegzudenken[8, 9]).

Wenn man die Stadt Frankfurt als den für die erste Deutsche Nationalversammlung charakteristischen Schauplatz bezeichnen muß, so gibt es auch eine Persönlichkeit, die für die Versammlung und die ganze Zeitepoche einen repräsentativen Rang einnimmt: das ist Heinrich v. Gagern, der erste Präsident der Nationalversammlung. Einem großen, ja überwiegenden Teil der Zeitgenossen galt er als der „beste deutsche Mann"[10]), die Persönlichkeit, die vom Schicksal dazu ausersehen schien, Deutsch-

land aus seiner schweren Not zu erretten. Gagern hat bis zum Scheitern des Verfassungswerkes den maßgebendsten Einfluß auf die Nationalversammlung gehabt, zuerst als ihr Vorsitzender und dann als Präsident des Reichsministeriums. Schon äußerlich war er eine imponierende Erscheinung: eine hohe Gestalt, mit stark ausgeprägter Würde in der Haltung des Hauptes und im Zug der Linien, eine feierlich klingende gewaltige Stimme, die sich durch die schwersten Stürme der Versammlung mit der Wucht einer Kirchenglocke aus edlem Erz hindurchrang. Und das Bezaubernde an ihm war, daß er mit dem Gebieterischen das Bescheidene verband; es war rührend mitanzusehen, wie er sich wegen kleiner Ungeschicklichkeiten oder Versehen in der Geschäftsführung bei der Versammlung zu entschuldigen wußte. Die tiefste Kraft in Heinrich v. Gagern war das sittliche Pathos. Es ist charakteristisch für ihn, daß die schwersten Zusammenstöße, die er mit der Versammlung hatte, durch Ausdrücke der moralischen Empörung hervorgerufen wurden, die er anwenden zu müssen geglaubt hat[11-13]).

Heinrich v. Gagern ist mehr Politiker als Jurist gewesen, mehr als ein Mann des Willens als des Denkens. Gewiß war er sehr gewandt und verband mit seiner großen äußeren Würde eine erhebliche Geschicklichkeit im Umgang mit Menschen und mit Ideen — diplomatische Finesse lag ihm freilich fern. Auch Originalität im tiefsten Sinne muß man ihm wohl absprechen. Er fühlte sich in die Zeit und in ihre Kämpfe hinein, sein Instinkt sagte ihm, wo das Große und das Gesunde lag. Sein ganzes Ministerprogramm, das Programm der erbkaiserlichen Partei, geht in seinen wesentlichsten Punkten auf Dahlmann zurück, den man überhaupt als den leitenden Geist der Frankfurter Paulskirche bei aller äußerer Zurückhaltung, die er für richtig hielt, bezeichnen muß. Die persönlichste Leistung Heinrich v. Gagerns war wohl der „kühne Griff", jener spontane Entschluß, zu dem er mitten in der unabsehbaren Flut der Verhandlungen über die provisorische Zentralgewalt kam. Er bedeutete in der Tat damals als die Synthese des Geistes der Revolution und des Geistes der Autorität eine Lösung, deren Genialität ebenso überraschte, wie überzeugte, eine Lösung freilich, die auch die ernstesten Folgen für die Weiterentwicklung der Paulskirche gehabt hat[14]).

Nach dem Aufstand des 18. September hat Gagern eine Rede gehalten, die vielleicht wie keine andere charakteristisch für ihn ist. Die Brandmarkung von Verbrechen und Barbarei, die Empörung über die verletzte Nationalehre, der Appell an alle Ehrenmänner und an die Menschlichkeit — das waren Töne, die ihm aus dem Innersten kamen und die auf seine Hörer tief erschütternd wirkten [15].

Weniger sicher war Gagern als Polemiker. Er hat sich z. B. einmal gegenüber Karl Vogt über die Lüge des Konstitutionalismus ausgesprochen und hat dabei gesagt: „Will etwa Herr Vogt keinen Konstitutionalismus, und selbst diejenigen, die die Staatsform der Republik anstreben, wollen sie keinen Konstitutionalismus, keine Konstituierung der Republik?" Man wird zugeben, daß eine solche Beweisführung mit der philologischen Bedeutung eines staatsrechtlichen Begriffes nicht durchschlagen konnte [16].

Vielleicht ist Gagern am glücklichsten und am freiesten doch als Präsident der Nationalversammlung gewesen; er fühlte sich stolz in dieser Stellung und nannte sie, als er die Ministerpräsidentschaft übernahm, mit einer gewissen Schmerzlichkeit „die ehrenvollste Stelle für einen Bürger". Man denkt dabei an die ersten Worte, die er am 19. Mai 1848 gesprochen hat, als er feierlich vor dem ganzen deutschen Volke gelobte, „daß seine Interessen mir über alles gehen, daß sie die Richtschnur meines Betragens sein werden, solange ein Blutstropfen in meinen Adern rinnt". In diesen Worten steckt der ganze Mann: Das Tiefbewegte, der leidenschaftliche und ernste Idealismus, das Edle — „den Edlen" haben ihn ja die Zeitgenossen genannt, die einen mit warmer Bewunderung, die anderen mit wohlfeiler Ironie [17, 18].

Wenn Gagern eine Persönlichkeit der großen deutschen Politik war, die als Präsident auch immer bei aller Objektivität politisch blieb, so war sein Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl, Eduard Simson, der *reine* Präsident, der leidenschaftslose, klare und elegante Meister in der Leitung einer großen Versammlung. Eduard Simson war damals noch jung, ein Dreißiger, und trotzdem gelang es ihm, sich eine so starke und geachtete Stellung in der Versammlung zu verschaffen. Gerade als Junger ist er zunächst Sekretär der Versammlung gewesen, und da mag schon seine ruhige, kluge Art aufgefallen sein [19].

Vom Sekretär rückte Simson zuerst zum Vizepräsidenten und dann zum Präsidenten auf. Bei der ersten Wahl hatte er nur zehn Stimmen Majorität beim dritten Wahlgang; der Preuße mußte sich bei dem scharfen Gegensatz zwischen Nord und Süd im November 1848 gegen den Bayern Kirchgeßner mühsam durchsetzen. Später blieb ihm die glatte Majorität immer unbedingt treu. Er hatte zu denen gehört, die frühe schon an einem guten Ausgang des großen Unternehmens der Paulskirche zweifelten; desto stärker wirkte er nun mit seiner feinen melancholischen Blässe, mit dem heiligen Ernst und der Weisheit seines richterlichen Amtes. Simson hatte nicht die Majestät und die manchmal donnernde Gewaltsamkeit Heinrich v. Gagerns; er war urban: eine harmonische Natur, aus der die Eleganz des klassischen Geistes wohltuend hervorleuchtete. Schon im Äußern war er die Korrektheit selbst; sein reines Schriftdeutsch floß milde dahin, kein Wort war unbedacht, und wenn es sein mußte, wußte er zu treffen. Und immer wieder stellte sich eine große und schöne Erinnerung aus der Zeit der deutschen Humanität als ein schlagender Beleg ein, — so besonders damals, als er nach der vollendeten Kaiserwahl die Verse aus Hermann und Dorothea über den Abschluß revolutionärer Bewegung durch den Deutschen anführte.

Neben Gagern und Simson treten die anderen Persönlichkeiten, die der ersten Deutschen Nationalversammlung präsidiert haben, an Bedeutung zurück. Als Simson im Mai 1849 aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegte, wurde an seine Stelle der Advokat Reh von Darmstadt gewählt, dem dann für die Zeit des Stuttgarter Rumpfparlamentes, als der letzte Präsident der Nationalversammlung, Löwe von Kalbe folgte.

Vizepräsidenten sind gewesen: v. Soiron, v. Andrian, v. Hermann, der treffliche Riesser, der ganz und gar nicht geeignete Kirchgeßner, H. W. Beseler, Eisenstuck, Bauer, Schoder. Am meisten unter allen diesen ist Alexander v. Soiron bemerkbar geworden, der der Präsident des Vorparlaments gewesen war und mit einem großen Schatz an politischem Ansehen seine Tätigkeit begann: ein lebenslustiger, der praktischen Welt herzhaft zugewandter Mannheimer Advokat aus alt-wallonischem Geschlecht, der zugleich ein sehr scharfer juristischer Verstand war und dadurch vieles gefördert hat. Er war aber hitziger und

ungestümer als Gagern, er verstand sich nicht so gut auf würdevolle Respektsbeweise vor der Majestät der Versammlung, und deshalb schuf er sich viele Feinde. In seinen Zurechtweisungen konnte er derb und verletzend sein; dazu kam noch daß er sich im Laufe der Monate von dem parlamentsfeindlichen Radikalismus abwandte und deshalb von der Linken als eine Art Abtrünniger befehdet wurde. Die Erfahrung lehrte jedenfalls, daß er mit starken Widerständen zu kämpfen hatte, und daß tumultuarische Szenen herade unter seiner Leitung häufig vorkamen. So ist er denn als Vizepräsident nicht wiedergewählt worden und auch als Redner oder Politiker hat er keine Rolle mehr gespielt; sein Fall beweist, wie schnell Persönlichkeiten in politischen Sturmepochen verbraucht werden.

Die große Historie der Frankfurter Paulskirche zerfällt in fünf Akte, die sich klar voneinander scheiden. Der erste Akt reicht von der Eröffnungssitzung des 18. Mai 1848 bis zur Wahl des Reichsverwesers den 29. Juni 1848. Man kann ihm die Überschrift geben: „Das Chaos und seine Klärung."

Der zweite Akt in der Geschichte der Nationalversammlung reicht von der Wahl des Reichsverwesers bis zum 18. September, dem Tag der gegen die Nationalversammlung gerichteten Septemberrevolution. Diese Sommerwochen waren die freieste und die stolzeste Zeit der Paulskirche. Man kann ihnen als Motto den Satz geben: „Der Machtrausch der Nationalversammlung und der Widerstand der wirklichen Welt."

Der dritte Akt der Frankfurter Historie ist der Höhepunkt ihres Werks. Es ist die Zeit der Selbstbesinnung und der fruchtbarsten Arbeit. Sie reicht vom Septemberaufstand bis zum März 1849. Die Versammlung wandte sich jetzt mit ganzer Kraft der Verfassung zu. Aber die Konsolidation der staatlichen Mächte war erfolgt. Preußen richtete sich nicht nach diesen Frankfurter Beschlüssen, und dennoch mußte die Paulskirche wieder zu Preußen kommen. Österreich konstituierte sich als kaiserlicher Gesamtstaat durch das Programm von Kremsier vom 27. November 1848. Die unmittelbare Folge war, daß nun endlich Heinrich v. Gagern das Frankfurter Reichsministerium übernahm und sein kleindeutsches Programm vor aller Öffentlichkeit aufstellte. Die Zeit der Oktroyierung durch die Revolution war vorbei, die Vereinbarung mußte gesucht werden. Hätte

damals eine starke Persönlichkeit die Geschicke Preußens gelenkt, so wäre Deutschland auf alle Fälle eine Periode von monatelanger Unklarheit erspart geblieben; so aber stehen wir vor dem peinlichen Schauspiel von Werbung und Hinhaltung, von Doppelzüngigkeit und Entschlußlosigkeit, von verhehlter Verachtung und verhehlter Ohnmacht, von Abwarten und Hinausschieben, von Versprechungen und Vertröstungen. Die große Zeit der Frankfurter Versammlung war schon vorbei, aber für Preußen hatte noch keine große Zeit begonnen.

Es folgt dann die Krise, der vierte Akt. Am 8. März 1849 veröffentlichte Österreich seinen Entwurf der Reichsregierung, wonach ein Direktorium an der Spitze stehen sollte, das aus sieben regierenden Fürsten, dem Kaiser von Österreich, den Königen von Preußen und von Bayern sowie Vertretern der übrigen gebildet werden sollte. Die Antwort der Frankfurter Nationalversammlung war der Welckersche Antrag. Es kam nunmehr zur schleunigen zweiten Lesung des Wahlgesetzes und der Verfassung und zur Kaiserwahl Friedrich Wilhelm IV. Die Ablehnung des Königs von Preußen bedeutet den Beginn des fünften Aktes, der mit ihrer Zersprengung in Stuttgart endigte.

Bei jeder Revolution macht sich immer wieder ein eigentümlicher Drang zur Legitimität bemerkbar. Es scheint dem politischen Menschen unheimlich zu sein, staatliche Einrichtungen aus dem Nichts zu erschaffen. Der Theoretiker von Staat und Gesellschaft gibt sich ja gerne ungehindert seinen Konstruktionen hin; aber sobald etwas in die leibhaftige Wirklichkeit des geschichtlichen Lebens eintreten soll, da wird doch immer wieder mit rührender und häufig komischer Bemühung ein Haken gesucht, an dem der neue Faden festgeknüpft werden kann. Jede Revolution trägt in sich den Trieb, den Geist der Gewaltsamkeit, auf dem sie doch beruht und der ihr eigentliches Lebenselement ist, möglichst zu unterdrücken, sie trägt in sich den Trieb evolutionistisch zu werden. Besonders haben aber natürlich Personen an einer derartigen Umkehr ein Interesse, die nach ihrer Geistesart aus der alten Zeit stammen, und nun, bewußt und unbewußt, die alte Zeit und in ihr sich selbst in das Neue hinüberzuretten versuchen. Ein Vorgang, der diese Erfahrungen der Revolutionsgeschichte bestätigt, hat sich bei der Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt abgespielt. Die Reichsverweserschaft war fraglos

eine freie und selbständige Schöpfung der Nationalversammlung. Weil der Reichsverweser ein Fürst war, so stellte er sich natürlich mit den Regierungen der deutschen Einzelstaaten so loyal wie möglich. Erzherzog Johann gebrauchte in Wien die Worte, „daß die deutschen Regierungen dieser Wahl ihren Beifall gegeben“, eine Redewendung, die Heckscher als eine Sache des Taktes, als ein vermittelndes und versöhnliches Wort auslegte und verteidigte. Viel stärker betonte nun noch der Bundestag das Recht und die Autorität der alten Mächte. In einer Zuschrift vom 29. Juni an den Erzherzog drückte er die Versicherung aus, schon vor dem Abschluß der Beratungen der Paulskirche sei er von den Regierungen ermächtigt gewesen, sich für diese Wahl auszusprechen, und nach der Wahl richtete der Bundestag an den Reichsverweser ein Schreiben, durch das er seine verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen in die Hände der provisorischen Zentralgewalt legte, worin er ferner die Mitwirkung aller deutschen Regierungen verhieß und mitteilte, daß er seine bisherige Tätigkeit nunmehr als beendet ansähe. Diese Vorgänge kamen in der Paulskirche zur Sprache, sie erweckten die starke Kritik der Linken, Robert Blum interpellierte deshalb, es wurde sogar beantragt, die Übertragung der Befugnisse der Bundesversammlung auf die Zentralgewalt für nicht geschehen zu erklären. Dieser Antrag ging wie so mancher andere in dem Ausschuß unter, an den er verwiesen wurde. Es war aber klar, daß der Souveränitätsgedanke der Nationalversammlung durch die alten Mächte tatsächlich in Frage gestellt worden war. Erzherzog Johann war revolutionärer Mandatar der Nationalversammlung und zugleich legitimer Mandatar des Bundestags. Der Trieb zur Kontinuierlichkeit politischer Institutionen hatte sich durchgesetzt[20, 21]).

Die provisorische Zentralgewalt war insofern eine echt politische Schöpfung, als sie die Bedürfnisse einer sehr schwierig gewordenen Stunde vollauf befriedigte. Die Nationalversammlung brauchte die Exekutive, die Masse der Nation brauchte einen Halt und ein Symbol der Einheit, und alle diejenigen, die Angst vor einer Reaktion hatten, begrüßten in der provisorischen Zentralgewalt eine Institution von revolutionärer Jugendlichkeit. Der Abgeordnete Lette hat diese Bedeutung der Zentralgewalt einmal sehr richtig hervorgehoben. Besonders betonte er

dabei die Notwendigkeit einer regierenden Kraft gegenüber der Anarchie. Die Furcht vor der Anarchie war im Sommer 1848 eine sehr weit verbreitete Stimmung und gewann durch die immer erneuten Putschversuche an innerem Recht. Lette sagte damals: „Wir bedürfen einer kräftigen Exekutivgewalt, schon um der Anarchie entgegenzutreten. Ich verstehe hierunter die Agitation derer, welche unter der roten Fahne das Eigentum, sei es des Staates, sei es der Privatpersonen, zerstören, die die Arbeiter um ihren Lohn bringen, und diese Bewegungen aufrecht erhalten, um den ganzen gesellschaftlichen Zustand über den Haufen zu werfen"[22]).

Aber freilich mußte die Zentralgewalt nicht für Monate ein Provisorium bleiben. Darin lag eine ungeheure Gefahr. Darin lag auch das Moment der Schwäche und Lächerlichkeit, das schließlich die Zentralgewalt tödlich lähmte. Niemals ist vielleicht etwas so Treffendes über die provisorische Zentralgewalt gesagt worden als am 24. November von dem Abgeordneten Schulz. Er nannte damals die provisorische Zentralgewalt ein Polizeigespenst, mit dem man die Bestrebungen für Einheit und Freiheit vom deutschen Boden verscheuchen könne. Und er schloß seine Ausführungen mit den prägnanten Sätzen: „Sie haben damit statt der wirklichen und lebendigen Einheit und Freiheit nur einen umgekehrten Peter Schlemihl zustandegebracht, dem der Teufel zwar nicht den Schatten, wohl aber den Körper selbst gestohlen hat, um nur einen Schatten übrig zu lassen"[23].

Der Inhaber der provisorischen Zentralgewalt, der so nun mit einem Male in den Vordergrund des politischen Lebens trat, Erzherzog Johann von Österreich, war ein hoher Sechziger. Aus den napoleonischen Kriegen her war bekannt, daß er geringes Feldherrnglück besaß; von der Wiener Regierung und der reaktionären europäischen Hegemonie Metternichs hat er sich immer fern gehalten. In Tirol und in der Steiermark lebte er das Leben eines großen Grundbesitzers und reifte so zu einem verehrten Patriarchen heran. Seine Heirat mit einer Postmeisterstochter hatte ihm den Ruf freisinniger Vorurteilslosigkeit gebracht. Ein mißverstandener und falsch kolportierter Trinkspruch fügte das Ansehen eines deutschen Patrioten hinzu. Schlimm genug für Deutschland, daß damals sein einziger popu-

lärer und präsentabler Fürst dieser alte Mann war, der nun mit seinem treuherzigen Ungeschick, seinen sehr verschwommenen Begriffen von deutscher Zukunft, seinem ausgesprochenen Mißtrauen gegen Preußen und alles Norddeutsche an seiner exponierten Stellung im ganzen doch viel mehr geschadet als genützt hat! Es ist interessant, wie bei dem Erzherzog der fürstliche Instinkt seiner alten Rasse unter dem Anreiz der neuen Aufgaben hervorkam. Bezeichnend dafür ist eine Geschichte, die auf jenem Triumphzug sich ereignete, der den Erzherzog-Reichsverweser durch ganz Deutschland führte, und bei dem die Einheitssehnsucht der deutschen Nation in hinreißenden Kundgebungen zum Ausdruck kam. In Halle trat aus der Reihe der Turner ein junger Mann an den Wagenschlag und stellte ihm die kecke Frage: „Verantwortlich oder unverantwortlich?" Gerade darüber war in der Paulskirche leidenschaftlich gestritten worden und man hatte sich für die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers entschieden. Erzherzog Johann versuchte zuerst der Frage des jungen Mannes auszuweichen: „Das muß sich finden von Frankfurt aus, von da erst kann ich die Antwort erteilen." Dann rief er aber den jungen Mann noch einmal heran — es war ihm etwas Besseres eingefallen: „Die Prinzipien der Verantwortlichkeit und der Unverantwortlichkeit muß das Gesetz bestimmen. Unter dem Gesetze stehe ich, unter dem Gesetz stehen wir alle." Das war zweifellos eine geschickte und kluge Wendung[24]).

Ein zweiter Vorgang aus der Schlußzeit der Nationalversammlung erscheint mir für das Wesen des Erzherzogs-Reichsverwesers in anderer Weise wieder sehr charakteristisch zu sein. Gleich nach der Kaiserwahl Friedrich Wilhelms IV. legte der Erzherzog sein Amt nieder und behielt es nur auf das lebhafte Drängen aller beteiligten politischen Organe provisorisch bei. Das Reichsministerium Heinrichs v. Gagern war zurückgetreten, die Nationalversammlung verlangte von dem Erzherzog, daß er ein neues Ministerium im Sinne ihrer Mehrheit bilden solle. Es war ein kritischer Augenblick: jetzt konnte die provisorische Zentralgewalt völlig in die Gewalt der Nationalversammlung kommen. Wie klug, um nicht zu sagen wie raffiniert, behandelte der Reichsverweser die Deputation der Versammlung! Sein erster Bescheid war wiederum ausweichend: er berief sich auf das Gesetz, wonach der Reichsverweser in keinen direkten Be-

ziehungen zur Nationalversammlung stehe; die zweite Antwort war pythisch: „Ich werde ein Ministerium bilden, das nach meiner Ansicht den Bedürfnissen der Zeit gemäß handeln wird.“ Und als die Deputation weiter drängte, erging sich der Erzherzog in treuherzigen Versicherungen von völliger Unverbindlichkeit: „Ich habe nie gesäumt, ich bin ein alter Soldat, ich werde rasch handeln. Ich kenne meine Pflicht gegen das Vaterland und werde Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten.“ Über Prinzipien, sagte er, wolle er mit den Abgeordneten keine Polemik führen: das Ministerium könne in drei Minuten, in drei Stunden, vielleicht auch in drei Tagen ernannt sein. „Verlassen Sie sich darauf, daß ich meine Pflicht tun werde als redlicher Mann.“ Und nach jedem dieser verschiedenen, so außerordentlich wohlklingenden, aber zu nichts verpflichtenden Sätzen machte der Reichsverweser eine schöne fürstliche Verbeugung, durch die er die zähe Deputation zu verabschieden versuchte[25]).

So war diese Persönlichkeit in ihrem Wesen: nach außen anspruchslos, gemütlich, schlicht — wenn es aber darauf ankam ein gerissener Habsburger. Wie hätte es auch anders sein sollen? Der Erzherzog war eben vor allem ein Österreicher, und was er an Politik trieb, das war eine gute österreichische Politik: er sorgte für die Hausmacht auf seine Art, und so hielt er sich auf seinem unglücklichen Posten geduldig, als der Revolutionssturm schon längst vorbei war, der ihn dort hingesetzt hatte. Der Bundestag hatte seine Reichsverweserschaft abgelöst; er hat alles dazu getan, daß das einzige Zentralorgan Deutschlands schließlich doch wieder der Bundestag wurde. Paradoxer Gang geschichtlicher Vorgänge!

Bei seiner österreichischen Politik hatte der Erzherzog einen treuen Helfer, der von sich selbst einmal in der Paulskirche geistreich gesagt hat, daß man ihm die Ehre antäte, ihn mit Österreich zu verwechseln: Anton Ritter v. Schmerling. Schmerling war österreichischer Bundestagsgesandter in jenen letzten Wochen seiner Wirksamkeit, als der Bundestag sich so begeistert national gab. Er wurde dann der leitende Geist des ersten Reichsministeriums, indem er zuerst das Innere, dann auch das Äußere und den Vorsitz übernahm. Zweifellos war Schmerling in dem unendlich großen Kreis ideenreicher und redegewandter Parlamentarier einer von den ganz wenigen, die einen politischen Willen und

eine diskrete Geschicklichkeit in der Behandlung staatlicher Geschäfte besaßen. Seine Ministerreden waren in ihrer Art Meisterstücke: er machte Komplimente nach allen Seiten, besonders dahin, wo die augenblickliche Macht saß. Er drechselte in dem herzgewinnenden Ton österreichischer Gemütlichkeit belanglose Redensarten zurecht und verstand es dann wieder, durch einen überraschenden Appell an herrschende politische Gefühle der Versammlung lebhaftes Bravo hervorzurufen. Er war ein Skeptiker von äußerlich wohlgepflegter Haltung, dem es nicht darauf ankam, einen Menschen oder eine Idee oder eine Wahrheit aufzuopfern; kein Wunder, daß eine solche Persönlichkeit nicht beliebt war. Die Linke hat ihn geradezu gehaßt und ihm wiederholt sein Sündenregister, seine ewigen Widersprüche, seinen glatten und etwas frivolen Opportunismus mit den ehrlichen Tönen mannhafter Entrüstung vorgehalten. Als besondere Charakteristik für Schmerling möchte ich seine Äußerungen über die Erschießung Robert Blums in Wien anführen. Er sagte: „Schon früher habe ich es ausgesprochen, daß ich das Unglück, was Herrn Robert Blum betraf, in hohem Grade beklage; aber auch auf der anderen Seite bedaure ich in der Tat, daß, was immer in Deutschland sich Trauriges ereignet, dem hiesigen Reichsministerium schuld gegeben wird". Da haben wir also zuerst die menschliche Anteilnahme, nicht sehr herzlich und überzeugend, und dann gleich, in skeptischer Zuspitzung, die amtliche Verteidigung. Schmerling fuhr fort: „Aber, meine Herren, diejenigen, die Herrn Robert Blum aufgefordert haben, nach Wien zu gehen, die mögen vielleicht mehr Verschuldung an dem traurigen Ausgange seiner Reise haben als das Reichsministerium, welches ihm diese Mission nicht anvertraut hat. Ich bedaure in hohem Grade das tragische Schicksal, aber auch vielleicht in diesem Falle ist in Erfüllung gegangen: Wer sich in Gefahr begibt, der kommt in ihr um." In diesen Worten haben wir den Angriff auf die Linke und eine echt Schmerlingsche Lebensweisheit, die über die ganze Bedeutung des Falles geschickt hinweggleitet. Kein Wort von Fürst Windischgrätz! Kein Wort von dem Schlag gegen die Würde der Nationalversammlung, sondern eine kühle, verbindliche, mit einer nicht zu starken Dosis von Gefühl versetzte Erledigung eines unangenehmen Falles[26].

Präsident des ersten Reichsministeriums ist von seiner Begründung bis zur Septemberrevolution der Fürst Karl zu Leiningen gewesen. Fürst Leiningen ist als solcher nur wenig hervorgetreten, er war nicht Mitglied der Nationalversammlung und hat deshalb nur einmal zu einer kurzen Begrüßungsansprache in der Paulskirche das Wort ergriffen. Diese Ansprache wirkte durch ihre Bescheidenheit sympathisch und fand allseitigen Beifall. Leiningen hatte an das Vertrauen und das Wohlwollen der Versammlung appelliert und die hübsche Wendung gebraucht, daß er eine Sache mitzubringen habe, ein deutsches Herz[27]. Sein Name bedeutete für den Kenner der politischen Verhältnisse damals ein deutliches Programm. Er hatte wenige Tage vor seiner Berufung in der Frankfurter Oberpostamtszeitung einen Aufsatz: „Entweder — Oder" veröffentlicht, der starke Beachtung fand[28]. Zusammen mit Stockmar, Bunsen, den beiden Gagern und ihren Gesinnungsgenossen war Fürst Leiningen einer der Hauptvertreter des Frankfurter „Reichsterrorismus". Als Halbbruder der Königin Viktoria von England konnte er der zukünftigen deutschen Einheit in ihren auswärtigen Beziehungen sehr nützlich sein. Seit Jahren hatte sich Leiningen für ein nahes Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und England eingesetzt; der Krieg um Schleswig-Holstein ließ eine derartige Beziehung als besonders vorteilhaft erscheinen. Das Ministerium Leiningen machte in seiner Gesamtheit einen überraschend unpreußischen Eindruck; das versteht sich aus seiner Vorgeschichte: drei Gelegenheiten, sich Präsidium und Auswärtiges zu sichern, hatte Preußen versäumt. Weder Camphausen noch Beckerath noch Stockmar noch Bunsen saßen an leitender Stelle. Neben dem Reichskriegsminister, dem Schlesier v. Peucker, hatte Wiedenmann das Unterstaatssekretariat der Justiz, Beckerath die Finanzen und Mevissen das Unterstaatssekretariat des Handels übernommen; das waren drei Rheinländer, kein Altpreuße. Zwei Hanseaten, Duckwitz und Heckscher, waren Reichsminister des Handels und der auswärtigen Angelegenheiten; der süddeutsche Robert Mohl war Justizminister, und die Unterstaatssekretariate lagen gleichfalls in der Hand von Süddeutschen und Österreichern, Max Gagern und Biegeleben (auswärtige Angelegenheiten), Bassermann und Würth (Ministerium des Innern), Fallati (Ministerium des Handels), Mathy

(Unterstaatssekretariat der Finanzen). Im Fürsten Leiningen, dem bayerischen Standesherrn, der die Abdankung König Ludwigs so maßgebend veranlaßt hatte, war zudem Bayern vertreten.

Reichsverweserschaft und Reichsministerium standen also in ihrer Gesamtheit fraglos kühl gegen Preußen; sie vertraten Gesamtdeutschland, das Rheinland, den Süden und die alte Kaisermacht Österreichs. Eine Richtung war somit festgelegt, die z. T. ablehnend gegenüber allen preußischen Hegemonieansprüchen war, z. T. aber auch eine direkte Wendung gegen Preußen im Sinne seines gewaltsam herbeizuführenden „Aufgehens in Deutschland" für richtig hielt.

Nur sehr allmählich kam eine geordnete Geschäftsbehandlung des Reichsministeriums zustande. Robert Mohl hat es der Nationalversammlung mit humoristischer Deutlichkeit geschildert, wie schwierig der Anfang gewesen ist. Von der Papierschere an hat alles gefehlt. Die Herren Minister und Unterstaatssekretäre mußten alles selbst schreiben, mußten die Abschriften machen: „Ja, es täte fast not, daß wir unsere Briefe selbst auf die Post trügen", sagte Mohl[29]. So gingen viele Tage um, ohne daß etwas Wesentliches geschah, und die Besprechungen und Sitzungen in dieser redseligen Zeit dehnten sich so aus, daß für Bureaugeschäfte wenig Zeit übrig blieb. Die Minister führten nur den Amtstitel und übten keinerlei amtliche Repräsentation, aber es entwickelte sich im Englischen Hof eine regelmäßige abendliche Zusammenkunft, in der sich die Angehörigen des Reichsministeriums mit alle dem zusammenfanden, das gesellschaftlich oder politisch dazugehörte. Da kamen Minister der benachbarten Einzelstaaten, neugierige Fremde von Distinktion und endlich auch jene direkten Nachfolger der Bundestagsgesandten, die Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt, die ja zum Teil die gleichen Personen waren. Durch sie wurde zwischen der revolutionären Frankfurter Reichsgewalt und den legitimen Gewalten der Einzelstaaten die geschäftliche Verbindung aufrecht erhalten.

Nach der Frankfurter Septemberrevolution hatte der Frankfurter „Reichsterrorismus" keinen Sinn mehr. Die Übernahme des Ministeriums durch Heinrich v. Gagern im Dezember 1848 vollendete diese Entwicklung. Heckscher war schon im September

zusammen mit dem Fürsten Leiningen zurückgetreten; er gehört ähnlich wie Soiron zu jener Gruppe von Parlamentariern, die rasch und glanzvoll hervor getreten sind, dann aber schnell verschwanden; ein glänzender Redner, ein hervorragend scharfsinniger Jurist, aber durch Eigensinn und Dünkelhaftigkeit geneigt, der Versammlung vor den Kopf zu stoßen. Im Dezember 1848 trat mit Schmerling auch der andere Österreicher, der Unterstaatssekretär von Würth, ab; die übrigen Posten hielten sich in der gleichen Besetzung bis zur Ablehnung der Kaiserkrone durch den König von Preußen und dem darauffolgenden Rücktritt des Ministeriums Gagern.

Als das Satyrspiel auf soviel tragische Geschehnisse folgte dem Ministerium Gagern als das letzte Frankfurter Reichsministerium im Mai 1849 das Ministerium Grävell. Grävell[30]) war ein Jurist der alten Schule des Landrechts aus Frankfurt a. O., der durch seine Zugehörigkeit zum dortigen Gericht die Stellung einer Lokalgröße einnahm. In der Nationalversammlung machte er sich durch seine unendlichen Amendements bemerkbar, die er besonders bei der Beratung der Grundrechte zu stellen für nötig fand. Er ist einer von denen gewesen, die durch ihre juristischen Spitzfindigkeiten und Wortklaubereien den Gang der Verhandlungen ungewöhnlich erschwerten und verzögerten. Die Erwähnung des Namens Grävell wirkte allmählich schon komisch[31]). Es hatte sich schließlich eingebürgert, daß aus der Versammlung der Ruf „Schluß“ ertönte, sobald Grävell auch nur die Tribüne beschritt oder sobald er die ersten Worte gesprochen hatte. Er ließ sich dadurch freilich gar nicht beirren, sondern setzte der Versammlung auseinander, daß sie die Pflicht habe, ihn anzuhören. Er gab dann seine nicht angehörten Reden unter dem vorwurfsvollen Titel: „Schluß, Schluß, Schluß“ heraus. Grävell ist es auch gewesen, der als der einzige eine formelle Beschwerde gegen die Geschäftsführung des Präsidenten Heinrich v. Gagern richtete, ein unendlich langes und pedantisches Aktenstück, dessen Verlesung der Versammlung auch nicht erspart werden konnte. Es war darin von häßlicher Tyrannei und von systematischer Zurücksetzung die Rede. Und diese komische Figur, dieser Querulant mit seinem gespreizten Deutsch und einer solchen Fülle von lästigen Wunderlichkeiten, wurde der Nationalversammlung ausgerechnet als

Gagerns Nachfolger vorgesetzt! Die Versammlung erklärte auch sofort, dieses Ministerium nicht anerkennen zu wollen, aber es wurde doch bald klar, daß die Bildung des Ministeriums Grävell ein ganz bestimmtes Programm bedeutete, daß es zwar eine Beleidigung der Nationalversammlung war, aber eine absichtliche und bewußte Beleidigung, der vom Reichsverweser vollzogene Bruch mit dem politischen Organ, dem er sein eigenes politisches Dasein verdankte. Grävell und seine Ministergenossen, der Generalleutnant Jochmus, Dr. Detmold, Merck und zuletzt Prinz Wittgenstein als Reichskriegsminister, hatten die Aufgabe, die provisorische Zentralgewalt abzulösen von ihrem revolutionären Mandatar der Nationalversammlung und sie zurückzulenken zu der Macht, die sich als ihren legitimen Mandatar aufgeworfen hatte, zum Bundestag[32, 33]).

Damit ist für uns der Kreis des äußeren Geschickes der Nationalversammlung geschlossen. Wir können uns nunmehr in das Innere ihrer Geschichte vertiefen.

---

## III. Parteien und Redner der Nationalversammlung.

Die erste Deutsche Nationalversammlung begann ihre politische Tätigkeit mit mehr als 300 Parteien: jede von diesen eigenartigen, markanten Persönlichkeiten bildete zunächst eine Partei für sich. Das hatte für die Verhandlungsfähigkeit des Parlaments die unerträglichsten Folgen; eine praktische Arbeit erschien so schwierig, daß Heinrich v. Gagern am 27. Mai 1848 die Mahnung an die Versammlung richtete: „Es wird ein böses Beispiel sein, wenn wir uns jetzt nicht unter bestimmte Führer und Meinungen zu organisieren wüßten. Wir müssen dies tun, denn wenn jeder seine eigene Ansicht, so unbedeutend auch die Nuance sein mag, begründen wollte, würden wir eine lange Zeit verschwenden“[34]). In derselben Weise äußerte sich Robert Blum kurze Zeit später: „Es erscheint mir für eine Versammlung, die so groß wie die unsrige ist, ein wirkliches Unglück sein, wenn sich die Schattierungen nicht mehr aneinander schließen, wenn sie sich nicht inniger gliedern, als es geschieht. Vier Schattierungen sind scharf ausgesprochen“[35]). Auch Fürst Lichnowsky

sprach am selben Tage den Wunsch aus, die **Parteien** möchten sich mehr zeigen, besser festsetzen und nicht in zehnerlei Fraktionen auseinandergehen[36]).

Die vier Schattierungen, von denen Robert Blum sprach, kann man ungefähr folgermaßen charakterisieren. Die erste große Frage, an der sich die politischen Ziele der Paulskirche orientierten, ist die Frage der provisorischen Zentralgewalt gewesen. Hier prägte sich deutlich ein fundamentaler Gegensatz aus, der nach altem parlamentarischen Gebrauch als der der Rechten und der Linken bezeichnet wurde. Die Rechte wollte die Erhaltung der Autorität der Fürsten, die Linke wollte die Wahl durch die souveräne Versammlung. Und innerhalb dieser zwei Hauptgruppen machten sich wieder je zwei besondere Richtungen geltend: die äußerste Rechte wünschte die gänzliche Unberührbarkeit des fürstlichen Unverantwortlichkeitsprinzips, der nach der Mitte zugehende Flügel dachte sich eine Übergangskombination von Ernennung und Wahl. Und ebenso trennte sich die Linke: der mehr nach der Mitte zu gehende Flügel wünschte die Auswahl der Fürsten an die Versammlung zu binden, und die radikale Linke wollte nur aus der Versammlung selbst wählen und durch sie die Verantwortlichkeit begründen. Man sieht, wie die beiden Parteien der Mitte sich einander nähern, und diese Macht der Mittelparteien wurde ganz im Sinne des „juste milieu" des Bürgerkönigtums das maßgebende Prinzip für die weitere Parteientwicklung in der Paulskirche. Die äußerste Rechte und die äußerste Linke standen mit einem Fuß außerhalb der Versammlung. Die äußerste Rechte lehnte das Prinzip der Volkssouveränität ab, sie war streng monarchistisch, die äußerste Linke verstand das Prinzip der Volkssouveränität als die Parole der revolutionären Tat, sie wollte das Alte zerstören, sie war streng republikanisch. Die Mitte stand ganz in der Versammlung: sie kümmerte sich nicht so sehr um Prinzipien, sie wollte praktisch arbeiten und die große Aufgabe der Nationalversammlung auf dem parlamentarischen Wege in Form notwendiger Kompromisse lösen.

Aus der Mitte der Paulskirche gingen denn auch die frühesten Bestrebungen hervor, sich in parteimäßiger Form zu konstituieren. Es waren ja die Kreise, auf deren Ideen die Mehrheit des Vorparlamentes und des Fünfzigerausschusses in seiner

Tätigkeit beruhte. Nach ihrem Versammlungsort nannte sich diese Partei, das sog. rechte Zentrum, die Kasinopartei: Dahlmann und Arndt gehörten zu ihr, dann die drei Professoren aus Schleswig-Holstein, Beseler, Waitz und Droysen. Die Kasinopartei ist die mächtigste und dauerhafteste Partei der Paulskirche gewesen; aus ihr gingen die entscheidenden Anstöße für das Verfassungswerk hervor. In dem linken Zentrum sammelten sich eine Anzahl von Persönlichkeiten, die in den großen Fragen vielfach mit dem rechten Zentrum zusammengingen, die aber eine andere Behandlungsweise für richtig hielten, eine freiere, praktischere, volkstümlichere. Das rechte Zentrum hatte viel an steifer akademischer Würde. Die Sympathien für den englischen Staatsstil waren hier stark ausgeprägt, es herrschte ein etwas erhabener und unfruchtbarer Doktrinarismus. Süddeutsche Professoren gaben dagegen dem linken Zentrum den Ton an, und mit ihnen vereinigten sich Vertreter großer Städte, die mit moderner wirtschaftlicher und geistiger Arbeit in der nächsten Fühlung standen. Mittermaier und Robert Mohl, Biedermann und Gabriel Riesser, Leue und Tellkampf sind die namhaftesten Figuren dieser Partei gewesen, die ihre Zusammenkünfte im Württemberger Hof hielt und daher nach der Frankfurter Parlamentssitte ihren Namen bekam.

Betrachten wir nunmehr die Rechte und die Linke. Die Rechte der Frankfurter Nationalversammlung beruhte ursprünglich auf aristokratischem, landsmannschaftlichem und bürokratischem Zusammenschluß. Erinnern wir uns der zahlreichen Träger adliger Namen, der zahlreichen Angehörigen des Gutsbesitzes und der Staatsverwaltung. Ganz naturgemäß gingen sie nicht von der Idee des Liberalismus und des Parlamentarismus aus, sondern von der Idee der Legitimität und der Autorität. Es herrschte hier die Stimmung, daß man sich durch die neue Bewegung nicht alles rauben lassen dürfe, was man bisher besessen habe; man wollte gewiß die Fortentwicklung, aber man wünschte den Radikalismus von Grund aus zu bekämpfen; deshalb hielt man ein schmollendes Nebenbeistehen für unpraktisch und wollte durch mutige Mitarbeit zeigen, daß in den alten Mächten und in dem alten Staat auch viel Gutes steckte. Zu dieser Rechten gesellten sich im Laufe der Entwicklung dann noch zahlreiche Persönlichkeiten, denen es beim Fort-

gang der Revolution etwas angst und bange wurde und die in erster Linie die Erhaltung von Ruhe und Ordnung für notwendig hielten. Es war bezeichnend, daß in erster Linie Angehörige der großen Staaten auf der Rechten saßen, Männer also, die eine wohlbegründete und respektierte politische Gewalt gewohnt waren und die den Reichsidealismus der Rheinländer und Südwestdeutschen nicht teilen konnten. Es waren besonders viele Preußen, und diese scharten sich um eine der stärksten politischen Figuren der Paulskirche, den Freiherrn v. Vincke, der mit seinen Genossen als der bewunderte und unbedingt verehrte Häuptling im Café Milani zu tagen pflegte. Im nahen persönlichen Zusammenhang mit diesen preußischen Partikularisten standen im Anfang die konservativen Bayern und Österreicher. Solange das entscheidende Prinzip für die Parteibildung: Autorität oder Revolution hieß, konnten sie gut zusammenarbeiten. Durch die Fragen der Weltanschauung, wie sie bei den Grundrechten praktisch wurden, und die Oberhauptsfrage, die gegen Ende des Jahres 1848 in den Vordergrund trat, wurde aber diese Zusammenarbeit zersprengt. Die konservativen Katholiken, deren leitender Kopf General v. Radowitz war, haben sich im „Steinernen Hause“ hauptsächlich zusammengefunden. Ursprünglich war dieser „Verein“ gedacht gewesen als Sammelpunkt aller ganz rechts Stehenden.

Am meisten politischer Saft und Kraft, am meisten Idealismus und am meisten Originalität herrschte auf der Linken. Ernst Moritz Arndt hat einmal davon gesprochen, daß eine besondere Partei der Weißköpfe gegründet werden müßte, weil diese Menschenklasse bei der stürmischen Arbeit der Paulskirche zu kurz käme[37]). So kann man wohl die Linke die Partei der Jugend nennen: hier saßen die eigentlichen Vertreter des Jahrhunderts und seiner Ideen, hier saßen die Märtyrer der Reaktionszeit, die Leute, die sich mit den Gerichtskommissionen des alten Polzeistaates elend haben herumschlagen müssen; hier war Groll und Erbitterung genugsam angesammelt, hier lebte aber auch der deutsche Geist in seiner edelsten und hinreißendsten Form. Mag die politische Einsicht und der Sinn für das Mögliche in der Paulskirche hauptsächlich in der Mitte vereinigt gewesen sein — auf der Linken zitterte der Schwung der großen revolutionären Idee. Wir werden im einzelnen noch genug

sehen, was die Linke durch Fanatismus und Einseitigkeit verfehlt hat, aber der Hauch zu künftiger Menschheitsentwicklung, der pochende Drang eines neuen Jahrhunderts, der Geist des jungen Europa lebte doch in ihr und macht sie für immer unsterblich.

Robert Blum und Karl Vogt sind die Führer der „entschieden freisinnigen" Gruppe, die sich im „Deutschen Hofe" schon im Mai 1848 zusammenfand. Hier herrschte nicht die Debatte, sondern die Rede, hier wurde nicht akademisch-klug untersucht und erörtert, hier wurde Propaganda getrieben, hier wurde die Tat gepriesen und der Rausch erzeugt. Aus dem radikalen Sachsen saß hier die Mehrheit der Parlamentarier, aus Berlin Nauwerck. Wie es nun aber meistens das Geschick linksgerichteter Parteien ist —, die allgemeinen Prinzipien von Volkssouveränität und Revolution waren doch manchem nicht ausgiebig genug, und so spaltete sich von der Linken frühzeitig eine maßvollere und gewissermaßen staatsmännischere Gruppe ab, die die positive Arbeit der Mitte mitzumachen oder mindestens im wesentlichen zu unterstützen für richtig hielt: das ist der Landsberg. Und ebenso spaltete sich nach der anderen Seite hin eine extremste Richtung, der Klub der Donnersberges, ab unter der Führung Arnold Ruges. Hier war der Jakobinismus zum Prinzip erhoben. Das Unzulängliche und Erbärmliche der überkommenen Staats- und Gesellschaftsinstitutionen wurde hier auf das leidenschaftlichste empfunden, es sollte reiner Tisch gemacht werden und eine neue Welt sollte in die Wirklichkeit eintreten, eine Welt des Guten, eine Welt gleichberechtigter Arbeiter, eine Welt des Völkerfriedens. Der Donnersberg war ausgesprochen international, er erkannte die überlieferten staatlichen Schranken nicht an und stand in naher Beziehung zu den Führern des internationalen revolutionären Proletariats.

Die Parteien der Frankfurter Paulskirche haben begonnen als politische Klubs, die sich um starke Führerpersönlichkeiten scharten. Mit demselben Recht, mit dem man sie herkömmlicherweise nach dem Namen ihrer Frankfurter Versammlungslokale belegt, könnte man sie auch durch die Namen dieser Führer kennzeichnen. Es gab also gewissermaßen im Anfang die Fraktionen Vincke, Dahlmann, Rießer, Blum und Ruge. Diese Fraktionen erreichten durch ihre Zusammenarbeit eine allmählich

immer klarer werdende, geordnete Geschäftsführung in der Nationalversammlung. Sie wurden sogar so maßgebend, daß der einzelne gar nicht gut außerhalb eine politische Betätigung möglich machen konnte. So hat sich einmal der Abgeordnete Wuttke darüber beschwert, daß er zu kurz käme, weil er keiner Partei angehöre[38]).

Ein epochemachender Umschwung in der Parteientwicklung hat dann im Herbst 1848 eingesetzt. Das Prinzip: „Revolution oder Autorität?" wurde infolge der Bekanntgabe des Ministerprogramms Heinrich v. Gagern abgelöst durch das Prinzip: „Preußen oder Österreich?". Es setzte sich mit einem Schlage eine Parteiumformung durch, durch die die Paulskirche selbst aufs höchste überrascht war[39]). Am unberührtesten blieb das rechte Zentrum: es war der Kern der neuen Partei des preußischen Erbkaisertums, der „Weidenbusch"-Partei. Von der Rechten und vom linken Zentrum wurde es zum Teil unterstützt; aber gerade aus diesen Parteien schieden viele großdeutsche Persönlichkeiten aus, österreichische Aristokraten, rheinische und bayerische Katholiken, und vereinigten sich mit badischen und württembergischen Partikularisten zu der neuen antipreußischen Partei. Damals sind der „Augsburger Hof" und das „Hotel Schröder" als neue Versammlungslokale dieser Richtung entstanden. Die republikanische Linke hat dann vielfach mit diesen Großdeutschen zusammengearbeitet. So ergab sich auch in der Paulskirche eine Bestätigung der alten parlamentarischen Erfahrung, daß Mittelparteien, die positive Arbeit leisten wollen, immer in Gefahr sind, durch die Verbindung romantischer Konservativer und revolutionärer Radikaler mattgesetzt zu werden.

Im letzten Akt der Frankfurter Tragödie ist dann zu dem Gegensatz „erbkaiserlich oder nicht erbkaiserlich" die Parole des Anfangs „Autorität oder Revolution" wieder hinzugetreten; in seltsamer Verflechtung haben sich die revolutionären Republikaner bis zum letzten eingesetzt für die erbkaiserliche Reichsverfassung, während die Männer staatlicher Autorität sich für die Resignation unter Vorbehalt der Fortarbeit auf anderem Schauplatz entschieden. Darüber ist dann die erste Deutsche Nationalversammlung zerbrochen.

Für die Entstehung und die Entwicklung der politischen Parteien in Deutschland bedeutet ihre Arbeit etwas Entscheiden-

des. Aus der Paulskirche haben alle Parteien, die sich in Deutschland gebildet haben, wesentliche Anregungen empfangen: Autorität und Freiheit, Fürstenstaat und Volksstaat, Klerikalismus und Autonomie des Geistes, liberales Prinzip und sozialistischer Gedanke, Nationalismus und Völkerverständigung, Recht des geschichtlich Gewordenen und Recht der revolutionären Tat — alle diese Ideen sind in der Frankfurter Paulskirche leidenschaftlich umstritten worden, die Gruppen haben sich dafür und dawider gebildet, und von dort aus sind sie durch das gesamte deutsche Volk hindurchgedrungen und haben politische Bildung, politische Arbeit und politischen Willen erzeugt.

Wir wollen uns nunmehr das Wesen der Parteien der ersten Deutschen Nationalversammlung durch die Betrachtung ihrer führenden Redner noch näher vergegenwärtigen.

Die stärkste politische Potenz der Rechten ist der westfälische Freiherr Georg v. Vincke gewesen (1811 bis 1875), lange Jahre Landrat von Hagen, 1847 aus dem Staatsdienst ausgeschieden und zuerst als Mitglied des preußischen vereinigten Landtags hervorgetreten. Schon äußerlich war Vincke eine Figur, die man nicht vergessen konnte: ein rundes, rotes Gesicht mit knapp geschorenem Kinn- und Wangenbart auf einem kurzen derben Knochengerüst: so war er ein leibhafter Vertreter des Landes und seiner urwüchsigen Kraft. Vincke ist der Redner der Polemik großen Stils gewesen: mit seinem scharfen Verstand durchleuchtete er den Gegner bis ins letzte, und sein unverwüstliches Temperament wußte ihn zu schütteln. Er war eine Kämpfernatur; so oft er die Tribüne betrat, wußte man, daß hier zum Streite geritten wurde und daß die Hiebe flogen. Sein ungewöhnliches Gedächtnis ermöglichte es ihm, den Gang langer Debatten treu und klar in sich aufzubewahren und dann einen Vertreter entgegengesetzter Ansicht nach dem anderen vorzunehmen und in den Sand zu strecken. Seine parlamentarische Bildung war umfassend: so hat er bei der Erörterung der Idee des legalen Widerstandes gegenüber der Idee der revolutionären Tat mit treffenden, überzeugenden Worten auf den großen Steuerverweigerer der englischen Revolution Sir John Hampden und auf den Iren O'Connel hingewiesen, den er als den größten Demagogen aller Zeiten bezeichnete: mehr Seelenstärke gehörte nach seiner Auffassung zu dieser ruhigen rechtsbewußten Art des organisierten

Widerstandes als zum planlosen kecken Darauflosschlagen. Berühmt war Vincke auf dem Vereinigten Landtag durch sein Schlagwort vom Rechtsboden geworden, auf den er sich stellen wollte. Das Wort vom Rechtsboden ist immer wieder im Zusammenhang mit seiner Person genannt worden, und er selbst hat darauf häufig zurückgegriffen. Sein Verhältnis zur Revolution hat er wie folgt charakterisiert: „Ich kann in der Revolution kein Prinzip, sondern nur ein Faktum entdecken; mein Standpunkt ist der des vielbesprochenen Rechtsbodens: ich stehe auf dem Standpunkte des durchlöcherten Rechtsbodens“[40]). Und im Dezember 1848 ist er wiederum auf dieses sein Prinzip vom Rechtsboden zurückgekommen in jenem feurigen Appell, den er an die Nationalversammlung richtete, sie möchte ihren Staat nicht auf die vorübergehende Gunst und Laune des Tages, sondern auf einen neuen Rechtsboden aufbauen: „Ohne alle Elemente der Stabilität kann einmal kein Staat bestehen — bauen Sie ihn auf Sitte und Recht, und dann beschwören Sie die Stürme des Himmels, sie werden Ihren Bau nicht zerstören“[41]).

Wir sehen: die Idee der Revolution war Vincke, als dem Manne des Rechts und der Ordnung, tief entgegengesetzt. Ein autonomes Recht der Revolution wollte er nicht anerkennen: „Welches System läßt sich aufstellen für die Revolution? Wo wollen Sie die Grenze setzen in einer Zeit, wo der morgende Tag den heutigen verschlingt, wie Saturn seine Kinder?!“[42]) Und so mußte er denn die Revolution, wenn sie weiterging, unbedingt bekämpfen. In der Frankfurter Septemberrevolution sah er ein planvolles Werk, das mit gleichzeitigen Bewegungen in Köln, in Berlin und in Baden in Verbindung gestanden hat; und die Mitglieder der Nationalversammlung, die Wind säten, um dann abzuwarten, ob vielleicht der Sturm aufgeht, die Mitglieder der Linken, die nach seiner Auffassung immer „an der Grenze der Revolution herumfistulierten und den Augenblick abpaßten, wo sie etwa rechts oder links hinüberspringen könnten“ — diese Mitglieder der Linken hat er auf das heftigste angegriffen und entsprechende Gegenangriffe empfangen[43]).

Bei allen großen Fragen hat Vincke in der Paulskirche das Wort ergriffen; seine sprudelnde Lebhaftigkeit, seine wilde, verwegene Art, die man mit einem Schneegestöber verglichen hat,

blieb sich immer gleich, und darin lag ihre Schwäche. Er war mehr Draufgänger als Schöpfer, mehr Kritiker als Staatsmann. Seine Meisterrede hat er vielleicht am 15. Januar 1849 gehalten über die österreichische Frage. Sie ist ein Muster seiner ungemein gedrungenen, stark gewürzten Ausdrucksweise und jener echt parlamentarischen Redeform, die immer an das unmittelbar Vorhergehende und deshalb augenblicklich Interessante anknüpft und aus der Stimmung der Versammlung selbst, aus ihren Zurufen und sonstigen Lebensäußerungen den Stoff und vor allem die Färbung des Sprechens entnimmt, sich aber immer wieder zum Kern eines großen allgemeinen politischen Gedankens und zum willensmäßig erfaßten Ziele des eigenen Vortrages zurückfindet. Vincke mag in der Nationalversammlung weit mehr Gegner als Freunde gehabt haben, denn sein beißender Witz, der das Persönliche geradezu hervorzog, konnte ihn nicht beliebt machen; Hörer aber, angespannte, amüsierte, leidenschaftlich erregte und miterlebende Hörer, hat Vincke immer gefunden[44]).

Ich übergehe hier den General v. Radowitz, der zu den Führern der Rechten gehört, aber schon durch Meinecke eine erschöpfende Behandlung gefunden hat, und wende mich gleich dem Manne zu, der vielleicht die reizvollste Persönlichkeit der ersten Deutschen Nationalversammlung war, dem Fürsten Felix Lichnowsky (1814 bis 1848). Der frühe und furchtbare Tod, den der Vierunddreißigjährige bei dem Frankfurter Septemberaufstand fand, hat sein Geschick zu einem heroischen gemacht — ein Zug, der ihm ursprünglich fern gelegen hat. Fürst Lichnowsky war eine Abenteurernatur — in Spanien und in Portugal hatte er sich als Verfechter karlistischer Legitimität und als geistreicher Beobachter von Welt und Menschen umgetan. Durch die unzähligen Beziehungen seiner hohen gesellschaftlichen Stellung war er ein ganz weltkundiger, aber darum auch etwas skeptischer Mensch geworden, für den nun die Politik einen idealen Tummelplatz seiner ungewöhnlichen geistigen Begabung bedeutete. Er ging nicht wie Radowitz von der Idee und vom Studium aus, sondern vom Leben und von der Anschauung. Sein unruhiges polnisches Blut trieb ihn ewig dem Neuen zu, und solange es ihm neu war, wußte er etwas damit anzufangen, er sah Menschen und Dingen auf den Grund, charakterisierte sie verblüffend und handhabte sie virtuos. Er war aber schnell

gelangweilt und freute sich dann wieder über irgendeinen neuen Einfall, woran es ihm nie mangelte, oder über irgendeinen Lebenskreis, der Reize und Genuß versprach. Als Redner war er sicher einer der kühnsten und glänzendsten der Paulskirche. Er sah gut aus, die hohe Tenorstimme schwebte lockend durch den großen Raum, was ihm aus der Versammlung zugetragen wurde an Zurufen und an Stimmungsäußerungen, das wußte er in seiner genialen und graziösen Weise immer treffend zu verwenden. Wenn man Vincke den Meister der Polemik, Radowitz den Meister der Beweisführung nennen kann, so war Lichnowsky der Meister des rhetorischen Effekts.

Fürst Lichnowsky ist einer der häufigsten Redner der Nationalversammlung gewesen; ein ruhiges Publikum fand er freilich nicht. Dem General v. Radowitz wurde andachtsvoll zugehört wie einer großen akademischen Autorität; wenn Lichnowsky die Tribüne betrat, dann ging ein Vibrieren durch die Versammlung. Es lag etwas Herausforderndes in dieser aristokratischen Gewandtheit, in dieser liebenswürdig-spöttischen Art. Er erweckte den Neid, er erweckte die demokratischen Instinkte, er reizte die ernsten Männer der Theorie, der Abstraktion, des großen Ideenkampfes, wie sie besonders auf der Linken saßen. Es waren hier Gegensätze mächtig, die bis in das Innerste geistigen und sozialen Empfindens gingen. Vor solchen Gefühlen hatte nun der Fürst keine Spur von Angst; im Gegenteil: er gefiel sich darin, das, was er für richtig hielt, genau in der scharfen Form vorzubringen, die ihm natürlich war, und wenn er die Gemüter dadurch erregte, so machte ihm das offenbar eine gewisse Freude. So gebrauchte er bei der Besprechung der Wahl Friedrich Heckers den Ausdruck: „Auch glaube ich, daß eine sehr große Ehre geschieht für einen Hochverräter, wenn ein besonderer Ausschuß seinetwegen ernannt wird." Die Linke zischte, es erhob sich im Saal und auf den Galerien außerordentliche Unruhe und Getöse, die Rechte spendete donnernden Beifall, und der Präsident mußte die Glocke gebrauchen. Als die Ruhe wieder hergestellt war, sagte Lichnowsky: „Ich fahre also fort, daß dadurch einem Hochverräter eine sehr große Ehre geschieht . . ." Natürlich begann das Zischen der Linken von neuem, und der Fürst trumpfte in seiner kecken Art nun auf: „So oft ich unterbrochen werde, bin ich genötigt, den Satz wieder von vorn an-

zufangen." Man begreift, daß die Ruhe jetzt nur mit sehr großer Mühe wiederhergestellt werden konnte[45]). Lichnowsky mußte sich natürlich auch seinerseits von der Linken manches gefallen lassen[46]). Man darf bei der Beurteilung dieses Mannes aber nicht vergessen, daß er die Arbeit der Deutschen Nationalversammlung zunächst einmal technisch stark gefördert hat. Auf seinen großen Reisen hatte er die Sitzungen der bedeutendsten Parlamente aus eigener Anschauung kennen gelernt; schon auf dem Vereinigten Landtag war er als Sachverständiger des Parlamentarismus aufgetreten. In der Paulskirche, die ja um Geschäftsordnungsfragen oft schwer zu ringen hatte, gab er häufig aufklärende Hinweise. So hat er sich einmal über den Gebrauch der Ministerinterpellationen geäußert, und bei dieser Gelegenheit — auch ein Zeichen seiner erheblichen Gewandtheit — sein Einverständnis mit seinem politischen Antipoden Karl Vogt zum Ausdruck gebracht[47–50]).

Hat nun Fürst Lichnowsky allgemeine geistige Prinzipien in seiner politischen Betätigung gehabt? Wir sagten schon, er war ein Praktiker; wer weiß, was er vielleicht geleistet hätte, wenn er je in eine leitende Stellung gekommen wäre. Große Ideen hat er nicht hervorgebracht, aber er hat den Ideen, an die er glaubte, eine höchst persönliche, immer wirksame Form gegeben, die häufig spielerisch und kokett war, die sich aber auch manchmal zur Höhe eines staatsmännischen Bekenntnisses emporschwang. Am 26. Juni 1848 sprach er vom monarchischen Prinzip: „Ich rede also nicht von der Liebe zu den Souveränen, ich rede vom monarchischen Prinzip, und wenn durch Gottes Willen die 36 deutschen Souveräne und ihre Familien auf einmal hinweggenommen würden von dieser Erde, so bin ich der Überzeugung, man würde sich vereinen und neue an die Spitze dieses Landes stellen, wenn auch nicht in so großer Anzahl." Hier sehen wir gut seine Art: sein Glaube an die Monarchie gehörte sicher zu dem Ernsthaftesten seiner Überzeugung — wenn er aber davon sprach, so endete er schließlich doch mit einem ironischen Ton. Als die Linke diese Sätze mit einem Gelächter quittierte, richtete er an sie den verblüffenden von allgemeiner Heiterkeit begrüßten Satz: „Ich begreife Ihre Heiterkeit, meine Herren! Wenn ich das Gegenteil gesagt hätte, so würden meine Freunde gelacht haben." Aber in derselben Rede, indem er sich zu solchen

eleganten Fechterkunststücken verstand, appellierte er zweimal eindringlich an das nationale Gefühl: Wenn unsere Grenzen bedroht würden, dann gäbe es keinen Unterschied der Parteien zwischen uns, und solange es nicht gegen die Ehre und das Gewissen ist, muß man nachgeben, um das furchtbare Unglück einer inneren Spaltung zu beseitigen![51, 52])

Neben dem monarchischen Prinzip dürfen wir die zukünftige Stellung des Adels als ein Problem bezeichnen, das dem Fürsten Lichnowsky besonders am Herzen lag. Es war schon sehr viel für und gegen die Abschaffung des Adels in der Nationalversammlung gesprochen worden; da gelang es Lichnowsky noch durch einen ganz neuen Gesichtspunkt, die Debatte zu beleben: „Glauben Sie mir, wenn Sie die Titel wegnehmen, und da Sie die Namen lassen müssen, daß in den Kreisen, wo die Träger dieser Namen wohnen, diese Namen als ein sichtbarer Faden der Geschichte dieses Landes fortleben werden, und daß ein Adel durch die Namen selbst gebildet bleiben wird trotz aller Abschaffung der Titel!" Und als von der Linken „nein, nein" gerufen wurde, fuhr er fort: „Glauben Sie denn wirklich, daß in Pommern ein Schwerin nicht Schwerin und in Schlesien ein Schaffgotsch nicht Schaffgotsch sein, und daß man in Franken vergessen wird, daß, wo irgendein Schlachtfeld war, ein Pappenheim sein Blut darauf vergossen hat? . . . Nehmen Sie die Titel weg, die Namen können Sie nicht nehmen; die Kaste können Sie nicht abschaffen, und — wie auch die Verhältnisse sich gestalten mögen, Ihre Maßregeln werden unwirksam, der Adel wird Adel bleiben." (Große Sensation.)

Es ist gewissermaßen paradox, daß dieser Fürst, der unter seinen Standesgenossen vielleicht einer der Unbefangensten und innerlich Fortgeschrittensten war, durch den Radikalismus der Extremen in der Paulskirche in die Stellung des Verteidigers der historischen Rechte gedrängt wurde. Wie sehr er an dem Schicksal der untersten Schichten teilnahm, beweist seine Äußerung über das Proletariat. Er verteidigte sich am 6. September 1848 gegen den Vorwurf, als verschlösse er und seine Gesinnungsgenossen sich alles menschlichen Gefühls, und er wies auf die hungernden und darbenden Distrikte an der Ost- und Nordsee hin, auf die zahlreichen deutschen Fabrikstädte, die im Revolutionswinter kein Brot haben würden, auf die weiten

Landstriche im deutschen Osten, wo die Ackerbauern keinen Kornmarkt hätten; und als er sagte, daß es sich um das tägliche Brot von Hunderttausenden handelte, da erscholl sogar von den Galerien anhaltendes Bravo[53]).

Das war die vorletzte Rede des Fürsten: es ist merkwürdig, daß er, der schließlich noch so viel soziales Empfinden gezeigt hatte, den brutalen Instinkten einer aufgehetzten Menge zum Opfer fallen mußte. Sein Schicksal hat die Zeitgenossen tief bewegt — gerade weil er maßvoller und ernster geworden war. Er hat auch zuletzt nicht der äußersten Rechten, sondern dem rechten Zentrum, der Kasinopartei, angehört. Wohl viele haben das gleiche wie der Abgeordnete Zimmermann von der Linken bei diesem Erlebnis empfunden; nicht ein Mord ist das, sagte er, sondern „im antiken Sinne ein tragisches Geschick"[54]).

Der leitende Geist der Kasinopartei, wie wir schon sagten, vielleicht der einflußreichste Mann der Nationalversammlung, ist Friedrich Dahlmann gewesen (1785 bis 1860) — einer der Älteren also in der Deutschen Nationalversammlung, eine ganz fertige, gewissermaßen geschichtliche Persönlichkeit, die in sich die Würde eines deutschen Professors verband mit dem markigen Stolz eines Kämpfers und Märtyrers für deutsche Einheit und für deutsches Recht; dazu kam noch der Ruhm eines viel gelesenen Schriftstellers. Dahlmanns „Politik" war ein Lehr- und Lesebuch der Zeit. Seine französische Geschichte, seine englische Geschichte waren knappe Darstellungen der revolutionären Entwicklung der westlichen Nachbarnationen; sie waren bei allem wissenschaftlichen Ernst durchaus volkstümlich aus dem Geist der Zeit herausgeschrieben, sie vermittelten zwei Generationen das notwendige Wissen für die Kämpfe um die eigene deutsche Staatsgestaltung, sie wollten mehr als forschen und belehren, sie wollten erwecken, befeuern, zur Tat und zum Werk mitfortreißen. Von Dahlmanns englischer Geschichte ist wiederholt auch in der Paulskirche direkt die Rede gewesen. Der Abgeordnete Zitz führte bei der Besprechung des Problems der Volkssouveränität das Schlußwort dieses Buches an, mußte sich aber freilich von dem grimmigen Alten darüber belehren lassen, daß er das Wort nicht richtig zitiert habe: „Ich verlange von niemandem, daß er meine Bücher lese, das wäre ein höchst unbilliges Begehren, das wäre unbescheiden, aber ich hege den bescheidenen

Wunsch, daß derjenige, welcher sie zitiert, sie gelesen haben möge"[55]). Dahlmanns wissenschaftliche Tätigkeit ist sehr häufig in der Paulskirche von seinen Gegnern auf ihren ursächlichen Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit in der Paulskirche geprüft worden, und diese Gegner machten den Versuch, Widersprüche herauszuarbeiten[56]).

Eine so willensstarke und von sich und seiner Sache überzeugte Persönlichkeit forderte den Widerspruch stark heraus, und wenn sich dieser Widerspruch zeigte, dann bewies der starrköpfige, nach außen so kalte und eherne Mann, wie man gut pariert: er schalt dann sehr von oben auf die „langsamen Köpfe", die ihn nicht verstehen wollten. Wenn er aber im Namen des Verfassungsausschusses, dessen hervorragendstes Mitglied er war, der Nationalversammlung Bericht erstattete, dann floß seine ruhige, klare, zuversichtliche Sprache mit einer Überzeugungskraft dahin, daß dem nicht gut zu widerstehen war. Dahlmann verzichtete ganz auf äußere Wirkungen. Seine Stimme war klanglos, er machte keine Gesten, sein verdrießliches und verwittertes Gesicht war von einer maskenhaften Starrheit. Nur selten betrat er die Rednerbühne; wenn er es aber tat, dann wußte die Versammlung: es geschah etwas, es kam darauf an. Diese herben Lippen öffneten sich nur, wenn es notwendig war.

Wie eindrucksvoll ist es gewesen, wenn er zur Eile, zum verdoppelten Eifer, zur Selbstverleugnung mahnte, wenn er alle Zweifel an dem Berufe der Nationalversammlung, an ihrer Machtvollkommenheit ablehnte, wenn er der Versammlung zurief, sie müsse zu ihrem Werke unverdrossen stehen, sie dürfe keine Hand ablassen von ihm bis zur Vollendung. Wenn jemand einen Glauben an die Nationalversammlung hatte, so war es Dahlmann; sein bestes Wissen, seine beste Kraft hat er eingesetzt[57]). Aus ihm spricht auch besonders eindringlich die Sprache der Zeit; er hat die Politiker jener Epoche zum guten Teile sprechen gelehrt, und so sind seine eigenen Worte immer in besonderem Maße typisch für die so eigentümlich hochgespannte, ungebrochene und aus dem Tiefsten emporquellende Rede der Revolution von 1848.

In den Verfassungsfragen hat Dahlmann besonders stark gewirkt. Da war aus seinem Munde jene Art von historischer und politischer Belehrung zu vernehmen. So hat er sich etwa

bei dem großen Problem des Zweikammersystems mit dem ganzen Reichtum des Wissenden für die Doppelordnung von Staatenhaus und Volkshaus eingesetzt und diese Institution auf Nordamerika und England zurückgeführt. Manche Wendungen und Sätze dieser Rede erinnern unmittelbar an die betreffenden Abschnitte seiner „Politik“ [58]). Aber nicht immer blieb er der Doktrinär; er konnte auch aus tiefem persönlichem Gefühl Lebensweisheit spenden, zugleich mit einem echt-nordischen grimmigen Humor. So erzählte er in seiner großen Rede über das preußische Erbkaisertum vom 23. Januar 1849 von seiner Jugendzeit in dem damals schwedischen Wismar, von seiner Professorenzeit im dänischen Kiel, und so kam er zuletzt ganz natürlich auf das Hohenzollernsche Kaisertum. Er widerlegte damals auch die Ansicht, Preußen solle sich nicht auf Deutschland einlassen: „Viele Männer sind der Meinung, Deutschland als Ganzes sei einmal dem politischen Elende geweiht, es sei einmal, wie ein alter Dichter sagt, unglückselig von Natur, Preußen dürfe das Opfer seines sicheren Daseins nicht für eine ungewisse deutsche Zukunft bringen.“ Und demgegenüber verkündigt der Alte die Lehre von der Macht: „Die Bahn der Macht ist die einzige, die den gärenden Freiheitstrieb befriedigen und sättigen wird, der sich bisher selbst nicht erkannt hat. Denn es ist nicht bloß die Freiheit, die er meint, es ist zur größeren Hälfte die Macht, die ihm bisher versagte, nach der es ihn gelüstet. Deutschland muß als solches endlich in die Reihe der politischen Großmächte des Weltteils eintreten. Das kann nur durch Preußen geschehen, und weder Preußen kann ohne Deutschland, noch Deutschland ohne Preußen genesen“ [59]). Und dieser selbe Mann, der ein so klares Bild von Preußen und von der Macht im Völkerleben gehabt hat, ist es gewesen, der in dem kritischen Moment der Frankfurter Paulskirche zum Führer einer antipreußischen Bewegung geworden ist, die den Kampf mit Preußen aufnehmen wollte und dabei scheiterte. Es war die schleswig-holsteinische Frage.

Wie kein anderer hat Dahlmann diese Frage in ihrer ganzen nationalen Bedeutung erfaßt. Denjenigen, die davor warnten, das Gleichgewicht Europas zu verrücken, rief er zu, das Gleichgewicht von Europa solle allerdings verrückt werden, unser Deutschland solle aus einem schwachen, versunkenen Gemein-

wesen, aus einer im Ausland gering geschätzten Genossenschaft zur Würde, Ehre und Größe hinaufsteigen: „Diese Verrückung des Gleichgewichts von Europa wollen wir aber haben und festhalten, und auf dieser Verrückung des Gleichgewichts von Europa wollen wir bestehen, bis der letzte Tropfen Blutes uns entströmt ist. Wenn Sie in der schleswig-holsteinischen Sache versäumen, was gut und recht ist, so wird damit auch der deutschen Sache das Haupt abgeschlagen“ [60]).

Immer wieder hat Dahlmann im Sommer 1848 auf die zentrale Bedeutung der schleswig-holsteinischen Frage für Deutschland hingewiesen. „Was ist es, das den Engländer so groß gemacht hat?“, rief er der Nationalversammlung zu; „eins, ein ganz Einfaches hat ihn groß gemacht: jeder einzelne Engländer wiegt England so schwer, wie das ganze England“. Und in Schleswig-Holstein gilt es nicht einen Deutschen, sondern hunderttausend. Und dann kommt jene große Prophezeiung Dahlmanns, die wohl mehr, als er selbst glaubte, zur Wahrheit geworden ist: „Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, welche uns naht, den Mächten des Auslands gegenüber kleinmütig bei dem Anfange, dem ersten Anblick der Gefahr, dann werden Sie ihr ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben! (Auf der Linken lebhaftes Bravo.) Denken Sie an diese meine Worte: Nie! (Wiederholter Beifall)“. Und Dahlmann schloß mit den Worten, daß dann zwar nicht die Despotie, aber die Anarchie in Deutschland herrschen würde.

Schon in seiner ersten Schleswig-Holstein-Rede vom 14. Juni 1848 hat Dahlmann gesagt, daß die Ehre Deutschlands auf dem Spiele stünde. In seiner letzten Rede vor der Septemberrevolution hat er dasselbe Wort gebraucht; für die Ehre Deutschlands hat er bis zum äußersten damals gekämpft und den unmöglichen Versuch gemacht, ein Ministerium an Stelle des abgetretenen Ministeriums Leiningen zu bilden. Er hat das Bittere erlebt, mit Männern zusammengeworfen zu werden, die nicht von seiner Art waren, und sich von denen getrennt zu sehen, zu denen er eigentlich gehörte. Die Nationalversammlung hat ihr stolzes Haupt nach jener Demütigung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit noch einmal erheben wollen, und Dahlmann hat an dem weiteren Werk redlich mitgearbeitet. Aber auf Malmö folgte zuletzt die preußische Ablehnung, und Dahlmann behielt

schließlich recht, recht gegen sich selbst und gegen seine treuesten Freunde.

Je mehr wir uns in der Betrachtung der führenden Redner der Paulskirche der Linken zuwenden, desto mehr tritt der historische Geist in den Hintergrund und der philosophische Geist in den Vordergrund. Vincke, Radowitz, Fürst Lichnowsky waren Männer, die auf dem gegebenen Boden des Staates, der Kirche, der Gesellschaft standen, und auch der Geschichtsschreiber Dahlmann gesellt sich passend zu ihnen: sie waren Persönlichkeiten, die vorurteilsfrei eine Modernisierung des deutschen Vaterlandes wollten, die aber dem Gedanken der revolutionären Zerstörung und des Neuaufbaus rein nach allgemein geistigen Prinzipien ablehnend gegenüberstanden. So war denn auch ihre Sprache politisch-staatsmännisch, sie wuchs ganz aus einem bestimmten Stoff heraus. Wie anders ist das Bild auf der Linken! Hier herrscht der neue Geist über die alte Form; hier herrscht das Wort über den Stoff, das freie, mutige, männliche Wort über die unpersönliche, schwer lastende Tradition menschlicher und eben deshalb verwickelter und verdorbener Verhältnisse. Auf der Rechten saßen überwiegend die klugen, die skeptischen, die verwöhnten und vorsichtigen Männer; auf der Linken dagegen saßen die gläubigen, die phantasievollen, die philosophisch oder künstlerisch vertieften, die schwungvollen Männer. Auf der Rechten herrschte viel Interesse, viel Bedachtsamkeit und gewiß auch viel Ehrfurcht gebietender Stil; auf der Linken herrschte die Idee über alles, und als etwas Gleichgültiges versank daneben das Verschlungene der Standes- und Gesellschaftsnormen. So war es natürlich, daß sich die überragenden Meister des Wortes und des Gedankens auf der Linken der Paulskirche befanden. Vincke war der große Polemiker, Radowitz der Meister des Beweises, Lichnowsky der Künstler des Effekts, Dahlmann der Lehrer geschichtlicher Tat und geschichtlichen Willens. In Gabriel Rießer haben wir vielleicht das größte rhetorische Talent der ersten Deutschen Nationalversammlung zu verehren.

Gabriel Rießer (1806 bis 1863) war eine priesterliche Natur. Sein Grundwesen war erfüllt vom Geist der Humanität: er wollte nicht reizen, nicht niederkämpfen, sondern vermitteln und die Gegensätze zur höheren schöpferischen Einheit versöhnen. Das Wunderbare an diesem Manne war, daß er seinen politischen

Gegnern alles sagen konnte, ohne sie zu verletzen. So war er der gegebene Mittler, der Mann der Mitte; ursprünglich kam er von der Linken, schloß sich aber dann dem linken Zentrum an. Die rednerische Gabe des Hamburger Notars und Anwalts war ganz außerordentlich: man hätte dem schweren Manne nicht den leichten und schönen Fluß des Wortes zugetraut. Ganz einfach setzte er ein, mit ein paar kurzen, sachlichen Bemerkungen gewann er sich Aufmerksamkeit und Zutrauen, und dann steigerte sich die Rede, dann fügte sich ein edler Gedanke an den anderen, dann breitete er die ungewöhnliche Fülle seiner Anschauungen von Welt und Leben vor der Versammlung aus, immer getragen und feierlich, immer würdig und edel, ganz entfernt von den Niederungen der Effekthascherei. Ein politischer Geschäftsmann war Rießer keineswegs, und auch als Vizepräsident hat er sich nicht bewährt. Er war nicht scharf, nicht schlagfertig und nicht skeptisch; er war eben ein Priester und Prophet, und die tiefe Menschenliebe, die ihn so warm erfüllte, wurde auch ihm durch die allseitige Zuneigung und Verehrung, die er genoß, reichlich gelohnt. Am überzeugendsten hat er deshalb gewirkt, wenn sittliche Werte in Frage standen. Der Empörung über die Septemberrevolution, besonders über die Ermordung Lichnowskys und Auerwalds hat er den packendsten Ausdruck gegeben. Immer wieder sind Rießer herrliche Bilder zugeströmt. So hat er in der Rede vom 6. Oktober 1848 von der Nationalversammlung gesagt: „Ich kann die Kraft eines Volkes, die Kraft einer aus dem Volke hervorgehenden Versammlung nicht mit dem Blitze vergleichen, der sein kurzes Dasein nur durch Zerstörung bezeichnen kann und dann verschwunden ist, ich vergleiche sie der edlen Sonne, die wärmt und belebt und die auch die Wolken, die sie zeitweise verhüllen, wieder zu durchbrechen vermag“[61]).

Es wird immer denkwürdig bleiben, daß das Großartigste, was wohl in der Paulskirche überhaupt gesprochen worden ist, aus dem Munde des deutschen Juden Gabriel Rießer kam. Es war seine Rede vom 21. März 1849 über den Welckerschen Antrag, die er am Ende der tagelangen Debatte als Berichterstatter des Ausschusses hielt. Da war er ganz er selbst: gerecht nach allen Seiten, milde, feierlich, tiefbewegt und deshalb selbst tiefbewegend. Jeden Widerspruch hat er da erörtert, und für jeden

fand er eine Lösung, ergreifend hat er an das vaterländische Empfinden der Österreicher appelliert und die letzten Hoffnungen des deutschen Patriotismus zum Ausdruck gebracht. Wie stolz betonte er das freie, ungeschmälerte Selbstbestimmungsrecht Deutschlands: man solle es nicht mit Belgien auf eine Stufe stellen: „Deutschland wird es abzuwenden wissen, daß Londoner Konferenzprotokolle über sein Schicksal und seine Zukunft entscheiden." Und wie mutig sprach er sich gegen diejenigen aus, die an dem Vaterlande verzweifelten, wenn ihre persönlichen und parteipolitischen Wünsche nicht in Erfüllung gehen: „Die Behaglichkeit, mit der jetzt manchmal Buben an dem Geschicke des Vaterlands verzweifeln, gehört zu den widrigsten Erscheinungen der Gegenwart. Darum, meine Herren, wenn unser Vorschlag fiele, so würden wir nicht ermüden, so sehr auch unsere Hoffnungen gesunken sein mögen, Paragraph für Paragraph mit treuer Arbeit, wie Sandkorn auf Sandkorn, nach dem Worte des Dichters zu dem Bau der Ewigkeiten zu tragen. Wir werden, wenn der Stein, den wir dem Gipfel nahe glaubten, sich abermals herabwälzt und mit Donnergepolter zu unseren Füßen niederfällt, ihn immer von neuem heben und emporzuwälzen suchen und in duldender Arbeit beharren, bis der erwachende Genius des Vaterlandes die Fessel bricht und uns von der Qual vergeblicher Arbeit erlöst." Und dann fand Rießer einen ungemein geistvollen Schluß; er sagte, er glaube nicht zu einer ermüdeten Versammlung zu sprechen, die Nationalversammlung werde am Ziel ihrer langen Wanderung dieselbe Kraft und Begeisterung zeigen wie zu Anfang: „Ich fordere Sie daher nicht auf, Ihre letzte Kraft aufzuraffen, denn die unvergängliche Kraft und Größe Deutschlands lebt in Ihnen; ich rufe Ihnen vielmehr zu: bleiben Sie bei Ihrem Charakter, krönen Sie Ihr Werk, erfüllen Sie den alten, edlen Traum des deutschen Volkes von seiner Einheit, Macht und Größe, fassen Sie einen großen, rettenden weltgeschichtlichen Entschluß."

Es war einer der größten Momente der Paulskirche; eine so tiefe Bewegung hat sie nie vorher oder nachher ergriffen. Unter Tränen brach ein Sturm von Beifall hervor. Tatsächlich: viele weinten heiße Tränen! Viele, darunter die besten Männer der Nationalversammlung, eilten, wie Laube als Augenzeuge

erzählt, dem herabsteigenden Rießer entgegen, stürzten ihm in die Arme und herzten und drückten ihn[62]).

Wenn Gabriel Rießer der Priester unter den Rednern der Nationalversammlung war, so war Wilhelm Jordan der Dichter. Auch Wilhelm Jordan (1819 bis 1904), der Pfarrerssohn aus Ostpreußen, war voll geistlicher Tradition. Sein Entwicklungsgang hatte ihn aber abgelöst von dem überkommenen Vorstellungskreis, er hatte ihn ganz auf sich selbst gestellt, und so war es natürlich, daß dieser Schüler radikaler Philosophie und Naturwissenschaft zunächst auf der Linken saß. Es war sein starkes Empfinden für die Nationalität, für das Deutschtum, das ihn von seinen Gesinnungsgenossen trennte und dem linken Zentrum zuführte. Als Marinerat ist er dann auch in das Reichshandelsministerium eingetreten, und diese Bureaukratisierung wurde ihm von seinen alten Gesinnungsgenossen besonders übel genommen. Es war ja Gewohnheit der vorrevolutionären Demokratie, jedes Paktieren mit herrschenden Gewalten als eine Charakterlosigkeit, womöglich als Korruption zu brandmarken. Der Haß der Linken gegen Jordan hat wiederholt zu unliebsamen Szenen in der Paulskirche geführt. Er mußte sich heftige Zurufe gefallen lassen, und bei seiner Rede vom 11. Januar 1849 über die österreichische Frage kam es zu beständigen stürmischen Zusammenstößen[63]).

Nur eine sehr scharf geprägte Persönlichkeit vermag solche Leidenschaften zu erwecken. In Jordan steckte ein Demagoge großen Stils. Er vermochte durch seine überaus anschauliche und das Innerste packende Redeweise die Gefühle großer Massen aufzuregen. Ein Beispiel dafür bietet seine Rede vom 17. Juni 1848, in der er, damals noch ganz ein Radikaler, gegen die vielen Feiertage in der Nationalversammlung wetterte. In dieser Rede bezeichnet er etwa den späteren Kaiser Wilhelm als „eine hochgestellte Person in Generalsuniform“, die den Wahlspruch überwundener Zeiten in die Massen schleuderte, als ob der Wunsch bestünde, blutige Zusammenstöße zu provozieren. Die arbeitenden Klassen nannte er die Träger der Gesellschaft, die als die eigentlichen Inhaber der Kraft der neuen Revolution ihre wunden Schultern gewaltig schütteln; und er pries den Geist dieser Revolution mit der ganzen Farbigkeit seines Redestils. Damals klatschte ihm noch die Galerie stürmischen Beifall[64]).

Wer heute die Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung durchliest, der muß sagen: die Reden Wilhelm Jordans sind diejenigen, die nach so langer Zeit den stärksten und frischesten Eindruck machen. Wie viele Zeitgrößen, die in der Paulskirche weit häufiger als Jordan das Wort ergriffen, sind völlig verblaßt. Als Beispiel nenne ich etwa Venedey. Die Worte dieser Männer sind eben nur aktuell gewesen, sie haben die Zeit beherrscht, weil sie ihr völlig gedient haben, und sie sind deshalb mit dem Zeitlichen völlig vergangen. Aus Wilhelm Jordan dagegen spricht der Dichter; da ist eine Kraft und eine Markigkeit der Darstellung, da ist eine Fähigkeit, tief in die Seele der Menschen hineinzugreifen, da ist ein Ungestüm, ein Feuer und eine Gewalt des Ausdrucks, die heute noch erschüttert und erregt. Die Zeitgenossen haben Jordans Eitelkeit gescholten; und das gesteigerte Selbstbewußtsein, eine gewisse Affektion und Künstlichkeit im Sichgeben hat zweifellos bei ihm bestanden. Die Nachfahren empfinden aber vielmehr die Naturkraft, die sich hinter der oft gesuchten und berechneten Form verbarg, und die von Zeit zu Zeit doch immer dämonisch hervorgebraust ist.

Die hohe Bildung, die Jordan erfüllte, ist in seinen Reden immer wieder zum Vorschein gekommen und gibt ihnen schon dadurch eine bedeutende Stellung. Der Schüler Hegels spricht etwa aus folgenden Worten: „Ich sage, es heißt sich gewaltsam verschließen gegen den Geist der Weltgeschichte, wenn man ihn nicht begreift in seinen schlagendsten Offenbarungen, wo er spricht zu den Nationen durch das wirksamste seiner Mittel, durch die erhabene tragische Ironie." Und eine solche tragische Ironie nennt er es, daß die heilige Allianz an dem polnischen Volkstum das Urteil vollstreckte im Sinne der noch ungeborenen Revolution, an einem Volkstum, „das in sich selbst keine Kraft besaß, das Feudalwesen zu brechen, dessen Sturz die Kultur gebieterisch verlangte, weil es der Besieger der Aristokratie, den dritten Stand nicht in sich enthielt, das daher diesen Besieger und Erlöser von außen her erhalten mußte." Diesen Gedanken der tragischen Ironie steigert Jordan dann ganz im Sinne Hegels zu der feinen Auffassung, daß der letzte große Akt des europäischen Monarchentums, der Bruch des Feudalwesens, die Vorbereitung der Demokratie, selber bereits eine Revoluton gewesen ist[65].

Auch die naturwissenschaftliche Bildung hat Jordans Reden gelegentlich eine eigenartige Färbung gegeben, so wenn er die Übermacht des deutschen Stammes gegenüber den meisten slawischen Stämmen als eine naturhistorische Tatsache bezeichnet, gegen die sich mit einem Dekret im Sinne der kosmopolitischen Gerechtigkeit nichts ausrichten ließe[66]).

Damit befinden wir uns bereits mitten in der Polenrede Jordans, die seine erste ganz große rednerische Leistung in der Paulskirche war, zugleich die Absage an die Polenfreundschaft der Linken. Aus Jordan sprach da die Heimat und das Gefühl für den eigenen Boden. Er kannte die Polen aus seiner Jugend als Nachbar und wußte, daß die polnische Frage gewiß eine Frage der nationalen Gerechtigkeit, aber mehr noch eine Frage der Sicherheit Deutschlands war. Und so ist er, der noch kurz vorher die Gewalt der Barrikade gegenüber dem historischen Recht gefeiert hatte[67]), zum Fürsprecher eines „gesunden Volksegoismus" an Stelle „träumerischer Selbstvergessenheit" geworden[68]). Jordan nahm kein Blatt vor den Mund: er sagte es der Nationalversammlung, daß der Deutsche im Osten die Wälder gelichtet, die Sümpfe getrocknet, den Boden urbar gemacht, Straßen und Kanäle angelegt, Dörfer gebaut und Städte gegründet habe und daß das nicht geschehen sei, „um den Epigonen des exilierten hundertköpfigen polnischen Despotentums neue Schmarotzernester zu bereiten". Und es erhob sich in der Versammlung Unwille, dem sogar der Präsident Ausdruck verlieh, als er sich zu der Frage steigerte: „Soll der Bürgerstand wieder untergehen, der nur dem deutschen Gewerbefleiße seinen Ursprung verdankt, um das Mark des Landes noch einmal vergeuden zu lassen von etwelchen in höfischem Glanze schwelgenden Familien und liebenswürdigen Mazurkatänzern?"

Kosmopolitismus, Klerikalismus und Kommunismus — das sind die drei großen Bindungen, denen gegenüber Wilhelm Jordan die Idee der geistigen Freiheit, des arbeitenden Bürgertums und des nationalen Staates vertritt — die Ideen also, die die kommende geschichtliche Epoche beherrschen sollten. Er bezeichnete es als keine große Kunst, französische Phrasen ins Polnische zu übersetzen und in einem „demokratisch-kommunistischen Katechismus" das Paradies auf Erden zu versprechen; und so schränkt er den Freiheitsgedanken durch den Vaterlands-

gedanken ein. Das Schlußwort der Polenrede lautet: „Freiheit für alle, aber des Vaterlandes Kraft und Wohlfahrt über alles!“[69])

Verfolgen wir den Nationalgedanken bei Jordan noch etwas näher. In seiner Rede vom 11. Januar 1849 nimmt er hier eine sehr eigenartige Stellung ein. Er ist kein reiner Nationalist; viel höher als die Nationalität steht ihm die Zivilisation, er begrüßt mit Freuden den allgemeinen Drang in Europa, daß sich die Völker und Länder zu großen Massen zusammengruppieren. Aber er wünscht eben ein Fortschreiten des Deutschtums, eine Germanisierung anderer, besonders östlicher Volksstämme, und setzt sich deshalb für den unversehrten Bestand des österreichischen Gesamtstaates ein, bei dem die geographische Einheit so mächtig wäre, die Naturgrundlage sämtlicher Staaten, die wichtiger sei als Stammeseinheit und Verwandtschaft. Jordans Auffassung des Nationalitätsproblems ist also mehr egoistisch als konsequent. Sie ist deutsch auf alle Fälle, sie ist das, was eine spätere Zeit alldeutsch genannt hat. Es wirkt etwas sonderbar, im selben Atem die Studierstubenweisheit träumender Kosmopoliten schelten zu hören und dann wieder zu vernehmen, daß das Deutschtum große Kulturaufgaben der Menschheit auch für andere Volkstümer zu lösen habe. Jordan hat so auch zu denjenigen gehört, die die Abtrennung des Elsasses von Deutschland als eine Schmach empfanden, und er beklagte es in der gleichen Rede tief, daß die deutsche Gesinnung im Elsaß so sehr erstorben sei, daß dort gerade 1848 die Losreißung vom Mutterlande im Jahre 1648 gefeiert wurde[70]).

Jordan hatte einen starken Sinn für Realitäten: er glaubte an ein in den Ereignissen waltendes Fatum, d. h. an die innere Natur der Dinge und an das wahrscheinliche Gesetz der Entwicklung: danach habe, meint er, der Politiker die fördernde helfende Tat abzumessen; im Laufe der Dinge liege mehr Weisheit verborgen, als auch das genialste Individuum jemals aufzubringen vermöchte. Wir sehen hier Goethesche Gedanken und naturwissenschaftliche Überzeugungen sehr interessant angewendet auf die historisch-ethische Welt. Jordan, der Verkündiger des revolutionären Geistes, vermochte schließlich, durch die Erfahrungen belehrt, nicht mehr an das zu glauben, was er nunmehr Gefühls- und Gemütspolitik, zelotischen Idealismus, Fanatis-

mus der Phrase nannte[71]). So kündigt sich in Jordan das Bismarcksche Zeitalter an.

Jordan hat sich für die preußische Hegemonie aus allen Kräften eingesetzt. Er fühlte sich als Vertreter eines altpreußischen Landes, er nannte sich mit Stolz „Jordan von Berlin", obgleich er nur einen märkischen Provinzialwahlkreis vertrat — er betonte das Recht der preußischen Art, auch im Verhältnis zu Frankfurt, und beschwor in seiner Rede über das Erbkaisertum nicht nur den Geist Barbarossas, sondern auch den Geist des alten Fritz. Die Möglichkeit des deutschen Bruderkrieges faßte er unbefangen ins Auge[72]). So trug Jordan mit vollem Bewußtsein deutsche Zukunft in sich, und zwar die unmittelbar bevorstehende Zukunft. In seiner letzten großen Rede in der Paulskirche hat er das offen gesagt: er und die Seinen könnten getrost dem Kommenden entgegengehen, und sollte selbst „eine blutrote Sündflut auf eine Zeit lang hereinbrechen über das Vaterland". Nach dieser Sündflut, wenn die Wasser sich werden verlaufen haben, dann, so sagte er, „wird unsere Partei auferstehen". Und diese Partei wird die Partei der Versöhnung sein.

Wilhelm Jordan ist einer der Jüngsten der Nationalversammlung gewesen; ihm, dem jugendlichen Preußen, stellen wir den jugendlichen Österreicher Karl Giskra gegenüber. Karl Giskra (1820 bis 1879) war der redegewandteste Abgeordnete der Nationalversammlung. Er hat sehr häufig das Wort ergriffen und dann durch den unbeschreiblich raschen Fluß seiner Vorträge die Stenographen in Schrecken und Verlegenheit gebracht. Dabei sprach er vollkommen korrekt und mit hoher Intelligenz, so daß diese physische und geistige Virtuosität die Paulskirche immer wieder in Erstaunen setzte. Giskra war schon mit 26 Jahren Professor der Staatswissenschaften in Wien geworden, und er hat es später noch zum Minister des Innern gebracht; er war ein Mähre, und die eigentümlich bohrende, etwas rabulistische, in Thesen und Antithesen schwelgende slawische Intellektualität war in ihm lebendig. Ernstere und schwerere Männer machte diese Suada mißtrauisch, sie witterten unter den allzu vielen Gründen Scheingründe, und die Landsleute fanden Giskra als Parteimann etwas unzuverlässig. In Frankfurt kam das aber wohl kaum zum Ausdruck; hier wirkte er ganz als Führer des jungen Österreich, das sich nicht zerschlagen

und nicht von Deutschland trennen lassen wollte, und er wirkte zwar etwas jäh in seinem rasenden Galopp, aber zweifellos glänzend und hinreißend. Mit besonderem Mitgefühl werden wir Heutigen die Reden Giskras lesen. Wie schön sind seine Worte über das deutsche Wien! Er wollte es nicht gelten lassen, daß die deutsche Kraft in Österreich gebrochen sei: „Wer ermannte sich nebst den Magyaren zum Kampfe für die Freiheit? Wo ist die wirksamste deutsche Revolution ausgebrochen? In der deutschen Stadt Wien. Wer ist der Träger bis zur Stunde? Die deutschgesinnten Wiener. Wem dankt die deutsche Freiheit mehr als der deutschen Legion in Wien? Wer kämpft jetzt den neuen Kampf der Revolution mit den Scharen einer freiheitsmörderischen Kamarilla? Das deutsche Wien! Wie ein Riese, der nur geschlafen, erwachte Wien und betätigt die deutsche Kraft und den deutschen Sinn für Freiheit.“ Leidenschaftlich hat sich Giskra gewehrt gegen den Gedanken, daß die deutsch-österreichischen Provinzen wirklich aus Deutschland ausscheiden sollten. Was sollten die Deutschen in Österreich machen gegenüber dem überwiegenden Slawentum?: „Die Idee der Einheit Deutschlands war es, welche uns hier in der Paulskirche zusammenführte, jene Idee, die mit Wonneentzücken des deutschen Mannes Brust erfüllte, als er der Verwirklichung entgegensehen konnte, jene Idee, die er als Kind in Märchen von großen Kaiserreichen zuerst hörte, die er als Knabe in den Sagen und Taten der Kaisergeschichte nährte, die ihm als Jugendideal die Brust durchglühte, die er als Mann nicht mehr als Traumbild vor sich sah! Was wird aber aus dieser Idee der Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes, wenn Sie die österreichischen Provinzen nicht dabei hätten, wenn Sie diese einem Slawenreiche verfallen ließen?“ [73]) Aus diesen Worten schon spüren wir den Flammenhauch der Giskraschen Rhetorik; wiederholt ist es ihm gelungen, durch seine eigentümliche, hochgespannte und bis im Innersten vibrierende Art das Parlament zu rauschendem Beifall hinzureißen; so wenn er von der Herrlichkeit der Geschichte des deutschen Geistes sprach, die schönere Tage hat als alle Schlachtentage, seien es auch die von Aspern und Leipzig! Sein ganzes, heißgeliebtes Österreich wollte Giskra unter diesen deutschen Geist stellen. Sein Programm war: Deutsch-Österreich im Bundesstaat und die anderen Länder im Staatenbund mit Deutschland;

aber am liebsten wäre es ihm gewesen, das bekannte er frei, wenn es gelänge, Tür und Tore weit zu öffnen und das ganze Österreich mit all seiner großen Mannigfaltigkeit und Herrlichkeit ins Deutsche Reich hineinzunehmen. Und er skizzierte ein glänzendes Bild, wie sich dann der Kulturstrom hinübergösse nach dem Osten: wir hätten Istrien und Dalmatien mit ihrem Schiffholz und ihren tüchtigen Matrosen, die Deutschen in Ungarn und Siebenbürger könnten erstarken, Polens Wälder böten deutschen Schiffen Material, und an des Schwarzen Meeres Küsten entfaltete sich das deutsche Banner[74]).

Herr v. Schmerling hatte einmal die Äußerung getan, es gäbe keine deutsche Geschichte. Ein solche Wort mußte Giskra auf den Plan rufen. Er setzte sein Schwarz-rot-gold gegen Schmerlings Schwarz-gelb[75]). Giskra war ein geborener Oppositioneller; seine Meisterrede hielt er am 3. November 1848, als die Wiener Revolution durch Windischgrätz niedergeschlagen wurde. Damals sprach er von der Leidenschaft; er wünschte, er könnte alle edlen großen Leidenschaften lebendig machen, nicht die niederen der Selbstsucht und des Egoismus, sondern die großen, die Leidenschaften der Nation für die Freiheit, für die Größe und die Macht des Vaterlandes! Giskra war der Marquis Posa der Paulskirche; eine Schillersche Feuertrunkenheit war in ihm, und zugleich etwas, was ja eben so schillerisch ist, die Bewußtheit des klärenden Gedankens[76]). Prachtvoll war seine Bildersprache; ich führe nur ein Beispiel an. Mit der Lotosblume verglich er einmal die Idee der deutschen Freiheit und Einheit: „Die Wasser steigen hoch, aber die Blume steigt höher, sie läßt sich nicht von dem schlechten und schlammigen Wasser überwältigen. Und wie der Hindusgott in seiner Blume schläft, so thront die Idee der Freiheit und Einheit im Herzen des Volkes.“ „Noch steht die Idee auf reiner Basis, noch erträgt sie eine friedliche und naturgemäße Entwicklung, noch immer steht ihre Mutter, die Revolution, im blüteweißen Gewande vor uns; aber schon beginnt das Gewand sich zu röten von geschlagenen Wunden!“

Wenige Tage, nachdem Giskra diese Worte gesprochen hatte, wurde Robert Blum in Wien erschossen; und dadurch bekam das weiße Gewand der Revolution einen Blutfleck, der nicht mehr auszuwaschen war. Giskra hat dem linken Zentrum

angehört; Robert Blum war während des ganzen Sommers 1848 die führende Persönlichkeit der eigentlichen Linken. Er war der erste deutsche Volksmann, der erste, der durch seine Herkunft, durch seine Art und sein Schicksal dem wirklichen Volke angehörte und seine Phantasie und seine Liebe erfüllte. Friedrich Hecker war doch eine Art Abenteurer; die Revolutionsromantik, die ja ein besonderer Zug früherer Volksumwälzungen ist, hat in ihm ihren typischen Vertreter gefunden. Robert Blum (1807 bis 1848) war ernster und gewichtiger: ein armes Kölner Bürgerskind, hat er sich aus der damals untersten Schicht in Deutschland, dem kleinen Handwerkerstande, emporgearbeitet, er hat durch sein Talent und seine körperliche Kraft alle die Hindernisse überwunden, die in der alten Gesellschaftsverfassung Deutschlands dem Aufstieg entgegenstanden. Als Klempnergeselle war er herumgewandert, als Theaterkassier ist er in eine wunderliche Verbindung mit einer Welt getreten, die seiner braven Schwerfälligkeit äußerlich und innerlich so ganz fremd war, als Redakteur und Volksredner ist er dann bei den breiten Massen seines Wohnorts Leipzig populär geworden. Er war der rechte Volksredner — für eine so geistige Versammlung wie die Paulskirche vielleicht zu sehr Volksredner, um sich ganz und auf die Dauer zu behaupten. Seine derbe, behagliche Gestalt, seine eigentümliche Häßlichkeit, die sich ohne weiteres einprägte und ein gewisses Wohlwollen erwecken mußte, sein frischer, tapferer Ton — das alles wirkte stark. Er hatte ein wundervolles majestätisches Organ, das orgelhaft den Kirchenraum erfüllte; seine ruhige Sicherheit tat wohl, man hatte das Gefühl, einen treuherzigen und ehrlichen Mann vor sich zu haben. Sein ganzes Wesen hatte etwas von altdeutschen Holzschnitten; es wirkte bestechend durch die Gradheit und die Kraft.

Wer näher hinzusah, der merkte freilich auch Schwächen — nicht Schwächen des Charakters, denn Robert Blum war eine durch und durch lautere Persönlichkeit; Schwächen vielmehr der politischen Position. Robert Blum wollte ein Praktiker sein; er war Republikaner und stimmte gegen die fürstliche Reichsverweserschaft, aber dann ging er doch in Frack und weißer Binde zum Erzherzog Johann. Er stellte sich rücksichtslos auf den Standpunkt der reinen Volkssouveränität — wer weiß, ob er sich nicht bei längerem Leben noch für das Erbkaisertum entschieden hätte.

Er besaß als ein Mensch, der sich hatte schinden und plagen müssen, einen sehr feinen Sinn für die Kompromisse des wirklichen Lebens. Die große Frage war nur, ob er bei den damaligen politischen Verhältnissen die Autorität haben konnte, sich mit einem positiven Arbeitsprogramm durchzusetzen. Dem widersprach nicht nur die Zerklüftung der Parteien, sondern vor allem seine eigene Vergangenheit und sein eigenes Wesen. Er mußte eben doch immer der Volksredner bleiben, sein Radikalismus spielte ihm Streiche, er war auf den politischen und auf den gesellschaftlichen Freisinn nun einmal festgelegt, er wäre gar nichts mehr gewesen, wenn er auf die Macht des Wortes über die Massen verzichtet hätte, und so hat er denn sehr oft „Antoniusreden" gehalten, Reden des „Zwar aber" und des „Sowohl als auch". Dem lag kein Ränkespiel zugrunde und keinerlei egoistisches Motiv, sondern, wenn ich richtig sehe, ein Doppeltes: Verlegenheit und Klugheit, die Verlegenheit des Demagogen, der politisch arbeiten will, und die Klugheit des Emporkömmlings, die weiß, daß sie ihren Boden nicht verlassen darf. Seine Schicksalsreise nach Wien hat er sicherlich nicht gern und keinesfalls zu dem Zwecke gemacht, den sie schließlich erhielt. Er sollte in seiner Person die Solidaritätsgefühle der deutschen Demokratie mit der österreichischen Demokratie zum Ausdruck bringen, und er wurde zum Botschafter und Propheten der revolutionären Tat, was er vorher nie in dem Maße gewesen war. Aber die bedrohliche Gewalt der Legitimität in Österreich ließ ihn gewissermaßen erwachen; er vergaß Kompromisse und Vermittlung und stellte sich auf die Barrikade.

Es ist nicht leicht, ein klares Bild der politischen Ziele Robert Blums zu geben. Das Greifbarste in seinen Reden ist der Kampf gegen die alten Mächte. Da fand er immer wieder starke und Richtung gebende Worte. Bemerkenswert sind da etwa jene Sätze über den historischen Rechtsboden der ersten Deutschen Nationalversammlung. Wir wissen schon, daß diese Redewendung durch Vincke ein Schlagwort der Zeit geworden war. Robert Blum sah den Rechtsboden, die Bundesakte, als absolut vernichtet an. Die Versammlung, meinte er, muß ihn vollkommen neu legen. Er verglich den historischen Rechtsboden, auf den von der Rechten hingewiesen wurde, mit dem trügerischen Spiegel einer Eisdecke von dem Frost einer Nacht: unter dieser

Eisdecke fließt aber, sagte er, der Strom der Revolution, dem die Versammlung ihr Dasein verdankt, ruhig fort. Und nun kommt ein Gedanke, der etwas Programmatisches in Robert Blums Munde hat: „Wir können keine Decke darüber legen, wir können ihn nur dämmen, in den Schranken halten, in denen er erhalten werden muß, oder wir werden von dem Strom verschlungen“[77].

Solche Worte melancholischer Warnung finden sich öfters in Robert Blums Reden. So hat er einmal in seiner großen Rede vom 20. Juni 1848 von dem Prometheusschicksal der Nationalversammlung gesprochen: wie der Heros der Antike erschien ihm die Riesenkraft der Versammlung angeschlossen zu sein an den Felsen des Zweifels, den sie sich selbst aufbaut. Dieser Zweifel erschien ihm als ein sehr gefährliches Moment, und er versuchte ihn zu beschwören, indem er der Versammlung zu Bewußtsein brachte, daß sie die Allmacht des Vertrauens der Nation besäße[78].

Volkssouveränität und Freiheit sind die beiden großen Worte gewesen, die Robert Blums Gedankengang maßgebend bestimmten. Die Geschichte der französischen Revolution war ihm der unerschöpfliche Boden, aus dem ihm die Beweise für seine Anschauungen vom Kampfe zwischen Freiheit und Gewalt erwuchsen. Nur eine Schreckensherrschaft empfand er wirklich als gefährlich, nicht die von Paris, sondern die von Pillnitz und Koblenz. Nichts erschien ihm verhängnisvoller als der eitle Versuch, eine zugrunde gegangene Gewalt wieder herzustellen. Deutschland, so sagte er, ist immer noch jung genug, um die späte Verbindung mit der Freiheit einzugehen: „das alte Herz kann lieben und es liebt inniger, wenn auch ruhiger als das junge, weil es das Bewußtsein in sich trägt, daß der Liebesfrühling ihm nur noch einmal kommt. Es wird für die Erkorene in die Schranken treten, nicht mit der Aufwallung des Jünglings, aber mit der vollen Kraft des reifen Mannes. Überliefern Sie die Braut des besonnenen deutschen Volkes nicht ihrem ärgsten Todfeind: der Gewalt“[79].

Der Gegensatz von Freiheit und Gewalt ist eine Prägung, deren Volkstümlichkeit etwas Überzeugendes hat. Die Sache der Freiheit, das war für Blum das Evangelium der Neuzeit; und die Geschichte der Neuzeit war ihm das Sichlosringen der Freiheit von den unheilvollen Dynastenbündnissen. Dieser alten Form

des außerpolitischen Lebens setzte Robert Blum als neue Form das Bündnis zwischen befreiten Völkern entgegen, und so wurde er zum Hauptverfechter des Gedankens einer Allianz zwischen dem republikanischen Frankreich und dem neuen Deutschland. Der Glaube an den Gott der Geschichte war, so ist seine Auffassung, jetzt wieder erweckt in der Menschenbrust; das Bewußtsein war wieder lebendig geworden, „daß der Gedanke größer und stärker und gewaltiger ist als die Macht der Bajonette und Kanonen". Der edlere und bessere Teil des Menschen, die Seele, ist wiederbelebt, die auf die Allmacht des Gedankens vertraut. Es ist klar, daß ein solcher Mann für diesen Menschheitsgedanken die Schranke der Nationalität nicht anerkennen konnte. Robert Blum setzte sich mit voller Überzeugung für die Propaganda des revolutionären Freiheitsgedankens ein. Ein Gedanke, der keine Propaganda macht, sei ein Unding, und er wies in hinreißenden Worten auf den Gedanken des Christentums, auf den Gedanken der nordamerikanischen Revolution und auf die neue französische Revolution hin, die das Licht der Freiheit bis über Moskau hinaus tragen würde[80]).

Bei Wilhelm Jordan haben wir gesehen, wie ein radikaler Denker zum Nationalisten werden konnte; Robert Blum nahm gegenüber dem Nationalismus eine durchaus kühle Haltung ein. Bei der Polenfrage hat er sich darüber ausgesprochen und den Vertretern des Nationalgesichtspunktes zugerufen, sie sollten dann wenigstens konsequent sein. Sie sollten dann auch Schleswig durchschneiden, die Slawen freigeben, Südtirol von Deutschland trennen, die Ostseeprovinzen von der Herrschaft Rußlands und das Elsaß von der Herrschaft Frankreichs befreien: „Entweder das eine oder das andere ist richtig. Denn sich die Politik zurechtmachen in der Art und Weise, wie sie eben für den Augenblick paßt, das ist nach meiner Ansicht eben gar keine Politik."[81]) Und doch hat dieser Gegner des Nationalismus zündende Worte gefunden über die nationale Ehre. Am 6. September, bei der Verhandlung über den Waffenstillstand von Malmö hat er gesagt, daß eine Nation nie mit Schmach bedeckt werden kann, wenn sie nicht damit bedeckt werden will: „Es ist eine Erfahrung, so alt wie die Welt, daß der Mensch und der Staat soviel gilt, als er Mut hat, und wäre über die deutsche Nation durch die Verhältnisse, wie sie vorliegen, in

der ersten Zeit ihres Emporstrebens das Verhängnis der Vernichtung ausgesprochen — es wäre unendlich schmerzlich! — aber ertragen möchte ich es noch lieber, als mit Schmach und durch schmachvolle Nachgiebigkeit fortzuleben. Sie mag am Völkergrabe das Bewußtsein sich eintauschen, daß die Nachwelt sage: sie sei zugrunde gegangen, aber mit Ehre"[82]). Robert Blum hatte aber nicht nur das pathetische Register; als ein echter Sohn der guten Stadt Köln konnte er recht humoristisch und witzig sein. Ein besonders willkommener Gegenstand seines behaglichen Spottes war der Bundestag; er hat ihn einmal ein Gespenst genannt, ein andermal hat er gesagt, er hätte nicht geglaubt, daß der Bundestag mit dem Schwane Ähnlichkeit habe, nämlich am Schlusse seines Lebens noch zu singen anfinge[83]). Durch solche gewissermaßen gemütlichen Stellen vermochte es Robert Blum, in der Versammlung eine warme Stimmung hervorzurufen, und mit einem so gut angeregten und unterhaltenen Hause vermochte dann dieser gewandte Techniker des Parlamentarismus, einer der ersten, die wir in Deutschland gehabt haben, viel anzufangen.

Der Tod einer so hervorragenden Persönlichkeit der deutschen Revolution war infolge der Umstände ein politisches Ereignis ersten Ranges. In der Nationalversammlung wurde es wohl verstanden, daß es, um die Sprache Robert Blums zu gebrauchen, ein Schlag der Gewalt gegen die Freiheit war. Kirchgeßner sagte treffend, daß es sich nicht um Blums Schuld oder Unschuld handelte, auch nicht um das Recht oder das Unrecht des vollzogenen Urteils, sondern um die höhere, die politische Frage, um die durch gesetzwidriges Verfahren gegen eines der Mitglieder an der Versammlung selbst verübte Verletzung: „Hierüber muß Recht werden, wenn auch nur ein Schatten des Rechtes noch für uns besteht!" Nach diesen Worten herrschte in der Versammlung tiefe Stille. War es die Stille der Trauer oder der Verlegenheit? Tatsächlich ist der ersten Deutschen Nationalversammlung niemals Recht geworden für diesen Schlag gegen ihre Würde. Es war nach Malmö die zweite schwere Demütigung.[84])

Der Nachfolger Robert Blums in der Führerschaft der Linken war der Gießener Professor Karl Vogt (1817 bis 1895). Karl Vogt war menschlich viel weniger sympathisch

als Robert Blum, aber an geistiger Bildung und Schärfe des Intellekts war er ihm bei weitem überlegen. Als Polemiker ähnelt er Vincke; auch bei ihm haben wir den beißenden Witz und die Freude am Getümmel des parlamentarischen Gefechts. Der Gießener Professor der Naturgeschichte ist gewissermaßen das Gegenstück zu dem Historiker Dahlmann. Wenn bei diesem die Reife und die Ruhe herrschte, der Sinn für die Fortentwicklung und die Achtung vor dem geschichtlich Gewordenen, so war in Karl Vogt das Ungestüm der Jugend, der ganze Souveränitätsrausch des naturwissenschaftlichen Denkens, der absolute Rationalismus lebendig. Karl Vogt war die leibhaftige Respektlosigkeit; sein scharfer Geist zeigte ihm die Unvollkommenheiten der alten Ordnungen im grellsten Licht, und er war zu gefühlsarm, um irgendeinen romantischen Schimmer zu dulden. Er galt als ein Zyniker: trotz seiner Jugend schon beleibt, faßte er das Leben keck und gewalttätig auf, kannte alle Reize der Materie und machte keinen Halt vor irgendeinem Idol: mit dreisten Augen faßte er das All der Welt auf und sagte grad heraus mit einer beispiellosen Unbefangenheit, daß er wenig davon hielte. Maßvolle Leute schalten ihn einen Komödianten; das war er aber doch gewiß nicht. Er war ein Mann, der auf das tapferste für seine Überzeugung eintrat, der nach der Episode seiner Reichsregentschaft in Stuttgart seines Amts entsetzt wurde und in die Schweiz gehen mußte. Sehen wir ab von dem wenig Anziehenden seines persönlichen Stils: es steckte in ihm eine sehr große Kraft, die ganze Kraft des Geistes der Aufklärung, der für die revolutionären Parteien eine so große Bedeutung hatte.

Der Glaube an die Revolution war vielleicht der wichtigste Satz in Vogts politischem Katechismus. Es war bei ihm dies noch mehr als Politik, es war bei ihm eine Basis der Weltanschauung: „Es gibt in der Natur und deshalb auch im politischen Verhältnissen meiner Überzeugung nach keine andere Entwicklung als durch Revolution. Es gibt keine fortschreitende Entwicklung stabiler Zustände; es gibt keine ruhige, gesetzmäßige Entwicklung in der Natur. Jeder Zustand dauert solange, bis er am Marasmus seines eigenen Wesens zugrunde geht, und dann muß er durch eine neue Revolution geläutert und umgeschaffen werden.“ Er nennt das ein Naturgesetz und nimmt es

ebenso als Gesetz des politischen Fortschrittes an. Wir sehen also, wie hier die naturwissenschaftliche Begriffsbildung über ihre Grenzen hinaus das geistig-sittliche Leben erfaßt[85]). Vogt hatte kein Verständnis für das, was er einmal die Prinzipien in der Geschichte genannt hat. Er erkannte wohl an, daß das Prinzip der Nationalität ein höheres ist als das Prinzip der Lehre vom dynastischen Gleichgewicht Europas; am verhängnisvollsten fand er aber das theologische Prinzip, das im Dreißigjährigen Kriege Deutschland ins Elend gestürzt hat. Höher als alle Prinzipien sagte er, steht das Beste des Vaterlandes. Es wäre sehr ungerecht, wenn man in Karl Vogts Bilde diesen patriotischen Zug weglassen wollte: „Das sei unser Wahlspruch! Deutschland wolle lieber sterben als sich ergeben und vaterländischen Boden weggeben." (Rede vom 12. August 1848)[86]).

Karl Vogt bekämpfte die Prinzipien, aber natürlicherweise war sein eigenes politisches Wollen nicht prinzipienfrei. Er faßte das Grundproblem der Zeit auf als einen heiligen Krieg zwischen der Kultur des Westens und der Barbarei des Ostens. Wir sehen hier die Idee vom Kampf gegen Rußland, als den Hauptträger des alten Autoritätsgeistes, wieder auftauchen. Bei der Beratung der Erbkaiserfrage rief Vogt der Nationalversammlung zu, sie möchte diesen heiligen Krieg nicht herabwürdigen und vergiften durch ein Duell zwischen dem Hause Habsburg und dem Hause Hohenzollern; dieser Krieg müsse sein, was er sein solle, ein Kampf der Völker. Karl Vogt ist selbst eine starke Kämpfernatur gewesen. Rücksichtslos hat er, nach seinen eigenen Worten, die Politik des Schwertes gepredigt, und der Gedanke der Macht hat ihn vollkommen erfüllt. Es ist sehr interessant, daß von keiner Seite der Frankfurter Paulskirche die Politik der Tat so sehr gefordert worden ist wie von der Linken. Die Parteien der Rechten und der Mitte waren völlig auf den Kompromiß zwischen dem Bestehenden und dem Neuen eingestellt. Die Tat von der gegenrevolutionären Seite, die Tat im Interesse der wankenden Legitimität hat in der Paulskirche selbst keinen Vertreter besessen. Sie ging aus von den großen Einzelstaaten, von Österreich und von Preußen, aber die Diktatur von links, die Diktatur des souveränen Volks, die ist von der Linken der Paulskirche mit vollem Bewußtsein gefordert und dann ja auch in der Stuttgarter Reichsregentschaft

betätigt worden. Vogt ist bekanntlich Mitglied dieser Reichsregentschaft geworden; es war eine Art Programm, wenn er am 17. März 1849 sagte: „Nehmen Sie die Tat selbst in die Hand, ich bin dabei — ernennen Sie einen Exekutor, einen Ausführer Ihrer Beschlüsse für die Zeit der Gefahr. Bekleiden Sie ihn mit unumschränkter Gewalt für die Zeit der Gefahr und in der Zeit des Krieges“ [87]).

Der Gedanke der Macht hat Vogt stark beschäftigt. Der Vertreter der Rechten Vincke hat immer wieder vom Rechtsboden gesprochen; dieser Führer der Linken hat vielleicht am schärfsten die Grundidee der Paulskirche, mit den Mitteln der moralischen Macht vorzugehen, kritisiert. Er nannte es einen Köhlerglauben, physische Gewalt übertragen zu können in eine Verfassung, ohne daß man selbst physische Gewalt hat: das endgültige Wort in der Frage der deutschen Verfassung, sagte er, wird derjenige haben, der die physische Macht besitzt [88]).

Die Zwiespältigkeit der politischen Stellung Preußens hat in Karl Vogt den schärfsten Kritiker gefunden. Er hat es wohl durchschaut, daß sich Preußen in der ganzen Zeit nach 1815 in dem Traum einer Großmacht gewiegt hat, daß seine Diplomatie immer nur das fünfte Rad am Wagen gespielt und im Schlepptau Rußlands gewesen ist: „Ich habe das mit meinen eigenen Augen gesehen, und es hat mich tief geschmerzt, es hat mich gegrimmt zu der Zeit, wo ich als ein zerrissener Deutscher im fremden Lande weilend, hören mußte, la Prusse et l'Allemagne wären zwei verschiedene Länder“ [89 u. 90]).

Vogt hatte das große Talent, unangenehme Wahrheiten zu sagen. Zu einer Zeit, da die Mehrheit der Paulskirche noch ganz sicher an ein Gelingen glaubte, erlaubte sich Vogt die skeptische Ansicht, daß die Einheitsfrage deshalb so schwer zu lösen sei, weil die fürstlichen Dynastien dagegen wären; nicht die Stämme seien mit ihren vielen Spezialinteressen das Hindernis der Einheit — die Dynastien wüßten vielmehr sehr wohl, welche Opfer für die Einheit *sie nicht* bringen wollten: „Meine Herren, es wird Ihnen schwer werden, dieses Neue zu schaffen. Sie werden nach vergeblichem Hin- und Hermühen mit Ihrem Bundesstaat sehen, daß der Bundesstaat mit der Existenz von Dynastien nicht verträglich ist, und daß, wenn Sie einen Bundesstaat bilden wollen, Sie zuerst die Dynastien, die einzigen Hin-

dernisse desselben, entfernen müssen![91]). Dieser Gedanke kehrt bei Karl Vogt häufig wieder: die wahren Feinde der Freiheit und Einheit waren nach seiner Ansicht die Fürsten; „der Trotz dieser Fürsten muß gebrochen werden, bevor Sie zum Bundesstaat kommen können“; auch das konstitutionelle System, dieser Glaubenssatz der Zeit, in dem Fürstenmacht und Volksrechte sich finden zu können schienen, hatte vor Karl Vogts Kritizismus keinen Bestand[92]).

Am bekanntesten ist Karl Vogt geworden durch seine überaus heftigen Angriffe auf die Kirche. Seine große Rede über die Trennung von Staat und Kirche begann er mit einer rednerischen Pointe, die ihn als solche schon berühmt machte und die den Anlaß geboten hat zu zahlreichen Karikaturen. Er nannte sich da zuerst einen Parteimann im vollsten Sinne des Wortes: „Allein hier, kann ich sagen, stehe ich wirklich erhaben über allen Parteien, bei dieser Frage stehe ich auf einem total neutralen Standpunkte, so vollkommen neutral, daß ich fast sagen möchte, es wäre gar kein Standpunkt.“ Diese überraschende Wendung von der Standpunktlosigkeit erregte große Heiterkeit und ist Karl Vogt noch oft vorgerückt worden. In der Kirchenfrage ist er tatsächlich ein völliger Fanatiker gewesen: für Karl Vogt war die Kirche weiter nichts als eine Zwangsanstalt, ein Verdummungsinstitut, und sein großer Scharfblick hat ihn hier verlassen, wenn er behauptete, daß die Kirche, wenn sie demokratisch würde, keine Kirche mehr sein könnte. Die Trennung von Kirche und Staat faßte er so auf: wenn sie den Erfolg hat, die unbeschränkte Freiheit in allen Dingen zu befördern, dann ist sie gut; wenn sie aber den Erfolg hat, der Kirche, und es handelt sich bei ihm ebenso gut um den christlich-germanischen Staat des protestantischen Preußens, wie um die katholische Kirche, die Freiheit zu geben, das Individuum zu knechten, dann ist sie schlimm. Karl Vogt merkte selbst nicht, daß dieses Prinzip der unbedingten Freiheit selbst einen sehr starken Zwang bedeutete[93]). Dem Ultramontanismus ist seine Aufklärungsphilosophie nicht gewachsen gewesen. Daß in der neuen kirchlichen Reformbewegung selbst sehr viel Freiheitsgefühl und volkstümliche Kraft lag, das hat er nicht durchschaut.[94]).

Die Witze von Karl Vogt haben in der Paulskirche die Runde gemacht; er hatte ein besonderes Talent für den sogenannten

Kalauer. Nur zwei Beispiele möchte ich nennen. Den Freiburger Professor Buß, der erst spät in die Nationalversammlung eintrat, sich aber dann schnell durch seine klerikale Stellungnahme bemerkbar machte, nannte er den „Bußprediger"; von der Bewegung in Wien sagte er, daß es diejenigen seien, die aus der Stadt geflohen sind, welche die dortige Revolution „anschwärzen" und „angelben" möchten. Solche mehr oder weniger gute Witze sind häufig in Karl Vogts Reden; sie charakterisieren seine derbe, fröhlich dahinplätschernde Art, die sich von dem sonst in der Paulskirche üblichen pathetischen Stile gründlichst unterschied[95]).

Der Pathetiker der Linken war Ludwig Simon von Trier. Wenn man sonst den Durchschnittstypus des Frankfurter Parlamentariers etwas bürgerlich und wohl auch philiströs finden wird im Vergleich zu dem Durchschnittstypus der großen Französischen Revolution, so muß man doch wohl sagen, daß in Ludwig Simon von Trier der revolutionäre Geist in seiner ganzen Größe und Wucht Gestalt gefunden hatte. Ludwig Simon (1810 bis 1872) hat vielleicht etwas von dem Römerblut des Mosellandes in sich gehabt. Jedenfalls war er ein echter Tribun, ganz aus Ideen und Überzeugungen gemacht, rücksichtslos gegenüber den Dingen der Welt und gegenüber sich selbst, fähig, nicht nur das Äußerste zu sagen, sondern auch das Äußerste zu tun; eine Persönlichkeit, für die es in dem damaligen Deutschland nichts anderes als Flüchtlingselend gab. Er wurde nach dem Ende der Revolution in contumaciam zum Tode verurteilt und ist in Montreux gestorben. Im Gegensatz zu Vogt war er eine advokatische Natur; Vogt analysierte, er zerlegte, und kritisierte bis zum letzten — Ludwig Simon war ein Fanatiker des Beweises. Es lag etwas Leidenschaftliches darin, wenn er auf alte Anschauungen oder politische Gegner losstürmte und auf den Trümmern fremder Glaubenssätze die eigenen auferbaute. Die Empörung über das Alte war vielleicht sein innerster Antrieb; er konnte nicht spotten und nicht lächeln, es war ihm bitter ernst zu Mute, und er kannte keine Gnade. In dem zart gebauten jugendlichen Manne lebte eine beständige Unruhe; beim Reden streckte er den Kopf weit vor in die Versammlung, und während er seine spitzen heftigen Worte hinunterschleuderte, starrten seine Augen wie entgeistert maskenhaft ins Leere, so daß der Hörer das Gefühl hatte, hier lodert die Dämonie

des Fanatismus. Dieser Tribun war in der Tat seines Gottes voll, des Gottes der Revolution. Karl Vogt hatte doch viele animalische Züge menschlicher Schwäche. In Ludwig Simon, zitterte der reine Geist, und eine Diskussion, ein Kompromiß, eine persönlich-behagliche Annäherung schien bei ihm ausgeschlossen. Sein Los war deshalb auch die Einsamkeit; nur mit Bewunderern und Gläubigen vermochte er umzugehen. Er kannte nur sich selbst — schon um seiner Jugend willen wußte er nicht viel von der Welt. Aber er war einer von den Menschen, deren Schicksal diese unreife Einseitigkeit ist. Er imponierte, wie jede Kraft imponiert, aber er erschreckte auch und ernüchterte jeden, der von anderen Grundlagen herkam. Zunächst im Augenblick packte Ludwig Simon durch seine Wucht und durch seine Begabung. Wie eine Trompete rief die helle Tenorstimme auf zu Kampfe für die Freiheit. Der Gedanke der deutschen Republik ist von Simon am feurigsten vertreten worden. Über die Form des Konstitutionalismus, ja über den Parlamentarismus ging er aber weit hinaus. In der demokratischen Republik sah er zwar zunächst diejenige Form, die dem Volkswillen am besten Ausdruck und Verwirklichung verschafft: „Aber auch damit ist die Volkssouveränität noch nicht vollkommen gewahrt. Es kommen für die Gesamtheit Vertreter, welche für die anderen sprechen, aber es ist nicht ein Mensch wie der andere. Die Volkssouveränität ist vollständig bloß dann gewahrt, wenn sich jeder selbst vertritt.“ Ludwig Simon weist also in eine ganz neue Zukunft. Er bekannte frei, daß er in der Anarchie die höchste Blüte menschlicher Bildung sähe. Mit der Auflösung des monarchischen Staates war ihm also keineswegs genug getan; er wollte im Grunde die Auflösung der gesamten überkommenen politischen und gesellschaftlichen Formen. Den Führern der Revolution von 1848 warf er vor, daß sie in erster Linie den Zustand der Ruhe und Ordnung herstellen wollten. Die wahre Ruhe und Ordnung wird kommen, sagte er, wenn die Versammlung sich entschließt nicht zurückzuweisen in die Vergangenheit, sondern mit kühnem Schritte bis an die letzte Schranke vorzuschreiten, welche die neueste Zeit gestürzt hat[96]). Ludwig Simon war, das ist kein Zweifel, der Prophet der sozialistischen Revolution.

Vom Standpunkt des ausgereiften wissenschaftlichen Sozialismus mag seine Art primitiv erscheinen, und das Positive, das er

gewollt hat, ist nicht recht greifbar. Aber der Grundwille ist doch deutlich. Am 13. Januar 1849 sagte er: „Ich will Sie nicht täuschen, meine Herren. Das Volk, wenn es sich erhebt, will die Verbesserung seiner Lage." Er betont also als treibendes Motiv der revolutionären Bewegung in den unteren Volksschichten die Unerträglichkeit der alten wirtschaftlichen Zustände. Die oberen Schichten, so sagt er, sind im Besitze der Gewalt und der Genüsse des Lebens; die unteren Schichten sind auf die Entbehrung angewiesen. Wenn er es als seinen Grundsatz hinstellt, daß ihm das Wohl des Volkes über alles gehe, so ist es in diesem Zusammenhange klar, was er damit meint. Um so leidenschaftlicher hat er aber deshalb die revolutionäre Bewegung gegen den Vorwurf verteidigt, als ginge sie gegen das Eigentum. Er wollte es nicht zugeben, daß in den ganzen acht Monaten der Revolution irgendwo durch das Volk ein Verbrechen gegen das Eigentum verübt worden wäre; die Soldaten aber, die haben in den verschiedensten Ländern geraubt und geplündert! Ludwig Simon wollte die Anarchie, und durch die Anarchie den völligen Neuaufbau der Gesellschaft: „Anarchie in Übergangsperioden ist die Auflösung bestehender Zustände zur Gestaltung neuer" [97]).

Den sozialen Gesichtspunkt hat Ludwig Simon immer wieder in den Vordergrund gerückt. Bei der Besprechung der Steuerpolitik forderte er, damals etwas durchaus Revolutionäres, die progressive Einkommensteuer: „Die politisch-demokratischen Grundlagen sind noch nirgends so festgestellt, daß daraus auch die materiellen Folgerungen hätten gezogen werden können." Simon tritt für diese materiellen Folgerungen ein, und er geht so weit, zu sagen, daß der Staat auch die Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß wo nichts ist, womöglich etwas hinkomme; der Staat habe demgemäß zu sorgen für die beiden Kategorien der Arbeitsunfähigen und der unfreiwillig Arbeitslosen: „Es ist eine Forderung der Vernunft, eine Forderung der Moral, daß den unfreiwillig Arbeitslosen von der Gemeinde, resp. vom Staat, die Mittel des Unterhaltes gewährt werden .... Niemand ist verpflichtet, zu verhungern. Ich erkenne, wie im Reiche der Vegetabilien und der Tiere so auch bei den Menschen die Tatsache an, daß, was träg liegen könnte, verfaulen muß. Wer aber Kraft hat und arbeiten will, von dem

sage ich, er hat das Recht, nicht zu verhungern, und wenn Sie dieses Recht von Staats wegen nicht anerkennen, so sage ich, er hat das Recht der Revolution, entweder im großen, wenn er Genossen findet, oder im kleinen, indem er die Gesetze des Staates als einzelner überschreitet." Und dann wendet sich Simon gegen die Grundanschauungen des alten Liberalismus, gegen die freie Konkurrenz. Das gewaltsame Eingreifen des Staates, sagt er, ist kein Zurücktreten in die vorrechtsstaatliche Konkurrenz. „Der Rechtsstaat hat die Konkurrenz des Totschlages, des Mißhandelns, des gewaltsamen Wegnehmens mit Strafe bedroht, und das hat die Gesellschaft bisher für gut befunden. Glauben Sie, daß in derselben Weise auch noch die Mißhandlung durch den Geist, durch die Klugheit und Spekulation ihre rechtliche Grenze finden wird? Das ist offenbar der Gang, den die Kulturgeschichte nehmen wird und muß."

Es ist deutlich, daß Ludwig Simons Anschauungen unmittelbar anknüpfen an Ideen und Vorgänge im zeitgenössischen Frankreich. Daß die Staatsfürsorge für unfreiwillig Arbeitslose auch nachteilige Folgen haben könnte, das war ihm natürlich klar, aber, wie er sagte, er bedauerte die Geldausgaben für die Unterstützung der brotlosen Arbeiter in Berlin und Paris viel weniger „als die Schlesier und Irländer, welche im Zustand der Ordnung verhungert sind" [98]).

Ludwig Simon hatte ein europäisches Gewissen. Alle großen Fragen der Zeit behandelte er unter diesem ganzen hohen Gesichtspunkt; in der Frage der deutschen Reichsverfassung sah er ein Problem, bei dem es sich um die ganze europäische Zukunft handelte. Ähnlich wie Karl Vogt erblickte er in dem Kampf zwischen östlicher Barbarei und westlicher Humanität den eigentlichen Inhalt der Epoche [99]). Man wird den tiefen Schmerz begreifen, den ein solcher Mann empfinden mußte über das Neuerwachen der Reaktion. Mit Grauen hat er von der Lawine der roten Monarchie gesprochen, „die sich in Rauch und Blut über die Trümmer der Städte und die Leichen der Volksstämme einherwälzt" [100]). Er ahnte wohl schon, daß auch ihn diese Lawine ergreifen würde. Aber keinen Augenblick hat er an Nachgiebigkeit oder Kompromisse gedacht; er war ganz für Klarheit, für Entschiedenheit, für Lauterkeit. Nichts konnte ihn mehr entrüsten als die Unterstellung eigennütziger Zwecke [101]).

So war er zum Volkshelden gemacht. Der Geschichtsschreiber wird das Verstiegene und Eigenwillige seiner Art sicher betonen müssen — aber er wird mit hoher Achtung von diesem Vorkämpfer zu sprechen haben, der immer so ganz er selbst blieb, der desto schärfer und unverhohlener angriff, je mächtiger und gefährlicher der Gegner war. Der Glaube Ludwig Simons an die Größe und an den Erfolg der deutschen Revolution ist bis zuletzt unerschüttert geblieben. Er, der Landsmann von Karl Marx, ist auf seine Art ein Sozialist und ein Tribun der roten Republik gewesen; rein politisch hat er sich aber zur schwarz-rot-goldenen Fahne bekannt, deren symbolische Bedeutung er in einer seiner letzten zündenden Reden in Stuttgart mit den schönen Worten kennzeichnete: „Aus Nacht durch Kampf zur goldenen Freiheit“ [102]).

## IV. Die parlamentarische Technik und der Haushalt der Nationalversammlung.

Die erste Deutsche Nationalversammlung hatte es sehr schwer, überhaupt zu einer geregelten Geschäftsführung zu kommen. Wir haben schon betont, daß sie ja ihre Arbeit begann, ohne daß es irgendwelche organisierte Parteien gab. Eine solche Fülle von äußerst verschiedenartigen und sehr persönlich gestimmten Naturen mußte nun unter einen Hut gebracht werden. Die erste Sitzung begann ganz ohne Geschäftsordnung. Der Alterspräsident Lang eröffnete sie mit einigen ziemlich wirkungslosen Worten und erklärte die Versammlung für konstituiert. Schon wollte er das Begrüßungsschreiben des Bundestags vorlesen, da wurde er unterbrochen, und es wurde beantragt, die Versammlung solle sich selbst für feierlich konstituiert erklären. Der Gedanke zündete, und sämtliche Abgeordnete erhoben sich von ihren Sitzen, hielten ihre rechte Hand empor und riefen dreimal: „Die Versammlung ist konstituiert! Sie lebe hoch!“ — Diese Szene, die an den Schwur im Ballhause in der großen Französischen Revolution erinnerte, hatte mehr als eine bloß formale Bedeutung. In ihr lag bereits das Programm der Souveränität der Versammlung [103]).

Das Schreiben des Bundestags, das dann zur Verlesung kam, wirkte als eine Art Thronrede und sollte wohl nach der Meinung seines Urhebers Schmerling die Stelle einer solchen vertreten; es war eine verhältnismäßig glückliche und würdige Zusammenstellung offizieller Phrasen. Aber die Debatte, die unmittelbar darauf folgte, ging schon ins Uferlose. Es wurde wild durcheinander gesprochen, und da fiel es der Versammlung ein, daß ohne eine Geschäftsordnung nicht weiterzukommen war. Der Abgeordnete von der Linken, Wesendonck, hatte eine einfache Geschäftsordnung in sechs Paragraphen drucken lassen; mit einigen Freunden hatte er sie ausgearbeitet, und jedes Mitglied fand dieses Provisorium auf seinem Sitze vor. Die Versammlung nahm aber diesen Entwurf nicht an, sondern entschied sich für die viel umfangreichere und gründlichere Ausarbeitung, die Robert Mohl mit zwei anderen Abgeordneten im Auftrage des Fünfzigerausschusses vorgenommen hatte. In dieser Entscheidung lag schon ein Sieg der maßvolleren Richtung über den Radikalismus. Die schließlich angenommene endgültige Geschäftsordnung zerfiel in sechs Abschnitte, die in 49 Paragraphen nacheinander die Prüfung der Legitimationen, die Verhältnisse der Vorsteher, Beamten und Diener der Versammlung, die Ordnung der Sitzungen, die Ausschüsse, den Gang der Hauptverhandlung und die Eingaben regelte. Die ganze Arbeit macht einen klaren und gründlichen Eindruck; es steckt darin süddeutsche parlamentarische Erfahrung und gute Kenntnis des ausländischen Parlamentarismus[104]). Mit der Annahme der Geschäftsordnung war aber noch keine ungestörte Arbeitsfähigkeit begründet. Wiederholt kam es vor, daß über die ganz primitiven Vorbedingungen parlamentarischer Arbeit Uneinigkeit herrschte. So hat am 26. Mai 1848 Nauwerck über Kompetenz einen Vortrag gehalten, am Tage danach Eisenmann über den Unterschied von einfacher und motivierter Tagesordnung[105]). Das alles sind Symptome der Jugendlichkeit; das eigentlich Schlimme für die Nationalversammlung war aber, daß sie sich, gänzlich undisziplinert wie sie war, in einem wahren Antragsfieber erging und daß infolgedessen eine geregelte praktische Tätigkeit sehr schwierig war. Am 27. Mai 1848 hat der Abgeordnete Brunck dringend den Wunsch ausgesprochen, die Nationalversammlung möge davon kuriert werden: es sei fast unbegreiflich, daß in derselben

Sache eine solche Masse von Anträgen gestellt würden, die völlig gleichlautend sind. „Ich wirke auch schon 22 Jahre parlamentarisch, aber eine solche Masse von Anträgen, so gleichlautend, ist mir nie und nimmer vorgekommen"[106]). Für den Präsidenten war diese Flut kaum zu bewältigen. Er konnte die Anträge, während er die Verhandlung führte, nicht lesen, er mußte die Redner einfach der Reihe nach zu ihren Anträgen einschreiben, und das machte wieder die Verhandlungen selbst weitschweifig und unlogisch. Gagern hat sich über diesen Mißstand ausdrücklich beklagt[107]). Im Anfang war es Sitte, daß die Anträge sämtlich in den Sitzungen verlesen wurden. Das war natürlich nicht durchzuführen und wurde bald geändert[108]). Um die Antragsflut einzudämmen, ist dann am 19. Juli 1848 vorgeschlagen worden, daß die Zulässigkeit eines selbständigen Antrags von der Unterstützung durch zehn Mitglieder abhängig gemacht werden sollte. Dagegen wurde nun auch wieder Einsprache erhoben, und Stedmann fand, daß es der Würde der Versammlung nicht angemessen wäre, in die Freiheit der Antragsteller einzugreifen. Er meinte, es werde dem parlamentarischen Takte der Versammlung gelingen, die Flut der Anträge zu dämmen[109]). Dieser parlamentarische Takt der Versammlung hat sich aber nun doch nicht in dem wünschenswerten Maße bewährt. Vom ersten Tage an ist eigentlich in der Paulskirche gemahnt worden, die Kräfte auf schöpferische Arbeit zu konzentrieren. So hat Blumenröder bereits am 23. Mai 1848 gesagt: „Der englische Journalismus hat die Deutschen mit alten Weibern verglichen — rechtfertigen wir diese Vergleichung nicht durch Geschwätz und eitles Gezänk; wir müssen alle unsere Kräfte konzentrieren, um den Stein des Sisyphus, an welchem die Staaten seit Jahrhunderten ihre besten staatsmännischen Kräfte vergeblich abgemüht haben, zum Stehen zu bringen"[110]). In der Sitzung vom 24. Mai sagte Eisenstuck: „Wenn wir so fortfahren, wie bisher, so wird man uns sagen, wir glichen Männern, die in einem brennenden Hause sitzen und beraten, wie man die Feuerspritzen technisch einzurichten habe"[111]). Sehr zeitraubend wurden später auch die Interpellationen und die namentlichen Abstimmungen.

Der Vorwurf, der also der Frankfurter Paulskirche immer wieder von der Geschichtsschreibung gemacht worden ist, wurde schon in ihr selbst erhoben. Sie hat ihr Geschick gewissermaßen

mit vollem Bewußtsein, den Mahnungen ihrer Besten zum Trotz, eigensinnig vollendet. Ein besonders eindringlicher Bekämpfer der Antrags- und Redeflut war Friedrich Theodor Vischer, der gerade aus diesem Grunde sich selbst weniger betätigt hat, als er es sonst gewünscht hätte. Schon am 22. Mai sagte er, die Verhandlungen der Paulskirche dürften nicht einem Reichskammerprozeß von Wetzlar gleichen: „Es ist wohl keiner unter uns, dem der Boden nicht unter den Füßen brennt, wenn er sieht die Massen hungernder Landleute, verworren aufgeregter Arbeiter, verzweifelnder Gewerbs- und Kaufleute, die uns über die Schultern sehen, die die Geduld nicht haben werden, unsere unendlich gedehnten Verhandlungen abzuwarten"[112]).

Aber man kann nicht sagen, daß Vischers Beispiel sehr viel Nachahmung gefunden hat. Nicht jeder hatte die Größe, auf „manchen teuren Antrag, manches süße Amendement" zu verzichten, und Vischers Bitte, dem Volke viel Verdruß, viel Gefahr durch Zögerung und sehr viel Geld zu ersparen, wurde nicht erfüllt.

Es lag eben für diese dialektische Freude der Nationalversammlung ein tiefer Grund vor, der um seiner Geistigkeit willen nicht so leicht auszuschalten war. Jakob Grimm hat ihn einmal in einem Antrag berührt, der freilich selbst in seiner naiven Form ein Beispiel für diese Sache ist, die er bekämpft. Er beantragte nämlich am 3. Juni 1848 zu beschließen, daß der Verfassungsausschuß die ihm obliegenden großen Fragen, „ohne sich in doktrinelle Erörterungen zu vertiefen unverweilt zu gliedern und zu stellen" habe. Der doktrinelle Geist — oder wie es Jakob Grimm ein andermal genannt hat, das Pedantische in der deutschen Art —, darin lag die ungeheure Gefahr für die Nationalversammlung. Sie war eben mehr eine politische Akademie, als ein politisches Organ[113]). Jakob Grimms Worte über das Pedantische bei den Deutschen verdienen um ihrer bleibenden Bedeutung willen besonders festgehalten zu werden. Er nannte die Deutschen ein geschäftiges und ordentliches Volk: „Allein jene löblichen Eigenschaften schlagen auch bei uns oft in Fehler um." Wenn das Pedantische in der Welt unerfunden geblieben wäre, meint er sehr hübsch, der Deutsche würde es erfunden haben. Und er wollte auf die politische Art des Deutschen den alten Satz angewendet wissen: „Lang bedacht und schlecht getan ist der deutsche Schlendrian"[114]).

Nach der provisorischen Geschäftsordnung wurden bereits in der ersten Sitzung 15 Abteilungen von je 23 Mitgliedern durch das Los gebildet zum Zweck einer übersichtlichen Geschäftsführung. Diese Abteilungen, die durch die neuen Ankömmlinge immer ergänzt wurden, stellen die erste technische Organisation der Nationalversammlung dar. Es wurden ihnen Sitzungslokale angewiesen, zumeist in großen Häusern in der Nähe der Paulskirche, bei Sarasin, bei Gontard, bei Bethmann. Die Abteilungen übernahmen die bei dem verschiedenartigen Wahlrecht ziemlich schwierige Prüfung der Wahllegitimationen, von ihnen gingen überhaupt alle Wahlen für die Kommissionen und Ausschüsse aus. Aus den durch den Zufall gebildeten Abteilungen entwickelten sich auch die ersten Gesinnungs- und Arbeitsgemeinschaften[115]. Ausschüsse sind in der ersten Deutschen Nationalversammlung im ganzen vierundzwanzig gebildet worden. Man kann sie einteilen in Dauerausschüsse und Gelegenheitsausschüsse. Dauerausschüsse waren gewählt für die Bildung der provisorischen Zentralgewalt, für das Verhältnis der Zentralgewalt zu den Einzelstaaten, für die Reichsverfassung, für die Durchführung der Reichsverfassung, für das Finanzwesen, für die Geschäftsordnung, für die Gesetzgebung, für die Marine, für die deutsch-österreichischen Verhältnisse, für die österreichisch-slawische Frage, für Petitionen und Priorität der Anträge, für das Schulwesen, für Verantwortlichkeit der Reichsminister, für völkerrechtliche und internationale Angelegenheiten, für Volkswirtschaft, für die Wahlen. An Gelegenheitsausschüssen sind die folgenden gebildet worden: für Ansprache an das deutsche Volk, für die Mainzer Ereignisse, für den Raveauxschen Antrag, für Vorbereitung des Empfangs des Reichsverwesers, für die Wahlen zu Thiengen und Konstanz, für die Totenfeier Robert Blums, für Untersuchung gegen Abgeordnete der Linken nach der Septemberrevolution, endlich für den Schmidt-Wiesnerschen Antrag. Der Schmidt-Wiesnersche Antrag war ein Sonderfall in der Geschichte der Paulskirche, er war nämlich von diesen beiden Abgeordneten der Linken gedacht als ein Hohn auf die Mehrheit; er stellte die Forderung, die Verhaftung Friedrich Heckers zu genehmigen, „damit die Nationalversammlung in ihrem wahren Charakter vor das Volk trete". Diesen Antrag hat Heinrich v. Gagern als eine Frechheit bezeichnet, und er ist

für uns ein Symptom für die tiefe Verbitterung, die zwischen den Parteien sich entwickelte. Die Wahl der Führer der Revolution in Baden Friedrich Hecker und Peter war die einzige, die als eine hochpolitische Angelegenheit die Nationalversammlung eingehend beschäftigte. Die Nichtbestätigung dieser Wahl war eine deutliche Absage an die Revolution der Tat[116]).

Die Arbeitskraft der Nationalversammlung wurde auch sehr stark durch die Petitionen in Anspruch genommen. Es sind im ganzen 9319 Petitionen bei der Nationalversammlung eingelaufen. Wer immer in Deutschland eine Idee oder eine Beschwerde oder irgendein Anliegen hatte, der hielt es für notwendig, sich an die Nationalversammlung, als die oberste politische Autorität, zu wenden. In dieser Zahl ist aber noch keineswegs alles enthalten, was an die Nationalversammlung überhaupt ging. Sonderpetitionen an die Ausschüsse wurde für sich rubriziert; so sind in der polnischen Frage 24 Volumina von Petitionen nach Frankfurt geschickt worden! Unter den Petitionen befanden sich häufig sehr wunderliche Erzeugnisse, die uns einen interessanten Einblick tun lassen in die primitive Art des damaligen politischen Denkens in Deutschland. So haben wir am 22. Mai 1848 eine Protestation vieler Bürger in Nürnberg gegen den Verfassungsentwurf der Siebzehner-Kommission; eine Bittschrift des Vaterlandsvereins zu Mittweida, den deutschen Kaiserthron betreffend; eine Glückwunschadresse, unterzeichnet: Siegfried Justus der Erste.[117]) Wer hat sich nicht alles an die Nationalversammlung wenden zu müssen geglaubt! So hat der Verein für deutsche Reinsprache zu Heidelberg eine Angabe an die Versammlung gerichtet, in der er die Bitte aussprach, die Abgeordneten möchten sich in ihren Reden der deutschen Reinsprache befleißigen und statt der unverständlichen Fremdwörter deutsche Ausdrücke gebrauchen. Die Versammlung war wenig interessiert für diese Eingabe, unterbrach den Berichterstatter durch Schlußrufe und ging schließlich zur Tagesordnung über, allerdings „unter Anerkennung der vaterländischen Gesinnung der Bittsteller[118]).

Ergreifend wirken auf der anderen Seite die zahlreichen Bittschriften von Vertretern des deutschen Volkstums im Auslande. Besonders wirkungsvoll ist die der Siebenbürger, die am 7. August 1848 zur Verlesung kam; es war darin die Autonomie

des siebenbürgisch-deutschen Volkstums historisch begründet und politisch gefordert; die Deutschen Siebenbürgens, hieß es, blicken vertrauensvoll auf ihre Brüder im großen schönen Deutschland und fordern sie auf, mit Wort und Tat ihnen beizustehen im großen Kampfe für ihr Volkstum![119])

Zahlreich sind auch die Stimmen aus Amerika; ich hebe etwa die Adresse einer zu Bellville gehaltenen Massenversammlung hervor, einer Versammlung deutscher Bürger von St. Clair County in Nordamerika, in welcher zur Herstellung der deutschen Republik kräftig aufgefordert wird[120]). Gerade republikanische Äußerungen finden wir unter den Petitionen wiederholt. So hat Karl Heinzen der Nationalversammlung mit einem Schreiben verschiedene Druckschriften im Sinne der republikanischen Partei überschickt und dazu das seltsame Verlangen gestellt, sie möchten an diejenigen Mitglieder verteilt werden, die seiner Ansicht seien. Diese wenig propagandistische Absicht erweckte die Heiterkeit der Versammlung.

Eine der groteskesten Eingaben ist aber wohl die des Silhouetteurs und Miniaturmalers Karl v. Helpke gewesen, in der er den Plan zur Herstellung einer Zitadelle entwickelte, welche mit einer Besatzung von nur 200 Mann und vier Kanonen in ebener Erde einer Belagerung durch 50000 Mann und hundert Kanonen auf ein Jahr und länger zu widerstehen imstande sein sollte. Der Ausschuß für Wehrangelegenheiten tat diesem Plan die Ehre einer näheren Prüfung an, überzeugte sich aber, „nicht sowohl von der Unausführbarkeit als auch von der Zwecklosigkeit", und die Versammlung war grausam genug, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen und in keiner Weise die Erwartungen des Miniaturmalers zu erfüllen. Er hatte nämlich um eine beliebige kleine Belohnung gebeten, weil ihm seine Geldmittel ausgegangen seien"[121]).

Angenehmer wurde wohl die Versammlung berührt durch eine Eingabe der Bauern von Hoya, in der sie mitteilten, daß auch sie den Gang des Parlaments mit Aufmerksamkeit verfolgten, daß sie die Aufhebung des Jagdrechtes mit Dank aufgenommen hätten und deshalb in diesem Gefühl der Versammlung die ersten geschossenen Hasen zum Präsent machen wollten[122]).

Der Bestand der Abgeordneten der ersten Deutschen Nationalversammlung war in einem unaufhörlichen Fluß. Der Beginn

im Mai wirkte verhängnisvoll. Der Sommer war bald erreicht, und das Urlaubsbedürfnis erwachte. Die Urlaubsgesuche vermehrten sich, nach dem Ausdrucke Wernhers von Nierstein wie eine Lawine, und sie wurden für die Arbeit der Versammlung eine wirkliche Gefahr. Weil sich die Verhandlungen so sehr in die Länge zogen, verlor sich das Interesse zahlreicher Abgeordneter. Es war besonders der Typus derjenigen, die eine zweite oder dritte Rolle spielten, die als Redner kaum in Betracht kamen und auch in den Kommissionen wenig zu sagen hatten. Die Abgeordneten ferner, die von sehr weit gekommen waren, dachten schließlich an Haus und Hof, und mancher, besonders von den Österreichern, hat seinen Urlaub überschritten und ist überhaupt unentschuldigt fortgeblieben. Die Rubrik dieser Unentschuldigten nimmt im Laufe der Verhandlungen bei den Abstimmungen immer mehr zu. Es kam auch vor, daß Urlaubsgesuche verweigert wurden. So erging es dem Abgeordneten Ostermünchner von Griesbach, der die Beschäftigung in seiner Brauerei für wichtiger hielt als die in der Paulskirche und sich mit vier Wochen Urlaub, die er schon hatte, nicht begnügen wollte[123]). Die Austritterklärungen brachten eine weitere Unsicherheit im Bestand der Nationalversammlung hervor. Der erste, der sein Mandat niederlegte, war der Abgeordnete Kapp, am 28. Juli nach der Reichsverweserwahl, die er mißbilligte[124]). Austrittserklärungen sind dann aus den verschiedensten Gründen immer wieder erfolgt, bis zu dem großen Austritt der Erbkaiserpartei im Mai 1849, der die Nationalversammlung zum Rumpf machte. Eine Bizarrerie ist es, daß der Abgeordnete für Limburg, Schoemaekers, seinen Austritt in französischer Sprache erklärt hat[125]).

Die erste Deutsche Nationalversammlung war ein sehr stürmisches Parlament. Das lag zum großen Teile daran, daß die Galerie so eifrig an den Verhandlungen teilnahm. Von den Damen des Frankfurter Patriziats bis herunter zu den arbeitslosen Handwerksgesellen drängte sich alles auf die sehr geräumige Kirchentribüne, und der zahlreiche durch Neugier oder sachliches Interesse hergelockte Zuzug von außerhalb vergrößerte noch dieses Publikum. 1500 bis 2000 Zuschauer waren gelegentlich auf der Galerie, also eine Zahl, die die Zahl der Abgeordneten bei weitem übertraf. Zwischen der Galerie und der Linken bestand ein naher persönlicher Zusammenhang. Hier

fanden die großen Reden Robert Blums, Karl Vogts und Ludwig Simons den sichersten Beifall; es lag in dem zahlreichen Publikum ja ohne weiteres eine Verlockung für den Sprecher, zum unsachlichen Volksredner zu werden. Sogar auf die Abstimmungen pflegte die Galerie Einfluß auszuüben, indem sie durch Beifalls- oder Mißfallensäußerungen die Abgeordneten terrorisierte. Wie mancher wurde vor dieser so unmittelbar nahen schreienden und lärmenden Öffentlichkeit unsicher! Die Versammlung selbst empfand den Mißstand sehr und bemühte sich vergebens um Abhilfe. Viele parlamentarische Ereignisse und viele rhetorische Leistungen sind überhaupt nur zu verstehen, wenn man sich die Mitwirkung dieses stürmischen Chors vergegenwärtigt. Während die Nationalversammlung im Herbst 1848 in der reformierten Kirche tagte, wurden diese Verhältnisse besser, wie ja überhaupt gegen den Winter 1848 das Interesse abflaute, um sich im neuen Jahre bei der Kaiserfrage wieder stark zu heben. Die Übersiedlung in die reformierte Kirche geschah, weil in der Paulskirche erst Heizanlagen angelegt werden mußten. Der neue, klassizistisch nüchterne, saalartige Raum wirkte an sich schon auf die Versammlung etwas niederdrückend und lähmte ihre Impulse.

Wiederholt mußten die Präsidenten die Entfernung des Publikums androhen. Es ist dann tatsächlich nur einmal geschehen, in der Sitzung vom 8. August 1848. Dieses Ereignis stand im Zusammenhang mit jener berühmten Äußerung des Abgeordneten Brentano am Tage vorher. Es war von den Aufständischen in Baden die Rede, und Brentano stellte die kecke Frage: „Wollen Sie die, die in Baden die Waffen ergriffen haben, zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen?" Die Linke und die Galerie spendeten stürmischen Beifall. Von der Rechten und aus dem Zentrum erscholl der heftige Ruf: Zur Ordnung! Herunter von der Tribüne! Der Vizepräsident v. Soiron bat um Ruhe, der Lärm setzte sich aber fort. Es entstand ein regelrechter Tumult. Mitglieder von der Rechten näherten sich mit leidenschaftlichen Rufen der Rednertribüne, und von der Linken strömten, gewissermaßen zum Schutze des scheinbar bedrohten Brentano, die Abgeordneten heran. Die Glocke des Präsidenten tönte durch das Getöse, aber in dem Hin- und Her konnte er nicht durchdringen. Auf der Galerie wurde ein Hoch auf Brentano ausgebracht, und

die Bravorufe von oben mischten sich in das aufgeregte Geschrei von unten. Da ließ sich Vizepräsident v. Soiron seinen Hut bringen — es war ein breiter gelber Strohhut, der wegen dieses Ereignisses eine Frankfurter Parlamentskuriosität geworden ist —, er bedeckte sich damit und verließ mit dem Bureau den Saal. Brentano war immer noch auf der Tribüne stehen geblieben, entschloß sich aber nun, sie auch zu verlassen, und nach und nach folgten in lebhaftester Diskussion die Abgeordneten.

Die Aufregung über diesen Zwischenfall zitterte auch noch am anderen Tage nach; Brentano wurde von zwei Abgeordneten der Rechten gefordert; er wurde von Soiron zur Ordnung gerufen, was neuen Lärm verursachte, so daß die Sitzung wiederum auf kurze Zeit unterbrochen werden mußte. Die Linke beschwerte sich über die Parteilichkeit von Soiron, und erst Gagern gelang es, durch beschwichtigende Einsprache die Ordnung wieder herzustellen, aber erst nach Räumung konnten die Verhandlungen weitergeführt werden[126]).

Nur einmal noch ist eine Sitzung abgebrochen worden; es war die vom 9. Mai 1849, — in der trübsten Zeit der Nationalversammlung, als die Revolution in Sachsen und in der Pfalz von dem Reichsministerium als eine „anarchische Schilderhebung" bezeichnet worden war und sich die Linke auf den Standpunkt der unbedingten Verfechtung der Reichsverfassung stellte. Es kam in dieser völlig zerrissenen Situation wiederum zu groben Schmähungen, wechselseitig zwischen der Rechten und der Linken, so daß der Vizepräsident Bauer angesichts des Tumultes die Sitzung aufhob. Am selben Tag fand aber noch um 12 Uhr mittags eine sogenannte außerordentliche Sitzung statt, in der die Reichsminister gehört werden konnten[127]).

Ordnungsrufe sind verhältnismäßig nicht häufig ausgesprochen worden; der von uns besprochene gegen Brentano hat am meisten politische Bedeutung gehabt; die parlamentarische Ordnung ist außerdem verletzt worden durch Martiny, Ruge, Heckscher, Schmidt aus Löwenberg, Schlöffel (zweimal), Schaffrath, Zimmermann, Rühl, Giskra, Vogt, Moritz Mohl, Erbe, Hoffbauer, Wesendonck, Wolff aus Breslau. Der letztere Fall war besonders schwer. Wolff hatte den Reichsverweser einen Volksverräter genannt, der für vogelfrei erklärt werden müßte. Da er trotz Ordnungsrufes diese Charakteristik wiederholte, so

wurde ihm, was sonst nicht in der Paulskirche vorgekommen ist, das Wort entzogen[128]).

Es sind, wie man sieht, in erster Linie Abgeordnete der Linken gewesen, die die Ordnung verletzten. Von der Linken auch ist der Gebrauch aufgekommen, mit den Füßen zu trommeln. Robert Blum selbst hat diese Form der parlamentarischen Debatte aber scharf gemißbilligt und als unwürdig bezeichnet[129]). Pfuirufe sind wiederholt vorgekommen; groß war darin besonders Schaffrath; nach einer Rede von Radowitz ist einmal gepfiffen worden, was Gagern als einen Bubenstreich bezeichnet hat. Rösler von Öls, dem sein Temperament überhaupt manchen Streich gespielt hat, hat sich einmal den Zwischenruf „Frechheit" erlaubt, hat sich aber in sehr loyaler Weise deshalb entschuldigt[130]).

Zwischenrufe sind sehr häufig gemacht worden; sie haben, wie ja meistens in Parlamenten, nur eine momentane und persönliche Bedeutung. Ein Zwischenruf Eisenmanns ist aber wirklich von geschichtlichem Wert. Der Abgeordnete v. Breuning hatte gesagt, es dürfe nicht geduldet werden, daß auf der Galerie sich einzelne durch unangemessenes lautes Lachen über Äußerungen der Mitglieder dieser Versammlung sich auszeichnen. Es erhob sich große Unruhe, von der Linken wurde oho! gerufen und Eisenmann rief vom Platze: „Jawohl, in Deutschland ist das Lachen verboten, wir dürfen bloß weinen!" [131]). Diese Bemerkung läßt uns in greller Weise den Stimmungsumschwung seit dem März 1848 erkennen; es war indessen November geworden, und viele Hoffnungen waren schon begraben.

Eine Reihe von Instituten gruppiert sich noch um die Frankfurter Nationalversammlung. So wurde gleich in einer der ersten Sitzungen die Bildung eines Archivs beantragt. Sehr großartig war die Stellungnahme der deutschen Verlagsbuchhändler. Zur Begründung einer Deutschen Reichsbibliothek stifteten alle namhaften Verleger die Erzeugnisse ihrer Firmen, und die Regierungen der deutschen Staaten sagten dafür portofreie Beförderung zu. Die Bestände dieser Reichsbibliothek sind dann später der Frankfurter Stadtbibliothek zugute gekommen[132]). Eine Leseanstalt für Journale, wie sie von Mareck beantragt worden ist, ist nicht begründet worden. Die zahlreichen Klubs, wo die Tageserscheinungen gehalten wurden, machten sie ja wohl auch weniger nötig[133]).

Werfen wir nun noch einen Blick auf den Finanzhaushalt der ersten Deutschen Nationalversammlung. Finanziell war sie die direkte Nachfolgerin des Bundestags; wie er, beruhte sie auch auf Matrikularbeiträgen, und insofern war ihre äußere Existenz durchaus sicher begründet. Das Budget der Nationalversammlung und der provisorischen Zentralgewalt überrascht den heutigen Betrachter durch seine niedrigen Ziffern. Der Reichsfinanzminister hat es am 15. Oktober 1848 für die vier Monate vom 1. September bis 31. Dezember vorgelegt. Wir finden darin als ordentlichen Aufwand für die Nationalversammlung 100000 Gulden, als außerordentlichen Aufwand für den Fünfziger-Ausschuß 18000 Gulden; für die provisorische Zentralgewalt 236763 Gulden 10 Kreuzer. Für die allgemeinen Zwecke, also das, was Reichssache sein sollte, so wie es Bundessache bisher gewesen war, nämlich Reichsfestungen, Reichstruppen und Marine 10114003 Gulden 49 Kreuzer. Für diese Bedürfnisse bestanden an baren Deckungsmitteln bzw. an vorhandenen Ausständen und ausgeschriebenen Umlagen 8551166 Gulden. Beizubringen war also für die Nationalversammlung und für die provisorische Zentralgewalt noch 167600 Gulden 49 Kreuzer und für die Reichstruppen 1750000 Gulden.

In der Begründung bezeichnete Beckerath es als einen Mißstand, daß der werdende deutsche Bundesstaat lediglich auf die Matrikularumlage angewiesen sei, und er stellte zur Erwägung, ob nicht der Aufwand für Kriegsflotte und Reichstruppen durch eine Anleihe oder durch Ausgeben von Papiergeld zu bestreiten wäre.

Wir wollen auch von den Einzelposten noch einige anführen. Der Reichsverweser bezog kein Gehalt; es war ihm nur das Mülhenssche Haus zur freien Verfügung überlassen, das für 14000 Gulden pro Jahr auf Reichskosten gemietet war. Das Kabinett des Reichsverwesers bestand aus einem Kanzleivorstand, der mit einem Jahresgehalt von 4000 Gulden vom Bundesrat übernommen worden war; dazu kamen noch zwei Kanzlisten und zwei Diener.

Das Gehalt des Präsidenten der Nationalversammlung betrug 2000 Gulden monatlich; die Paulskirche war von der evangelischen Gemeinde frei zur Verfügung gestellt worden; für Aufsicht und Bedienung waren 914 Gulden 30 Kreuzer, für

Heizung und Beleuchtung 1000 Gulden monatlich ausgeworfen. Erheblich erscheinen die Ziffern für Druckkosten, 4000 Gulden als Zuschuß für den Druck der stenographischen Berichte. Ein Stenograph bekam damals täglich 8 Gulden 45 Kreuzer, ein Redaktionsgehilfe 7 Gulden. Ein Stenograph stand sich also schon damals ebenso gut wie ein Ministerialrat, der 250 Gulden monatlich bezog. Für Gesandtschaftskosten des Reichsministeriums der auswärtigen Angelegenheiten waren nur 25000 Gulden monatlich ausgeworfen[134]).

Die Kompetenz der Nationalversammlung in Finanzsachen ist bis zur Begründung der provisorischen Zentralgewalt zweifelhaft gewesen. Die Exekutivgewalt lag nach der Auffassung von vielen noch beim Bundestag; und so hat der Marineausschuß auch den Antrag gestellt, die Nationalversammlung wolle beschließen, den Bundestag zu veranlassen, 6000000 Taler zur Verfügung zu stellen. Dagegen wurde von dem Abgeordneten Grubert Einsprache erhoben unter Hinweis auf die Souveränität der Versammlung. Aus dem Souveränitätsrecht wurde das Steuerrecht gefolgert. Nach Begründung der Zentralgewalt bestanden über die Rechtsfrage keinerlei Streitigkeiten mehr[135]).

Die Beamten der provisorischen Zentralgewalt wurden später, nach dem Zusammenbruch der Paulskirche, zum Teil wieder vom Bundestag, zum Teil auch von Preußen übernommen. Einzelne, z. B. Wilhelm Jordan, erfreuten sich noch jahrzehntelang der von Preußen gewährten Pensionierung.

---

## V. Der Geist der Verhandlungen.

Am 13. Januar 1849 entwickelte der Abgeordnete Sepp von München einen Gedanken in der Paulskirche, der die ungläubige Verwunderung der Nationalversammlung erregte. Er verlangte nämlich ein deutsches „Herrschergebiet in Mitteleuropa", eine Zusammenfassung also der gesamten zum Deutschen Bund und zur österreichischen Monarchie gehörigen Völker zu einem Zollbund, zu einer weltpolitischen Gemeinschaft unter deutscher Führung. Daß eine derartige Schöpfung möglich sei, versuchte Sepp durch das Vorbild der nordamerikanischen

Union zu beweisen, in der sich die Völker anglikanischer, deutscher, französischer und spanischer Zunge unter der Leitung der englischen Sprache und Kultur vereinigt hätten. Der Mitteleuropa-Gedanke kommt auch sonst gelegentlich in den Verhandlungen der Nationalversammlung vor, sei es in dieser Fassung, sei es in einer mehr auf Österreich beschränkten Form, von der Vogt einmal gesprochen hat[136]). Was uns aber hier besonders interessiert, ist die Beziehung auf Nordamerika. Die Vereinigten Staaten waren ja damals der einzige Bundesstaat großen Umfangs, den es gab. Sie hatten eine republikanische Spitze, sie beruhten durchaus auf demokratischer Grundlage. Einen Bundesstaat mit Fürsten und mit einer kaiserlichen Spitze hatte es bis dahin noch nicht gegeben; in der Union also lebte das greifbarste Vorbild; besonders die republikanische Linke wies gerne auf die freiheitlichen Zustände der neuen Welt hin.

Woher bezogen nun die Männer von 1848 ihre Kenntnis von Amerika? Eines der Mitglieder der Nationalversammlung, v. Raumer, hatte ein Buch über Nordamerika geschrieben (erschienen 1845), das als Autorität galt, und etwa von Nauwerck bei der Besprechung des allgemeinen direkten Wahlrechtes angeführt worden ist[137]). Raumer selbst hat seine Kenntnis amerikanischer Dinge nachdrücklich betätigt. Er hat in seiner Rede über das allgemeine Wahlrecht ein sehr charakteristisches Urteil des Präsidenten Jefferson angeführt, den er auf Grund seiner genauen Untersuchungen den größten und einflußreichsten Republikaner nennt, der in der Weltgeschichte aufgetreten ist. Jefferson betont an dieser Stelle die verschiedenen Voraussetzungen, unter denen sich die Staatsentwicklungen in der Alten und in der Neuen Welt vollziehen müßten[138]).

Das war ja das große Problem: die Radikalen sahen mehr das Gemeinsame der deutschen und amerikanischen Zustände und wünschten deshalb eine Lösung der deutschen Frage möglichst in der amerikanischen Form; die Gemäßigten sprachen für das eigene Recht der europäischen Form. So hat Reichensperger auf das berühmte Buch von Tocqueville: „De la democratie en Amerique“ hingewiesen und festgestellt, daß diese überzeugte Demokrat und echte Republikaner doch der unbedingten Herrschaft der Zahlenmajorität verhängnisvolle Folgen zuschriebe[139]).

Auch das Staatslexikon von Rotteck und Welcker war eine Quelle für die Begriffe der Zeit von Nordamerika. Wesendonck hat einmal Welckers Artikel über Franklin angeführt, in dem er die nordamerikanische Revolution so hoch preist, weil sie um ideeller Güter willen und nicht aus materiellem Drang ausgebrochen sei[140]). Franklin ist überhaupt eine der großen Heldenfiguren der Demokratie, deren Leben und Worte als Muster galten. So führte Venedey einmal die Geschichte von Franklin an, die sich auf die Einführung der Zensuswahl bezog. Wer einen Esel besitzt, der muß deshalb mehr Steuern bezahlen und wird deshalb Wähler; wenn nun dieser Esel stirbt, hört die Steuer und somit das Wahlrecht auf; wer war also der Wähler, fragte Franklin, ich oder der Esel?[141])

Das Beispiel Amerikas hat auf die Verhandlungen der Frankfurter Paulskirche im Großen und im Kleinen maßgebend gewirkt. Mit einem solchen Phänomen der Staatengeschichte mußte man sich irgendwie auseinandersetzen. Vincke, als der Vertreter der Rechten, hat versucht zu beweisen, daß die Entwicklung der nordamerikanischen Republik durch drei Momente bedingt worden sei, die für Deutschland noch in Jahrhunderten nicht in Frage kämen. Diese drei Momente wären: Nordamerika ist der einzige wirkliche Staat auf seiner Hemisphäre, ein Staat ohne alle nennenswerten äußeren Feinde, Nordamerika besitzt keine Proletarier, und endlich haben seine Bewohner von England einen angeerbten Sinn für Recht und Gesetzlichkeit über den Ozean mithinübergebracht[142]). So zutreffend und geschichtlich erweisbar diese Anschauungen Vinckes waren — die Augen der Nationalversammlung richteten sich doch unwillkürlich auf das große und freie Gemeinwesen jenseits des Meeres. In dem Ausschußbericht über die deutsche Reichsverfassung, den Mittermaier und Droysen am 19. Oktober 1848 erstatteten, heißt es: „Gern weilt der Blick desjenigen, dem die Form eines wahren Bundesstaates am Herzen liegt, bei der Verfassung der nordamerikanischen Staaten. In jenem Lande ist die Aufgabe gelöst, die Macht einer Zentralregierung — dem Zwecke der amerikanischen Verfassung treu: einen vollkommenen Verein zu bilden, Gerechtigkeit zu begründen, innere Ruhe zu sichern, für gemeinsame Verteidigung zu sorgen und den Segen der Freiheit zu bewahren — mit der vollsten Möglichkeit einer wohltätigen Ent-

wicklung der Einzelstaaten in Harmonie zu bringen; eine lange Reihe von Jahren hat dem ehrwürdigen Gebäude Festigkeit gegeben und gezeigt, daß die dort gewählte Form, wie Mohl in seinem Werke über Amerika mit Recht sagt, als ein Wunder unserer Zeit, vor allem des Nachdenkens des Staatsmannes würdig ist." Und dann nennt der Ausschußbericht eine Reihe von theoretisch wie praktisch gleich großen Staatsmännern, die in ihren Werken das Wesen der Bundesverfassung in allen Einzelheiten herrlich erörtert haben: Hamilton, Jefferson, Story, Kent, Rawle, Serjeant. Freilich fügt der Ausschuß zum Schluß eine Warnung vor blinder Bewunderung des Fremden hinzu. In den einzelnen Artikeln der Reichsverfassung ist dann wiederholt auf die amerikanischen Autoritäten Bezug genommen; so im Artikel III bei dem Verhältnis von Reichsgewalt zu den Einzelstaaten; es wird da der Grundsatz übernommen, daß die Rechte der Einzelstaaten die ursprünglichen, die der Reichsgewalt dagegen die übertragenen sind. Ferner ist bei der Frage der völkerrechtlichen Vertretung Bezug genommen auf die einschlägigen Paragraphen der amerikanischen Verfassungsurkunde, ebenso bei dem Recht über Krieg und Frieden[143]).

Von den zahlreichen Hinweisen auf Amerika möchte ich nur die allerwichtigsten näher behandeln. Als die Nationalversammlung mit so großen Schwierigkeiten um ihre Geschäftsordnung rang, rühmte Tellkampf von Breslau die Macht des parlamentarischen Rechtes englischer Herkunft, das ohne weiteres in Amerika herrscht und die Voraussetzung des ganzen öffentlichen Lebens und der Entwicklung besonders des weiten Westens ist: „Es war mir dort interessant zu bemerken, wie selbst in den Urwäldern Nordamerikas an Orten, wo vielleicht nur ein Dutzend Menschen wohnen, diese zum Zweck gemeinsamer Geschäfte zusammentreten, sich durch die Wahl eines Präsidenten konstituieren und wie dabei Ruhe und Ordnung selbst unter den wildesten Charakteren herrschen . . . Ich bin sogar der Meinung, daß einer der Gründe, weshalb die amerikanische Revolution einen weit regelmäßigeren und ich möchte sagen geschäftsmäßigeren Charakter hatte als die französische, darin lag, daß die Ansiedler in Nordamerika mit dem parlamentarischen Rechte vollständig vertraut waren." Und Tellkampf stellte sogar den Antrag, daß in allen Punkten, welche durch die Geschäftsordnung

nicht festgesetzt seien, die deutsche Übersetzung von Jeffersons Sammlung parlamentarischer Regeln ergänzend eintrete[144]).

Auch Lassaulx hat für Geschäftsordnungsfragen auf das Beispiel Amerikas hingewiesen. Er trat dafür ein, daß namentliche Abstimmungen stattfinden sollten, wenn 50 Mitglieder sie verlangten, und führte die Tatsache an, daß in mehreren Verfassungen von Nordamerika die Bestimmung enthalten sei, daß namentliche Abstimmung bereits auf das Verlangen von drei Mitgliedern erfolgen müsse[145]). Im einzelnen haben sich auf Amerika ferner bezogen: Ahrens auf den amerikanischen Wahlmodus im Staatenhaus, Mittermaier auf das amerikanische Preßgesetz, auf das amerikanische Reichsgericht und später auf die Suspensionsmöglichkeit der Habeas corpus-acte, von der nie Gebrauch gemacht worden ist, Eisenstuck auf Amerikas so außerordentlich labile und deshalb erfolgreiche Handelspolitik, Bassermann auf die Zensuswahl, die in den meisten Staaten der Union damals bestand[146]).

Bei den großen Verhandlungen über Staat und Kirche überraschte Döllinger die Linke durch eine Erörterung der amerikanischen Zustände: „Ich denke an Nordamerika, wo die weiteste religiöse Freiheit gewahrt ist, wo man aber doch bis zu dem letzten Schritt (der von Vogt geforderten Gleichberechtigung des Atheismus) es noch nicht gebracht hat, da bekanntlich in Nordamerika jeder, welcher Bürgerrecht haben will, das Bekenntnis des Glaubens an das Dasein der Gottheit wenigstens ablegen muß." Die amerikanischen Kirchenverhältnisse haben ferner Beseler, Ahrens und Wedekind behandelt[147]).

Vergessen wir nicht, daß infolge der Auswanderung die Beziehung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten besonders warmer Natur war. Eine Adresse von Deutschen New-Yorks an die Nationalversammlung vom 20. April 1848 begann mit den Worten: „Deutsche Männer des öffentlichen Vertrauens ist der unseren republikanischen Gefühlen so unendlich wohltuende Titel, unter welchem wir Sie in Ihrer neuen dem alten Vaterlande Heil und Segen verheißenden Wirksamkeit in Zeitungen und Privatbriefen benannt finden, und freudig kommt auch unser Vertrauen Ihnen entgegen." Das war die Stimmung; aus solchem warmen Gemeinschaftsgefühl erwuchs jenes starke Interesse für die amerikanischen Verfassungszustände,

und als eine besondere Gewähr für die Einigkeit und Freiheit des neuen Deutschland wurde der Gruß verstanden, den der Präsident der Vereinigten Staaten der Frankfurter Nationalversammlung über den Ozean schickte[148]).

Wir haben schon auf die Beachtung hingewiesen, die Dahlmanns englische Geschichte in der Paulskirche fand. Das englische Muster hat auf die Nationalversammlung tief eingewirkt. Wenn die Vereinigten Staaten als ein verehrungswürdiges, aber eben doch den Umständen gemäß nicht völlig erreichbares Ideal galten, so war England ein Geschöpf der europäischen Welt, und schon darum viel unmittelbarer vorbildlich. Es gab geradezu in der Zeit vor 1848 eine englische Orthodoxie, die sich in ihrer maßvolleren und schöpferischeren Art der französischen Revolutionspropaganda entgegensetzte. Man wußte wirklich Bescheid über englische Verhältnisse und englische politische Literatur. Interessant ist, daß der große Publizist Junius wiederholt angeführt worden ist. Arnold Ruge hat sich bezogen auf seine Anschauungen vom Verhältnis der drei Gewalten zur Konstitution: die drei Gewalten seien nicht Eigentümer des Staates, sondern nur Beauftragte, sie hätten die Gewalt vom Volk zu Lehen, sie könnten die Gewalt weder veräußern noch verschwenden. Simon von Trier erörterte ein andermal das Problem der Verletzung des Rechtes der Wahl durch englische Beispiele, er führte einen Fall aus dem Jahre 1769 an, wo der Inhaber der Stimmen der Minorität im Unterhause zugelassen, und der Inhaber der Stimmen der Majorität ausgeschlossen wurde. Und er zitiert dabei den „großen Unbekannten der englischen Staatsweisheit" Junius: „Dieser verhängnisvolle Versuch ist geglückt und steht da als ein ewig denkwürdiger Fall. Er ist ein Raub der Rechte des Wahlbezirkes, ein Umstoß der Verfassung . . ." Als weitere englische Autoritäten nennen wir Edmund Burke, Macauly und Adam Smith. Der Abgeordnete v. Bally wies am 26. Juni 1848 auf den Gegensatz der alten britischen und der neuen französischen Freiheit hin, und er erinnerte dabei an jene berühmte Verhandlung im englischen Parlament vom 11. Februar 1791, in der Edmund Burke fünf Stunden lang über die Folgen der Französischen Revolution sprach. Das war ja gewissermaßen die Schicksalsfrage für die deutsche Revolution, nach welcher der beiden großen Umwälzungen in den Nachbarstaaten sie sich mehr

stilisieren sollte. Sollte sie eine konservative oder eine subversive Revolution werden? Diese Ausdrucksweise Macaulys hat Reichensperger einmal übernommen, und er hat der englischen Revolution nachgerühmt, daß sie nicht aus der Studierstube stammte, sondern gewachsen sei mitten im Leben — der Gemeingeist gebiert dort fort und fort in natürlicher Triebkraft die Institutionen. Weniger einverstanden waren die Frankfurter Parlamentarier mit dem englischen Nützlichkeitsgeist. Beseler hat sehr charakteristisch gegen die nationalökonomische Schule von Adam Smith Stellung genommen: „Diese Schule weiß die Zustände und Verhältnisse der Menschen und Völker nicht anders zu messen als nach dem Tauschwerte und den Interessen, und gerade diese Schule ist es, welche diejenigen, die sonst doch einsichtig und verständig sind, dahin getrieben hat, an die agrarischen Verhältnisse unseres Vaterlandes so kühn die Hand anzulegen“[149]).

England war in seiner Wirtschaftsverfassung um eine entscheidende Entwicklungsstufe dem damaligen Deutschland voraus. Aus diesem Grunde wurden seine sozialen Verhältnisse wiederholt zum Vergleich herangezogen. So sagte Hildebrand: „Der Tauschwert des Geldes verhält sich zu dem in Deutschland für die arbeitenden Klassen wie drei zu zwei, d. h. für drei Taler kann in England der Arbeiter so viel kaufen, wie für zwei Taler in Deutschland. Der durchschnittliche Arbeitslohn der Handwerksgesellen — ich habe die Sache genau an Ort und Stelle geprüft — verhält sich in beiden Ländern aber so, daß in Deutschland ein Handwerksgeselle erst zwei Taler verdient, wenn er in England sechs Taler verdient, d. h. in England kauft der Geselle gerade noch einmal so viel Werte durch seine Arbeit als in Deutschland.“ Wir sehen: England war das Studienfeld für alle diejenigen, die sich um die soziale Neuschichtung in Deutschland bemühten. Die Auflösung der alten Handwerksverfassung erfüllte den Beobachter von damals mit schwerer Sorge; die schwierige Lage, in die dadurch zahlreiche Schichten gerieten, wurde durch das Schlagwort Pauperismus bezeichnet. Pauperismus und Proletariat — wo konnte das besser studiert werden als in England? Der Abgeordnete v. Salzwedell führte einmal aus, daß zuerst in England das Proletariat die Zeitgenossen in Besorgnis versetzt habe, dort sei es am größten und

gefährlichsten, und alle Sachkenner stimmten darin überein, das einzige Mittel, die Lage des Proletariats zu verbessern, sei, diesen Leuten Gelegenheit zu geben, sich Grundbesitz anzuschaffen[150]). Mit der größten Aufmerksamkeit wurden auch die mächtigen politischen Bewegungen verfolgt, die aus dieser Umwandlung der englischen Gesellschaft entsprangen: die Chartistenbewegung und die Reformbewegung Cobdens[151, 152]).

Wir haben hier nicht die Frage zu erörtern, ob die damaligen Vorstellungen von englischer Geschichte und englischer Verfassung vor der heutigen Wissenschaft bestehen können. Wichtig für uns ist, daß das Bild, das man sich von England machte, maßgebend die politischen Vorstellungen der Zeit beeinflußt hat. Bezeichnend dafür sind etwa die Worte Arndts: „Wir können uns in dieser Beziehung spiegeln an einem großen gewaltigen Volke, welches in allem, was man von konstitutioneller Freiheit, konstitutionellem Verstande, konstitutioneller Zucht und Ordnung jemals gekannt hat, immer als Muster angeführt worden ist. Wir können uns spiegeln an England." Und die folgenden Sätze klingen noch überaus optimistisch, sie sind wenige Tage vor der Septemberrevolution, am 14. September 1848, gesprochen worden. „England ist durch die Kämpfe vieler Jahrhunderte nicht so leicht, als wir unsere Zustände zurecht machen werden, zu seiner jetzigen Verfassung gekommen. Es hat aber gerade durch diesen Streit und Gegenstreit mancher Jahrhunderte eine gewisse Festigkeit und Ordentlichkeit in seinen Zuständen erlangt; es ist ein parlamentarisch geübtes Volk." Der alte Arndt, der gerne ein wenig abschweifte, sprach dann noch allerlei von der Art, wie in England die Ministerien zustande kommen, ja von den Konstablern, die mit ihren weißen Stäben jeden von der Tribüne stoßen, der nur die Hand bewegt. Wir sehen daran die pädagogische Absicht; er selbst betonte freilich, daß die Deutschen ein geistig aufgeregteres Volk sind und sich deshalb nicht leicht in solche Zucht und Ordnung schicken würden[153]).

Beispiele aus fremdländischer Geschichte pflegen immer mit einem Zweckgedanken ausgewählt zu werden. Der Gang der englischen Geschichte war jedenfalls in seiner Gesamtheit ein wundervolles Beweismittel für die „konstitutionelle" Partei. Das Schema der zwei Häuser, der Ministerverantwortlichkeit und des über allen stehenden Königs war nun einmal die er-

probteste Form staatlichen Lebens, und es wollte dieser Richtung nichts Besseres einfallen, als dieses Schema den deutschen Zuständen anzupassen. So sagte einmal Lassaulx: „Dieser Grundriß der englischen Verfassung ist das Ideal von allen konstitutionell-monarchischen Verfassungen geworden, und es zeigt dasselbe ein wohlgegliedertes und wohlabgewogenes System von Kräften, die sich gegenseitig bedingen und beschränken, und eben deshalb wahre Freiheit und Gesetzlichkeit möglich machen"[154]). Für alle Anhänger der Monarchie war die englische Verfassung ein wesentliches Paradigma. Die Aufgabe in Deutschland bestand vielleicht darin, eine Staatsverfassung zu finden, die von der dynastischen Willkür unabhängig war. Gfrörer hat diese Tatsache gerade von England hervorgehoben: zweihundertjährige Kämpfe hat es dort gekostet, bis sich eine Regierung bildete, die von dem Eigenwillen der Einzelregenten wirklich frei war. In Deutschland, sagte er, haben wir noch nichts der Art gesehen, in Frankreich auch nicht[155]). Die Stellung des Monarchen in England wurde besonders eingehend bei der Frage des Veto erörtert. Gewiß bestand ja in England noch das absolute Veto, aber Vogt wies mit Recht darauf hin, daß dieses Veto in der Praxis gar nicht mehr ausgeübt werden könne. „Das kommt ganz einfach daher, weil das Bewußtsein der Freiheit, das jeder Engländer hat, tief in Mark und Bein jedes einzelnen eingedrungen ist, und weil es einer Regierung nicht möglich ist, irgend in diese Freiheit einen Eingriff zu wagen. Es kommt aber auch daher, weil die Oberhäupter des englischen Staates in der letzten Zeit in einer Weise erzogen waren, daß sie gar keinen Begriff davon hatten, wie ein konstitutioneller König nur überhaupt den Wünschen seines Volkes und den Freiheiten, die das Volk hatte, entgegentreten könne." Mittermaier bestätigte diese Ausführungen Vogts, indem er feststellte, daß seit 1692 das absolute Veto nur einmal von der Königin Anna ausgeübt worden sei. Der Grund für ihn lag aber nicht darin, daß das Königtum in England ein abgetragenes Staatskleid sei, sondern darin, daß die Krone andere Mittel gegen unangenehme Beschlüsse hat und sich deshalb den Unannehmlichkeiten des absoluten Vetos nicht auszusetzen braucht. Auch Vincke und Dahlmann kamen auf das absolute Veto zurück; Vincke betonte bei den englischen Zuständen besonders die tief eingewurzelte monarchische Gesinnung, und

Dahlmann berichtete von König Georg dem Dritten, der jedem einzelnen Peer sagen ließ, er würde denjenigen als seinen Feind betrachten, der für die Ostindien-Bill stimmen würde, und so gewiß auch ein Veto ausübte, wenn auch kein verfassungsrechtliches[156]).

Man könnte sagen, daß Karl Vogt der konstitutionellen Partei das Beispiel Englands nicht gegönnt hat; wenigstens hat er immer wieder seine eigene Kenntnis englischer Zustände gezeigt und auch hierbei seinen kritischen Geist bewährt. Denen, die in England die „germanische Freiheit" verwirklicht sahen, hat er vorgehalten, daß die englischen Wahlen eine Geldsache seien, daß jeder Parlamentssitz mehrere tausend Pfund kostete, und daß in diesem Lande der öffentlichen Abstimmungen jede Wahlhandlung eine Handlung des öffentlichen Skandals ist. Auf der anderen Seite hat er aber auch das Vortreffliche englischer Staatseinrichtungen anerkannt, so in der verblüffenden Feststellung: „Die drei Hessen zusammengenommen haben so viele Staatsdiener als die drei vereinigten Königreiche Großbritannien und Irland." In Deutschland dagegen käme auf fünf Menschen ein Beamter, jeder deutsche Bürger müsse 13 oder 15 Instanzen über sich haben, die ihn regieren, damit er nur ruhig bliebe[157]). Auch bei anderen Gelegenheiten hat Karl Vogt die englische Selbstregierung durch freie Assoziation, das Selfgovernement, gepriesen. Das englische Gesetz über die Beamtenverantwortlichkeit vom 24. August 1848 nannte Mittermaier ein meisterhaftes Gesetz, das erste und vorzüglichste in ganz Europa: „Man kann nichts Besseres tun, als es ganz einfach übersetzen"[158]). Englische und deutsche Freiheit hat in einer sehr eindrucksvollen Rede einmal der Abgeordnete Schlöffel miteinander verglichen. Er sprach über die Unverletzlichkeit des deutschen Hauses, die in der Reaktionszeit immer wieder auf die schändlichste Weise mißachtet worden ist: „Wenn es nun wahr ist, daß die Engländer ihre Freiheit in den deutschen Wäldern geholt haben, dann dürfen wir uns nicht schämen, bei ihnen die Erfahrung zu holen, die sie in 600 Jahren gemacht haben. Sanktionieren Sie den alten deutschen Grundsatz, daß des Bürgers Haus der Altar seiner Hausgottheit, sein Heiligtum und seine Burg sei." Der Deutsche solle das erhalten, was der Engländer noch nie verloren habe! Die Habeas-corpus-acte hat auf die Grundrechte den unmittel-

barsten Einfluß ausgeübt. Der Vorschlag Mittermaiers zur Ergänzung der Bestimmungen des Verfassungsausschusses über die persönliche Sicherheit ist eine direkte Nachbildung der Bestimmungen der englischen Verfassung und ist nach einem parlamentarischen Entwurf und einem englischen Kommissionsbericht vom Jahre 1846 gearbeitet. Endlich führe ich noch eine Bemerkung Venedys über das Recht der Minoritäten an. „In England hat die Minorität vollkommen das Recht, in Fällen von Wichtigkeit durch wiederholtes Einbringen von Anträgen, durch zwei-, drei- und mehrmaliges Wiederholen derselben Anträge in anderer Form die Majorität so lange hinzuhalten, bis sie — und zwar geschieht dies sehr oft — einsieht, daß sie Unrecht gehabt hat. Ich brauche nicht daran zu erinnern, welchen Gebrauch O'Connel, der hier so oft Genannte, von diesem Recht der Minorität gemacht und gerade dadurch es dahingebracht hat, daß die Majorität eingesehen, daß die Minorität sehr oft recht hatte" [159]).

An ein Bündnis des neuen Deutschland mit England ist im Jahre 1848 von vielen gedacht worden; Fürst Leiningen war seit Jahren der Vorfechter dieser Idee. Ein parlamentarisches Deutschland mit einem streng konstitutionellen Kaisertum hätte nicht schlecht zu dem damaligen England gepaßt, und eine Ergänzung der so verschieden interessierten Mächte wäre sehr wohl möglich gewesen. Diese äußerpolitische Idee stammte aber wohl in erster Linie aus der Einstellung auf die innerpolitische Staatsgestaltung. Aus dem Kreise der Mächte der Autorität sollte Deutschland hinübergeführt werden in den Kreis der Mächte der Freiheit. Häufiger und lebhafter noch ist aus demselben Ideenzusammenhang heraus in der Paulskirche ein Zusammengehen mit Frankreich gefordert worden. Bei Robert Blum ist uns dieser Gedanke bereits begegnet. Sein Genosse von der äußersten Linken, Ruge, hat sich wiederholt dafür eingesetzt: „Ganz Europa und die ganze Bevölkerung von Deutschland wünscht von Herzen unser Freundschaftsverhältnis mit Frankreich." Er sprach dies aus gelegentlich der Erörterung der polnischen Frage; die Wiederherstellung Polens und ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland gehörten nach seiner Auffassung notwendig zueinander. Die französische Nationalversammlung hatte am 23. Mai 1848

die Wiederherstellung Polens und die Befreiung Italiens gefordert. Daß diese Beschlüsse keine reine Freundschaftsgeste für Deutschland waren, das haben im Gegensatz zu Ruge viele Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung eingesehen. Wydenbrugk hat bei dieser Gelegenheit das sehr beifällig aufgenommene Wort gesprochen: „Es wurde gesagt, daß Frankreich uns die Freiheit geschenkt hätte. Meine Herren, wenn die Freiheit in Deutschland nichts anderes wäre als ein Geschenk von Frankreich, dann gäbe ich keinen Deut dafür"[160]).

Aber auch Wydenbrugk hat das Verdienst des „edlen französischen Volkes" um die Freiheit anerkannt.

Unter den Franzosen, die auf den Geist der Verhandlungen der Nationalversammlung eingewirkt haben, steht in erster Linie Montesquieu. Simon von Trier hat ihn einmal unsterblich genannt und allen Anhängern der konstitutionellen Monarchie sein Wort zugerufen, „daß die Ehre das Prinzip der Monarchie ist". Und er knüpfte daran den Gedanken, daß, wenn Volksstämme entmündigt und entrechtet werden, wie es in Deutschland geschähe, auch für die Monarchie der Todesstreich gegeben sei. Die Revolutionäre von 1848 sind gerade in ihren Anschauungen vom englischen Parlamentarismus abhängig von Montesquieu gewesen. Er hat ja bekanntlich darin eine tiefe, bewußte und deshalb vorbildliche Tat der Gesetzgebung erblickt, und so sehr verwickelte historische Vorgänge rationalisiert. Es ist aber interessant, daß in der Paulskirche auch Kritik an Montesquieu geübt worden ist, und zwar von dem Abgeordneten von Watzdorf, der die reine Zufälligkeit der Entstehung von Oberhaus und Unterhaus im Gegensatz zu Montesquieu nachwies und die Verschiedenartigkeit der Prinzipien betonte, nach denen sich in England und in den Staaten der Union das Repräsentativsystem entwickelt habe. Montesquieus Lehre von den drei Gewalten und ihrer Trennung gehörte, oft ohne jede bewußte Beziehung auf ihn, zum selbstverständlichen Rüstzeug der politischen Sprache von damals[161]). Rousseau ist der andere große Lehrmeister der Paulskirche für die Begründung moderner Repräsentation gewesen. Sein contrat social hat auch diese Generation in hohem Maße denken gelehrt. So hat z. B. Karl Mathy in seiner Rede über das allgemeine Wahlrecht Rousseaus Anschauungen vom Gegensatz zwischen dem allgemeinen Willen

und dem Willen aller einzelnen angeführt; er hat sie freilich in einer etwas überraschenden Weise interpretiert, und seine Forderung des mäßigen Zensus bei den Wahlen ist dem Geiste Rousseaus durchaus fremd[162]).

Rousseaus Vorstellung von dem Vertrag als der greifbaren Grundlage des Gesellschaftsaufbaues hat die ganze Zeit spürbar befruchtet. Das neue Deutsche Reich dachten viele Männer der Paulskirche auch zu gründen auf ein Vertragsverhältnis zwischen Volk und Fürsten; die Anhänger der Vereinbarung haben diese Idee des ehrlichen von beiden Seiten aufrichtigen Vertrages häufig vertreten[163]). Mitten in die französische Revolutionsgeschichte hinein führt uns dann Sieyes. Vincke hat der Linken sein Wort zugerufen: „Wollen Sie frei sein, so seien Sie zuerst gerecht!" Und in etwas anderer Weise hat diese Idee der Gleichheit Löwe durch das Wort des berühmten Abbés vertreten: „Die eigenste Fahne der Revolution ist die Gleichheit." Von den aktiven Größen der französischen Revolution hat in der Paulskirche am lebendigsten Mirabeau gewirkt. Seine Auffassung der Monarchie, seine Vertretung des absoluten Vetos und der Stellung des Monarchen gegenüber Krieg und Frieden ist von den Führern der Rechten wiederholt als vorbildlich gerühmt worden; man kann es begreifen, daß Männer wie Vincke und Plathner lebhafte Sympathien für den aristokratischen Vorkämpfer des Konstitutionalismus empfanden[164]).

Es lag außerordentlich nahe, zwischen der deutschen Revolution und jener großen französischen, unter deren Nachwirkung die Epoche unmittelbar stand, Analogien aufzufinden. Es war ein bestimmter Zeitgeschmack zu sagen: so ist es damals in Frankreich gewesen, so muß es deshalb auch in Deutschland gehen. Ja, man hat sogar bestimmte Persönlichkeiten der deutschen Revolution mit den Namen von Führern der französischen belegt und so in spielerischer Weise politisch prophezeit. Ein sehr großer Mangel an geschichtlichem Verständnis lag dieser Betrachtungsart zugrunde. Führende Männer der Paulskirche haben sich häufig gegen dergleichen gewehrt; so etwa Rießer in seiner großen Rede vom 7. Oktober 1848, in der er davor warnte, die Phantasie mit dem schauderhaft großartigen Bilde eines Konvents zu erfüllen; Deutschland könne niemals auch nur einen Augenblick durch eine blutige Herrschaft unter dem

Vorwande der Freiheit regiert werden[165]). Und die Hohlheit einer Erscheinung wie Robespierre hat Wernher von Nierstein einmal sehr treffend durch die Tatsache bewiesen, daß er, der Meister der Guillotine, im Anfang der Revolution die Aufhebung der Todesstrafe beantragt hatte[166]).

Jede Revolution hat ihren eigenen Stil; wer Deutschland wirklich kannte, der wußte genau, daß das Grausame der französischen Revolution niemals bei uns möglich war; dafür fehlte freilich auch das Entschiedene, der rücksichtslose Ernst: die Schwäche der deutschen Revolution von 1848 lag in ihrer etwas philiströsen Gutmütigkeit. Das ist gerade der Sinn dieses Hinschauens der deutschen Politiker von damals nach dem Auslande: sie wollten von dort die Kraft und die Größe in sich einsaugen, die sie in ihrem eigenen Innern oft schmerzlich vermißten.

Von Vertretern des nachrevolutionären politischen Denkens in Frankreich, die auf die Paulskirche eingewirkt haben, nenne ich den schon erwähnten Tocqueville, dann Chateaubriand, Odilon Barrot und Guizot; als Schilderer moderner sozialer Zustände in Frankreich ist sogar einmal Eugène Sue als Quelle angeführt worden[167]). Französische Institutionen mußten ja schon deshalb den deutschen Politiker von damals lebhaft beschäftigen, weil auf dem ganzen linken Rheinufer noch der Code Napoléon galt und mit ihm eine ganze Fülle von Erinnerungen geschichtlicher und juristischer Natur lebendig waren. Die Größe des Napoleonischen Kaiserreiches war so unvergessen, daß Wernher von Nierstein sagen konnte, die Bauern am Rhein hätten sicher Louis Napoleon Bonaparte zum Präsidenten gewählt, wenn sie noch zu Frankreich gehört hätten[168]). Französische Rechtsvorstellungen sind immer wieder in der Nationalversammlung als Beispiel angeführt worden; so bei der Erörterung der Begriffe „Staatsbürger" und „bürgerlicher Tod", so bei der Zivilehe, so endlich bei der Erörterung des Verhältnisses von früherem und späterem Gesetz. Reichensperger hat die Meisterschaft der Franzosen in der formalen Redaktion ihrer Gesetze gepriesen[169]). Die Figur des ersten Napoleon schreitet noch in grandioser Lebendigkeit durch die deutsche Revolution; sie war das letzte Gigantische, was die Menschheit gesehen hatte, und es wäre merkwürdig gewesen, wenn bei einer solchen Fülle von Talen-

ten nicht die Sehnsucht nach einem politischen Genie wach geworden wäre, diese leider unerfüllte Sehnsucht. Den einen galt der erste Napoleon als der letzte Despot, der das organische Leben der Völker vergebens unterdrückt habe; die anderen sahen in ihm den mächtigen Ordner und Schöpfer. So führte einmal Mittermaier das große Wort Napoleons an: „Wenn eine Idee gut ist, so muß es möglich sein, Mittel aufzufinden, wie die Idee zu verwirklichen ist"[170].

Napoleon der letzte Despot: dieser Gedanke führt uns auf den Staatsdenker, der den modernen Despotismus begründet hat, Macchiavelli. Die Paulskirche befand sich in einem tiefen und wohlverständlichen Gegensatz zu dem großen Italiener. Sein Name ist wiederholt genannt worden, aber immer wie der eines teuflischen Wesens, das das politische Seelenheil gefährdet. „Die unglückselige macchiavellistische Lehre" wurde einmal gesagt; aber seine Staatsweisheit ist doch wiederholt gerade von den Abgeordneten der Linken angewandt worden. So hat Vogt an jenes Wort erinnert: „Die Völker waren oft treulos, und die Fürsten waren oft treulos, aber niemals sind die Völker so treulos gewesen, als die Fürsten gewesen sind."

Kurz wollen wir noch auf die kleineren ausländischen Staaten hinweisen, deren Einrichtungen in der Paulskirche als Beispiel herangezogen worden sind. In erster Linie steht hier das konstitutionelle Musterland Belgien, dessen besonders ruhige Haltung während der Revolution von 1848 eine Folge der klugen Maßnahmen seines Königs Leopold war[171]). Die Schweiz wurde sehr häufig zusammen mit den Vereinigten Staaten bei der Erörterung des Problems des Bundesstaates angeführt. Für die Schwierigkeiten einer Vereinigung ungleicher Brüder, für die Rivalität zweier Führerstaaten bot die Schweizer Geschichte bemerkenswerte Analogien. Wie Österreich und Preußen, so standen sich hier Bern und Zürich gegenüber. Ein besonderes Lieblingsland der Linken war schließlich Norwegen, weil hier der König nur das Suspensivveto besitzt. Vincke hat in sehr wirksamer Weise Norwegen aber auch für seine Anschauungen in Anspruch genommen, indem er auf die dort bestehenden Bauernmajorate hinwies[172]).

Gegenüber dieser Fülle von ausländischen Einflüssen erhebt sich nun die Frage: was war in dem Geist der Verhandlungen

der Paulskirche das eigentlich Deutsche? Und da muß in erster Linie die philosophische Denkweise hervorgehoben werden. Der Bau der Sätze, die Art der Antithesen, die saubere und tiefgründige Beweisführung, die Meisterschaft in Formulierung und Zuspitzung, der schöne Sinn für das bedeutungsvolle Allgemeine — das kennzeichnet diese Politiker als Schüler der großen deutschen Philosophie. Sie waren sich dieser Eigenschaft auch durchaus bewußt; daß das deutsche Volk „das eigentlich philosophische Volk" sei, und daß daraus eine hohe Verpflichtung erwüchse, ist wiederholt betont worden. Scheller, Karl Vogt, Arnold Ruge haben sich in diesem Sinne ausgesprochen[173]). Die Gefahr des philosophischen Geistes wurde freilich auch erkannt. So nannte Giskra Arnold Ruges kosmopolitische und humanistische Propaganda eine „echt philosophische Träumerei"[174]). Die Klassiker der deutschen Philosophie waren häufige Gewährsmänner. So hat einmal Welcker sehr treffend auf die parlamentarische Pflicht des Abgeordneten hingewiesen, sich der vernünftigen Majorität seiner Parteifreunde unterzuordnen, und das zu überwinden, was schon Kant als „Egoismus des Verstandes und der Theorie" bezeichnet hat[175]). Bei der Erörterung des Freiheitsgedankens führte Rödinger aus Fichtes „Verhältnis des Urstaates zum Vernunftreich" die Sätze an: „Dieses Postulat von einer Reichseinheit, eines innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staates darzustellen, sind die Deutschen meines Erachtens berufen und dazu da in dem ewigen Weltplane. In ihnen soll das Reich ausgehen von der ausgebildeten, persönlichen, individuellen Freiheit: nicht umgekehrt usw."[176]) Schellings Anschauungen von der Polarität klingen deutlich in den folgenden Sätzen des alten Jahn durch: „In allen Staatswesen, mögen sie klein oder groß sein, treten die Naturkräfte auf, die wir sonst kannten. Ich weiß nicht, ob sie jetzt aus der Mode gekommen sind, die Zieh- und die Fliehkraft; nämlich es muß in jedem Staatswesen ein Tätiges und Stetiges, ein Ruhendes und ein Tuendes, ein Treibendes und ein Bleibendes sein"[177]). Besonders deutlich ist aber die Sprache Hegels in den Reden der Paulskirche zu fühlen. Viele der Abgeordneten sind ja direkt von der Hegelschen Philosophie hergekommen, wie Arnold Ruge oder Wilhelm Jordan. Aber gerade auch da, wo Hegel nicht eigentlich

zitiert wird, ist die Einwirkung besonders interessant. So hat z. B. bei der Erörterung der Glaubens- und Gewissensfreiheit der Abgeordnete Pfeiffer einen Antrag gestellt, in dem die folgenden Sätze vorkommen: „Je lebendiger die Idee in das Bewußtsein tritt und um ihre Realisierung kämpft, daß der Staat die Totalität des Gesamtlebens eines Volkes, nicht bloß seine materiellen, sondern auch die höchsten, die geistigen und sittlichen Interessen desselben in sich schließt, um so weniger kann er eine Macht neben sich anerkennen, die in Verfolgung partikularer Interessen sich ihm immer feindlich bewiesen hat und noch beweist; eine Macht, die ihre Berechtigung nur hatte an ihrem Gegensatz, an dem einseitigen Absolutismus des Kaiserreichs.“ Ebenso hegelianisch sind die folgenden feinen Ausführungen Gödens über den Begriff der Reaktion: „Ich muß bei dem Worte Reaktion einen Augenblick verweilen, um selbst nicht mißgedeutet zu werden; ich habe hierüber zunächst nicht in solcher Weise zu sprechen, wie dies von einem anderen Mitgliede schon geschehen ist. Von einem Sehen oder Nichtsehen der Reaktion kann weiter keine Rede sein, sie ist da im Momente der Aktion, sie wird gleichzeitig mit ihr geboren.“ Endlich ist die tiefe Auffassung Hegels von der Strafe als der Ehre des Verbrechers in folgenden Worten Wernhers zum Ausdruck gekommen: „Ich betrachte die Todesstrafe auch als ein Recht des Verbrechers. Es gibt Verbrechen, die für den Verbrecher nur gesühnt werden können, indem er das letzte in dem menschlichen Leben, das Leben selbst, hingibt“[178]).

Zahlreiche geschichtsphilosophische Erörterungen, z. T. von selbständigem Werte, finden wir in den Verhandlungen der Paulskirche. So hat Hildebrand im Geiste Herders als das Ziel der ganzen Entwickelung des Menschengeschlechtes die Vollendung jeder Persönlichkeit formuliert; und die Entwicklung der Geschichte, jede große Bewegung, jede große Fortschrittr geht nach ihm von der Masse des Volkes aus: „Jene verachteten niederen Schichten der Gesellschaft sind die geheimen Werkstätten des menschlichen Geistes; hier werden die Genies und großen Reformatoren geboren, hier wird die Weltgeschichte produziert; und jede Zivilisation verfault und stirbt ab, die nicht aus dem Boden jener Schichten neue Nahrung empfängt“[179]). Der Sinn der geschichtlichen Entwicklung mußte eine Generation

tief beschäftigen, die von sich selbst überzeugt war, daß sie zur geschichtlichen Tat berufen sei. Die Neigung zur Abstraktion und das empirische Bedürfnis haben so in vielen Geistern einen heftigen Streit ausgekämpft. Gegenüber der Idee, dem Prinzip, dem Begriff wurde von den handfesteren Persönlichkeiten das Recht des Lebens selbst betont. In einer Rede Beckeraths finden wir diesen Zwiespalt sehr deutlich[180]).

Die zweite große Bildungsquelle für die Politiker der Paulskirche ist die klassische Literatur. Die Art, wie unsere großen Schriftsteller in der ersten Nationalversammlung zitiert worden sind, beweist uns, wie unmittelbar lebendig, wie wenig schulmäßig erstarrt noch diese Literatur den Zeitgenossen war. An Zahl der Anführungen überwiegt bei weitem Schiller. Man kann dabei unterscheiden zwischen solchen, bei denen die Schillersche Formulierung gewissermaßen nur nachklingt, und solchen, bei denen das Wort direkt mit dem Willen zum Zitat angeführt wird. Als Beispiel für den ersten Fall nenne ich die Sätze Nauwercks: „Wenn die Nationalversammlung und die Regentschaft auf diesen Gesetzesentwurf blicken, dann können sie sagen: ‚Spät kommen wir, aber wir kommen!'"[181]) Noch verwischter ist die Schillersche Reminiszenz in den folgenden Worten Karl Vogts: „Es gibt eine Ansicht von der Staatskunst, die unter Ordnung die Anarchie von oben, unter Freiheit die Maßregelung, und unter Ruhe die Todesstille eines Schutthaufens versteht"[182]).

Unter den eigentlichen Schillerzitaten kann man dann wiederum unterscheiden unter solchen, bei denen die Prägung des Dichters sich gewissermaßen einstellt aus der Verlegenheit, einen eigenen Ausdruck zu finden, und solchen, bei denen durch die Anführung in überraschender Weise dem Zitat selbst eine neue Seite abgewonnen wird. Wenn Wichmann den Gedanken ausführt, Bündnisse seien immer gefährlich für den, der stark genug ist, für sich allein bestehen zu können, und diesem Satze das, übrigens ungenaue, Schillerzitat beifügt: „Der Starke ist am stärksten, wenn allein" — so ist das eine reine und nicht schöpferische Illustration des schon ausgesprochenen Gedankens[183]). Anders v. Reden bei der Erörterung der Erbkaiserfrage: „Wenn Sie keinen Erbkaiser beschließen, so müssen Sie sich gefaßt machen,

daß die Vorhersagung des Wachtmeisters in Wallensteins Lager eintrifft, der da sagt:

Da schreiben sie uns in der Wiener Kanzlei
Die Quartier- und Küchenzettel,
Und alles ist wieder der alte Bettel."

Das ist geistreich zitiert, denn es macht aus den Worten des Wachtmeisters eine politische Prophezeiung von aktueller Kraft[184]).

Besonders lebhaft hat Simon von Trier in Schiller gelebt. Er liebte es, seinen großen Reden einen prächtigen Schluß aufzusetzen, und dazu verwendete er öfters Schillersche Worte. So endet seine Rede über die österreichische Frage mit den Sätzen: „Wir wissen es, wenn Gewalt eintritt, wo sie zuerst einschlägt, aber deshalb werden wir nicht minder unserem Ursprunge treu bleiben, so verhaßt er auch seitdem geworden ist; wir werden die uns anvertraute Fahne nicht verlassen, wir werden sie bis zum letzten Augenblicke hoch flattern lassen und dabei des Wortes des Dichters gedenken: ‚Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Übel größtes aber ist die Schuld'"[185]). Auf weitere Schillerzitate verweise ich im Anhang[186]).

Unter Goethes Werken war schon damals der Faust das eigentliche Lebensbuch, aus dem jede Weisheit geschöpft werden konnte. Rödinger mahnte zur politischen Tat unter Bezug auf die Übersetzung, die Faust für die Eingangsworte des Johannesevangeliums findet: „Am Anfang war die Tat"; W. Jordan charakterisierte die österreichische Versicherung, Bundespflichten ferner treulich zu erfüllen durch die Worte des Mephistopheles: „Haltet Euch an Worte"; Löwe von Kalbe erinnerte bei der Erörterung des Verhältnisses von Staat und Kirche daran, daß die Theologie lange ja ein Lieblingsstudium der deutschen Nation gewesen sei: „Man könnte mit unserem Dichter sagen: und leider auch Theologie durchaus studiert mit heißem Bemühen." Karl Vogt nahm für sich sehr treffend das Recht in Anspruch, kein geschriebenes Buch zu sein, sondern ein Mensch mit seinem Widerspruch. Am schönsten hat aber vielleicht der Dichter Moritz Hartmann die Goetheschen Worte von „des Hasses Kraft, der Macht der Liebe" zum Thema einer hinreißenden Rede auf die Jugend verwendet[187]). Noch ein Goethezitat,

das nicht dem Faust entnommen ist, möchte ich um seiner historischen Bedeutsamkeit willen anführen. Es sind die Worte Iphigenies: „Weh dem, der fern von Eltern und Geschwistern ein einsam Leben führt usw." Diese Verse hat der Abgeordnete Hagen von Heidelberg gebraucht zur Charakteristik des deutschen Flüchtlingselends, in einer großen Rede, die in ergreifender Weise den ganzen Jammer von drei Generationen vergegenwärtigt[188]). Weitere Goethezitate verzeichne ich im Anhang[189]).

Shakespeare ist einmal geistvoll von Bassermann bei der Erörterung des beschränkten Wahlrechts angeführt worden: „Wir haben traurige Zustände in dem letzten Jahrzehnt durchlebt, es hat einen harten Kampf gekostet, aber doch habe ich den Krämergeist nicht gefunden in den Reihen der damaligen Freiheitskämpfer, der seine Grundsätze feilbietet und einen Zoll Freiheit um einen Zoll König verschachert"[190]). Das Wort Klopstocks: „Deutsche, seid nicht allzu gerecht!" hat Ernst Moritz Arndt zum Thema einer Rede gewählt, über die den Deutschen so eigentümliche Gleichgültigkeit, Sorglosigkeit und Selbsthintansetzung[191]). Lessing ist wiederholt angeführt worden. Bei der Frage der Verantwortlichkeit der Redakteure hat Eduard Simson an den Streit zwischen Klotz und Lessing erinnert; Klotz hatte die Verantwortung für nichtgezeichnete Artikel gegen Lessing abgelehnt, und Lessing hatte die Antwort gegeben: „Der Wirt, der in seiner Kneipe durch andere morden läßt, ist nicht besser als der, der selber darin mordet"[192]). Lessings Klosterbruder ist von Mittermaier einmal als der Typus des allzu vorsichtigen Politikers herangezogen worden, und demgegenüber hat er zu einem offenen, redlichen, gesetzlichen Kampfe aufgerufen[193]). Herder ist Venedeys Gewährsmann für die Gründe der deutschen Zwiespältigkeit: „Der Unterschied von Dialekten, von Bier- und Weinländern, macht es auch nicht, was uns voneinander hält und sondert; ein leidiges Staatsinteresse, eine Anmaßung mehreren Geistes, mehrerer Kultur auf der einen, auf der anderen Seite mehreren Gewichts, mehreren Reichtums war es, was uns entzweiet; und dem, dünkt mich, muß und wird die allmächtige Zeit obsiegen"[194]). Von weiteren Meistern unserer Literatur sind angeführt worden: Körner, Schenkendorf, Grillparzer, Jean Paul[195]). Unter den zeitgenössischen politischen Dichtern stehen in erster Linie Heinrich Heine und Uhland.

Schüler hat zur Kennzeichnung der zunehmenden Erschlaffung des größeren Teiles der Nation am Ende des Jahres 1848 das Heinewort angeführt: „Ich wollt', es wäre Schlafenszeit und alles wär vorüber!" Uhland hat ja selbst in der Paulskirche gesessen, und so ist es wohl gekommen, daß seine tapferen Verse für volkstümliche Freiheit sich seinen Parlamentskollegen ohne weiteres einstellten. Wurm von Hamburg hat bei der Besprechung des preußischen Staatsstreiches an das berühmte Gedicht erinnert:

> „Noch ist kein Fürst so hoch gefürstet,
> So auserwählt kein ird'scher Mann,
> Daß, wenn die Welt nach Freiheit dürstet,
> Er sie mit Freiheit laben kann."

Dasselbe Wort hat Rießer ein andermal paraphrasiert.

Den Wunsch, „daß heut ein Geist herniederstiege" zur Rettung der Freiheit und Einheit, hat schließlich der Abgeordnete Ziegert ausgesprochen[196]).

Wichtiger als diese Einzelanführungen ist aber der Gesamteindruck: die Sprache der Politiker von 1848, deren Blüte tatsächlich in der Paulskirche saß und wirkte, ist noch ganz geformt vom klassischen Geiste Deutschlands. Die Kraft, die Schlichtheit und die Anschaulichkeit der Worte, das Gefühl für ihren eigentlichen und wahren Sinn, die natürliche Harmonie der häufig langen, aber niemals beschwerten, sondern vielmehr edel proportionierten Perioden — das alles kennzeichnet die Redner der Paulskirche als die würdigen Schüler unserer großen literarischen Epoche. Nur selten ist etwas verflacht und abgegriffen; man staunt immer wieder über den reichen Strom schöngeformter Gedanken. Den Politiker, den mitfühlenden Patrioten mag eine Ungeduld ergreifen, wenn er diese Reden liest; ein ästhetischer Genuß sind sie in ihrer überwiegenden Zahl aber auf alle Fälle. Eines der Worte, das in der Paulskirche am häufigsten ausgesprochen worden ist, ist das Wort Humanität. Als sich Simon von Trier für die Amnestie für politische Vergehen einsetzte, appellierte er an die Humanität. Als Reinhard von den Volksschulen sprach, sagte er, die Erziehung müsse auf die Prinzipien der Humanität gestützt werden; von Bally hat sogar die katholische Kirche als Mutter der Hu-

manität gefeiert. Arnold Ruge ist für den humanistischen Geist, den Geist der Völkerversöhnung und des tiefen Verständnisses für alles Menschliche eingetreten. Die Erinnerungen an Athen und Rom, an Worte des Platon, des Thukydides, des Sophokles, des Tacitus haben sich diesem Geschlechte in selbstverständlicher Geläufigkeit dargeboten. Goethe und die Griechen — das war für die allermeisten noch die Grundlage des geistigen Seins[197]).

Man kann geradezu von einem weimarischen Stil in der ersten Deutschen Nationalversammlung reden, und der Abgeordnete für Weimar, von Wydenbrugk, fühlte sich gewissermaßen als der Botschafter des Geistes von Weimar. Seine Reden sind völlig angefüllt von der klassischen Tradition. Nehmen wir etwa einen Satz wie diesen: „Ich bin lebhaft von der Überzeugung durchdrungen, daß nur dann die weltgeschicht-Mission Deutschlands vollbracht werden kann, wenn jenes reiche deutsche Leben unter gemeinsamer politischer Form lebendig wirkt und schafft, wie es sich jetzt nur abspiegelt in den ewigen Werken unserer großen Dichter, an welche mich die Stadt lebhaft erinnert, welche mir die ehrenvolle Sendung gegeben, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Aber wenn dieses Ruheziel erreicht werden soll, so wird es, da vorher erst Österreich sich abgesperrt hat, nur dadurch möglich, daß wir ein Haus bauen auf festen Säulen, mit weitgeöffneten Pforten, durch welches der Geist der Freiheit und edler Humanität weht"[198]). Das Wort Freiheit ist nebem dem Worte Humanität die andere große Parole, an der sich die Zeit berauschte. Hier tritt der Geist des jungen Schiller besonders greifbar zutage. Robert Blum hat eigentlich in allen seinen Reden über die Freiheit gesprochen; Freiheit und Despotie, Freiheit und Tyrannei, die Menschlichkeit und der Sumpf um korrumpierte Throne — das ist sein ewiges Thema. Die Freiheit war tatsächlich seine Göttin, er hat von der ihr angetanen Gotteslästerung gesprochen, er hat in einer seiner berühmtesten Reden das kühne Bild von dem „brechenden Himmelsauge" der Freiheit gebraucht[199]). Was eigentlich Freiheit politisch bedeuten sollte, das war ein Problem, um das die Paulskirche vielleicht im Tiefsten gerungen hat. Jakob Grimm hat sich einmal sehr bedeutungsvoll gegen die französische Formel „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" ausgesprochen und dabei gesagt, der Begriff der Freiheit

sei ein so heiliger und wichtiger, daß man ihn an die Spitze der Grundrechte in der folgenden Form setzen müsse: „Alle Deutschen sind frei, und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft. Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei." Freiheit und Deutschheit: daß darin ein Widerspruch lag, das konnte schärferem Denken natürlich nicht verborgen sein. Der Abgeordnete aus Südtirol, Esterle, hat gegenüber dem Nationalismus betont, daß die Freiheit nicht eine polnische, eine italienische oder eine deutsche Sache ist, sondern daß die Freiheit Sache der Menschheit ist: „Bedenken Sie, daß derjenige der Freiheit nicht würdig ist, der nicht allen Völkern die gleiche Freiheit wünscht"[200]).

Einheit und Freiheit, Humanität und Nationalismus: wir fühlen die Gegensätze durch und fühlen zugleich die Gefahr, die in diesen großen Worten liegt; denn das war ja der Nachteil der ästhetischen Sprache über politische Probleme, daß es ihr mehr gelang, den Gedanken durch eine schöne reine Form zu bezwingen, als das Chaos der wirklichen Dinge durch eine kluge, praktische Tat. Die Paulskirche hat ihre eigentümliche Phraseologie: Löwe von Kalbe hat in einer Rede, in der er selbst zündende Worte fand für die Freiheit, das Unglück der Phrase beklagt und den Parteien der Mitte vorgeworfen, daß gerade sie durch Redensarten und zweideutige Anträge es allen recht machen wollten und so die Sache selbst nicht förderten[201]). Die Tat und die Macht der Paulskirche beruhte eben leider überwiegend im Worte; ihr Logos war nicht die Tat im Sinne Fausts, und so ist ihr Bau unvollendet geblieben, wie ein alter gotischer Dom. Das Bild des Domes kehrt in den Reden der ersten Deutschen Nationalversammlung immer wieder. Nicht umsonst ist sie zum Dombaufest nach Köln im Sommer 1848 gewallfahrtet. Gagern hat nach der Rückkehr Bericht darüber erstattet: „Ich darf also sagen, daß die symbolische Feier in Köln, die die politische Einigung Deutschlands bedeutet, in ihrem wahren Sinne stattgefunden hat. Die Zukunft wird die Früchte zeigen, und so mag der Ausbau dieses herrlichen Domes, von dessen Fortschritt wir uns überzeugen konnten, der Nation Symbol ihrer Kraft und Einheit werden und sein." Das Bild des Domes ist ferner von Beckerath, Rießer, Raveaux und Uhland gebraucht worden[202]).

Der Gegensatz von Freiheit und Einheit, der Gegensatz von Humanität und Nationalität erhält für uns seine umfassendste ideengeschichtliche Tragweite, wenn wir ihn zurückführen auf den Kampf zwischen revolutionärem Geist und romantischem Geist. Das Wesen des revolutionären Geistes hat uns schon im Anfang unserer Studie beschäftigt; er ist das eigentlich leitende und vorwärtsstürmende Prinzip der neuzeitlichen Entwicklung. Der romantische Geist ist die Gegenbewegung aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts: er setzt das Gefühl gegen die Intellektualität, das historisch Gewordene gegen das philosophisch Geforderte, den patriarchalischen und ständischen Staat eines rückwärts gerichteten Fürstentums gegen den freien Volksstaat, die wiedergeborene, alle Kräfte der Phantasie durch Kunst und Tiefsinn beschäftigende Kirche gegen die Herrschaft der selbstbewußten Vernunft, das Recht des auf eigener Erde und nach eigener Art gewachsenen Volkstums gegen den Menschheitsgedanken.

Der romantische Geist ist in der Paulskirche stark zum Ausdruck gekommen; seine Hauptvertreter sind Jahn und Arndt. Jahns große Rede vom 19. Februar 1849 ist ein Muster deutscher politischer Romantik. Sie setzt ein mit dem Bekenntnis zum Vaterland; das Vaterland gilt ihm als der Begriff alles menschlichen Strebens; Einheit ist nicht Einerleiheit, Freiheit ist nicht zügellose Willkür. Er beruft sich auf die Germania des Tacitus, er sagt, das erste, was von den Deutschen bekannt geworden ist, ist der glückliche Freiheitskrieg Hermann des Cheruskers. Er erinnert an die Herrlichkeit des deutschen Kaisertums im Mittelalter, an das deutsche Recht der alten Schöppenstühle, an die alten deutschen Volkslieder und Märchen. Gegen den Polizeistaat, der die alte deutsche Sprache ruiniert hat, der die Spinnstuben und die Volksfeste verboten hat, der die Jungen Hebräisch und Griechisch lehrt anstatt Deutsch, der diese ganze papierne und römisch-rechtliche Bildung großgezüchtet hat, wettert Jahn los, und er setzt sich ein für deutsche Kunst, für deutsches Recht, für deutsche Politik, für „volkliches Leben". Die Deutschheit und ihr Wille zu einer ungehinderten Entwickelung ist seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts einer der mächtigsten Antriebe unserer Geschichte. Jahn ist aber einer von denen, die die Hauptschuld tragen an der Überspannung und Selbstauflösung tief-

berechtigter Forderungen. In seiner Rede über den Erbkaiser hat er das Wort Jean Pauls angeführt: „Der Mensch kann überall geboren werden" und hinzugesetzt: „nicht überall gleich gut". Darin liegt schon das sehr charakteristische Moment deutschtümelnder Selbstüberhebung. Die Einheit war Jahn wichtiger als die Freiheit; er nannte die Einheit die Mutter und die Freiheit die Tochter: wer die Tochter haben will, der halte es mit der Mutter! Ein starkes einheitliches Volk, mit dem Kaisertum an der Spitze — das war seine Forderung. „Ich bin konservativ", hat Jahn nach seiner Erzählung seinem Untersuchungsrichter gesagt: „Wir haben 1000 Jahre einen Kaiser gehabt, und da denke ich, daß wir nach 1000 Jahren wieder einen Kaiser bekommen; darüber habe ich mir den Kopf nicht zerbrochen, welche Regierung an die Spitze kommen soll, denn bis jetzt habe ich noch keine Regierung in Deutschland gekannt, die sich regieren konnte, nach meiner Überzeugung, viel weniger noch die anderen dazu"[203]). Das Germanische, der deutsche Volksgeist, wurde auch von Arndt als das berufene schöpferische Prinzip des neu zu bildenden Staates gefeiert. Der Abgeordnete Schulz folgerte aus dem deutschen Volksgeiste das Recht auf freien Genossenschaftssinn und Selbstregierung, auf organische Staatsgliederung im Gegensatz zum romanischen Despotismus. Auch er berief sich auf Tacitus: „Schon Tacitus sagte: Der Deutsche tut lieber alles aus freiem Willen als gezwungen und auf Befehl. Geben Sie dem deutschen Volksgeiste das Grundrecht, sich frei aus seinem ureigenen Sein zu entwickeln. Vertrauen Sie auf die schöpferische Kraft des Volkes"[204]).

Volksgeist, Volkstümlichkeit, Nationalität — die Bedeutung und Abgrenzung dieser Begriffe haben die Politiker von damals stark beschäftigt. Esterle hat sich einmal über den Gegensatz „volkstümlich" und „national" interessant ausgesprochen[205]). Jedenfalls hat der Verfassungsausschuß diese Ideen mit Recht gewürdigt und in seinen Motiven zur Reichsverfassung ausdrücklich gesagt, „die Rechte der Deutschheit", von denen schon 1814 vergebens gesprochen worden sei, sollten eine Wahrheit werden und bleiben[206]). Für die Überspannung der Rechte der Deutschheit bietet vielleicht das beste Beispiel die Rede Ernst Moritz Arndts vom 19. Juli 1848. Er bezeichnet darin Belgien und Holland als „germanische deutsche Lande": „Ich

muß ein Wort reden von der deutschen Sehnsucht, die in unser aller Herzen sein muß nach der künftigen Wiedergewinnung unserer großen westlichen Ströme, womit die Weltherrschaft über die Meere zusammenhängt und womit die älteste Gesittung und Bildung der germanischen Stämme, ich möchte sagen, die älteste Bildungsgeschichte Germaniens und unseres Vaterlandes auf das allerengste verbunden ist." Er rühmte dann die Geschichte Belgiens und Hollands und verstieg sich zu der Prophezeiung: „Holland wird in Not kommen, und es wird dann wieder hineinfallen, wo es hineinfallen muß, in den Schoß des großen Germaniens." Belgien nannte er den burgundischen Kreis, die deutsche Lombardei, die man leider hätte von Deutschland trennen lassen — ein Volk, welches deutsch sein wollte! „Da bewegt sich deutsches Leben in Sprache und Literatur sehr lebendig, es überwiegt und überherrscht das franzillonische, das franzillierende oder welschende Leben, es überwiegt das alles und blickt mit Sehnsucht auf uns hin." Und er sprach die Hoffnung aus, daß jene abgerissenen Teile, unter die er schließlich auch noch die Schweiz rechnete, zu Deutschland wiederkommen würden; sie würden schon zu uns passen, wenn wir eine gute Arbeit machten[207]). Wir sehen, wie weit sich die Auswüchse des Gedankens der Deutschheit entfernen von Humanität und Weltbürgertum. In der ersten Sitzung der Nationalversammlung vereinigte sich auf Venedeys Vorschlag, dieses Führers des Radikalismus, die Gesamtheit der Abgeordneten zu einer großartigen Huldigung an den alten Arndt, das „gute alte deutsche Gewissen". Später wäre eine so spontane einheitliche Stimmung nicht mehr möglich gewesen[208]).

Gegen die vorgebliche Humanitätspolitik der Franzosen, wie sie Venedey und seine Anhänger vertraten, hat sich Arndt später lebhaft ausgesprochen. Zwei Welten stoßen hier aufeinander: Arndt, Jahn und die Ihrigen sind die Vorläufer des Alldeutschtums. Wie lebhaft wandte sich Karl Vogt gegen diese allgemeine Länderfresserei, die aus der alten Franzosenfresserei erwachsen sei. Die erhabene Idee des Deutschtums und der Nationalität hat sich im Laufe der Entwicklung immer mehr vergröbert[209]). Wie eigentümlich muten uns die Vorstellungen Jahns an, der den rücksichtslosen Kaperkrieg gegen Dänemark predigte und den Vorschlag machte, die dänischen Gefangenen in Deutsch-

land herumzuführen und öffentlich zu zeigen, um die nationalen Leidenschaften aufzupeitschen![210])

Als ein Prophet des deutschen Nationalismus ist der alte große Görres oftmals beschworen worden. Seine Anschauungen über den Bundestag als eine Republik, seine Bemerkungen im Rheinischen Merkur über den deutschen Dualismus, dessen Überwindung einer späteren Zeit vorbehalten werden müsse, sein Kampf für Kaiser und Reich — das alles wurde in der Paulskirche wieder lebendig gemacht und hat stark gewirkt[211]). Daß dieser Rheinländer das eigentliche Deutsche Reich verkündigt habe, im Gegensatz zu dem preußischen Erbkaisertum — davon waren diejenigen, die sich auf ihn beriefen, Männer wie Lassaulx, durchaus überzeugt. Von anderen deutschen Staatsdenkern ist Justus Möser durch Welcker angeführt worden; gegen die „Krawallsouveränität und Massenfreiheit des Radikalismus" setzte er Mösers Auffassung der Freiheit, daß man nämlich dann frei sei, wenn man in jedem kleinsten Kreise des Lebens möglichst ausgedehnte Freiheit hat[212]). Den tiefgreifenden Einfluß Niebuhrs hat Michelsen bezeugt: „Kein Staatsmann, kein Historiker, hat mehr getan für die Einführung und Entfaltung des demokratischen Begriffs in der Staatengeschichte als Niebuhr in der Geschichte seines Kampfes der Patrizier und Plebejer. Niebuhr hat dadurch unendliche Dienste dem Bürgerstande geleistet"[213]). Die Geschichtskonstruktionen des Hallenser Professors Leo über die französische Revolution sind von Heinrich Simon gebührend festgenagelt worden[214]). Gegen Savigny als den Begründer der historischen Rechtsschule wandte sich der Schwabe Rödinger: Recht müsse nicht Recht bleiben, sondern Recht müsse doch Recht werden![215]) Die große Autorität der Zeit für geschichtliche und verfassungsrechtliche Fragen, das Staatslexikon von Rotteck und Welcker ist wiederholt angeführt worden[216]); freilich knüpfte sich gerade daran auch scharfe Kritik, die sich dann recht häufig zu einer allgemeinen Kritik der Professoren und des professoralen Geistes steigerte. Mittermaier sagte einmal mit trübseligem Humor: „Sie reden so oft von Professoren, wir Professoren sind bald schuld an allen Revolutionen und Elend; die armen Professoren arbeiten, wie man sieht, zu doktrinär." Bassermann hat dafür aber die geschmähten Professoren verteidigt und festgestellt, daß von

den Universitäten 1813 und 1814 der Freiheitskampf ausgegangen sei. Beda Weber hat sie ein andermal angegriffen, und Beseler hat sich für sie eingesetzt: man sieht also, daß auch diese Form der Kritik an der Paulskirche aus ihr selbst stammt[217]). Der Geschichtsschreiber wird wohl als besonders verhängnisvoll den juristischen Geist in der ersten Deutschen Nationalversammlung bezeichnen müssen. Männer wie Heckscher, Schaffrath, von der Linde, Grävell haben durch die Tüfteleien und theoretischen Verstiegenheiten ihrer Reden, durch die Umständlichkeit und Pedanterie ihrer Anträge die Verhandlungen sehr stark belastet. Auf der anderen Seite muß aber auch anerkannt werden, daß viel geistvolle und tiefe Jurisprudenz hervorgebracht worden ist. Eine Bemerkung Simons von Trier über die exceptio vis ac metus und die replicatio revolutionis fand als ein ungewöhnlicher Geistesblitz allseitigen Beifall; und die Art, wie Beseler die Würde der juristischen Wissenschaft vertrat, wie Robert Mohl eine glänzende juristische Deduktion über Reichsbürgerrecht und Staatsbürgerrecht lieferte, wie in den Motiven endlich zu dem Gesetz über das Reichsgericht der Rechtsstaat rechtsphilosophisch begründet wird: das ist alles von bleibendem und schöpferischem Wert[218]).

Welches sind nun die hauptsächlichen Strömungen allgemeiner Natur gewesen, die die Verhandlungen in der Paulskirche bestimmt haben? Im Gegensatz zu der Revolution von 1830, die eine politische Freiheitsbewegung war, ist die Revolution von 1848 eine nationale und soziale gewesen. Den Zeitgenossen kam vor allem die Nationalbewegung zum Bewußtsein, der ungeheure Drang eines zersplitterten Volkes zur Einheit nach außen; dem historischen Betrachter wird aber bei näherer Beschäftigung immer klarer, daß dieser nationale Drang seinen tiefsten Grund in einer von längerer Zeit her vorbereiteten Umbildung des gesamten gesellschaftlichen Aufbaues des damaligen Deutschland hatte. Löwe von Kalbe hat einmal sehr interessant über diesen Sozialismus von 1848 gesprochen; das Wort Sozialismus, so sagte er, ist in den letzten Jahren vor unserer Bewegung das Stichwort geworden; dieser Sozialismus hatte sich in Deutschland schon vor der Erhebung fast aller Parteien bemächtigt, wie es sich in den literarischen Erscheinungen und in den Verhandlungen der verschie-

denen Ständeversammlungen zeigte. Mochten diese Versammlungen auch aus den sogenannten bevorrechteten Klassen gebildet sein — diese Klassen waren von einer aktiven Teilnahme am Staatsleben ausgeschlossen, und deshalb richteten sie ihre heftigen Angriffe nicht nur gegen diesen Staat, sondern gegen den ganzen gesellschaftlichen Körper, auf welchen sich dieser Staat stützte; sie verfolgten tatsächlich den Umsturz des Bestehenden. Die Revolution von 1848 begann in einer durchaus sozialen Stimmung; die großen und leichten Erfolge des Bürgertums haben aber die überraschende Wirkung gehabt, daß die sozialistischen Elemente zurücktraten und sich zu einer ebenso leidenschaftlichen, wie im ganzen erfolglosen Opposition zusammenballten. Das Bürgertum bewährte, wie jede aufsteigende Klasse, seinen tiefen Klassenegoismus — es wollte zunächst einmal die neugewonnene politische Macht genießen. Hätte es das große Problem lösen können, die Gesamtheit der breiten Masse hinter sich zu bekommen, so wäre es gegenüber den alten Mächten unüberwindlich gewesen. Daß ihm das nicht gelang, ist einer der Hauptgründe seines Scheiterns[219].

Gewiß waren die ökonomischen Vorstellungen von damals sehr unreif; der große Erzieher Karl Marx begann ja erst seine Tätigkeit; die herrschenden Ideen in den untersten Schichten beschränkten sich auf einen naiven und handfesten Kommunismus. Wohl hat sich Hecker „Sozialdemokrat" genannt; die sozialistischen Ideen auf der äußersten Linken der Paulskirche haben wir auch schon kennen gelernt. Im ganzen wird man aber gut tun, Parteinamen von ganz bestimmter historischer Farbe für dieses Anfangsstadium der Entwicklung wegzulassen. Der rohe Kommunismus hat bei der Revolutionen in Berlin, Wien und Frankfurt seine erhebliche Rolle gespielt; er war es, der das Bürgertum in so große Angst versetzte, und aus dieser Angst ging das starke Bedürfnis zu schleunigen Kompromissen mit älteren Autoritäten hervor. Zeugnisse für diese bürgerliche Stimmung sind in der Paulskirche oft laut geworden. Reichensperger wandte sich einmal gegen den berühmten Satz von Proudhon, daß Eigentum Diebstahl sei: „Dieser Satz ist nicht bloß eine hinzugeworfene Paradoxe, eine leere Phantasterei; in seinem Namen ist schon eine mörderische Straßenschlacht geliefert worden. Die roten Fahnen flattern hier und

dort, wie Sturmvögel, unter dieser roten Fahne aber wird für jenen Satz gefochten; wenn auch nicht in erster so doch in zweiter Linie gilt der Angriff dem Eigentum." Die rote Fahne war für die erste Deutsche Nationalversammlung das Symbol aller derjenigen Bewegungen, die mit der bestehenden Gesellschaft auch das Parlament selbst, seine ganze Arbeit, seinen Lebenszweck verneinten. Der Zwischenruf „rote Fahne" war deshalb auch für ein Mitglied der Linken wie Schaffrath eine schwere politische Beleidigung. Wir sahen schon, wie selbst Simon von Trier sich zur schwarz-rot-goldenen Fahne, also zum Prinzip der parlamentarischen und gesetzlichen Arbeit bekannte. Wiederholt ist der Kommunismus in der Paulskirche als ein Wahnsinn abgelehnt worden. Friedrich Theodor Vischer hat einmal gesagt: „Wenn Sie dem Kommunismus nicht den Mund stopfen, indem Sie ihm Recht geben da, wo er Recht hat, wo bei vielem Wahnsinn ein Körnchen Wahrheit in ihm ist, so wächst er Ihnen über den Kopf. Recht aber hat er angesichts des schreienden Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Genuß, das in den Zivillisten und Apanagen vorliegt, eines Mißverhältnisses, das nicht wie beim Privateigentum ein einfach gegebener Zustand ist, sondern ein täglich sich erneuerndes, durch Verträge sanktioniertes Unrecht, zu dessen Fortdauer die Hungernden selbst vom Schweiße ihres Angesichts beizusteuern haben"[220]). Zur Überwindung des „Faustrechtes des Kommunismus", zur Niederkämpfung des anarchischen Geistes, der sich infolge Entrechtung und Verzweiflung in diesen Bestrebungen offenbarte, galt in der Paulskirche allgemein als das beste Mittel die Einführung des gleichen Wahlrechts. Durch die Begründung der staatsbürgerlichen Gleichheit hoffte man das Prinzip „jener rohen, materialistisch-kommunistischen Gleichheit" niederzukämpfen und die „rote Anarchie" zu unterdrücken[221]).

Wahre und falsche Demokratie hat einmal Friedrich Theodor Vischer in diesem Sinne unterschieden. Der Begriff der Demokratie verdiente als solcher eine eingehende ideengeschichtliche Untersuchung. Er ist in der neueren Geschichte aufgetreten als ein politisches Prinzip, das zuerst in der reformierten Gemeindeverfassung, dann in den amerikanischen Freistaaten und schließlich in der großen Französischen Revolution maß-

gebende Bedeutung erhielt. Von dem politischen Prinzip ging der Begriff dann über auf die besondere politische Gruppe, die sich unter diesem Prinzip vereinigte. So nannten sich die Anhänger eines modernen, auf volkstümlichen Grundlagen beruhenden Staatswesens in Deutschland „Demokraten", und sie hoben sich als die Partei der Masse des Bürgertums deutlich ab von jenen höheren Schichten, die in vorsichtiger Weise den revolutionären Geist mit der geschichtlichen Überlieferung vereinigen wollten. Der Parteiname „Demokrat" bezeichnet auch noch während der Revolution von 1848 die gesamte bürgerliche Linke, die eigentliche Trägerin des revolutionären Geistes in Deutschland. Es sind die Persönlichkeiten, die die Revolution als ein erlaubtes und notwendiges gesetzliches Mittel befürworteten, wie es Raveaux einmal getan hat; die Persönlichkeiten, die sich als die „Fahnenträger der Zukunft" betrachteten; Julius Fröbel hat in diesem Sinne der konservativen Partei als das Programm der Demokratie zugerufen: „Nach der Sündflut kommen wir!"[222]) Die Weiterentwicklung des Begriffes Demokratie nach der Revolution von 1848 ist nun gewissermaßen rückläufig; je mehr die Partei mit ihren Ideen durchdringt, desto mehr wandelt sich der Parteiname wieder zum politischen Prinzip um, das schließlich die ganze Volksgemeinschaft durchdringt und zum Gesamtbesitz aller Parteien wird.

Sozialismus, Kommunismus, Demokratie — das sind die modernen Strömungen, die den Bau der alten Staats- und Gesellschaftsordnung untergruben. Woran wurde hauptsächlich Kritik geübt? Das Wort „Reaktion" ist eine der am meisten gebrauchten Revolutionsvokabeln. Was das Wort bedeutete, davon können sich spätere Geschlechter in Deutschland überhaupt keine Vorstellung machen. Die Märtyrer des alten Staates saßen ja zahlreich genug als ein lebendiger Vorwurf in der Nationalversammlung. Die Reaktion war nach der Auffassung der Zeit die eigentliche Ursache der Revolution, und das Wort Welckers hat prophetische Bedeutung: „Es ist keine Möglichkeit, bei uns Reaktionen durchzuführen als durch die Revolution, und keine Möglichkeit die Revolution der Republik hervorzurufen als durch die frechste, vollkommenste Reaktion"[223]). Am unpopulärsten in dem alten System waren neben dem, was man Polizeistaat nannte, Diplomatie und Militär; bezeich-

nend sind die Worte von Hagens: „Seit 33 Jahren haben die alten Regierungen uns unterdrückt, seit 33 Jahren haben sie uns unsere größten, unsere höchsten Rechte vorenthalten, sie haben unsere patriotisch gesinntesten Männer in die Kerker geworfen, sie haben ihre Wirksamkeit gelähmt, sie haben durch ihre verrottete Diplomatie dieses Volk, das berufen war, die Königin der Völker zu sein, zu einer Dienstmagd erniedrigt"[224]).

Auch Arndt und Wigard haben gegen die Kabinette und die böse Diplomatie gepredigt; so berechtigt die Empörung über die alte deutsche Staatsmethode war, so wenig erfreulich ist das schlagwortmäßige Aburteilen, das in der Revolution gang und gäbe war. Dem alten Jahn war es merkwürdigerweise vorbehalten, eine Lanze für die Diplomatie zu brechen[225]). Das Militär war besonders unter der preußischen Kokarde sehr unbeliebt. Bei der bloßen Erwähnung der preußischen Garde ist dem Abgeordneten Raveaux einmal „Pfui" zugerufen worden. Den Ausdruck „Militarismus" habe ich in den Verhandlungen der ersten Deutschen Nationalversammlung nicht gefunden; wohl hat aber Ruge von der „fixen Idee der Militärwirtschaft" gesprochen. Lichnowsky ist es gewesen, der am 26. März 1848 in tapferer Weise gegen eine Ächtung der preußischen Armee eingetreten ist[226]). Der Haß gegen das Junkertum ist bei den Verhandlungen über die Aufhebung des Adels zum Ausdruck gekommen. Die schönen Worte, die dabei Löwe von Kalbe über die Arbeit gesprochen hat, verdienen festgehalten zu werden: „Ist früher das Vorrecht heilig gewesen, so ist heute die Arbeit heilig; die freie Arbeit, der Fleiß und die Tätigkeit, in welcher Weise es auch sein mag, ist heute die höchste Ehre, sie ist heute auf den Thron gekommen und vernichtet nun das Symbol einer Zeit, die die Arbeit unterdrückt hat"[227]). Die Stellung des hohen Adels in Deutschland, die Stellung der deutschen Dynastien ist in der Paulskirche gleichfalls aufs schärfste kritisiert und angegriffen worden. Der Präsident des ersten Reichsministeriums, Fürst Leiningen, selbst ein mediatisierter Fürst, hat den Gedanken weitgehender Mediatisierungen wiederholt vertreten. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat die Mediatisierungsfrage beraten, und Beseler hat im Namen der Mehrheit darüber berichtet. Diese Mehrheit nahm einen sehr vorsichtigen Standpunkt ein; die Minderheit

dagegen beantragte, die provisorische Zentralgewalt möge die Mediatisierung der kleineren deutschen Staaten oder, wo dies nicht anginge, deren Vereinigung in Staatsverbänden auf dem Wege des Vertrages vermitteln. Anträge von ähnlicher Richtung haben sich dem angeschlossen. Die Rede des Abgeordneten Mölling über das Elend der deutschen Kleinstaaterei ist ein ebenso gerechtes, wie eindrucksvolles Dokument. 38 souveräne Staaten oder vielmehr 39, denn der Wiener Kongreß hat den kleinsten, die Herrschaft Kniephausen an der äußersten Grenze Nordwestdeutschlands mit ihren nicht 3000 Seelen vergessen! — diese 38 souveränen Staaten hatten 34 Residenzen, mit regierendem Haus, mit einer Verwaltungs-, Finanz- und Justizbehörde, mit Räten und Assessoren und subalternem Personal: „Wo in einem großen Staate zwei bis drei Beamte hinreichen, ein solches Gebiet zu verwalten, da fordern die Verhältnisse dort 20 bis 30. Diese sollen das Feld der Wirksamkeit unter sich teilen; sie finden keine Arbeit. Sie müssen sich die Arbeit schaffen. Daher die unendliche nutzlose Vervielfältigung aller Geschäfte, an die Stelle des lebendigen Wirkens treten künstlich gebaute, aber tote Formen." Mölling betont es sehr mit Recht, daß die Bureaukratie in ihrer ganzen schneidenden Schärfe nicht in Preußen, sondern in diesen kleinen Staaten aufzufinden sei. Das Volk müsse dort Steuern zahlen, ohne zu wissen warum, und der Gedanke einer Volksvertretung sei dort eine Karikatur.

Zum Schluß forderte er die Nationalversammlung zu einem kühnen Schritt auf: ein großes krankes Volk verlangt, zu neuem Leben, zu neuer Gesundheit erweckt zu werden. „Geben Sie ihm das Leben zurück; lassen Sie es nicht sterben, bloß damit einzelne Fürsten am Leben bleiben"[228]). Über die finanziellen Lasten in den Kleinstaaten hat Schoder interessante Angaben gemacht. Der Aufwand für die fürstliche Familie betrug in Frankreich zur Zeit Ludwig Philipps 1 1/2 Prozent, in Bayern, Württemberg und Baden aber 10 Prozent, in Kurhessen 16 Prozent, in Hessen-Homburg 33 Prozent![229]) Gewiß ist in der Nationalversammlung auch all das Gute gewürdigt worden, das die deutschen Fürsten gerade in den Kleinstaaten dem Volk angetan haben. Aber die Schwierigkeiten, ein neues Deutschland zu schaffen, wurden doch zu stark empfunden, und der Hauptgrund lag nach dem Empfinden der Zeit in den Sonder-

bestrebungen der Dynastien. Hagen hat diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht: „Würden die Dynastien nicht sein, mit den Provinzen, mit den Volksstämmen würden wir leichter ins Reine kommen“[230]). Ob er darin richtig gesehen hat, steht dahin. Jedenfalls wirkten die kleinen Höfe als eine unerträgliche Schranke für die freie Volksentwicklung. Moritz Mohl sagte: „In jedem kleinen Staate tritt einem der Hof überall ja auf den Fuß“[231]). Wie sollte es möglich sein, diese Miniaturstaaten und zwei europäische Großmächte zu einer dauernden Staatsgemeinschaft zu vereinigen? Daß die Theorie vom Staate als einem lebendigen Organismus nicht auf diese politischen Bildungen paßte, das war klar. Hagen bezeichnet es als das Grundübel in Deutschland, daß die deutschen Staaten „unnatürliche, willkürliche Staaten“ sind[232]). Aber wo sollten die Opfer beginnen und wo sollten sie aufhören? Zahlreiche Interessentengruppen aus den kleinen Höfen bestürmten die Nationalversammlung mit Petitionen. Gewisse Schichten mußten wieder leiden unter dem Einheitsstaat. Und es war ja die Frage, ob der Partikularismus wirklich in den Dynastien allein saß oder nicht vielleicht ebensosehr in den Stämmen und Bureaukratien der Einzelstaaten.  Der zäheste Widerstand war freilich von den Fürsten selbst zu erwarten; Karl Vogt erinnerte in seiner Meisterrede gegen den Erbkaiser an den König von Bayern, der verstört im Schlosse herumirrte und in einem fort jammerte: „Ich lasse mich nicht mediatisieren — ich lasse mich nicht mediatisieren!“ Und das Rezept des Abgeordneten Zimmermann hat eine gewisse prophetische Bedeutung: „Entweder keinen mediatisiert oder alle ohne weiteres mediatisiert, bis auf einen meinetwegen oder auch gar keinen.“ Und daran schloß er sein Programm vom „freien Volksstaat“ mit der monarchischen Spitze, sein Programm von der einheitlichen demokratischen Monarchie[233]).

Also auch die Linke war keineswegs einheitlich für die Republik; die äußerste, die sozialistisch gefärbte Linke konnte sich keine andere Lösung denken, aber die bürgerliche wäre für einen überzeugenden und praktischen Kompromiß damals jederzeit zu haben gewesen. In den ersten Wochen der Nationalversammlung war die Frage der deutschen Republik besonders akut; da hat z. B. der Abgeordnete Würth von Wien es nachdrücklich verneint, daß das deutsche Volk eine Republik haben

wolle: „Das Volk in seiner großen, in seiner weit überwiegenden Mehrheit will die konstitutionelle Monarchie allein." Ebenso sagte Arndt, die Deutschen könnten keine große allgemeine Republik haben; und denselben Gedanken sprach der Abgeordnete der Linken, Wesendonck, aus, der das Beispiel der einen und unteilbaren französischen Republik ablehnte. Die Diskussion über Republik und Monarchie hat dann nach der Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt lange geruht, um bei der Erbkaiserfrage wieder aufzuleben. Das monarchische Gefühl dokumentierte sich dabei in häufig ergreifender Weise, und der rückschauende Betrachter hat immer wieder den Eindruck: wie leicht war dieses geduldige und loyale Volk zu haben! Was überzeugte Monarchisten empfanden, das zeigen die Worte von Welcker: „Wenn die deutschen Fürsten selbst das Vaterland preisgeben, wenn sie nicht zusammenstimmen in dem, was not tut dem Vaterlande, wenn kein Glaube mehr ist an die deutschen Fürsten, wenn auf diese Weise Männer, die bisher nicht auf der Linken saßen, sagen werden; es ist keine Rettung mehr, als durch die Republik! — dann wird sie siegen in Deutschland."

Die Idee der deutschen Republik ist im Sommer 1848 hauptsächlich deshalb zurückgedrängt worden, weil durch die Existenz der Nationalversammlung die Garantie für die Begründung eines freien Volksstaates nach dem Willen der Mehrheit gegeben zu sein schien. Der Zusammentritt der Nationalversammlung wirkte allein schon beruhigend und zwang das Durcheinander der politischen Wünsche zur Selbstvertagung. Die Nationalversammlung betrachtete sich als souverän, und zwar war dieser Gedanke auf allen Seiten des Hauses herrschend. Der preußische Gesandte von Rönne hat ihn etwa so ausgedrückt: „Wir sind keine Bureaukraten, wir sind selbst das Volk, wir sind die Männer des Vertrauens und des Volkes, und es ist weiter nichts als die alte bureaukratische Sprache, uns einschüchtern zu wollen mit dem Volke, denn ich wiederhole es: das Volk sind wir." Wir sehen, wie hier der Souveränitätsgedanke sehr geschickt verwendet wird, um die Einwirkung der unteren Schichten von der Straße abzulehnen. Der staatsbürgerliche Begriff „Volk" wird gebraucht gegen den sozialen[234]. Die Nationalversammlung sah sich also „einzig und allein"

an als die Trägerin der obersten Macht; aber es war eine Tatsache, daß neben ihr doch immer nicht nur die Souveränität des Volkes der Straße, sondern auch die Souveränität der Fürsten bestand. Gagern hat einmal sehr richtig gesagt, Souveränität sei ein Machtbegriff. Mit dem Gedanken der staatlichen Macht hat sich ja auch diese Kategorie des alten Staatsrechtes in der Geschichte allmählich angefüllt. Souverän ist, wer der „Supremus", der Inhaber der obersten Gewalt ist. Wenn die Nationalversammlung souverän sein wollte, so brauchte sie es nur zu beweisen, und niemand konnte sie daran hindern. Der Souveränitätsgedanke ist in der Paulskirche immer wieder zur Erörterung gekommen: bei der Frage ihrer gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt, bei der Erörterung des Verhältnisses der Einzelstaaten zur Gesamtheit, bei der Frage ihrer Unverletzlichkeit. Interessant sind etwa die Ausführungen Schlöffels über den Unterschied zwischen aktiver und passiver Volkssouveränität; von jeher sei das Volk souverän gewesen, es habe stillschweigend geduldet, jetzt herrsche eine andere Souveränität: „Diese Versammlung ist die Tochter der Revolution, sie kann sich nicht mehr auf Wünsche beschränken, sie muß wollen . . ."[235]).

Wie entsteht aus dem Volkswillen ein Parlament, und aus dem Parlamentswillen eine politische Tat? Wenn man die Urfragen des modernen Staatslebens so formuliert, dann trifft man ohne weiteres auf die logisch schwierigen Übergangsstellen. Welcker hat einmal von dem Souveränitätsschwindel der Linken gesprochen: „Diese Linke glaubte, sie wäre von Gottes Gnaden mehr als wie irgend jemand." Der Souveränitätsgedanke konnte sehr gut wie er früher zum Absolutismus geführt hatte, zum Terrorismus führen, und Welcker berief sich in derselben Rede auf den Willen der großen deutschen Nation gegenüber der „krawallmäßigen Freiheit". Souveränität in seinem Sinne war also jener alte große Grundsatz des römischen Rechts, der consensus omnium; auf diesen Satz hat sich auch Simon von Trier berufen, der das Wort Souveränität um seiner Vieldeutigkeit willen als ein fremdes und bastardmäßiges Wort ausgemerzt haben wollte. Über das Verhältnis von Parlamentssouveränität und Volkssouveränität hat sich Vincke sehr treffend ausgesprochen; er nannte das Parlament die Geschworenen, die die Entscheidung finden im Namen des Volkes, und das

Volk selbst den Kassationshof. Diese Auffassung bezeichnete Robert Blum unmittelbar darauf als ultrarevolutionär: „Nur einmal in der Geschichte ist es dagewesen, daß man das Volk direkt entscheiden ließ über die Verfassung. Das war 1793, und diese Verfassung war wegen ihres ultrarevolutionären Charakters nicht lebensfähig." Robert Blum lehnte also den Referendumsgedanken ab, der unmittelbar aus der Souveränitätsidee entspringt. Anders Simon von Trier, der sagte: „Die Volkssouveränität ist vollständig nur dann gewahrt, wenn sich jeder selbst vertritt."

Die erste Deutsche Nationalversammlung hat im Laufe ihrer Geschichte die stolze Auffassung von ihrer eigenen Souveränität sehr modifizieren müssen. Zeugnis dafür sind die Worte Bergers vom 12. Februar 1849: „Verfassen (d. h. eine Verfassung geben) konnten wir nur, solange wir uns auf dem Boden der Volkssouveränität faktisch befanden; der größere Teil dieser Versammlung befindet sich jetzt nur noch theoretisch auf demselben; faktisch sind wir nun alle in den Winkel der Vereinbarung hineingepfercht, wir mögen uns sträuben wie wir wollen"[236]).

Die Kirche ist die letzte und vielleicht zäheste der alten Mächte, mit der sich der neue freie Volksstaat der Paulskirche auseinandersetzen mußte. Die Debatte über die Trennung von Kirche und Staat gehört zum Dramatischsten, was in der ersten Deutschen Nationalversammlung gesprochen worden ist. Die Linke bekämpfte mit besonderer Heftigkeit die romantische Vereinigung von Thron und Altar, den „christlichen Staat". So hat der Schwabe Zittel den christlichen Staat eine der größten Lügen der Weltgeschichte genannt. Der Staat, sagte er, könne nicht glaubenslos oder gottlos sein, eben so wenig wie er liederlich sein könnte; es gäbe nur glaubenslose oder gottlose Menschen. Der Staat werde christlicher werden, wenn den christlichen Grundsätzen Eingang verschafft werde in die Herzen der Menschen; die Überzeugung müsse befreit werden von aller Heuchelei, das wahrhaft religiöse Leben müsse gestärkt und geweckt werden, das deutsche Volk müsse durch vollständige Religionsfreiheit in seinem innersten Wesen einig, frei und stark gemacht werden. Auch Biedermann hat in ähnlichem Sinne „den christlich-germanischen Staat" bekämpft. Er sieht in ihm eine Interessen-

verbrüderung weltlicher und kirchlicher Absichten, den Versuch, weltliche Zwecke mit Hilfe geistiger Ideen und Waffen durchzusetzen. Eine geschichtliche wie psychologische Täuschung ist ihm diese Vermengung der beiden getrennten Gebiete; die wahre Innigkeit der Religion sei durch solche Versuche keineswegs gefördert worden, sondern vielmehr der Indifferentismus, die Frivolität und die Verdumpfung. Eine radikalere Prägung dieser liberalen Grundanschauungen hat Giskra gegeben, der die Kirche ohne Unterschied ihres Bekenntnisses nichts anderes als einen Verein im Staate nennt; jeder dieser Vereine sei vom Standpunkte des Staates gleich bedeutsam, wenn er nur Ausfluß wahrer innerer Überzeugung ist, und jeder habe ohne Unterschied das Recht, im Staate zu bestehen, solange er nicht im Wesen und nicht in der Ausführung den Staat bedroht oder angreift. Charakteristisch sind die folgenden Worte: „Der Staat ist mir vom Standpunkte des Menschenwohles höher als jede bestimmte Kirche, und sei sie eine tausendjährige, sei sie von Gottes Sohn oder einem Propheten gestiftet, schwebe auch der heilige Geist über ihr und ihren Dienern. Verlangt eine Kirche überhaupt die Unabhängigkeit vom Staate, so greift sie den Staat in seinem Wesen an, und dann will man ihn vernichten."

Hier sehen wir also die Umkehr des alten Herrschaftsanspruchs der Kirche, und zwar der katholischen Kirche; der Staat soll der Herr sein — die Formel von der freien Kirche im freien Staate ist hier fallen gelassen. Das Schönste und Tiefste, was über das große Problem von Staat und Kirche gesagt worden ist, stammt aber wohl aus dem Munde Beckeraths. Er sprach zuerst davon, daß der Mensch zweien Welten angehöre, daß eine letzte tiefe Sehnsucht ihn unwiderstehlich zum Jenseits hinziehe, daß das Individuum ein Recht habe, in vollkommener Freiheit, vom Staate geschützt, den Weg zu diesem unbekannten Ziele selbständig zu wandeln: „Es wäre ein großer Irrtum, wenn man die Kirche vom Staate gänzlich losreißen wollte, und um auch nicht in den Schein dieses Irrtums zu verfallen, lege ich einen Wert darauf, daß in den Grundrechten unterschieden werde zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten der Kirche. Der Kirche gehört das Jenseits, dem Staate das Diesseits an; aber zwischen dem Jenseits und dem Diesseits besteht kein feindlicher Gegensatz, sondern ein inniger Zusam-

menhang, und wie verschieden, wie getrennt auch das Rechtsgebiet der Kirche und des Staates sein möge, so hieße es doch die menschlichen Zustände nur nach der Oberfläche beurteilen, es hieße den Riß des deutschen Lebens, den wir heilen wollen, nur noch mehr erweitern, wenn wir nicht annehmen wollten, daß Staat und Kirche sich ergänzend zueinander verhalten."

Wie sehr sticht diese vornehme und würdige Art der Behandlung ab von gewissen Äußerungen Karl Vogts, oder jener Bemerkung Wigards, der sagte, er wisse nicht, ob der Name Gottes unter die Grundrechte des deutschen Volkes zu rechnen sei. Die Kirchenfeindschaft der Linken rief den Widerspruch besonders von der katholischen Seite wach. Es ist der spätere Bischof Ketteler gewesen, der dem katholischen Standpunkte einen besonders prägnanten Ausdruck zu geben verstand. Bei der Erörterung der Trennung der Volksschule von der Kirche nahm er die Volksschule als ein Herrschaftsrecht des Priesters in Anspruch, und er prophezeite für den Fall, daß das angetastet würde, „einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Gesetzgebung des Reiches und gegen seine Institutionen": „Ich bin ganz offen, meine Herren, ich kann Sie versichern, ich habe keinen Gedanken in der Seele, den ich Ihnen nicht gern mitteile. Wenn Sie so verfahren, so setzen Sie sich in die geradeste Opposition gegen den Willen des katholischen Volkes." Auch aus diesem Munde, so sehen wir, wird der Volkswille als die letzte und oberste Autorität angeführt; die demokratische Epoche, die anbrach, lernte aber nicht nur ein Staatsvolk, sondern ein — katholisches Volk kennen. In diesen Worten Kettelers kündigt sich bereits der Kulturkampf an[237]). Die tiefe Unlösbarkeit des Problems von Staat und Kirche hat am feinsten wohl Friedrich Theodor Vischer gekennzeichnet: „Von Staat und Kirche gilt, was der Dichter von zwei Personen sagte: ‚Zwei Männer sinds, die darum Feinde sind, weil die Natur nicht einen Mann aus ihnen beiden machte'." Und wir können diesen Gedanken von der Zwiespältigkeit der aktiven Welt übertragen auf den gesamten Kampf zwischen revolutionärem und romantischem Geist, der die Verhandlungen der Paulskirche im Innersten bestimmt hat[238]).

## VI. Die Nationalversammlung und die deutsche Volkswirtschaft.

Bei der Beratung über die Vorrechte des Adels erzählte Jakob Grimm eine Geschichte aus seiner Jugend. Er saß, einer von fünf Brüdern, auf der Schulbank neben dem Sohn des reichsten Edelmannes im Lande. Es sollte ein Stipendium vergeben werden; Jakob Grimm, dem es wirklich sauer und schwer geworden war, bekam das Stipendium aber nicht, sondern, obgleich alle die Verhältnisse genau kannten, jener reiche Edelmann, der Jakob Grimms Freund war und es auch bis zu seinem Tode geblieben ist[239]). Diese kleine Geschichte kennzeichnet das alte vorrevolutionäre Deutschland. Nur in den wenigen großen Städten gab es ein freies und tätiges Bürgertum; der überwiegende Teil der Bevölkerung saß auf dem platten Lande, in Landstädten oder kleinen Residenzen, und da gab es eigentlich nur zwei Schichten, die Schicht der Vornehmen, der Reichen, der Mächtigen und Privilegierten, und die Schicht derjenigen, die das alles nicht waren, die dieser ersten Schicht dienen mußten, die für sie arbeiteten ohne die Aussicht, es zu etwas Erheblichem zu bringen. Diese Gesellschaftsverfassung des alten Deutschland, die sich seit den Napoleonischen Kriegen noch einmal festgesetzt und eingewurzelt hatte, geriet in den dreißiger Jahren in Unordnung, um sich nach 1840 der völligen Auflösung zu nähern.

Wir haben schon betont, daß die gesellschaftliche Neubildung eine der tiefen Ursachen der Revolution von 1848 gewesen ist. Es war der „Pauperismus" entstanden; es gab nun auch in Deutschland ein Proletariat, die Zeit lernte sozial empfinden und soziale Forderungen stellen — und aus diesen Erlebnissen heraus entstand nach echter deutscher Art damals eine neue Wissenschaft, die Volkswirtschaftslehre. Moritz Mohl und Hildebrand sind die Hauptvertreter dieses neuen sozialen und wissenschaftlichen Geistes in der Nationalversammlung gewesen; Lette, Nauwerck, Schütz schließen sich, jeder auf seine Art, ihnen an. Der volkswirtschaftliche Ausschuß, der gleich im Anfang gebildet wurde, hat eine umfassende Tätigkeit entfaltet. Er fand keineswegs viel Anerkennung und Verständnis, sondern seine Betrachtungsweise galt den rein politisch und philosophisch eingestellten Köpfen als umständlich, schwierig, gewisser-

maßen materialistisch. Der spätere Betrachter muß aber anerkennen, daß der Ausschuß für Volkswirtschaft doch eine Menge neuer Gesichtspunkte zur Geltung brachte, daß sein Auftreten wohl etwas eigenwillig und schwerfällig war, daß er aber im ganzen doch mehr als die meisten sonstigen Ausschüsse die Ideen der Zukunft vertrat. Eine unglückliche Fügung war es, daß gerade der wunderliche Bruder des Juristen und Reichsministers Robert Mohl — Moritz Mohl — die Hauptrolle in dem Ausschuß für Volkswirtschaft spielte. Moritz Mohl vereinigt in merkwürdiger Weise die Vorurteile eines schwäbischen Partikularisten und Anhängers von Gewerbezwang mit einem sehr lebhaften Gefühl für große Zeitprobleme, die sich ankündigten. Er war, wenn man so sagen darf, ein reaktionärer Revolutionär, wie er ja auch die große Zahl seiner äußerlich und innerlich unsympathischen Züge durch einen bizarren Antisemitismus vermehrte; aber trotzdem: er hat viele abgestoßen, viele haben sich lustig über ihn gemacht, sein Einfluß und seine Bedeutung sind erheblich gewesen.

Die neue Volkswirtschaftslehre fand in Deutschland ein Land vor, dessen Daseinsbedingungen eine wirkliche Gesamtwirtschaft des Volkes als solchen noch nicht zuließen. Um etwas einzelnes hervorzuheben: in welchem Zustande befanden sich die deutschen Flüsse! Der volkswirtschaftliche Ausschuß hat darüber einen Bericht erstattet, der einen tiefen Einblick in die deutsche Wirtschaftszersplitterung gewährt. Wasserzölle und Schiffahrtsabgaben wurden von den Uferstaaten in verschiedenstem Umfange und nach den verschiedensten Prinzipien erhoben. Die Verfügungen und Vertragsbestimmungen der Einzelstaaten über die Wasserzölle, über Befreiungen, Nachlässe und Begünstigungen gehen ins zahllose. Die großen Staaten wie Preußen erhoben wenigstens weit weniger an Wasserzöllen, als die Unterhaltskosten betrugen, sie verhielten sich also den Grundsätzen des modernen Transportwesens gegenüber nicht absolut feindlich. Die kleinen Staaten aber, wie Hannover, Lauenburg, Mecklenburg machten aus der Tatsache, daß sie Elbuferstaaten waren, einfach ein gutes Geschäft. Wie beweglich war die Klage des Hamburgers Merck über diesen deutschen Zollwirrwarr! Das amerikanische Harz war in Hamburg, die Transportkosten vollkommen eingerechnet, billiger als das böhmische Harz,

das die Elbe herunterkommen mußte. Der Elbzoll betrug allein schon fast so viel wie der Gesamtpreis der amerikanischen Ware! Der Elbschiffer mußte zwei- bis dreitausend Taler flüssig haben, um durch die 14 verschiedenen Zollämter zu kommen. Er mußte dieses Geld natürlich teuer verzinsen, und er brauchte für seinen Weg das Doppelte der Zeit, die rein technisch notwendig gewesen wäre. Es war ein unerträglicher und elender Zustand[240]).

Die Auflösung der alten deutschen Gesellschaftsordnung, die Unreife der politischen Formen im Verhältnis zu der schon tatsächlich erreichten Volksentwicklung, hat einen überaus anschaulichen Ausdruck gefunden in der Zunahme der deutschen Auswanderung während der letzten Jahre vor der Revolution. Auch hier hat der volkswirtschaftliche Ausschuß Erhebliches geleistet in der Sammlung von Tatsachen und in den Vorschlägen zur Besserung. Er hat ein Gesetz, betreffend den Schutz und die Fürsorge des Reichs für deutsche Auswanderung, ausgearbeitet und dieses Gesetz in den angehängten Motiven erschöpfend begründet. Es ist darin festgestellt, daß von Bremen im Jahre 1841 88 Schiffe mit 9501 Passagieren ausliefen, im Jahre 1847 aber 227 Schiffe mit 32769 Passagieren! Von nichtdeutschen Häfen wie Antwerpen, Havre und London ist die Zunahme der deutschen Auswanderer verhältnismäßig noch bedeutender gewesen. In Nordamerika hatten damals schon 4000000 Deutsche eine neue Heimat gefunden — das sind etwa 10% der damaligen deutschen Bevölkerungsziffer. Der volkswirtschaftliche Ausschuß hatte durchaus recht, wenn er die europäische Auswanderung als ein welthistorisches Ereignis bezeichnete; besonders gilt dies von der deutschen Auswanderung, die ja wegen des Mangels einer deutschen Zentralgewalt ein völlig unkontrolliertes Geschäft unternehmungslustiger Agenten geworden war. Der Ausschuß forderte ein Auswanderungsamt, ferner genaue Bestimmungen über den den Passagieren zustehenden Schiffsraum und die Aufsicht der Reichskonsuln in den außereuropäischen Hafenplätzen. Die Gesamtzahl der deutschen Auswanderer im Jahre 1847 schätzte Ziegert auf hunderttausend. Der Hauptstrom der Auswanderung kam aus der Wesergegend, dann aus Westfalen, Hessen und Thüringen, endlich aus Bayern und Württemberg. Einzelne Staaten

erhoben sogar sogenannte Auswanderungs- und Abzugsgelder; es gab Gegenden, wo mediatisierte Fürsten das Recht hatten, 20 Prozent von dem Vermögen der Auswanderer zu erheben! Der Abgeordnete Schulz, der sich am eingehendsten mit diesem Problem beschäftigt hat, führte den Zusammenbruch des deutschen Mittelstandes auf die Auswanderung zurück, denn es sind ja selbstverständlich nicht die Allerärmsten gewesen, die diesen Weg suchten, da ihnen ja die Mittel zu der weiten Reise fehlten. Es waren vielmehr die besten und die tüchtigsten Elemente des alten Deutschland, der solide Stand der kleinen Landwirte und Bauernhofbesitzer, der geschickten Handwerksmeister und Gewerbetreibenden usw., es waren zudem meist die körperlich Frischesten und die geistig Freisten, vorwiegend junge Familienväter. Schulz beziffert die Summen, die durch die Auswanderung in den letzten Jahren vor der Revolution dem deutschen Vaterlande verloren gegangen sind, auf 30 bis 40 Millionen Gulden! Was an politischen und intellektuellen Kräften aus der deutschen Schreibstubenherrschaft sich in die amerikanische Freiheit hinübergerettet hat, das ist überhaupt nicht abzuschätzen.

Schulz trat auch warm dafür ein, daß dem Schwarm häufig unsolider nordamerikanischer Landverkäufer das Handwerk gelegt werde, und daß die Reichsgewalt von den Vereinigten Staaten große Landstrecken unter günstigen Bedingungen übernehmen sollte, damit das deutsche Element zusammengehalten würde: „Am großen Ozean kann ein mächtiges herrliches Neudeutschland erblühen, welches die natürliche Freundschaft der Vereinigten Staaten mit uns noch bedeutend verstärkt." Schulz hat übrigens auch seinen Blick nach dem Osten Europas gerichtet und die historische Notwendigkeit eines Rückstromes dorthin betont. Sollen unsere deutschen Brüder, fragte er, nur für die Vereinigten Staaten Nordamerikas kämpfen? An unserer Grenze in Österreich, im Donaugefilde, ist unser Texas, unser Mexiko. So stark war also das Gefühl, daß der deutschen Verknöcherung und Verkümmerung von Grund auf nur durch den neu zu begründenden freien Volksstaat entgegenzuwirken sei[241]). Deutschland spielte ja damals noch im Verhältnis zu den Westmächten die Rolle des Hungerleiders, der als Bedienter, Musikant oder Poet sein Brot verdienen durfte. Ein erschütterndes Beispiel für diese erbärmliche Rolle der

Deutschen bietet die Eingabe, die der Pfarrer Schellenberg zu Cleeberg im Herzogtum Nassau über die „Seelenverkäuferei" der Nationalversammlung erstattet hat. Scharen von deutschen Jünglingen und Mädchen wurden regelmäßig aus kleinen hessischen und nassauischen Orten nach London exportiert, wo sie zum Betteldienst mit fahrbaren Drehorgeln u. dgl. angehalten wurden. Englische Zeitungen konnten unter der Überschrift: „Deutsche Sklaven" auf diese Gepflogenheit aufmerksam machen, die eine wahre Schande für Deutschland gewesen ist. Die hessischen Besenverkäuferinnen (hessian broomgirls) waren im damaligen London eine ganz geläufige Erscheinung[242].

Die Linke der Frankfurter Paulskirche hat der Erbitterung gegen das alte privilegierte Deutschland oft einen erschütternden Ausdruck verliehen. Der Abgeordnete Schlöffel hat einmal gesagt: „Wenn es uns nicht gelingt, die sozialen Verhältnisse in ihrer ganzen Bedeutenheit zu berücksichtigen, dann wird auf die erste, die politische Revolution, eine zweite, eine Hunger revolution folgen." Es ist in der Revolutionszeit tüchtig bei uns gehungert worden. Auf dem Lande kam man infolge der Fesselung des Grundbesitzes immer mehr in das Pachtverhältnis hinein, und so hat sich schon damals in einzelnen Gegenden von Deutschland das Ackerbauproletariat gezeigt, welches nach dem Urteil Löwes von Kalbe immer der Kultur am heftigsten und bittersten entgegengetreten ist[243]). Was alles an z. T. wunderlichen Feudalverhältnissen auf dem Lande noch bestand, das ist bei der Beratung der Grundrechte zur Sprache gekommen. Der volkswirtschaftliche Ausschuß erstattete über die ihm zugegangenen Petitionen wegen Aufhebung der Feudalverhältnisse der Nationalversammlung Bericht. In der preußischen Provinz Sachsen hatte z. B. das Dominium unter anderem die Abdeckereigerechtigkeit, das Recht und die Pacht des Lumpensammelns, das Henkergeld, das Schloßtorhütergeld, den Brautzins und das Kapellengeld, ebenso das Zwangsrecht, den Brotbedarf auf dem Rittergute backen zu lassen. Auch existierte in der Gegend an der Unstrut noch das sogenannte Beutelgeld, welches der Gutsherr dafür bekam, daß er die Braut in die Kirche zum Traualtar führte, wobei er ein kleines Beutelchen auf dem Rücken trug[244]). Art und Wesen der Feudalverhältnisse war in

den einzelnen deutschen Landschaften außerordentlich vielgestaltig. Die Linke der Paulskirche wollte ihre Aufhebung mit einem Schlag, nach großem französischem Muster. Dagegen erhob sich Widerspruch, und interessanterweise besonders von katholischer Seite. Reichensperger wies darauf hin, daß gerade die französische Republik ein Dekret für die rheinischen Departements erlassen habe, durch das bestimmte Feudalrechte aufgehoben wurden, während andere erhalten blieben. Deshalb wünschte er, daß die Feudalverhältnisse den Landesgesetzgebungen überlassen wurden. So traten also schon damals die Katholiken für den Provinzialismus ein, im Interesse des historisch Gewordenen[245]).

Die Handwerks- und Gewerbeverhältnisse haben den volkswirtschaftlichen Ausschuß gleichfalls eingehend beschäftigt. Er hat über die Petitionen von Webern und Spinnern, die Vermehrung der Arbeit, die Hebung der Gewerbe und Industrien betreffend, einen ausführlichen Bericht erstattet. Die Petitionen der Weber lassen uns einen tiefen Einblick tun in den Todeskampf dieses Gewerbes. Die schlesischen Weber forderten nicht mehr und nicht weniger als die völlige Abschaffung der Spinnmaschinen, ja sogar die Eisenbahnen sollten verboten werden! Andere wünschten, daß alle Maschinen so hoch belastet würden, daß die Menschenkraft bequem damit konkurrieren könnte. Weitere Forderungen waren: Besteuerung der rohen Baumwolle, Errichtung von Spinnschulen, Vermittlung eines überseeischen möglichst gesicherten Absatzes. In Schlesien hielt man trotz aller Entbehrungen, trotz Not und Druck an Handweberei und Handspinnerei fest und versuchte mit oft rührenden Mitteln, den Spinnrocken in sein natürliches Recht wieder einzusetzen. Der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt, daß das Handspinnrad nicht verlassen werden dürfe, da viele Sorten von Leinen, besonders für den deutschen Bedarf wesentlich besser auf diesem Wege hergestellt würden. Das Beispiel Englands spielt in dem Ausschußbericht eine große Rolle; er wies darauf hin, daß England durch hohe Eingangsabgaben und Ausfuhrprämien erst die Leinenindustrie hochgebracht hätte, und daß es auf diese Weise im Laufe von 30 Jahren aus einem Abnehmer deutschen Leinens zu einem Ausfuhrland großen Stils geworden wäre[246]).

Der volkswirtschaftliche Ausschuß hat von seinem Standpunkt aus die Grundrechte begutachtet und zu drei Hauptpunkten Einwendungen bzw. Modifikationsanträge vorgebracht. Sie betrafen erstens die Heimatverhältnisse, das Recht der Niederlassung und Auswanderung, zweitens das Eigentumsrecht, besonders an Grund und Boden, endlich das Recht zum Gewerbebetriebe. Besonders hervorheben möchte ich die sehr tief greifenden Ausführungen über die Gewerbefreiheit. Als Ideal wurde da ein gewerblicher Zustand geschildert, bei welchem die beiden schädlichen Extreme der Vergangenheit, das Zunftprivileg und das Pfuschertum, vermieden werden sollten. Das Prinzip der freien Konkurrenz wurde anerkannt, schon im Interesse des regen Wetteifers aller arbeitenden Kräfte und der immer höheren technischen Vervollkommnung; um aber einen tüchtigen Handwerkerstand in Deutschland zu erhalten, um zu bewirken, daß niemand unvorbereitet und unentwickelt sich in den Strudel der freien Konkurrenz stürzte, wurde eine Gewerbeordnung verlangt. Diese Gewerbeordnung ist von dem volkswirtschaftlichen Ausschuß vollkommen ausgearbeitet worden; am 26. Februar 1849 wurde sie zusammen mit einem ausführlichen Bericht der Nationalversammlung vorgelegt. Das Ganze stellt ein erhebliches Stück Arbeit dar. Der Bericht umfaßt zuerst ein Verzeichnis der ungemein zahlreichen Petitionen und Eingaben in Gewerbesachen; er behandelt dann die gewerblichen Kongresse, die infolge der politischen Bewegung der Märztage an vielen Orten Deutschlands stattgefunden haben. Er geht dann über zu einer Erörterung des Verhältnisses von Zunftzwang und Gewerbefreiheit, Innungswesen und Gewerbeordnung, behandelt nacheinander die Realgewerberechte, den Handwerksbetrieb auf dem Lande, die vorhandenen Gewerbegerichte und schließlich die Wünsche und Beschwerden einzelner Gewerbe.

Was aus allen diesen Äußerungen sich als Grundzug immer wieder darbietet, das ist die Klage, daß es unmöglich sei, zu einer selbständigen Existenz zu kommen. Damit war der Hauptmißstand der Zeit getroffen: die ganze alte Gewerbeverfassung war zugeschnitten auf patriarchalische und lokal übersichtliche Wirtschaftszustände; die Auflösung dieser Zustände entwurzelte die überwiegende Mehrzahl, machte sie abhängig vom Meister, der Unternehmer wurde, proletarisierte sie. Der Entwurf der

Gewerbeordnung macht den Versuch, in 19 knappen Paragraphen das Problem nach seiner doppelten Seite hin zu lösen. Ein näheres Eingehen auf die so sehr wichtige Entwicklung der deutschen Gewerbeverhältnisse und die Stellung der Nationalversammlung dazu, verbietet sich hier. Das Wichtige für uns ist, daß eine Einheitlichkeit auf diesem Gebiete als eine besonders starke Notwendigkeit empfunden worden ist. Deutschland hatte ja damals drei vollkommen voneinander verschiedene Gewerbeverfassungen; es gab Länder, in denen unbedingte Gewerbefreiheit herrschte, nämlich diejenigen, mit noch geltenden französischer Gesetzgebung und Preußen; es gab Länder mit strenger Zunftverfassung und schließlich Länder, in denen die Befugnis zum Gewerbebetriebe von der Konzession des Staates abhängig gemacht war. Das ganze Elend des Zunftzwanges wird uns aus Ausführungen von Moritz Mohl ersichtlich, der von seiner schwäbischen Heimat her Bescheid wußte.

Er schilderte, wie das Zunftwesen schon die Kinder nötigte, in einem Alter, wo sie den Gegenstand gar nicht übersehen können, sich für ein gewisses Fach zu entscheiden, wie diejenigen Gewerbe, welche gegen geringes Lehrgeld oder ohne Lehrgeld Lehrjungen annahmen, sehr viele Lehrjungen erhielten, wie deshalb einzelne Zünfte so übersetzt waren. Es gibt kleine Städte, so sagte er, welche 70 Schneider haben, von denen nicht sieben genügend Arbeit bekommen. Die Unsinnigkeit der Zunftbeschränkung geht aus folgenden von ihm angeführten Tatsachen hervor: ein Tuchmacher durfte nicht sein eigener Färber oder Scherer sein; es gab in Württemberg ferner eine zahlreiche Klasse von Wollzeugmachern, die großenteils den Hospitälern anheim gefallen sind, weil ihre Zeuge aus der Mode kamen; es fehlte in dieser Zeit an Tuchmachern — die Wollzeugmacher durften aber nicht Tuchmacher werden, weil es die Zunft verbot! Aber es sollte andererseits die Gewerbefreiheit nach der Ansicht von Moritz Mohl nicht zu einem Chaos führen: „Wir wollen doch, indem wir Gewerbefreiheit und das freie Recht der Niederlassung gewähren, Deutschland nicht zum Tummelplatz der Vaganten, Diebe oder Räuber machen. Wir kennen ja die Glückseligkeit der freien Wanderschaft, die wir noch vor wenig Generationen gehabt haben. Damals hat es keine Pässe, keine Gendarmen gegeben, und wir haben damals den Stoff zu Räuberromanen in Schwaben

gehabt." Das ist der neue Geist: er unterscheidet sich wesentlich von dem alten Liberalismus, dem das Individualistische über alles ging. Es war das soziale Gewissen, das sich hier ankündigte, und das an die Stelle des patriarchalischen Zwanges den Schutz der Arbeit und des Arbeiters, die Regelung nach den höheren Gesichtspunkten des Wohles aller Beteiligten setzte. Das ist der Sinn des Entwurfes der Gewerbeordnung und der Tätigkeit des volkswirtschaftlichen Ausschusses gewesen. Diesem Gesichtspunkt hat Eisenmann den folgenden Ausdruck gegeben: „Ich bin für die höchste Freiheit, aber nicht für unbedingte Gewerbsfreiheit, denn bei unbedingter Gewerbsfreiheit kann ich mit einem bischen Talent alle Gewerbe total vernichten". Und er setzte dann auseinander, wie er mit 100000 Gulden die ganze Bäckerzunft von Frankfurt ruinieren könnte, indem er dem Gewerbe eine solche fabrikmäßige Einrichtung gebe, daß der einzelne Bäcker nicht mehr konkurrieren könne[247]).

Am 20. Juni 1848 stellte der Abgeordnete Reisinger einen Antrag auf Bestellung eines eigenen Ministeriums für das Proletariat in allen deutschen Staaten. Das war ein Stimmungssymptom. Die Frage ist viel erörtert worden, ob es damals wirklich in Deutschland ein Proletariat gab. Die Antwort darauf hat Hildebrand gegeben. Das deutsche Proletariat von damals war kein Fabrik-, sondern ein Handwerksproletariat. Es bestand aus den vielen kleinen heruntergekommenen und darbenden Meistern in den mittleren und kleineren Städten, aus den zahlreichen Unglücklichen, die besonders in der Hausindustrie beschäftigt waren. Die Zahl der Meister überwog bei weitem die Zahl der Gehilfen; und da erst ein Meister mit mehreren Gesellen imstande war, etwas zu erübrigen und einen bescheidenen Wohlstand zu begründen, so war eben die größere Hälfte der Meister schon damals weiter nichts als Proletarier, d. h. sie lebten hoffnungslos aus der Hand in den Mund. Die Lohnverhältnisse illustrieren diesen Tatbestand weiter: ein sogenannter Meister verdiente durch seine Weberei damals in Schlesien 3 bis 4 Silbergroschen. Der niedrigste durchschnittliche Tagelohn für einen erwachsenen männlichen Arbeiter in den Fabriken Deutschlands betrug 10 Silbergroschen, ein Maschinenwerfer in einer mechanischen Weberei bekam 6 Gulden die Woche, ein Maschinenmeister 12 Gulden die Woche, ein Meister in einer Maschinen-

fabrik aber 4 Taler den Tag! Es war schon damals klar, daß der Fabrikarbeiter die freiere, ökonomisch unabhängigere und gesundere Existenz hatte. Wenn schon die Meister in ihrer Mehrzahl zum Proletariat gerechnet werden mußten, so traf das noch viel mehr von den Handwerksgehilfen zu, die gar nicht mehr die Aussicht hatten, Meister, d. h. etwas Selbständiges zu werden. Der Begriff der Selbständigkeit ist bei der Verhandlung über das Wahlgesetz eingehend erörtert worden. Eine rechtsstehende Gruppe wollte das Wahlrecht auf die sogenannten selbständigen Bürger beschränkt wissen. Und da wurde von den Anhängern des unbedingten allgemeinen und gleichen Wahlrechtes sehr treffend nachgewiesen, daß der Begriff der Selbständigkeit bei der sich vollziehenden gesellschaftlichen Umwandlung eben überhaupt keinen politischen Sinn mehr besaß. Mittermaier führte eine Reihe von interessanten Fällen an: ein Zuschneider in Frankfurt, der aus Paris kommt, verdiente bis 1400 Gulden; der Braumeister, der Obergeselle in der Brauerei, brachte es auf 2000 Gulden — waren diese Leute selbständig oder unselbständig? Waren sie unselbständiger als ein Meister, der auf seine Kunden warten muß, als ein Handlungskommis, als ein Beamter? Der Begriff des Handwerksgehilfen umfaßte ja die merkwürdigsten Leute — auch Künstler und Kunstarbeiter, die ganz feine, persönliche und hochbezahlte Arbeit machten[248]).

Aus der Klasse der Handwerksgehilfen ist die moderne deutsche Arbeiterklasse unmittelbar hervorgegangen. Der Handwerksgehilfe von 1848 war bereits überwiegend ein gänzlich unbürgerlicher Typus. Der Verfassungsausschuß hat von seinem „unabhängigen, beweglichen Sinn" und von seinem „Zug trotziger Freiheit" gesprochen. Ein neues Klassenbewußtsein kündigte sich an. Die freie Konkurrenz, und mit ihr die Allmacht des bürgerlichen Kapitalismus, mußte irgendwie ihre Schranken finden. G. Beseler hat die neue Form prophetisch gekennzeichnet, die der Arbeit ihr Recht angedeihen lassen sollte: den deutschen Assoziationsgeist: „Es ist die Genossenschaft, die wir im Vereinsrecht weiter anerkannt und zur Geltung gebracht haben, nachdem sie durch die Polizei und die Jurisprudenz der letzten drei Jahrhunderte so gefesselt war; die Genossenschaft ist es, aus der wir den Schutz der Arbeit in freier Selbstbeschränkung werden hervorgehen sehen[249])".

Auch Lette hat das Assoziationsrecht gepriesen als ein Mittel für die Arbeiter, über ihre materiellen Verhältnisse sich unter sich selbst aufzuklären und durch vereinte Kraft ihre Lage zu verbessern. Er erkannte ihnen bereits das vollkommene Recht zu, sich über die Bestimmung oder die Verständigung über die Lohnsätze zu vereinigen: die entgegenstehenden Strafbestimmungen in den Gesetzen müßten gestrichen werden. Der letzte Schritt vom Assoziationsrecht zum Recht auf Arbeit ist in der Paulskirche auch gemacht worden. Schütz hat von dem „heiligen Recht auf Arbeit" gesprochen, das die herrschende Anarchie in Handel und Industrie zu überwinden habe; die Menschheit sei bei der Ausführung eines neuen Gedankens angekommen, sie müsse ihn ruhig und ernstlich prüfen: „Was ich in dem Recht auf Arbeit finde, was ich durch die Aufnahme dieses Artikels in unserer Verfassung erstrebe, das ist der Beginn einer neuen Epoche, die Möglichkeit, daß der Staat, der früher Militärstaat, Priesterstaat oder bloß königlicher Staat war, der nun bloß Geldstaat ist, daß die menschliche Gesellschaft endlich werde, was sie sein soll, d. h. eine Gesellschaft von Arbeitern, eine Gesellschaft, welche jedem Menschen die Möglichkeit eröffnet, durch Anwendung seiner geistigen oder physischen Fähigkeiten den seiner Tätigkeit gebührenden Gewinn zu finden." Schütz war sich vollkommen bewußt, ein durchaus neues Prinzip zu vertreten: „Sie könnten es verfolgen, wenn Sie wollen, Sie können es anklagen, Sie können es aber nicht vernichten; gegen eine Idee kämpft man nicht mit Kanonen, eine Idee streckt man nicht nieder durch den Ausspruch eines Kriegsgerichts; je mehr man sie verfolgt, desto kräftiger, desto größer wird sie." Schütz bekämpft den Kapitalismus. Er gibt zu, daß die Herrschaft der Bürgerklasse, die Herrschaft des Kapitals Großes und Herrliches geschaffen habe; „aber neben dem Großen liegt auch unendlich Trauriges, und wenn wir in einem Staate nur *einen* Menschen sterben sehen, weil er nicht die Mittel des Lebens durch seine Arbeit finden kann, so ist das das Todesurteil einer solchen Gesellschaft." Merkwürdig tief geht schließlich die folgende Bemerkung: „Es liegt hier ein großes Übel im Staate; trotz des schönen Äußeren liegt im Inneren dieses Körpers der Keim einer schrecklichen Krankheit. Übrigens hat man leider oft diese Frage zu eng gefaßt; man hat das Übel bloß in den sogenannten

Proletariern gesucht, und ich glaube, es ist das die Ursache, warum man so oft dem neueren Gedanken entgegentrat. Nicht bloß diejenigen, welche man die Proletarier zu nennen pflegt, sondern der ganze Bürgerstand, der nicht in dem Besitze des höheren Kapitals ist, leidet an diesem Übel, und vielleicht leiden die mittleren Klassen des Bürgerstandes noch mehr in mancher Beziehung als die sogenannten Proletarier." Der Abgeordnete für Berlin, Nauwerck, hat den förmlichen Antrag in der Paulskirche gestellt: „Dem unfreiwillig Arbeitslosen, welchem keine verwandtschaftliche oder genossenschaftliche Hilfe wird, muß die Gemeinde bzw. der Staat Unterhalt gewähren, und zwar, soweit irgend möglich, durch Anweisen von Arbeit." In der Begründung bezog sich Nauwerck ausdrücklich auf die französische Nationalversammlung; er wehrte sich dagegen, daß in diesem Antrage etwas Kommunistisches sei; etwas Soziales sei nur insofern darin, als er die Anerkennung des Satzes wünschte: die Gesellschaft soll keine Löwengesellschaft sein. Er führte das Wort der Arbeiter von Lyon an: „Arbeitend leben oder kämpfend sterben!"[250]).

„Der Proletarier wird nicht geboren, er wird erzogen." Diesen Satz formulierte Reinhard bei der Verhandlung über das Schulwesen. Das Proletariat klopft, so sagte dieser Redner, an die Tore des ruhigen Besitzes mit eiserner Hand; sein Keim und Anfang liegt in der Volkserziehung, d. h. in der bisher vernachlässigten Volkserziehung. Der Staat hat eine alte Schuld zu bezahlen.

Mit diesem in die Zukunft weisenden Gedanken wollen wir unsere Betrachtung abschließen: die deutsche Volkswirtschaft der Revolutionszeit war bereits tief erschüttert und zum Teil aufgelöst. Der Staat konnte die neuen Massen, die sich gebildet hatten, einbeziehen in eine jugendfrische politische Organisation — wenn er die Einsicht und den Willen dazu hatte, und er konnte so aus der zersplitterten und verfahrenen Wirtschaft der Deutschen eine wahre Staatswirtschaft machen[251]).

# VII. Die Nationalversammlung und die deutsche Heeresverfassung.

Wir wissen bereits, daß bei einem großen Teil der ersten Deutschen Nationalversammlung eine feindselige Stimmung bestand gegen das überlieferte deutsche Militärwesen. Die Mainzer Ereignisse — es war dort zu unliebsamen Zusammenstößen zwischen Bürgerschaft und Militär gekommen — haben gleich zu Anfang, im Mai 1848, eine sehr scharfe Stimmung gegen das Militärwesen, besonders gegen das preußische, ausgelöst. Spätere Vorgänge, wie die üble Aufführung der Reichstruppen in Baden, die der Abgeordnete Fehrenbach zum Gegenstand eines Aufsehen erregenden Antrags machte, haben diese Stimmung nur verstärken können[252]. Der Abgeordnete für Berlin, Nauwerck, ist auch in dieser Angelegenheit zum Sprecher der in der Linken herrschenden Überzeugungen geworden. Er nannte die stehenden Heere den Krebsschaden von Europa: „Aber noch ist der Staat nicht aufgetreten, welcher das Messer zur Hand genommen hätte, um den Krebsschaden mutig auszuschneiden. Ich frage Sie nun, welcher Staat, welches Land hat mehr den Beruf dazu, als Deutschland, das Vaterland der Ideen, das Vaterland der Reformation?" Und später kommen die Sätze vor: „Der Purpur der Fürsten kann zu seinem Glanze der stehenden Heere nicht entbehren, das sollte Ihnen, meine Herren, schon etwas Mißtrauen einflößen. Müssen wir es nicht bis auf diesen Tag erleben, daß der Purpur der Fürsten unersättlich ist? Muß er nicht immer in neues Blut getaucht werden?" Bei diesen Worten erhob sich aus der Rechten eine so starke Bewegung, daß der Präsident die Glocke gebrauchen mußte. Nauwerck hatte auch die Hoffnung ausgesprochen, daß die Franzosen, wenn Deutschland abrüstete, sofort diesem Beispiel folgen würden. Er hatte damit einer populären Auffassung Ausdruck gegeben, die im Anfang der Revolution ganz allgemein vorherrschte. An Widerspruch von politisch kühler denkenden Persönlichkeiten hatte es freilich nicht gefehlt. Der Abgeordnete Stavenhagen hatte gegenüber den volkstümlichen Deklamationen auf die Tatsache hingewiesen, daß in Frankreich gerade niemand die Abschaffung des stehenden Heeres gefordert, geschweige denn durchgeführt habe[253]. Ein positives Programm, das in mehr praktischer Art

zunächst eine Verminderung des stehenden Heeres vorsah, hat Raveaux entworfen. Er wollte, daß die Bürgerwehr dem stehenden Heere den Dienst im Innern des Landes abnehme, damit das stehende Heer nur gegen den äußeren Feind und etwa bei großen Umwälzungen gebraucht werde. So, meinte er, sei erstens eine Verminderung der Lasten möglich, und zweitens sei es ausgeschlossen, „daß es den ersten besten Fürsten gelüsten kann, mit einem großen stehenden Heere alles über den Haufen zu werfen, was wir hier geschaffen haben." Raveaux hatte von der preußischen Soldateska gesprochen, und das rief Beseler auf den Plan: „Wir in Preußen kennen keine Soldateska. Wir haben ein stehendes Heer, Landwehr und Bürgerwehr, und, meine Herren, ich sage, wehe dem, der an dem preußischen Heerwesen in diesem Augenblicke rütteln will!" Die Rechte spendete Beifall, während von der Linken Gelächter und Widerspruch kam. Wir sehen wie außerordentlich empfindlich die Stimmung in der Paulskirche war. Das Problem reichte eben an die innersten Bedingungen des Staats- und Volkslebens[254]).

Das Beste und Ruhigste hat auch in dieser Angelegenheit wieder Beckerath mit seiner historisch-philosophischen Betrachtungsweise vorgebracht. Er nannte es — und er sprach hier ganz in den charakteristischen Wortprägungen der Epoche — eine der „Errungenschaften unserer großen Zeit", daß das Militärsystem, wie es sich unter absolutistischen Regierungsgrundsätzen ausgebildet hatte, unhaltbar geworden ist: diese große Institution bedarf der Umgestaltung, aber deshalb darf man das Heer nicht als eine der Volksfreiheit feindselige Macht betrachten, deshalb steht das Heer, der kernhafteste Teil des Volkes, nicht außer dem Volke, nicht in einem Gegensatz zum Volk. Und er spitzte den Gegensatz schließlich so zu: es gibt keine österreichischen, keine preußischen Soldaten mehr, sondern deutsche Bürger, welche die deutschen Waffen tragen, deutsche Krieger[255]). Wir sehen den Unterschied: von zwei Seiten wurde Kritik an dem überlieferten Militärsystem geübt, von der sozialistischen und von der bürgerlichen. Die sozialistisch gefärbte äußerste Linke bekämpfte in dem Militärsystem nicht nur die Despotie, sondern den Gedanken des Krieges überhaupt; so sprach Ruge von der „fixen Idee der Militärwirtschaft". Das Bürgertum bekämpfte nicht den Krieg als solchen; es begeisterte sich vielmehr z. B. an

dem Kriege um Schleswig-Holstein. Es wollte aber ein schwarz-rot-goldenes Militär, keine stehende Armee in dem alten Stile, sondern eine „Volkswehr". Damit sind wir wieder bei einem Hauptstichwort der Zeit angelangt. Schon am 29. Mai 1848 wird ein Antrag des Abgeordneten Reh verzeichnet, der die Bildung einer deutschen Volkswehr ins Auge faßte. Ernst Moritz Arndt hat dann aus der Erfahrung seines Alters heraus den Geist von 1813 wieder sprechen lassen. Volksfreiheit und kriegerische Zucht gehören nach seiner Auffassung innigst zusammen. Von der Elementarschule muß es beginnen, der Knabe muß vom Turnplatz zum Fecht- und Ringboden geführt werden, und daran muß sich die Ausbildung ohne viele Quälereien und Übungen anschließen[256]). Ein besonderer Spezialist für Wehrangelegenheiten war Friedrich Theodor Vischer. Er bekämpfte scharf den Gedanken der Bildung einer Bürgerwehr neben dem stehenden Heere; ein solches Institut sei von vornherein dazu verdammt, ein Korps von Krähwinkelsoldaten zu werden. Er wünschte eine Volkswehr, in der sich der freisinnige Geist mit echt militärischer Zucht verbände. Keine anarchisch-chaotische Volksbewaffnung! Das Drängen Vischers auf eine wohlgegliederte Waffenrüstung des deutschen Volkes, auf eine organische Einschmelzung der bewaffneten Macht in das Volksganze ist in den Verhandlungen der Frankfurter Paulskirche immer wieder zum Vorschein gekommen. Er sagte selbst in einer der letzten Sitzungen zu Stuttgart, daß man mit Humor bemerkt habe, die Wehrangelegenheit sei sein Steckenpferd: „Es war nicht mein Steckenpferd, wohl aber das gepanzerte Streitroß, auf das sich die Versammlung in ihrem ersten Momente zu werfen hatte, wollte sie nicht im Staube liegen bleiben"[257]). Der letzte Beratungsgegenstand der Nationalversammlung in Stuttgart ist ja auch das Gesetz vom 16. Juni 1849 über die Bildung einer Volkswehr gewesen[258]).

An sich gehörte das Heerwesen in besonderem Maße zur Kompetenz der Nationalversammlung. Es war eines der Gebiete, auf dem ihr Verfügungsrecht am unbestreitbarsten war, weil sie vom Bundestag die Angelegenheit des Bundesheeres unmittelbar erbte. Wir erinnern uns, daß in ihrem Budget eben von der Bundeszeit her die Heeressache den größten und sichersten Posten einnahm. Radowitz, der alte Kenner der Bundes-

heeresangelegenheiten, trat jetzt als Berichterstatter des Wehrausschusses auf. Der Hauptmißstand des Bundesheerwesens lag darin, daß die Kontingente nicht auf ihrer Sollstärke standen, da mehrere kleine Staaten ihre Kontingentspflicht nicht mehr erfüllten: außerdem bezog sich die Sollstärke auf die Bundesmatrikel von 1819. Die erste Forderung, die 1848 also erhoben werden mußte, war die, das zukünftige Reichsheer auf seinen gesetzmäßigen Bestand zu bringen; daran schloß sich die weitere Forderung einer allgemeinen Volksbewaffnung an, deren erster Bann auf 340000 Mann beziffert wurde. Es ist interessant, daß militärische Autoritäten, wie die Generäle von Auerswald und von Radowitz, sich die Ausbildung dieses Bannes der Volkswehr so dachten, daß die Mannschaften zunächst „designiert" wurden, wobei freiwillige Anmeldungen erleichtert werden sollten, und daß sie dann in freien Stunden in taktischen Bewegungen in einzelnen Gemeinden und Bezirken kriegsmäßig geübt werden sollten, ohne sie dadurch in ihrer bürgerlichen Beschäftigung zu behindern. Alle diese verschiedenen Pläne und Vorschläge sind in den Anfängen stecken geblieben; als greifbarstes Ergebnis der Bemühungen der ersten Deutschen Nationalversammlung um die deutsche Heeresverfassung liegt die im Reichsgesetzblatt vom 25. April 1849 veröffentlichte Disziplinarstrafordnung für das deutsche Reichsheer vor, die ein in vielen Punkten sehr modern gesinntes Zeitdokument ist.

Auch für die Reichsmarine ist eine Verordnung über die Disziplinarbestrafung erlassen worden (Reichsgesetzblatt vom 5. Mai 1849). Die deutsche Flotte ist das Schmerzenskind der Revolution von 1848. An sie knüpften sich alle großen Hoffnungen auf deutsche Einheit und deutsche Größe. Fast jede Sitzung der Nationalversammlung begann mit der Erwähnung von Stiftungen oder Subskriptionen für die deutsche Flotte. Gemälde und weibliche Handarbeiten wurden zu ihren Gunsten verkauft oder verlost. Aus Amerika flossen die Gaben herüber und bezeugten die warme Teilnahme an der neuen Freude und der neuen Hoffnung der alten Heimat. Der hannoversche Konsul in Malta richtete an den Präsidenten der Nationalversammlung ein Schreiben von rührender Treue und Bescheidenheit, durch das er 150 Gulden der deutschen Kriegsflotte überwies. Der Dichter Moritz Hartmann hat am 3. Juni 1848 den Antrag ge-

stellt, die Abgeordneten möchten allmonatlich einen Tag von ihren Diäten opfern, es würde einige schöne Kanonenboote geben. Ein besonderes Interesse hat sich in den Städten an der Küste für die deutsche Flotte gezeigt. Die Stadt Kiel hat wegen Errichtung eines Kriegshafens einen Antrag an die Nationalversammlung gerichtet. Der Marineverein in Kiel brachte an freiwilligen Beiträgen die für die damalige Zeit ungewöhnlich hohe Summe von 25000 Talern zusammen. Schleswig-Holsteinsche Gutsbesitzer stellten eine Anzahl vortrefflicher Eichen für den Schiffsbau zur Verfügung, auch eine Seeoffizierschule wurde bereits in Kiel errichtet. Die großen Hamburger Kaufleute haben mit aufopferungsvollem Patriotismus die Idee der Flotte aufgegriffen. Herr Godeffroy unternahm eigens eine Reise nach England, um hier Umschau zu halten wegen geeigneten Mannschaften und Offizieren. Er und Herr Slomann haben jeder ein Segelschiff für die ganze Dauer des Krieges gegen Dänemark zur unentgeltlichen Verfügung von Deutschland gestellt[259]). Die Flotte war damals vielleicht die populärste Angelegenheit Deutschlands; an ihr erbaute und stärkte sich das junge deutsche Nationalgefühl. Wer ein feines Ohr für volkstümliche Dinge hatte, der schloß sich der Flottenbewegung an, wie es z. B. Wilhelm Jordan getan hat. Der unwürdigen Tatsache, daß sich Deutschland aus Mangel an einer Flotte gegen das kleine Dänemark nicht wirksam durchsetzen konnte, hat er beredten Ausdruck gegeben: „Die Schuld, daß wir in diesem Kriege nicht weitergekommen sind, tragen nicht wir, nicht das jetzige Deutschland, sondern es trägt sie unsere allerdings schmachvolle Vergangenheit. Deutschland hat 33 Jahre des Friedens verlebt, und in diesen 33 Jahren sind 2000 Millionen Taler, sage 2000 Millionen Taler, ausgegeben für die stehenden Heere. Man hat nicht daran gedacht, daß man mit dem zehnten, ja mit dem zwanziggsten Teil dieser Summe eine ganz imposante Seemacht hätte herstellen können"[260]).

Leider stand die Opferwilligkeit der deutschen Einzelstaaten nicht auf der Höhe dieser Volksstimmung. Wohl konnte die Nationalversammlung am 31. Juli 1848 ein Gesetz über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge beschließen, wohl konnte sie eine Summe von 6000000 Talern für die Errichtung einer Flotte bewilligen; was half das, wenn Österreich von vornherein

erklärte, es würde nichts zu einer deutschen Flotte beisteuern, da es nur ein Interesse am Mittelmeer habe? Was half das, wenn Bayern, Sachsen, Luxemburg und Limburg so saumselig waren, den größten Teil ihrer Flottenbeiträge einfach nicht zu entrichten, so daß von der beschlossenen Summe kaum mehr als die Hälfte zur Verfügung stand? Auch Preußen zahlte nach dem Staatsstreich vom November und der Einsetzung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel seine zweite Rate nicht in die allgemeine Kasse ein, sondern verwandte sie zum Bau eigener Kriegsschiffe, die es unter preußischer Flagge fahren ließ.

Im Frankfurter Handelsministerium wurde am 15. November 1848 eine eigene Marineabteilung gegründet, die die ganze Flottensache nun systematisch in die Hand nahm und einen rascheren Fortgang bewerkstelligte. Es saßen darin wohl eifrige Patrioten, aber zunächst nicht ein einziger Sachverständiger, und darauf kam es doch bei einer so sehr technischen Sache in hohem Maße an. Es gab eben im damaligen Deutschland keine Offiziere, keine Marinebeamten, keine Schiffsbaumeister, die schon Kriegsschiffe gebaut hatten. Der Handelsminister Duckwitz wandte sich deshalb mit einem Gesuch an den Marinesekretär der Vereinigten Staaten von Amerika, man möchte mehrere tüchtige Offiziere zur Verfügung stellen. Mitte Januar erschien daraufhin der Kommodore Parker aus Washington in Frankfurt, um zu verhandeln. Er war aber vorher in Berlin gewesen, wo man ihn mit Vorurteilen gegen Frankfurt erfüllt hatte — ja man hatte sogar den Versuch gemacht, ihn für Preußen anzuwerben. Parker riet also seiner Regierung ab, Offiziere nach Deutschland zu senden, da die Verhältnisse zu unsicher seien. Man mußte sich also nach anderen Leuten umsehen, und gewann verschiedene geborene Deutsche, die in holländischen, dänischen und griechischen Diensten gestanden hatten. Vorstand der technischen Sektion der Marineabteilung in Frankfurt wurde der junge Prinz Adalbert von Preußen, der sich durch eine gute theoretische Schrift über Marineprobleme bekannt gemacht hatte. Er wirkte in Frankfurt bis zum März 1849. Hoffnungsvoll genug waren die Anfänge des deutschen Marinewesens von 1848, und wie traurig ist das Ende gewesen![261])

---

## VIII. Die Nationalversammlung und die politischen Mächte der Zeit.

Die Frankfurter Paulskirche war zu ihren Anfangszeiten zweifellos eine politische Großmacht. Sie war die erste greifbare Gestaltung eines neuen Deutschland, und zwar auf eine gut deutsche geistige und idealistische Art. Als Großmacht mußte sie in ein Verhältnis treten zu den anderen europäischen Großmächten, und zwar in erster Linie zu den beiden deutschen, deren besseres, modernes Teil sie mitvertrat. Die Beziehung der Nationalversammlung zu Österreich und zu Preußen ist eine ganz besondere, die mit anderen historischen Beziehungen sich nicht vergleichen läßt. Diese Beziehung war auch nicht durch die rein politischen Probleme von Macht- und Staatsgestaltung allein bestimmt, sondern es schwangen zahlreiche Gefühlsmomente mit. Es war das seltsame Schicksal der Paulskirche, daß sie Österreich liebte und verwöhnte, aber schließlich doch aus dem neuen Reich herauszudrängen suchte; daß sie auf der anderen Seite von vornherein mit Preußen kühl stand, daß sie Preußen schlecht behandelte, und ebenso schlecht behandelt wurde — daß sie aber schließlich doch Preußen gerade zum Leben und zur Wirksamkeit am notwendigsten brauchte.

Die österreichische Frage hat mit allen ihren verwickelten Nebenproblemen die Deutsche Nationalversammlung eingehend beschäftigt. Das Verhältnis der Deutschen zu den Slawen stand hier in dem Vordergrund. Die Slawen Österreichs haben sich der Frankfurter Nationalversammlung gegenüber durchaus ablehnend verhalten. Mährische Bauern meinten, man wollte den österreichischen Kaiser in Frankfurt absetzen und ihnen einen anderen dafür geben. In einer Hetzversammlung in Österreichisch-Schlesien wurde von der Nationalversammlung als von einem „Herrn Frankfurt" gesprochen, der dem österreichischen Kaiser Aufträge und Befehle geben wollte[262]). Vergessen wir nicht, daß Österreich 1848 unter dem Hochdruck panslawistischer Agitation stand. Der panslawistische Kongreß in Prag wirkte wie die Proklamation eines ganz neuen Reichsgedankens; zu Agram fand ein illyrischer, zu Semlin ein serbischer Kongreß statt. Wie ein Feuerstrom ging es durch die verschlafenen Provinzen des alten Staates. Ein slawisches

Reich sollte Österreich werden; ein südpanslawisches Reich wollten andere aus Österreich, Ungarn und der Türkei herausschneiden. Die Geistlichkeit in Krain und im südlichen Teile der Steiermark arbeitete gegen die Deutschen.

In Böhmen war die tschechische Bewegung schon so stark, daß die Wahlen zur Nationalversammlung teils gar nicht, teils nur sehr unvollständig stattfanden. Die Feindschaft gegen Frankfurt wurde sowohl von der slawisch-nationalistischen Seite wie von der aristokratisch-jesuitischen Seite gefördert. Man machte dem Volke weiß, es sollte von Frankfurt aus evangelisiert werden. Ob sich wohl Böhmen lostrennen könne, ganz umgeben von deutschem Gebiet wie es war — diese Frage ist von dem Abgeordneten Wagner unter Aufbietung eines großen historischen Materials eingehend erörtert worden[263]). Die demokratische Bewegung unter den Tschechen, Slowaken und Kroaten war damals schon sehr fortgeschritten, und die Verbindung des jungen Slawentums mit den polnischen und russischen Panslawisten war nah genug. Alle diese Anhänger des slawischen Gedankens wünschten gänzliche Absonderung Österreichs von Deutschland; sie hofften dadurch Österreichs Widerstandskraft zu schwächen und es in absehbarer Zeit völlig zu slawisieren. Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß die Anhänger des preußischen Erbkaisers und die Slawophilen damals auf ein Ziel hinarbeiteten. Die Deutsch-Österreicher haben die furchtbare Gefahr der „slawischen Peitsche", wie Hartmann gedichtet hat, wohl erkannt. Ihre ganze Politik in Frankfurt ist ein Hilferuf. Sie wollten, einfach gefühlsmäßig, aus Angst und Sehnsucht heraus, daß Österreich bei Deutschland bliebe. So hat Arneth gesagt: „Denn wie könnten wir Österreicher noch länger in diesem Parlamente sitzen, das mit Österreich weiter nichts zu tun hat, als Staatsverträge abzuschließen! Nein, wir gehören ebenso zu den Deutschen wie Sie! Österreich war immer deutsch und wird, wenn Sie ihm die Möglichkeit dazu bieten, die Sie in ihren Händen haben, es immer bleiben. Sie haben gar nicht das Recht . . ., Österreich aus Deutschland auszustoßen"[264]). Die schwarz-rot-goldenen Deutsch-Österreicher hatten vor den schwarz-gelben Österreichern die größten Befürchtungen; sie sahen in ihnen als den verkappten Slawen die Österreicher par excellence, mit denen sie nichts zu tun haben wollten. Die

Weichheit und Innigkeit des deutsch-östereichischen politischen Gefühles hat etwas Erschütterndes; seine Träger spielten in Frankfurt die Rolle der entrechteten Erben, und ihre bestechenden persönlichen Eigenschaften machten ihren Gegnern die politische Arbeit noch schwerer. Endlich lag in der Selbstkritik, die diese Österreicher an Österreich ausübten, etwas Entwaffnendes. Stremayr hat einmal gesagt: „Ich bedaure, daß Österreich meist von seinen Söhnen so hart angegriffen worden ist, als es hier wirklich geschah; allein die Nachwelt wird staunen, daß Sie, die berufen sind, die deutsche Einheit zu gründen, mit der ersten Teilung Deutschlands begonnen haben." — Was sollte aus Österreich werden? Die Anhänger des preußischen Erbkaisers wiesen Österreich nach dem Osten. Gagern setzte auseinander, daß die Mission Österreichs sei, deutsche Kultur, Sprache und Sitte längs der Donau bis an das Schwarze Meer hin, als in ein neues Kolonialland zu tragen; Österreich müsse eine Vormauer werden für Deutschland gegen den Osten; es müsse der Träger einer deutschen Orientpolitik werden gegenüber dem „verwitternden Osmanischen Reiche". Ja, es ist sogar in der Paulskirche davon die Rede gewesen, daß eines Tages durch die deutsche Kultur das lateinische Kreuz auf der Sophienmoschee in Konstantinopel statt des griechischen errichtet werden sollte. Alle diese Programme galten aber den alten Großdeutschen als ein Trost, und zwar als ein schlechter Trost. Uhland hat vielleicht diesen Gefühlen den besten Ausdruck gegeben: „Österreich ist mit uns gewesen im deutschen Bunde; wie auf ihm selbst, hat auf uns, auf allen Zuckungen der Freiheit in den einzelnen deutschen Staaten der Druck der österreichischen Diplomatik gelastet; wir hätten dennoch Österreich nicht losgelassen, wir wußten, was wir ihm verdankten; aber jetzt soll Österreich von uns losgerissen werden? Jetzt, wo es eben jung wie ein Adler mit den frischen Wunden der März- und Maikämpfe zu uns herangetreten ist, um den neuen Bund der Freiheit zu schließen? Man sagt, die alten Mauerwerke seien darum so unzerstörbar, weil der Kalk mit Blut gelöscht sei. Österreich hat sein Herzblut gemischt in den Mörtel zum Neubau der deutschen Freiheit. Österreich muß mit uns sein und bleiben in der neuen politischen Paulskirche"[265 u. 266]).

Es lag in diesem Glauben der Großdeutschen und der Österreicher an das ganze Deutschland so etwas Erwärmendes, Österreich war ferner trotz aller seiner Erschütterungen immer noch eine so imponierende geschichtliche Macht, daß es außerordentlich schwer fallen mußte, hier einen Schnitt zu vollziehen und diese „Ehe" zu trennen. Der Gedanke der Erbkaiserlichen war in der damaligen Zeit etwas außerordentlich Kühnes und Revolutionäres — aus der Sicherheit des Bismarckschen Reiches konnte man sich das früher nur schwer vergegenwärtigen. Wie sehr Österreich die Geister in Atem hielt, das beweist auch die Anschauung Ruges, der in dieser Vereinigung von Völkern, Nationalitäten, Sprachen die Anbahnung eines „humanistischen Staatsprinzipes" sah, die Überwindung des reinen Nationalismus[267]).

Das Schicksal der deutsch-österreichischen Provinzen hat alle Politiker der Paulskirche mit gleicher Intensität beschäftigt; die meisten Anhänger des preußischen Erbkaisers wollten ja auch irgendein näheres Verhältnis zu Österreich, sie wollten „den Bundesstaat und eine weitere Einrichtung" — wie Gagern sich ausdrückte — sei es, daß der österreichische Kaiser für die deutsch-österreichischen Provinzen in den Bundesstaat doch irgendwie einträte, sei es, daß durch eine Personalunion die Deutschen und die nichtdeutschen Gebiete Österreichs miteinander verbunden würden. Alle diese Pläne hatten freilich schon für die Zeitgenossen keine durchschlagende politische Kraft; man sah und fühlte nur immer die Trennung. Und während überall das Hin und Her diskutiert wurde, war der alte staatsmännische Geist Österreichs, der Geist der Metternichschen Hegemoniepolitik bereits an der Arbeit, um die österreichische Gesamtmonarchie unbedingt zu erhalten. Es ist keine Frage: von Wien aus ging während der Revolution von 1848 der schärfste politische Wille. Hier ist erkannt worden, daß der Bundesstaat der Paulskirche die größte Gefahr für den österreichischen Gedanken bedeutete. Die Reichsgesetze wurden deshalb nicht veröffentlicht in Österreich und als nicht verbindlich betrachtet; die „Restauration der vorrevolutionären Zustände" galt als das eigentliche Ziel. Als das Ministerium Gagern ans Ruder kam, erklärte Österreich, es werde in den zu errichtenden Bundesstaat nicht eintreten. Man darf sagen, daß die Wiener Politik wenigstens

deutlich war, und die Paulskirche hat ja auch nach und nach die Folgerungen gezogen. Von Wien aus wurde der Gedanke der Vereinbarung am verletzendsten der Nationalversammlung entgegengehalten. Was sollte die Paulskirche noch vereinbaren mit einem österreichischen Gesamtstaate? Beckerath hat einmal gesagt: „Das Warten auf Österreich ist das Sterben der deutschen Einheit." Das schwarz-gelbe Österreich schied sich klar von dem schwarz-rot-goldenen. Das militärisch wieder straff gewordene Österreich der Fürsten Schwarzenberg und Windischgrätz steuerte seit Ende 1848 auf den alten Bund zurück, und der Erzherzog-Reichsverweser in Frankfurt wurde, wie wir schon gesehen haben, die Hauptfigur in diesem Spiele. „Setzen Sie doch Windischgrätz ab!" — rief einmal Welcker der Nationalversammlung zu; damit war die ganze Frage wieder auf den Machtgesichtspunkt zurückgeführt[268]).

Der österreichische Reichsverweser kam nach Frankfurt zu einer Zeit, da Preußen in der öffentlichen Achtung Deutschlands ganz tief stand. Der Verlauf der Berliner Märztage hatte eine Verachtung und einen Ekel gegenüber Preußen hergebracht, von dem man sich nur schwer einen Begriff machen kann. Hergenhahn hat gelegentlich der Mainzer Ereignisse Zeitungsstimmen in der Paulskirche bekanntgegeben, die uns ein klares Bild von dieser antipreußischen Gesinnung geben. Da war z. B. die Rede von den „Komödienstreichen, Zweideutigkeiten und Wortbrüchigkeiten seines erlauchten Königs"; da hieß es: „Dieses Preußen, welches die pausbäckigsten Phrasen von Freiheit und Nationalselbständigkeit im Munde führte, im Bunde mit Rußland, Polen, das edle unglückliche Polen, mit Kartätschen und Säbelhieben und Standrecht reorganisiert und Freischaren zur Unterdrückung der polnischen Rebellen entsendet." Der alte Arndt hat bewegliche Klage über diesen Preußenhaß geführt: „So haben wir in unseren Tagen erleben müssen — mir hat es das Herz zerrissen — daß ein Name, der wenigstens nicht zu den kleinsten gehört, der Name Preußens, seit einigen Monaten niedergerissen worden ist in allen Tagesblättern, Pamphleten und Zeitungen, als wenn nichts Gutes darin wäre." Der Haß gegen Preußen fand seinen heftigsten Ausdruck in der Antipathie gegen Berlin. Der bayerische Ultramontane von Lassaulx hat sich bei der Erbkaiserfrage in folgenden

sehr charakteristischen Sätzen ausgesprochen: „Möglich daher immerhin, daß die Zukunft ein neudeutsches Kaiserreich mit der Hauptstadt Berlin sehen wird, wie das alte echte Rom eine Fortsetzung in dem unechten Rom, in Konstantinopel gefunden hat. Dort herrschte bekanntlich sehr viel klassische Erudition, die feinste Hoftheologie, Hofphilosophie, Hofhistoriographie und Bildung in Hülle und Fülle, und auch Berlin ist ja unbestritten die Metropole der neudeutschen Wissenschaft." Diese Ausführungen über das „byzantinische Kaisertum Preußens" erregten die Heiterkeit und das Gelächter der Linken.

Rheinische und süddeutsche Abgeordnete der Paulskirche haben sich immer wieder ein Vergnügen daraus gemacht, diesem verachteten Preußen von 1848 einen Stich zu versetzen. Gfrörer sprach davon, daß wir von Berlin aus in die sogenannte Vernunftreligion hineinexerziert würden; Preußens geistige Hegemonie wurde von Reinhard durch den Hinweis auf das Einkommen seiner Volksschullehrer in Frage gestellt; das einzige, was an Preußen Gutes gelassen wurde, das war die Erinnerung an Friedrich den Großen. Kluge Worte aus seinem Munde sind wiederholt angeführt worden; und der Abgeordnete Hagen, der gewiß kein Bewunderer Preußens war, hat schöne Worte über seine geschichtliche Größe gefunden: „War es nicht Preußens Dynastie, welche einen Friedrich den Zweiten, den Stolz Deutschlands, hervorgebracht? War es nicht dieser Fürst, um welchen sich im vorigen Jahrhunderte die neue geistige Ergebung Deutschlands gewissermaßen kristallisierte?" Er hat dann allerdings auch gesagt, daß König Friedrichs Werk die Einheit Deutschlands schwer geschädigt habe; aber wenigstens ist das doch eine historisch diskutable Auffassung, eine Auffassung, die Gerechtigkeit üben will, zu der ja Zeitgenossen bekanntlich nicht verpflichtet sind[269]).

Die Zeit war vollkommen an den Gedanken gewöhnt, daß Preußen zerschlagen und aufgelöst werden könne und müsse. Nicht nur feindselige Demokraten, sondern gerade die Vorkämpfer Kleindeutschlands Dahlmann, Droysen, Gagern huldigten dieser Idee. Rießer hat in seiner schönen, gerechten Art am 22. März 1849 dieses preußisch-deutsche Problem erschöpfend behandelt. Er sprach zuerst von der Stammesabneigung, die vorhanden sei, aber nicht dem preußischen Volke,

sondern dem preußischen Staate gelte. In der preußischen Rheinprovinz werde der Name Preußen mit besonderem Widerwillen ausgesprochen: diese Stammesabneigung wird durch Deutschland überwältigt werden. Auch Rießer nennt Preußen einen Kunststaat, im Gegensatz zum deutschen Volksstaat, der ein Naturstaat sein müsse: „Der Name Preußen spricht mächtig zum politischen Verstand, aber der Name Deutschland spricht zugleich zum Herzen." Rießer wendet sich aber gegen die Idee einer gewaltsamen Zerschlagung Preußens: „Dieses geschichtliche Aufgehen Preußens in Deutschland kann nur das allmähliche Werk der freien edlen Hingebung des großen Preußens an das größere Deutschland sein; aber nimmermehr können wir Preußen Bedingungen stellen, die seine Existenz aufheben. Nimmermehr können wir Preußen zumuten, daß es über Sein oder Nichtsein mit uns in Verhandlung trete; ja, ich erkläre es offen, sowohl Deutschlands als Preußens wegen dürfen wir nicht wünschen, daß Preußen im mindesten in seinem Bestande erschüttert werde, bis Deutschland sicher und fest für die Ewigkeit gegründet ist." Als Rießer diese vorsichtigen und weisen Worte sprach, war schon längst der Schritt geschehen, der das Deutschland der Paulskirche im Grunde schied von Preußen: der Staatsstreich vom November 1848. Seit der Einsetzung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel standen sich wieder Volk und Krone, Freiheit und Autorität in der alten, mißtrauischen und feindseligen Weise gegenüber. Alles war wieder auf Kampf eingestellt — was hatte die Paulskirche von diesem Preußen und seinem neuerwachten Staatsbewußtsein noch zu erwarten?[270])

Es war einer der ersten Verhandlungsgegenstände in Frankfurt gewesen: wie sollte sie sich zu der preußischen Nationalversammlung stellen? Wir erinnern an den Antrag von Raveaux. Der Konflikt zwischen Frankfurt und Berlin kündigte sich schon im Mai 1848 an. Konnte Deutschland zwei Nationalversammlungen von dieser Bedeutung ertragen? Mußte nicht der preußische Partikularismus durch die Berliner Versammlung und ihre Machtansprüche gestärkt werden? Lag nicht die Gefahr vor, daß die deutschen Staaten durch die parlamentarische Form und den parlamentarischen Eigenwillen noch mehr auseinandergerissen wurden als durch das Interesse der Dy-

nastien und den Sondergeist der Stämme? Venedey hat das ganze Problem am 22. Mai kurz und bündig so ausgedrückt: „Es kommt in dieser Frage darauf an, ob wir der Reichstag sind oder die Versammlung in Berlin; es handelt sich darum, ob Preußen deutsch oder ob Deutschland preußisch werden soll . . . Wir dürfen keine zwei Reichstage haben, wir haben das Wort konstituierende Versammlung hier, wir haben es dort. Wir haben das Wort Nationalversammlung hier, wir haben es dort; es gibt aber nur eine Nationalversammlung, nur einen Reichstag, und das ist der unsrige." Schon der Fünfzigerausschuß hatte beschlossen, daß von keinem anderen Staate eine gesetzgebende Versammlung zusammenberufen werden möge, solange die Sitzungen der Frankfurter Versammlung dauerten. Die Paulskirche mußte also in dem Nebeneinander von vornherein eine Gefahr und eine Minderung ihrer eigenen Autorität sehen. Als aber dann der tötliche Konflikt zwischen der preußischen Regierung und ihrer Versammlung ausbrach, siegte in Frankfurt das parlamentarische Solidaritätsgefühl über die alte Konkurrenzstimmung. Die Paulskirche und nach ihr die Zentralgewalt, wandte sich scharf gegen die preußische Regierung, und diese Stellungnahme, so gänzlich wirkungslos sie in der Praxis blieb, hat doch die Beziehungen zwischen Frankfurt und Berlin, auf deren außerparlamentarische Einzelheiten ich nicht eingehen kann, weiter verschlechtert[271]). Wie in dem Verhältnis zu Österreich, so trat auch in dem Verhältnis zu Preußen infolge des Erstarkens der alten Gewalten Ende 1848 der Machtgesichtspunkt völlig in den Vordergrund. Rudolf Haym nannte sehr treffend die Frage weniger eine Frage der Freiheit als eine Frage der Macht: „Wenn Sie die Macht dieser Versammlung, welche eingestandenermaßen nur eine moralische ist, vernichten wollen, so erklären Sie die neue preußische Verfassung, die Oktroyierung derselben für null und nichtig, und Sie werden wahrscheinlich dann Ihr kühnstes, aber wahrscheinlich auch Ihr letztes Wort gesprochenhaben!"[272]) Die Oktroyierung der preußischen Verfassung entschied eigentlich schon das monatelange Mühen der Frankfurter um Preußen, das Meinecke so subtil klargelegt hat, zuungunsten nicht nur des Frankfurter Reichsunitarismus, sondern auch zuungunsten einer maßvolleren bundesstaatlichen Amalgamierung.

In der schleswig-holsteinischen Frage versuchte die Paulskirche zum ersten und zum letzten Male große internationale Politik zu machen. Der deutsche Reichsgesandte spielte in der Vorgeschichte und bei dem Abschluß des Waffenstillstandes von Malmö aber eine traurige Rolle. Robert Blum verglich sie mit der des Bürgermeisters von Saardam: in Berlin hörte man den Gesandten — es war Max v. Gagern — kaum an, in Schleswig-Holstein mußte er für Preußen die Kastanien aus dem Feuer holen; der Inhalt des Waffenstillstandes wurde ihm vor der Ratifikation nicht mitgeteilt, und ohne Protest und ohne Verwahrung reiste er ab[273].

Auch mit ihren anderen diplomatischen Vertretern, mit den sogenannten Reichsgesandten, haben Paulskirche und provisorische Zentralgewalt wenig Glück gehabt. In dem Rundschreiben vom 20. September an die auswärtigen Mächte war sogar an die im Auslande vertretenen deutschen Regierungen das Ansinnen gestellt, entweder ihre Gesandten zurückzuberufen und ihre Geschäfte durch Agenten ohne politischen Charakter fortbesorgen zu lassen, oder doch die Erklärung abzugeben, daß die politische Vertretung Deutschlands in den Gesamtangelegenheiten der Nation ausschließlich in den Händen der Reichsgesandten liege. Raumer, der nach Paris geschickt wurde, hat der Nationalversammlung berichtet, wie völlig unbeachtet diese Wünsche der Zentralgewalt blieben. Er nannte seine Erfahrungen bitter: „Man hat mich mit der größten Höflichkeit und Achtung, ja mit ausgezeichnetem Vertrauen empfangen und behandelt, soweit es meine Person betraf. Aber konnte ich mich eitel hiermit trösten, wenn ich täglich sehen und hören mußte, wie man mein Vaterland, wie man die Reichsversammlung, die Zentralgewalt betrachtete und gering achtete?" Ähnliche Erfahrungen haben auch Andrian in London, Raveaux in der Schweiz und Heckscher in Rom und Neapel gemacht. Über rein formale Gesten im Rahmen der diplomatischen Etikette sind die Reichsgesandten nicht hinausgekommen[274]. Auf der anderen Seite haben sich aber manche internationale Hoffnungen diplomatischer Natur an dieses werdende deutsche Reich in Frankfurt angeknüpft. So hat ein Deutsch-Amerikaner, Dr. Kirsten, die Errichtung eines deutschen Konsulats in New-York beantragt und sich dafür in Vorschlag gebracht. Einmal ist

sogar ein wallachischer Gesandter in Frankfurt aufgetaucht[275]). Das noch sehr der Entwicklung bedürftige deutsche Konsulatswesen wurde von dem völkerrechtlichen Ausschuß zum Gegenstand eines ausführlichen Berichtes gemacht[276]).

Wie wirkte nun der Kampf der Paulskirche um die deutsche Einheit überhaupt auf das Ausland? Dem politischen Scharfblick englischer und französischer Beurteiler konnte die tiefe Problematik der deutschen Zustände nicht verborgen bleiben. Simon von Trier hat einmal gesagt, daß sich die Leute der „Times" und des „National" die Hände rieben, wie über Frankfurt hinweg nach Wien und Berlin verhandelt werde. Venedey hat eine Stelle aus den „Times" angeführt: „Die Nationalversammlung in Frankfurt ist nur ein Schatten, ein Schein, ein Spiel, und ihr Reichsverweser ist nur der Schatten eines Schattens." Aber er mußte auch hervorheben, daß die liberalen englischen Blätter, in erster Linie der „Advertiser", die deutsche Sache wohlwollend und gerecht behandelten. Die liberale Partei in England sympathisierte zweifellos mit einem liberalen und demokratischen Deutschland. Die nahe Verbindung, die zwischen dem ersten Präsidenten des Reichsministeriums, dem Halbbruder der Königin Viktoria, dem Fürsten Leiningen, und England bestand, war zweifellos mit dafür ein Grund, daß die liberale Presse das Frankfurter Reichsministerium und die Nationalversammlung mit Lobsprüchen überhäufte. Der Abgeordnete Edel machte aber wohl mit Recht darauf aufmerksam, daß der Beifall Englands einem kleinen und bescheidenen Deutschland immer sicher sein würde, einem großen und starken aber wohl weniger.

Fragen der internationalen Politik sind in der ersten Deutschen Nationalversammlung wiederholt zur Verhandlung gekommen, und manches kluge Wort wurde dabei gesprochen. Freilich wirken gerade diese Ausführungen besonders theoretisch. Von den Bündnisgedanken haben wir schon gehandelt: England wurde von dem historisch gerichteten Liberalen, Frankreich von den philosophisch gerichteten Demokraten vorgezogen. Gegen Rußland bestand eine besondere Antipathie. Worte des Kaisers Nikolaus über den konstitutionellen Staat sind einmal von Zimmermann angeführt worden: der Kaiser nannte diese Regierung eine Staatsform des Trugs, der Lüge,

der Einschüchterung, der Bestechung, der Verfälschung, Stimmen zu erkaufen, die Überzeugung und die Gewissen zu bestechen, die einen zu verführen, die anderen zu betrügen. Wir sehen, wie die Stellungnahme in der auswärtigen Politik von den Fragen der inneren Staatsgestaltung abhängt. Das Reich der Paulskirche hätte, wenn es zustandegekommen wäre, zusammen mit den Westmächten die Front gegen den Absolutismus des Ostens genommen; es wäre vom Koburgischen Geiste erfüllt gewesen. Niemals vielleicht ist der Franzosenhaß so sehr als Anachronismus empfunden worden als damals, und die entgegenkommende Politik, die Guizot begonnen hatte und die Lamartine fortsetzte, fand auf deutscher Seite viel Verständnis. Die provisorische Zentralgewalt erkannte die französische Republik offiziell an, und die französische Nationalversammlung schickte der deutschen ihre Grüße. In der Praxis freilich haben die Franzosen gerade damals den Deutschen auch viel Unfreundliches angetan, wie es der Fall des ehemaligen Artillerieoffiziers Willich beweist, der als deutscher Flüchtling in Frankreich abscheulich behandelt wurde[277]).

Volksegoismus oder Humanität, Nationalinteresse oder Menschheitsinteresse, Macht oder Recht: welches Prinzip sollte die auswärtige Politik der Völker Europas in Zukunft bestimmen? Ihrer ganzen Herkunft nach trat die Paulskirche eher für das neue Prinzip des Rechtes als für das alte Prinzip der Macht ein. Der Humanitätsgeist hat einen besonders starken Ausdruck gefunden in dem Antrag von Arnold Ruge vom 23. Juli 1848. Er lautete so: „Da der bewaffnete Friede durch seine stehenden Heere den Völkern Europas eine unerträgliche Bürde auferlegt und die bürgerliche Freiheit gefährdet, so erkennen wir das Bedürfnis an, einen Völkerkongreß ins Leben zu rufen, zu dem Zwecke einer allgemeinen europäischen Entwaffnung." Der Antrag hat in der Paulskirche keine Mehrheit gefunden, aber seine Begründung und die Beachtung, die er hervorrief, machten ihn zu einem Ereignis von hoher geistesgeschichtlicher Bedeutung. Ruge betonte, daß seit dem Christentum ein allgemeines Prinzip in der Welt vorhanden sei, das alle Völker durchdringe. Die Humanität sei die Konsequenz des Christentums, sie ziehe jetzt durch die ganze Welt und werde in der ganzen Welt realisiert werden, und deshalb, sagt er, müssen

jetzt an die Stelle der falschen Kongresse, der Diplomatenkongresse, die wahren Kongresse, die Völkerkongresse treten. Er wies auf die Friedenspolitik Lamartines, auf die Bestrebungen in England hin, eine europäische Entwaffnung herbeizuführen. Amerika war ihm ein besonders schlagendes Beispiel: dort dürfe es keine stehenden Heere geben, dort sei das Heer immer unter der Kontrolle der Zivilmacht: „Denn wir müssen den bewaffneten Frieden, welchen aufrecht zu erhalten eine Unmöglichkeit ist, abschaffen, nicht nur, weil es eine Unmöglichkeit ist, sondern auch weil er eine Barbarei ist, ein ganz verkehrter Weg gegen alle Ordnung und Freiheit, gegen die neue Ordnung, gegen die demokratische und republikanische Ordnung, die wir gründen wollen." Auch Ruge schwebte der Gedanke vor, daß sich die drei großen Nationen Europas, England, Frankreich und Deutschland einigen müßten — Rußland werde sich dann nicht isolieren. In der Besprechung des Rugeschen Antrags nahm Robert Blum diese Parole auf: „das Ziel einer Verbrüderung des frei gewordenen oder frei werdenden Westens, das ist es, dem ich meine Stimme leihe". Von einem allgemeinen Völkerbund hatte Ruge nicht ausdrücklich gesprochen. Beckerath, der auch hier wieder das Verständnisvollste gesagt hat, gebrauchte aber diesen Ausdruck, um Ruges Gedanken wiederzugeben. Er bekannte sich mit voller Überzeugtheit zu der Idee, daß eine höhere Vollendung der Menschheit angestrebt werden müsse. Den Gedanken des Völkerkongresses nannte er zwar nicht eine Utopie, aber doch eine Antizipation. Mit diesem zugleich resignierenden und hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft mußte sich wohl damals die Paulskirche begnügen[278]).

Der Gedanke der Macht und der Gedanke des Rechtes bekämpften einander noch in der ersten Deutschen Nationalversammlung, die ja aus der europäischen Gebundenheit gegen ihren innersten Willen nicht so recht heraus konnte. Es waren zwei Sprüche, die als Motto ihrer Arbeit gelten konnten. Rechts und links von der Germania, die die Orgel der Kirche verdeckte, waren sie angebracht. Der eine Spruch wies in die nächste Zukunft, er drückte das unmittelbare Bedürfnis der Zeit aus:

„Des Vaterlandes Größe, des Vaterlandes Glück,
O schafft, o bringt sie dem Volke zurück."

Der andere Spruch aber zeigte den Weg in eine viel entferntere, schönere und reinere Zukunft:

„O walle hin, du Opferbrand, hin über Land und Meer!
Und schling' ein einzig Liebesband um alle Völker her."

## IX. Das Werk der Nationalversammlung und ihr Ende.

Noch einmal erlebte die Paulskirche im Jahre 1849 eine Stunde, die an geschichtlicher Feierlichkeit ihrer Anfangszeit ebenbürtig war: es war die Stunde der Kaiserwahl.

O werde endlich weiser,
Du Herde ohne Hirt,
Und wähl' dir einen Kaiser
Und zwing' ihn, daß er's wird!

Diese Verse von Max v. Schenkendorf, die der Hamburger Wurm anführte, waren wie geprägt auf die Gesamtlage. Das deutsche Volk, unvergleichlich vertreten in dieser Nationalversammlung, schickte sich wirklich an zur Wahl eines wahrhaften deutschen Volkskaisers, und es wollte den Widerstrebenden zur Kaiserkrone zwingen.

Eine lange, Stunden ausfüllende Wahlhandlung: die Mehrzahl stimmte: „Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen", eine Anzahl weniger Korrekte sagte einfach: „König von Preußen". Der Pfarrer Evertsbusch aus Altena demonstrierte gegen die demokratische Idee und rief: „Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden." Die Minderzahl, die sich nicht für den König von Preußen entschließen konnte, verhielt sich in der verschiedensten Weise. Die meisten sagten: „wählt nicht" oder „stimmt nicht". Verschiedene, wie Professor Edel aus Würzburg und einige Österreicher sagten: „ich wähle keinen Erbkaiser". Professor Sepp dokumentierte seine besonders österreichische Gesinnung durch die Formel: „ich wähle keinen Gegenkaiser". Verschiedene Republikaner erklärten, daß sie keinen Fürsten oder kein Oberhaupt wählen wollten. Der Dichter Moritz Hartmann sprach sich noch deutlicher aus: „ich will nicht teilhaben an einem Anachronismus

und wähle nicht". Eine wirklich vorzügliche Bemerkung gelang dem schwäbischen mediatisierten Standesherren, dem Fürsten Waldburg-Zeil: „ich bin kein Kurfürst"[279]). — So war denn dieser denkwürdige geschichtliche Akt geschehen — freilich nicht ohne Widerspruch, nicht ohne Mißklang, nicht ohne Verstimmungen. Elf Erklärungen waren zur Kaiserwahl von Abgeordneten abgegeben worden, von den Österreichern in erster Linie, von Radowitz und Genossen, von Nauwerck und Genossen; besonders interessant ist die Erklärung des Abgeordneten Ahrens[280]).

Und wie leidenschaftlich war um die Idee des Erbkaisertums vor der Wahl gestritten worden! Einen „Schwarmgedanken" hatte sie der Abgeordnete Schmid genannt, den Strohhalm, an den sich die ertrinkende Mehrheit der Nationalversammlung festhalten wolle. Den Bürgerkrieg prophezeite Moritz Mohl als die sichere Folge der Schaffung eines Erbkaisertums. Die Selbständigkeit Süddeutschlands sei in Gefahr, sagte Eisenmann; der König von Bayern werde nun und nimmer seine Zustimmung geben. Das Eingreifen Rußlands und Österreichs kündigte der Abgeordnete Reh an, und Professor Buß aus Freiburg stellte den interessanten Antrag auf Wahl des Kaisers durch die Gesamtnation. Gegenüber dem Einheitsgedanken hielt er es für notwendig, das Recht der einzelnen Stämme zu betonen und führte zum Beweise ein Wort des Apostels Paulus an, das ihm in der Paulskirche besonders zu passen schien[281]). Aber die Überzeugungstreue der Erbkaiserlichen war nicht zu erschüttern: „Wenn eine Idee in den Herzen der Besten und Edelsten des Volkes Wurzel gegriffen hat, wenn ihnen dieselbe gewissermaßen zur Religion geworden ist; dann erkenne ich darin das Drängen des Geistes der Weltgeschichte zu einem Ziele, und dann bin ich überzeugt, daß diese Idee zu ihrem Ziele gelangen muß und gelangen wird." So bekannte sich, wiederum ganz in der Sprache Hegels, der Abgeordnete Zittel zu dem Kaisergedanken. Und wen sollte es nicht ergreifen, als Heinrich von Gagern am Ende seiner großen programmatischen Rede über das Erbkaisertum, das nun der Inhalt und das Ziel seines politischen Lebens geworden war, die Verse Walters von der Vogelweide von dem kaiserlosen Deutschland anführte: Selbst die Mücke hat ihren König, nur die armen Deutschen nicht!

Der Kampf um das Kaisertum war schließlich in der Paulskirche der Kampf um das Letzte und Höchste geworden; Weltgeschichte und Weltphilosophie mußten die Waffen liefern, diesen Kampf auszufechten.

Und in unmittelbarem Anschluß an diesen Kampf der Paulskirche, der ein Kampf um ihr eigenes Dasein war, erhob sich in den deutschen Landen während den entscheidenden Verhandlungen und unmittelbar danach ein Meinungsstreit von erbitterter Leidenschaft. Die Vaterlandsvereine, die sich in Württemberg, Baden, Bayern und Sachsen bildeten, agitierten gegen den Erbkaiser; die deutschen Vereine, die konstitutionellen Vereine agitierten für ihn. Die Paulskirche konnte sich der Eingaben nicht erwehren. So haben z. B. 146 Gemeinden aus Schwaben gegen den preußischen Kaiser protestiert und sich für den österreichischen ausgesprochen. Eine tiefe Spaltung ging durch die Nation; sie reifte zusehends dem Bürgerkrieg entgegen.

Als Autorität für die Süddeutschen ist in dem Kampf um den Erbkaiser besonders häufig Paul Pfizer genannt worden. Sein Landsmann Rümelin sprach schon am 22. Januar 1849 sein Bedauern darüber aus, daß Pfizer verhindert sei, von der Tribüne der Paulskirche aus für eine Idee zu sprechen, „welche er ein Recht hat, sein Eigentum zu nennen, und worin er schon vor Jahren mit staatsmännischer Voraussicht die künftige Form der deutschen Einigung gefunden hat". Demgegenüber trat zur allgemeinen Überraschung Karl Vogt auf und zitierte aus der letzten Schrift Paul Pfizers von 1848 einige Sätze, aus denen er herauslas, Pfizer wolle Preußen nur momentan an die Spitze stellen, er wolle kein Erbkaisertum. Zur Verteidigung Pfizers sind verschiedene seiner Gesinnungsgenossen vorgegangen. Waitz stellte fest, daß sich jene Schrift nur auf die provisorische Zentralgewalt bezog, und Rießer verlas einen Brief Pfizers, in dem er versicherte, daß er keinen Augenblick aufgehört habe, das preußische Erbkaisertum als das einzige Heil für Deutschland zu betrachten[282]).

Und dennoch lehnte Preußen die Kaiserkrone ab! Seit jenem dringlichen Antrage Welckers vom 12. März 1849, durch den dieser alte Großdeutsche die Ehre der Nationalversammlung retten wollte durch schleunigste Übertragung der Kaiserkrone an Friedrich Wilhelm IV., hatte sich die Mehrheit der Nationalversamm-

lung in den Gedanken eingewiegt, daß dieses Ende und diese Bekrönung eben doch das einzig Mögliche wäre. Ein Mitglied der Paulskirche machte damals in bezug auf Welckers Antrag die Bemerkung: „Es ist wahr, aber es ist unmöglich." Und dieses paradoxe Wort gibt wohl am besten auch die Stimmung wieder, die bei der Mehrheit der Nationalversammlung infolge der Ablehnung Friedrichs Wilhelm IV. entstand. Seine erste Äußerung, die die Kaiserdeputation zurückbrachte, wurde mit Recht als nicht endgültig angesehen. Eine Ablehnung war damals noch nicht erfolgt; aber eine Annahme war außerordentlich unwahrscheinlich geworden. Anhänger und Feinde des Kaisergedankens konnten sich schließlich die Ablehnung nicht anders erklären, als aus dem Druck Rußlands auf Preußen, wonach die Annahme der Kaiserkrone der casus belli gewesen wäre. Ein derartiger Druck, an den man an sich wohl glauben könnte, müßte erst aktenmäßig erwiesen werden. Der Geschichtsschreiber wird die Ablehnung des Königs von Preußen allein schon aus dem Wesen dieser Persönlichkeit als innerlich notwendig begreifen. Auch die preußische Politik, wie sie durch die preußische Note vom 23. Januar festgelegt wurde, konnte danach kaum noch zu einer gütlichen Einigung mit Frankfurt führen[283]).

Das geschichtliche Recht liegt aber durchaus auf seiten der Nationalversammlung, das geschichtliche Unrecht auf der Seite Preußens. Eine so großartige Volksbewegung durfte in der Reife und Fülle des 19. Jahrhunderts nicht so enden. Die preußische Politik galt diesen Volksmännern mit Recht als, im tiefsten Sinne, „treulos". Welcker, der auch nach der Ablehnung der wirkungsvollste und leidenschaftlichste Sprecher für die Gefühle der Nationalversammlung war, hat mit Recht daran erinnert, daß 1813, 1814 und 1815 Preußen wiederholt sich dafür eingesetzt hatte, daß der Wille der Nation geachtet werden solle, daß es gegen die Bundesakte damals protestierte, weil die Nation mehr wünsche, daß sie deshalb mehr haben müsse, daß sie einen einheitlichen und kräftigen Staatskörper bilden solle; auch an jene Proklamation von Kalisch hat er ererinnert, in der eine freie Wiederkonstituierung des Deutschen Reiches aus dem ureigenen Geiste der Nation, in der Freiheit für das Volk, Freiheit für jeden einzelnen aus dem Volke versprochen war. Und was hatte dieses selbe Preußen jetzt getan?

Die Nationalversammlung von Frankfurt hatte die Throne der Fürsten geschützt. Sie brachte eine Verfassung zustande, die die Fürstenrechte achtete und schonte, die konservativer war, als irgend jemand im Anfang der Revolution nur hoffen durfte — und was taten die Fürsten? Welcker schloß seine Rede vom 5. Mai, die seine Meisterrede gewesen ist, mit den Worten: „Ich sage auch den Fürsten: Seid billig gegen das Volk, denn das Volk ist billig gegen euch gewesen!“ [284]).

Die deutsche Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz, verkündet am 28. März 1849, ist das Werk der ersten Deutschen Nationalversammlung; es hat sie überlebt und ist bis zum heutigen Tage lebendig und wirksam geblieben. Sie zerfällt in sieben Abschnitte. Die Abschnitte sind in Artikel eingeteilt, und diese sind wieder gegliedert in Paragraphen; die Paragraphen sind durchnumeriert, es sind im ganzen 197. Das Wahlgesetz, das als Anhang veröffentlicht ist, zählt 17 Paragraphen. So haben wir ein wohlgegliedertes, philosophisch und juristisch glänzend durchgearbeitetes Werk vor uns. Die Sprache dieser ersten deutschen Reichsverfassung übertrifft an Schlichtheit und Klarheit die der späteren bei weitem. Der erste Abschnitt setzt den Gebietsumfang des Reiches fest; er behandelt die Frage der Personalunion deutscher und nichtdeutscher Länder; die Selbständigkeit der Einzelstaaten beschränkt sie allein durch die Reichsverfassung und die Reichsgewalt. Der zweite Abschnitt behandelt die Reichsgewalt; es ist bezeichnend, daß die Reichsgewalt zunächst als ein Neutrum auftritt; die Ausfüllung durch die persönliche Kraft des Oberhauptes erfolgt später. Der Reichsgewalt wird die oberste Autorität in folgenden Materien erteilt: Vertragsschließung mit dem Ausland und völkerrechtliche Vertretung, Recht des Krieges und Friedens, Reichsheerwesen und Seemacht, Oberaufsicht über die Schiffahrtsanstalten am Meer und die Flußschiffahrtssachen, Oberaufsicht über Eisenbahn und Landstraßen, über das Postwesen, über das Münzwesen. Es war bestimmt, daß das Deutsche Reich ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet bilden sollte. Der dritte Abschnitt behandelt das Reichsoberhaupt; es sollte den Titel führen: Kaiser der Deutschen, im Mannesstamme vererben in dem Hause, dem diese Würde übertragen werde. Der Kaiser sollte eine Zivilliste beziehen, die Regierungshandlungen

durch verantwortliche Reichsminister vornehmen, die völkerrechtliche Vertretung ausüben, Krieg erklären und Frieden schließen, über die bewaffnete Macht verfügen, den Reichstag berufen und schließen, das Volkshaus auflösen können. Der vierte Abschnitt behandelt den Reichstag; er sollte bestehen aus zwei Häusern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus. Das Staatenhaus sollte gebildet werden aus den Vertretern der deutschen Staaten, und zwar war die Mitgliederzahl festgesetzt sowohl für den Fall der Teilnahme der deutsch-österreichischen Lande als für den Fall der Nichtteilnahme. Die Mitglieder des Staatenhauses sollten zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt werden. Das Volkshaus sollte aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen hervorgehen. Das Wahlrecht hatte nach dem Wahlgesetz jeder unbescholtene 25jährige Deutsche, auch Militärpersonen. Ein Reichstagsbeschluß sollte nur durch die Übereinstimmung beider Häuser gültig sein; die Materien, in denen derartige Reichstagsbeschlüsse erforderlich waren, waren ausdrücklich aufgeführt; ein dreimal wiederholter Beschluß des Reichstages wurde auch ohne Zustimmung der Reichsregierung Gesetz. Das war das vielumstrittene Veto. Für das absolute Veto des Oberhauptes hatte die Paulskirche keine Mehrheit gehabt. Der fünfte Abschnitt behandelt das Reichsgericht und der sechste Abschnitt die Grundrechte des deutschen Volkes.

Um die Grundrechte und um das Wahlgesetz hat die erste Deutsche Nationalversammlung am heißesten gerungen. Man darf sagen, daß die Grundrechte mit Schweiß, Blut und Tränen geschrieben sind. Wir können diese Paragraphen den Stationen eines Passionsberges vergleichen, den das deutsche Volk hat mühsam hinaufklimmen müssen. Die Ähnlichkeit des politischen und des christlichen Martyriums betonte treffend in der Nationalversammlung selbst auch der Abgeordnete Vogel. Bei jedem einzelnen dieser Artikel sind während der Verhandlungen die Fälle aus der Reaktionszeit aufgeführt worden, die eine derartige Bestimmung notwendig machten, — jene schmachvollen Fälle von Einschränkung der persönlichen Freiheit, von Verletzung der Wohnung und des Briefgeheimnisses, von Unterdrückung der freien Meinung, der religiösen oder wissenschaftlichen Überzeugung, von Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen.

Es ist in diesen Grundrechten enthalten der Freiheitshauch aus der Zeit der Reformation, aus der Zeit des Puritanertums und der großen Französischen Revolution, jener tiefe Glaube an die Würde, die Gleichheit und das Selbstbestimmungsrecht des Menschentums als solchen. Deshalb ist auch die Linke in der Paulskirche besonders stolz auf die Grundrechte gewesen und hat sie im Gegensatz zur Rechten eifrig als Drucksache verbreitet[285].

Schon bei der Beratung des Waffenstillstandes von Malmö läutete nach einem Worte von Bassermann zum ersten Male das Grabgeläute vom Turm der Paulskirche. Eine gewisse Mattigkeit und Überreife machte sich gegen Ende des Jahres 1848 immer mehr geltend, das Zutrauen ging verloren. Jetzt nach der definitiven Ablehnung Preußens mußte dem Aufflammen der letzten Wochen der Zusammenbruch folgen. Es herrschte die Stimmung, aus der Wilhelm Jordan am 18. Mai 1849 der Versammlung sagte: es gehöre wahrlich kein Seherblick mehr dazu, „um die facies hippocratica dieser Versammlung zu erkennen und zu sehen, daß sie mit schnellen Schritten ihrem unabwendbaren Ende entgegeneilt“[286]. Jordan meinte dann weiter, man müsse eingestehen, daß die Paulskirche sehr viel verloren habe von ihrem ästhetischen Gefühl edlen Stolzes, welches die hohe Bedeutung ihrer Aufgabe auch in der äußeren Erscheinung ausdrückte. Gewiß verschlechterte der Auflösungsprozeß der letzten Wochen den Stil der ersten Deutschen Nationalversammlung. Es entstand Unruhe und Hast, die Dringlichkeitsanträge überboten sich, die Geschäftsordnung wurde fast völlig über Bord geworfen, es herrschte eine ängstliche Spannung und leidenschaftliche Erregung, die keine ruhige Beratung mehr zuließ und die Versammlung hin und herwiegte zwischen tiefer Niedergeschlagenheit und einem kecken Galgenhumor. Aber eines muß man doch feststellen: der Untergang der ersten Deutschen Nationalversammlung war im ganzen doch männlich und würdig, denn er war eine Konsequenz großer politischer Überzeugungen. Dies gilt sowohl für die Handlungsweise der Erbkaiserlichen wie für die Handlungsweise der Linken. Während die Erbkaiserlichen bekanntlich ihren Austritt vollzogen, hielt es die Linke für ihre Pflicht, zu dem Werke der Reichsverfassung, trotz der Ablehnung, unbedingt zu stehen.

Die moralische Kraft der Linken, ihr politischer Mut, alle persönlichen Gesichtspunkte hintanzustellen und mit Ehren das Geschaffene zu verteidigen, wird immer ein hoher Ruhm für die Vorkämpfer des freien Volksstaates in Deutschland sein. Damals sagte Ludwig Simon, es gäbe nur noch einen einzigen Parteiunterschied, den zwischen Männern, welche persönliche Wohlfahrt, Sicherheit und selbst Existenz für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen entschlossen sind, und solchen, bei welchen dies nicht der Fall sei. Der Geschichtsschreiber wird diese Sätze billigen, aber doch auch den Erbkaiserlichen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die ihr Ziel auf anderem Schauplatz ja auch weiter verfolgt und zu erreichen versucht haben[287]). Der Auseinanderbruch der Versammlung bedeutete notwendig das Ende ihrer Existenz in Frankfurt. Die fürstliche Zentralgewalt, die sie unseligerweise geschaffen hatte, hatte mit der übrig bleibenden Linken nichts gemeinsam. Von Österreich geleitet, lenkte die Zentralgewalt zum Bundestag zurück; die Linke der Paulskirche mußte deshalb den Ort weiterer Wirksamkeit da suchen, wo es nach der Lage der Dinge möglich erschien, die Reichsverfassung durchzusetzen. Heidelberg hatte die Nationalversammlung zu sich eingeladen: sie entschied sich aber für Stuttgart. Friedrich Theodor Vischer verglich sie sehr schön mit König Lear: sie sei ihm erschienen, „wie der ehrwürdige königliche Greis, der obdachlos und baren Hauptes in der Sturmnacht umherirrt, verstoßen von Töchtern, denen er Kronen geschenkt hatte"[288]).

War das Beginnen des sogenannten Rumpfparlamentes in Stuttgart denn so völlig sinnlos? Vom Standpunkt des Machtgedankens vielleicht; vom Standpunkt des Rechtsgedankens aber gewiß nicht. Die 27 kleineren Regierungen Deutschlands hatten sich für das unbedingte Festhalten an der Verfassung erklärt, die 28. und die 29. hatten Bedingungen an die Zustimmung geknüpft. Das war für einen Politiker großen Stiles, der guten Willen hatte, keine verzweifelte Lage; den gab es aber freilich in Deutschland damals nicht. Die Linke zog die letzten Folgerungen. Noch in Frankfurt verkündigte Karl Vogt am 25. April die Notwendigkeit der Einsetzung einer Reichsregentschaft an Stelle der vom Hause Habsburg inne gehabten provisorischen Zentralgewalt. Das war der Sinn der Reichsregentschaft, die dann in Stuttgart eingesetzt wurde: sie sollte, wie einst

die Zentralgewalt, die früher vom Bundestag innegehabte deutsche Exekutivgewalt ausüben. Mitglieder der Reichsregentschaft, die ja nur kurze Zeit tätig war, waren: Raveaux, Karl Vogt, Schüler, Heinrich Simon und Becher[289]).

Welcker hatte recht gehabt, als er für 1849 kein Ende der Revolution, sondern eine neue prophezeite. Die Paulskirche, in der man das französische Revolutionsschema so oft abgelehnt hatte, wurde nun doch noch ein Konvent. Die badische, die sächsische, die pfälzische Revolution flammte auf; in der Mehrzahl der preußischen Provinzen gärte es, das fränkische Volk schickte sich an, sich von Bayern loszutrennen und seine Reichsunmittelbarkeit zu erklären. Der Bürgerkrieg zerriß Deutschland; und da sprach die erste Deutsche Nationalversammlung zum letzten Male feierlich zu dem deutschen Volke. Ihr Aufruf vom 25. Mai 1849 ist ein ehrwürdiges Dokument von hoher Schönheit. Ludwig Uhland, der in dieser Schlußperiode stärker als sonst hervortrat, hatte ihn verfaßt. Er sprach darin zuerst von den sich auftürmenden Schwierigkeiten, von dem Widerstand der fünf mächtigsten Einzelregierungen und der Zentralgewalt, von dem massenhaften Austritt der Mitglieder, die von ihren Regierungen abberufen wurden oder am Gelingen des Werkes verzweifelten. Demgegenüber erinnerte Uhland an die gänzliche Ratlosigkeit der Regierungen im Frühjahr 1848 und an den feierlich ausgesprochenen und tatsächlich behaupteten Grundsatz der Nationalsouveränität: aus einer Vereinbarung von 39 Regierungen könne niemals eine Reichsverfassung hervorgehen. Der Aufruf teilte dann mit, daß die Beschlußfähigkeit der Versammlung in Anbetracht des Massenaustritts auf 100 Mitglieder herabgesetzt worden sei: das letzte Band der deutschen Volkseinheit solle nicht reißen, es soll ein Kern verbleiben, um den sich bald wieder ein vollerer Kreis ansetzen könne. „Sollte aber auch nicht der ernste Ruf des Vaterlandes seine Kraft bewähren, so gedenken wir doch, wenn auch in kleiner Zahl und großer Mühsal, die Vollmacht, die wir vom deutschen Volke empfangen, die zerfetzte Fahne treu gewahrt in die Hände des Reichstags niederzulegen . . . .“ Dieser Reichstag sollte am 15. August zusammentreten; die Wahlen dazu, die auf den 15. Juli 1849 angesetzt waren, haben bekanntlich nie stattgefunden. Zum Schluß nahm Uhland „in verhängnisvollem

Augenblicke die tätige Mitwirkung des gesamten deutschen Volkes" in Anspruch: nicht zum Friedensbruch solle aufgefordert werden, nicht der Bürgerkrieg solle geschürt werden; aber „in dieser eisernen Zeit" sei es nötig, daß das Volk wehrhaft und waffengeübt dastehe; die Volkswehr solle deshalb schleunigst und vollständig hergestellt werden. Und der letzte Satz forderte das deutsche Volk auf, bei den Wahlen das gemeinsame Wahlrecht zu gebrauchen, sich auf kein willkürliches einzulassen, und drückte in diesem Sinne „dem Männerstolz und Ehrgefühle unseres zur Freiheit neu erwachten Volkes das feste Vertrauen" aus. Karl Vogt hat mit Recht von dem kristallhellen Strom gesprochen, der aus einer Dichterseele in diese Proklamation geflossen sei. Wie die erste Deutsche Nationalversammlung dann schließlich in Stuttgart durch das Militär zersprengt worden ist, wollen wir nicht im einzelnen schildern, sondern wir wollen mit diesem Aufruf Uhlands von ihr Abschied nehmen[290]).

Aus tiefster Empörung über das Verhalten der Zentralgewalt und die „schwarze Undankbarkeit des Reichsverwesers" hat Moritz Mohl die seltsam prophetischen Worte gesprochen: „Bei Gott, es ist möglich, in dem gegenwärtigen Augenblick ist vieles möglich, sie können siegen in Deutschland mit ihren Bajonetten; aber bei Gott, die deutsche Nation wird sich dessen erinnern, und das nächste Mal wird sie reinen Tisch machen!"[291])

Das deutsche Volk hat 1848 gezeigt, daß es unter allen Völkern der Kulturwelt am wenigsten Talent zur Revolution besaß. Eine Revolution muß schnell und kräftig verlaufen; die große Kunst bei Revolutionen ist, nicht sie anzufangen, sondern den revolutionären Geist durch sich selbst zu überwinden, die notwendig gewordene Zerstörung ins Schöpferische umzustimmen. Das Schicksal der Frankfurter Paulskirche erscheint uns Heutigen zugleich altfränkisch und sehr modern. Auf dieser Welt von 1848 liegt ein Hauch von Reinheit und Hoheit; wir haben uns aber durch diese Patina der abgeschiedenen Dinge nicht täuschen lassen, wir haben auch die Mißklänge, die Rohheit und die Skepsis zum Ausdruck gebracht. Der Kampf um die deutsche Einheit steht bei der Betrachtung des Werkes der Frankfurter Nationalversammlung im Vordergrund. Hier war die tiefste Not, hier war das meiste und derbste Widerstreben. Das große Hindernis für den Sieg der Paulskirche in diesem

Kampf war Preußen —, der Staat, die Überlieferung, der politische Stil noch viel mehr, als einzelne Personen. Karl Vogt hat einmal ein Wort des Herrn von Bismarck-Schönhausen angeführt (Bismarck ist also auch in der Frankfurter Paulskirche vorgekommen!): „Ehe ich sehe, daß mein König zum Vasallen von Herrn Simon und Konsorten herabgewürdigt wird, will ich lieber, daß Preußen so bleibe, wie es war"[292]). Bei aller Deutschheit Friedrich Wilhelms IV. — Preußen wollte eben doch so bleiben, wie es war. Es war ein zu selbständiges und zu bodenwüchsiges politisches Gebilde, und Bismarcks Deutsches Reich hat ja dieses Preußen weiter in die deutsche Zukunft hineingetragen.

Der Kampf um die Freiheit war weniger sichtbar als der Einheitskampf — er war aber, geschichtlich betrachtet, der tiefere und mächtigere. Der revolutionäre Geist von 1848 lebte in ihm am stärksten. Der Liberalismus der vorrevolutionären Zeit nahm ja aus den revolutionären Kämpfen früherer Jahrhunderte und anderer Nationen das Bedeutungsvollste in sich auf und gestaltete es zu einer Forderung von europäischer Tragweite. Der romantische Geist des 19. Jahrhunderts hatte alles schon besiegte Autoritative wiedererweckt und neubelebt: den fürstlichen Absolutismus, die Macht der Kirche und jene so eigentümliche, besonders für Deutschland charakteristische geistige Kraft, die die Aufklärungsideale ablöste, den ständischen Loyalismus und den Konventionalismus. Die Schwäche der deutschen Bewegung und der eigentliche Grund ihres Scheiterns liegt nun darin, daß der Liberalismus nicht getragen wurde von einem in sich einheitlichen bürgerlichen Stande. Das Bürgertum war gespalten; seine obere Schicht näherte sich zum Teil dem viel schärferen und klareren Typ der französischen Bourgeoisie; zum Teil erzeugte es den eigenartigen deutschen Typus der Noblesse des Geistes, den deutschen Professor oder Juristen. Die untere Schicht des Bürgertums war noch wirtschaftlich in einem sehr gebundenen Stadium; sie haftete am Boden und vertat ihre Kraft in kleinem Werk und in kleinem Geist. Hier setzte die gesellschaftliche Auflösung ein, von der wir gesprochen haben. Das Kleinbürgertum wurde vom Radikalismus erfüllt, es blieb zum Teil rein bürgerlich, zum Teil aber verband es sich mit dem entstehenden Proletariat und wurde mit diesem zusammen nun das

Gefäß für eine ganz neue Staats- und Gesellschaftsanschauung, den Sozialismus. Die frühen Regungen des Sozialismus in der ersten Deutschen Nationalversammlung haben wir gespürt. Er stellte sich neben den Liberalismus und die Demokratie als Erbe ihrer gegen die alten Mächte des romantischen Geistes gerichteten Opposition, zugleich aber als der Verkünder des Geistes einer neuen Revolution.

Die Frankfurter Paulskirche endete mit einer Katastrophe. Es war nicht eine Katastrophe des Gedankens der Volkssouveränität, den sie so inbrünstig vertreten hatte, sondern es war die Katastrophe des reinen Parlamentarismus, des Parlamentarismus ohne Macht. Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts sind erfüllt gewesen vom realistischen Geist; wir finden, daß dieser Realismus etwas neben und unter der Paulskirche steht. Die erste Deutsche Nationalversammlung ragte noch in leichtere und freiere Höhen. Ihr Bild wird für alle deutsche Zukunft etwas von der melancholischen Heiterkeit bewahren, die Jugend und Frühling in sich tragen, wenn sie vergangen sind.

# Anhang.

## Quellen und Literatur.

Die Grundlage dieser Studie bilden in erster Linie die „Stenographischen Berichte über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. Herausgegeben auf Beschluß der Nationalversammlung, durch die Redaktionskommission und in deren Auftrag von Professor Franz Wigard". 9 Bände. Frankfurt a. M., gedruckt bei Johann David Sauerländer 1848 bis 1849. Als Anhang dazu ist das vollständige Inhaltsverzeichnis (Sach- und Personalregister) 1850 in Johann David Sauerländers Verlag zu Frankfurt a. M. erschienen.

An weiteren Quellen kamen besonders in Betracht: das Reichsgesetzblatt, 1. bis 17. Stück Frankfurt a. M. 1848 bis 1849; der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Entwurf einer Gewerbeordnung und verschiedene diesen Gegenstand betreffende Petitionen und Anträge, der als Beilage 1 zum Protokoll der Sitzung der Nationalversammlung vom 26. Februar 1849 gedruckt worden ist.

Ausführliche Angaben über die Quellen und die Literatur der Revolutionszeit von 1848 bis 1849 findet man in meinen früheren Arbeiten zur Geschichte der Epoche:

Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848-49, Stuttgart und Berlin 1908.

Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem, Stuttgart und Berlin 1910.

Aus der dort angeführten Literatur, auf die ich ausdrücklich verweise, habe ich besonders die Werke von Laube und Mollat wieder herangezogen. Wichtig ist noch die das Vorparlament und die Frankfurter Nationalversammlung betreffende zeitgenössische Darstellung in der Zeitschrift „Die Gegenwart" Leipzig 1849, Band 2ff; ferner die einschlägigen Aufsätze in

der „Deutschen Vierteljahrsschrift", Stuttgart und Tübingen, 1849.

Von späteren Darstellungen erwähne ich nur den Aufsatz „1848" von Erich Marcks; jetzt in der Sammlung „Männer und Zeiten", 5. Auflage, 1918, S. 231, und das nach meinen obengenannten Arbeiten erschienene Buch: Friedrich Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution, Berlin 1913.

---

## Anmerkungen.

[1]) Müller, St. B. (Abkürzung für Stenographischer Bericht) I, 14.
[2]) Gagern, H. v., St. B. VI, 4649.
[3]) Eisenmann, St. B. VIII, 5847.
[4]) Nauwerck, St. B. VII, 5494.
[5]) Schubert, St. B. VII, 5509.
[6]) Rösler, St. B. VII, 4939; Fall Minkus IV, 3107.
[7]) Gfrörer, St. B. IX, 6783.
[8]) Wippermann, St. B. I, 253.
[9]) Jucho, St. B. VI, 4364/65.
[10]) Wydenbrugk, St. B. VI, 4599.
[11]) Gagern, H. v., St. B. IV, 2435.
[12]) — St. B. IX, 6458.
[13]) — St. B. I, 63.
[14]) — St. B. I, 521.
[15]) — St. B. III, 2185.
[16]) — St. B. VII, 5301.
[17]) — St. B. VI, 4223.
[18]) — St. B. I, 17.
[19]) Simson, St. B. II, 979.
[20]) Reichsverweser Erzherzog Johann, St. B. I, 677 u. 726.
[21]) Bericht über die provisorische Zentralgewalt I, 356.
[22]) Lette, St. B. I, 404.
[23]) Schulz, St. B. V, 3526.
[24]) Heckscher, St. B. II, 842.
[25]) Raveaux, St. B. IX, 6509.
[26]) Schmerling, St. B. V, 3369.
[27]) Fürst Leiningen, St. B. II, 1466.
[28]) Eisenmann, St. B. III, 1662.
[29]) Robert Mohl, St. B. III, 1619.
[30]) Grävell, St. B. III, 2290.
[31]) — St. B. IX, 6612.
[32]) Biedermann, St. B. IX, 6618.
[33]) Grävell, St. B. II, 1364; III, 1956.
[34]) Gagern, H. v., St. B. I, 122.
[35]) Robert Blum, St. B. I, 468.

[36]) Lichnowsky, St. B. I, 467.
[37]) Arndt, St. B. I, 467.
[38]) Wuttke, St. B. VI, 4373.
[39]) Löwe, Wichmann, St. B. VI, 4237/38.
[40]) v. Vincke, St. B. III, 2105.
[41]) — St. B. I, 439.
[42]) — St. B. VI, 4287.
[43]) — St. B. I, 137.
[44]) — St. B. IV, 2492.
[45]) — St. B. VI, 4635.
[46]) Lichnowsky, St. B. I, 659.
[47]) — St. B. III, 1885.
[48]) — St. B. III, 1844.
[49]) — St. B. II, 951.
[50]) — St. B. II, 1522.
[51]) — St. B. III, 2120.
[52]) — St. B. I, 503.
[53]) — St. B. I, 504 u. 506.
[54]) — St. B. II, 1308.
[55]) — St. B. III, 1903.
[56]) Zimmermann, St. B. IV, 2646.
[57]) Zitz, St. B. I, 478, 523 u. 527.
[58]) Dahlmann, St. B. V, 3788.
[59]) — St. B. V, 3812.
[60]) — St. B. VII, 4821.
[61]) — St. B. I, 274.
[62]) — St. B. III, 1882.
[63]) — St. B. I, 273.
[64]) Rießer, St. B. IV, 2474/75.
[65]) — St. B. VIII, 5911.
[66]) Jordan, St. B. I, 328 u. 426.
[67]) — St. B. II, 1146; Clemens, II, 1172.
[68]) — St. B. II, 1146.
[69]) — St. B. I, 426.
[70]) — St. B. II, 1143.
[71]) — St. B. II, 1150.
[72]) — St. B. VI, 4574 u. 4575.
[73]) — St. B. VI, 4574.
[74]) — St. B. IV, 3121.
[75]) — St. B. IX, 6658.
[76]) — St. B. I, 426.
[77]) Giskra, St. B. IV, 2793.
[78]) — St. B. IV, 2794.
[79]) — St. B. VI, 4660.
[80]) — St. B. V, 3680.
[81]) — St. B. IV, 3045.
[82]) — St. B. V, 3682.
[83]) Robert Blum, St. B. I, 150.

[84]) Robert Blum, St. B. I, 402.
[85]) — St. B. I, 504.
[86]) — St. B. II, 1108.
[87]) — St. B. II, 1142.
[88]) — St. B. III, 1897 u. 1898.
[89]) — St. B. I, 721 u. 726.
[90]) Wigard, St. B. VIII, 6356; Kirchgeßner, St. B. V, 3325.
[91]) Vogt, St. B. VII, 4992.
[92]) — St. B. II, 1558.
[93]) — St. B. VIII, 5823.
[94]) — St. B. VIII, 5654.
[95]) — St. B. III, 2093.
[96]) — St. B. VIII, 5820.
[97]) — St. B. VI, 4629.
[98]) — St. B. VIII, 6269.
[99]) — St. B. VI, 4081.
[100]) — St. B. III, 1668/69.
[101]) — St. B. II, 1152.
[102]) — St. B. IV, 2824, IX, 6647 u. 6649.
[103]) Ludwig Simon von Trier, St. B. I, 407.
[104]) — — St. B. VI, 4588.
[105]) — — St. B. VII, 5135.
[106]) — — St. B. IX, 6422.
[107]) — — St. B. IX, 6557.
[108]) — — St. B. IX, 6835.
[109]) — — St. B. IX, 6837.
[110]) Lang, St. B. I, 4.
[111]) Wesendonck, St. B. I, 5.
[112]) Entwurf zur Geschäftsordnung, St. B. I, 163.
[113]) Nauwerck, St. B. I, 112; Eisenmann I, 132.
[114]) Brunck, St. B. I, 123.
[115]) Gagern, H. v., St. B. I, 713.
[116]) Kühl, St. B. I, 53.
[117]) Stedmann, St. B. II, 989.
[118]) Blumenröder, St. B. I, 54.
[119]) Eisenstuck, St. B. I, 69.
[120]) Vischer, St. B. I, 45.
[121]) — St. B. I, 67.
[122]) — St. B. III, 1628.
[123]) Jakob Grimm, St. B. I, 191.
[124]) — St. B. I, 166.
[125]) Jucho, St. B. I, 24.
[126]) Bericht über die Wahlen in Konstanz und Thiengen, St. B. VIII, 6189.
[127]) Viebig, St. B. II, 1213.
[128]) Petitionen, St. B. I, 34.
[129]) Eingabe des Vereins für deutsche Reinsprache, St. B. III, 2008.
[130]) Eingabe der Siebenbürger, St. B. II, 1415.
[131]) Petition deutscher Bürger in Amerika, St. B. VIII, 5733.

[132]) Eingabe von Karl Heinzen, St. B. I, 193.
[133]) Groteske Eingaben, St. B. I, 783 u. II, 1003.
[134]) Rödinger, St. B. VI, 4538.
[135]) Wernher, St. B. II, 1350; III, v. Hermann S. 2236.
[136]) Kapp, St. B. I, 644.
[137]) Schoemaekers, St. B. IX, 6756.
[138]) v. Soiron, St. B. II, 1443; Brentano, II, 1438 u. 1451.
[139]) Abbruch der Sitzung, St. B. IX, 6477.
[140]) Wolff, St. B. IX, 6749 u. 6781.
[141]) Plathner u. Rob. Blum, St. B. I, 227; Bassermann, VII, 5254.
[142]) Schaffrath, St. B. IV, 3083; Gagern, H. v., St. B., I, 376; Rösler, IV, 2493 u. 2529.
[143]) Eisenmann, St. B. V, 3432.
[144]) Wedekind, St. B. IV, 2972.
[145]) Kohlparzer, St. B. II, 1555; Kapp, I, 350; Moritz Mohl VIII, 6133.
[146]) Jucho, St. B. IV, 2586, Leue I, 32.
[147]) Mareck, St. B. IV, 2678.
[148]) v. Beckerath, St. B. III, 2366; VI, 4336.
[149]) Grubert, St. B. I, 314.
[150]) Vogt, St. B. VIII, 5822; Sepp VI, 4607 u. 4609.
[151]) Nauwerck, St. B. VII, 5521.
[152]) Raumer, St. B. VII, 5285.
[153]) Reichensperger, St. B. VII, 5261.
[154]) Wesendonck, St. B. VI, 4435.
[155]) Venedey, St. B. VII, 5290.
[156]) v. Vincke, St. B. I, 442.
[157]) Motive zum Ausschußbericht über die deutsche Reichsverfassung, St. B. IV, 3, 2724f.
[158]) Tellkampf, St. B. I, 168.
[159]) v. Lassaulx, St. B. II, 990.
[160]) Mittermaier, St. B. III, 1610; VII, 5016; III, 1610; Ahrens, VI, 4044; Eisenstuck, St. B. VI, 4758; Bassermann VII, 5253; Mittermaier V, 3614.
[161]) Wedekind, St. B. III, 1650; Beseler, III, 1954; Ahrens, III, 1778; Döllinger, III, 1673.
[162]) Adresse von Bürgern New Yorks I, 162; Ziegert, VI, 4571; Achleitner, St. B. I, 763; Eisenstuck, II, 899; Blum I, 150; Möring I, 433; Graf Wartensleben V, 3338.
[163]) Ruge, St. B. I, 482; VIII, 5587.
[164]) Reichensperger, VI, 4738; Bally I, 537; Beseler, III, 2563.
[165]) v. Salzwedell, St. B. III, 2329; Hildebrand II, 968.
[166]) Ziegert, St. B. VII, 5234.
[167]) Moritz Mohl, St. B. III, 2328.
[168]) Arndt, St. B. III, 2049.
[169]) v. Lassaulx, St. B. I, 455.
[170]) Gfrörer, St. B. VI, 4043.

[171]) Vogt, St. B. VI, 4080; v. Vincke, Mittermaier, VI, 4080 u. 4089; Dahlmann, St. B. VI, 4096.

[172]) Vogt, St. B. VII, 5499 u. 5500.

[173]) Mittermaier, St. B. VII, 5099; Vogt, II, 1255.

[174]) Schlöffel, St. B. III, 1578 u. 1600; Leue, II, 1355; Mittermaier, St. B. II, 1361.

[175]) Venedey, St. B. III, 2386.

[176]) Ruge, St. B. II, 1070; v. Wydenbrugk, II, 1115.

[177]) Simon von Trier, St. B. I, 415; v. Watzdorf, V, 3809.

[178]) Math, St. B. VII, 5299.

[179]) Welcker, St. B. I, 142; Wurm VI, 4451.

[180]) Löwe, St. B. VII, 5242; v. Vincke, III, S. 2412.

[181]) Plathner, St. B. VII, 4490; v. Vincke, VI, 4086; Wurm, VII, 4880.

[182]) Rießer, St. B. IV, 2474.

[183]) Wernher, St. B. II, 1383.

[184]) Fröbel, St. B. VII, 4822; Merck, VII, 5158; Vogt, IV, 2648 u. 2822; Zimmermann, St. B. VII, 4784.

[185]) Wernher, St. B. VI, 4773.

[186]) Bresgen, St. B. II, 963; Compes, St. B I, 146; Arndts II, 1040; Mittermaier, III, 2016; Reichensperger, II, 1036.

[187]) Blum, St. B. III, 2116; Mittermaier, V, 3614; Wagner, IV, 2851.

[188]) Bassermann und Hartmann, St. B. VI, 4754; Vogt, I, 509; Venedey, III, 2206; Welcker, St. B. I, 141; Esterle, VIII, 6218; Wiesner, VII, 5300; Rießer, III, 2350.

[189]) Bassermann, St. B. VIII, 6302; Schwetschke, III, 1751; Wurm, VI, 4618; Vincke, VI, 4286; Philipps, VI, 4079; Fritsch, IV, 2772; Motive zum Bericht über die deutsche Reichsverfassung, IV, 2724 f.

[190]) Ruge, St. B. II, 1099; Scheller, II, 1371; Vogt, IV, 2485.

[191]) Giskra, St. B. IV, 2793.

[192]) Welcker, St. B. V, 3277.

[193]) Rödinger, St. B. VII, 5180.

[194]) Jahn, St. B. V, 3810.

[195]) Pfeiffer, St. B. III, 1725; Göden, IV, 4449; Wernher, II, 1383.

[196]) Hildebrand, VII, 5286.

[197]) Beckerath, St. B. V, 3286.

[198]) Nauwerck, St. B. IX, 6868.

[199]) Vogt, St. B. IV, 3041.

[200]) Wichmann, St. B. IV, 2884.

[201]) v. Reden, St. B. VIII, 5872.

[202]) Simon von Trier, St. B. VIII, 5879 u. IX, 6711.

[203]) Kapp, St. B. I, 344; Evertsbusch, VI, 4453; Welcker, VIII, 5803; Wurm, IV, 2908; Blum, II, 1142; Vischer, III, 2176; Graf Wartensleben, II, 1162; Zimmermann, III, 1703; Braun, I, 398.

[204]) Rödinger, VI, 4078; Jordan, VI, 4579; Löwe, III, 1945; Vogt, VI, 4079; Hartmann, VII, 5393.

[205]) v. Hagen, St. B. II, 1425.

[206]) Eisenmann, St. B. III, 2051; Simon von Trier, VIII, 6317; Ottow, I, 151; Arndt, St. B. I, 657; Simson, VIII, 6093; Simon von Trier, III, 2127; Eisenmann, VIII, 5848.
[207]) Bassermann, VII, 5251.
[208]) Arndt, St. B. I, 214.
[209]) Simson, St. B. III, 2207.
[210]) Mittermaier, St. B. VII, 5328.
[211]) Venedey, St. B. VII, 5291.
[212]) Bergmann, St. B. IX, 6869; Philipps, VI, 4724; Wurm, VIII, 5809; Nauwerck, St. B. II, 1564; Jahn, VI, 4716.
[213]) Schüler, St. B. VIII, 5897.
[214]) Rießer, St. B. VIII, 5903; Wurm, IV, 4451; Ziegert, VI, 4568.
[215]) v. Bally, St. B. III, 1950; Reinhard, St. B. II, 787; Simon von Trier, II, S. 1429.
[216]) Wydenbrugk, St. B. VIII, 5831.
[217]) Blum, St. B., I, 404.
[218]) Jakob Grimm, St. B. II, 737.
[219]) Esterle, St. B. II, 6219.
[220]) Löwe, St. B. IV, 3034.
[221]) Raveaux, St. B. VI, 4593; H. v. Gagern, III, 1575; Rießer, III, 2368; Uhland, VII, 4819.
[222]) Jahn, St. B. VI, 4717; VII, 5280 u. 5282.
[223]) Schulz, St. B. VII, 5159.
[224]) Esterle, St. B. VII, 5208.
[225]) Entwurf zur Reichsverfassung, St. B. IV, 2737.
[226]) Arndt, St. B. II, 1020.
[227]) Die Huldigung an Arndt, St. B. I, 27.
[228]) Arndt, St. B. VI, 4721; Vogt, II, 1556.
[229]) Jahn, St. B. VIII, 6203.
[230]) v. Lassaulx, St. B. VI, 4774; Philipps VI, 4724; Welcker VI, 4083; Wurm VI, 4618.
[231]) Welcker, St. B. VI, 4068; Vogt VI, 4080.
[232]) Michelsen, St. B. II, 1315.
[233]) Heinrich Simon, St. B. V, 3272.
[234]) Rödinger, St. B. VII, 5182.
[235]) Reichensperger, St. B. VIII, 6294; Simon von Trier, VIII, 5587.
[236]) Bassermann, St. B. VII, 5250; Beda Weber VII, 4814; Mittermaier IV, 2983; Beseler VII, 5497.
[237]) Simon von Trier, St. B. I, 407; Robert Mohl II, 875; Schaffrath I, 434; Heckscher I, 43; Beseler VII, 5497; Motive zum Gesetz über das Reichsgericht V, 3600.
[238]) Löwe, St. B. VII, 5243; Wurm, II, 1110.
[239]) Reichensperger, St. B. III, 2423; Schaffrath IV, 2653; v. Beisler, III, S. 1887; Vischer, IV, 2610.
[240]) Ahrens, II, 1293; Bock, II, 802; Plathner, IV, 2420; Rappard, VII, 5296; Vogt, V, 3706; Ziegert, VII, 5235.

[241]) Fröbel, St. B. VII, 4832; VIII, 5870; Raveaux, VII, 6320.

[242]) Welcker, St. B. V, 3691.

[243]) Beseler, St. B. I, 701; v. Hagen, II, 1425; Kolb, III, 1583; Vogt, IV, 2486.

[244]) Arndt, St. B. IX, 6573; Jahn, VII, 4894; Wigard, IV, 2988.

[245]) Lichnowsky, St. B. I, 105; Raveaux, VIII, 5831; Ruge, II, 1101.

[246]) Löwe, St. B. V, 3899; Kierulff, II, 1298; Moritz Mohl, II, 1296; Schwetschke, II, 1297.

[247]) Bericht Beselers über die Mediatisierungsfrage, V, 3817; Mölling, V, 3820.

[248]) Schoder, IV, 2608.

[249]) v. Hagen, St. B. II, 1424.

[250]) Moritz Mohl, St. B. V, 3824.

[251]) v. Hagen, St. B. IV, 2755; Begründung der Minderheitsgutachten zu dem Abschnitt des Verfassungsentwurfs vom Reich und der Reichsgewalt, IV, 2745.

[252]) Claussen, St. B. IV, 2981; Reh, I, 399; Biedermann, IV, 2682; Schuselka, II, 1023; Vogt, VIII, 5820, Zimmermann, V, 3827.

[253]) Arndt, St. B. II, 1021; Edel, I, 498, Würth, I, 400; Welcker, VIII, 5806; Wesendonck, I, 377.

[254]) v. Rönne, St. B. I, 334.

[255]) Fröbel, St. B. VII, 4823; Gagern, VI, 4565; Hagen, VII, 4968; Raveaux, I, 128; Henkel, I, 30; Schlöffel, I, 346; Trützschler, I, 414.

[256]) Arndt, St. B. II, 836; Berger, VII, 5253, Blum I, 151; Simon von Trier, St. B. I, 406 u. 409; Vincke, I, 137; Welcker, I, 141 u. VI, 4083.

[257]) Biedermann, St. B. III, 1643; v. Beckerath, III, 1678; v. Ketteler, III, 2183; Reichensperger, VI, 4739; Giskra, III, 1791; Wigard, III, 1788; Zell, III, 1668.

[258]) Vischer, St. B. III, 2176.

[259]) Jakob Grimm, St. B. II, 1331.

[260]) Moritz Mohl, St. B. VIII, 5840; Merck, V, 1377; Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die von ihm zu dem Entwurfe über die Reichsgewalt gestellten Verbesserungsanträge, V, 3212f.; Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses, die Aufhebung der Flußzölle betr., V, 3757.

[261]) Schulz, St. B. VIII, 5720f.; Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses, die Erlassung eines Gesetzes, den Schutz und die Fürsorge des Reichs für die deutsche Auswanderung betr., VIII, 5709; Schulz II, 1058; Tellkampf, II, 1056; Vogel, II, 1060; Ziegert, II, 1059.

[262]) Eingabe und Bericht des Pfarrers Schellenberg, VI, 4403.

[263]) Schlöffel, St. B. I, 311.

[264]) Löwe, St. B. IV, 2549.

[265]) Eingaben über Feudallasten, St. B. IV, 2388 u. 2394.

[266]) Reichensperger, St. B. IV, 2422.

[267]) Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Zustände der Weberei und Spinnerei, IX, 6362.

[268]) Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses zu dem Entwurf der Grundrechte, St. B. I, 689; Hildebrand, I, 756; Mohl, II, 857; Eisenmann, I,

765; Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Petitionen wegen Aufhebung der Feudalverhältnisse, III, 2388.

269) Antrag des Abgeordneten Reisinger, I, 422; Hildebrand, VII, 5285; Mittermaier, VII, 5326; Simon von Trier, VII, 5314.

270) Beseler, VII, 5141.

271) Lette, St. B. VII, 5132; Schütz, VII, 5129; Nauwerck, VII, 5106.

272) Reinhard, St. B. II, 787.

273) Fehrenbach, St. B. VIII, 5573; Zitz, I, 101.

274) Nauwerck, St. B. IV, 3159; Stavenhagen, II, 803.

275) Raveaux, St. B. VIII, 5612; Beseler, VIII, 5614.

376) Beckerath, St. B. I, 110.

277) Arndt, St. B. II, 1003.

278) Vischer, St. B. I, 207; II, 950; IX, 6864; Reh, St. B. I, 52.

279) Gesetz v. 16. Juni 1849 über die Bildung der Volkswehr St. B. IX, 6871.

280) Hartmann, St. B. I, 198; Francke, II, 1123; Antrag der Stadt Kiel, I, 679; Adresse von Bürgern New Yorks, I, 162; Schreiben des Konsuls von Pfordten, I, 753; Schmerling, III, 1624.

281) Jordan, St. B. III, 2087.

282) Möring, St. B. I, 306; Österreich und die deutsche Flotte, VIII, 5665, 5680 bis 5685; Bericht von Duckwitz, VIII, 6334; Aufwand für die Marine, VI, 4341; Gesetz über die deutsche Kriegs- und Handelsflagge, II, 1279.

283) Neuwall, St. B. I, 119.

284) Beisler, St. B. I, 661; Höfken, St. B. I, 212; Mareck, I, 118; Reitter, IV, 2782; Riehl, IV, 2902; Mühlfeld, IV, 2856; Wagner, IV, 2851; Venedey, II, 1212.

285) Arneth, St. B. IV, 2780 und 81; Fröbel, VIII, 5869.

286) Ahrens, St. B. VIII, 5853; Beidtel, IV, 2848; Fritsch, IV, 2774; Buß, V, 3852; Gagern, H. v., IV, 2889; Groß, IV, 2896; Stremayr, IV, 2881; Uhland, IV, 2876.

287) Flir, St. B. II, 1549/50.

288) Waitz, St. B. IV, 2787; Welcker, V, 3696.

289) Venedey, St. B. VI, 4539; Beckerath, VI, 4596; Gagern, H. v., IV, 2900; Welcker, St. B. V, 3693; Raveaux, V, 3738; Gagern, H. v., VI, 4563; Giskra, VI, 4652; Jordan, VI, 4580; Fritsch, IV, 2772.

290) Hagen, St. B. VI, 4713; Scheller, IV, 3153; Simon von Trier, II, 825; Reinhard, St. B. III, 2220; Gfrörer, III, 1785; Lassaulx, VI, 4775; Arndt, I, 657; Hergenhahn, I, 94.

291) Löwe, St. B. V, 3291; Rießer, VIII, 5907.

292) Jordan, St. B. V, 3434; Raveaux, I, 28; Simon von Trier, III, 1985; Bassermann, St. B. V, 3409; Graf Reichenbach, IV, 3124; Zachariä, V, 3266; Vincke, V, 3278, Heinrich Simon, V, 3273; Göden, 4448; Simon von Trier, V, 3449.

293) Haym, St. B. VI, 4438.

294) Blum, St. B. III, 2116; Bericht über den Waffenstillstand von Malmö, III, 2020f.

295) Vogt, St. B. V, 3702; Raumer, VII, 5285.

296) Zachariä, St. B. V, 3168; Wagner, IV, 2850.

297) Wurm, St. B. VIII, 6213.

[298]) Simon von Trier, St. B. III, 1835; Edel, VII, 4837; Venedey, IV, 2482.

[299]) Bassermann, St. B. II, 1107; Wurm, II, 1110 bis 1111, Lichnowsky, II, 935; Beckerath, St. B. II, 1112; Schmerling, II, 1103; der Fall des Artillerieleutnants Willich, St. B. VIII, 6159; Raumer, I, 282; Wurm, I, 279; Raveaux, I, 514; Zimmermann, VII, 4780; Vogt, II, 1105; Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses über die auswärtige Lage, St. B. I, 654f.

[300]) Nauwerck, St. B. II, 1563; Ruge, II, 1098; Bassermann, II, 1107; Beckerath, II, 1111.

[301]) Wurm, St. B. VIII, 5809; die Kaiserwahl, VIII, 6084.

[302]) Die Erklärungen zur Kaiserwahl, St. B. VIII, 6095.

[303]) Buß, St. B. VIII, 6078; VIII, 5864; Reh, VIII, 5842; Eisenmann, VIII, 5847; Mohl, St. B. VIII, 5841; Schmidt, VIII, 6254.

[304]) H. v. Gagern, St. B. VIII, 5879; Zittel, VIII, 5867; Protest schwäbischer Gemeinden, St. B. VII, 5121; Eisenmann, VIII, 5845; Vogt, VIII, 5819.

[305]) Rümelin, St. B. VII, 4815; Wurm, VIII, 5811; Römer, VIII, 5813; Vogt, VIII, 5821; Rießer, VIII, 5908.

[306]) Die preußische Note vom 23. Januar 1849, St. B. VIII, 6082; Vogt, VIII, 5820; Simson, St. B. VIII, 6125; Ahrens, IX, 6653; Kierulff, VIII, 6245; Welcker, VIII, 5666f.

[307]) Welcker, St. B. IX, 6405 u. 6672.

[308]) Nauwerck, St. B. II, 1363; Vogel, II, 1373; Schlöffel, III, 1577; Vogt, VIII, 6265; Schlöffel, St. B. III, 1576; Plathner, VIII, 5653.

[309]) Bassermann, St. B. III, 1890; Jahn, VII, 5214; Löwe, VII, 5242; Jordan, IX, 6622.

[310]) Simon von Trier, St. B. VIII, 6134.

[311]) Einladung der Stadt Heidelberg, St. B. IX, 6732; Vischer, IX, 6864.

[312]) Vogt, St. B. VIII, 6266/67, 6272.

[313]) Nürnberger Adresse, St. B. IX, 6531; Raveaux, VIII, 6319; Welcker, VIII, 6256.

[314]) Uhlands Aufruf, St. B. IX, 6735; Vogt, IX, 6751.

[315]) Moritz Mohl, St. B. IX, 6856.

[316]) Vogt zitiert Bismarck, St. B. VIII, 6271.

# Berichtigungen zu den Anmerkungen.

Seite 161—168.

60) lies: St. B. VII, 4821, St. B. I, 274, St. B. III, 1882, St. B. I, 273.

61) bis 63) fallen weg.

Statt 64) lies: 61.

„ 65) „ 62.

„ 66) „ 63.

„ 67) „ 64.

„ 68) „ 65.

„ 69) „ 66.

„ 70) „ 67.

„ 71) „ 68.

„ 72) „ 69.

„ 73) „ 70.

„ 74) „ 71.

„ 75) „ 72. St. B. IX, 6658 und St. B. I, 426.

76) fällt weg.

„ 77) lies: 73.

„ 78) „ 74.

„ 79) „ 75.

„ 80) lies: 76. St. B. V, 3680, St. B. IV, 3045; St. B. V, 3682.

81) u. 82) fallen weg.

„ 83) lies: 77.

„ 84) „ 78.

„ 85) „ 79.

„ 86) „ 80.

„ 87) „ 81.

„ 88) „ 82.

„ 89) „ 83.

„ 90) „ 84.

„ 91) „ 85.

„ 92) „ 86.

„ 93) „ 87.

„ 94) „ 88.

„ 95) „ 89.

„ 96) „ 90.

„ 97) „ 91.

„ 98) „ 92.

„ 99) „ 93.

„ 100) lies: 94.

„ 101) „ 95. St. B. II, 1152; IV, 2824; IX, 6647 u. 49.

102) fällt weg.

Statt 103) lies: 96.

„ 104) „ 97.

„ 105) „ 98.

„ 106) „ 99.

„ 107) „ 100.

„ 108) „ 101.

„ 109) „ 102.

„ 110) „ 103.

„ 111) „ 104. Wesendonck St. B. I, 5; Entwurf zu Geschäftsordnung St. B. I, 163.

112) fällt weg.

„ 113) lies: 105.

„ 114) „ 106.

„ 115) „ 107.

„ 116) „ 108.

„ 117) „ 109.

„ 118) „ 110.

„ 119) „ 111.

„ 120) „ 112. Vischer mit Zitaten.

121) u. 122) fallen weg.

„ 123) lies: 113.

„ 124) „ 114.

„ 125) „ 115.

„ 126) „ 116.

„ 127) „ 117. Viebig St. B. II, 1213; Petitionen St. B. I, 34.

128) fällt weg.

„ 129) lies: 118.

„ 130) „ 119.

„ 131) „ 120. Petition deutscher Bürger in Amerika St. B. VIII, 5733; Eingabe von Karl Heinzen St. B. I, 133.

132) fällt weg.

„ 133) lies: 121.

„ 134) „ 122.

135) fällt weg.

„ 136) lies: 124.

„ 137) „ 125.

Statt 138) lies: 126.

„ 139) „ 127.

„ 140) „ 128.

„ 141) „ 129.

„ 142) „ 130.

„ 143) „ 131.

„ 144) bis 146) lies: 132. Wedekind, Kohlparzer, Kapp, Moritz Mohl, Jucho, Leue, mit Zitaten.

„ 147) lies: 133.

„ 148) „ 134.

„ 149) „ 135.

„ 150) „ 136.

„ 151) „ 137.

„ 152) „ 138.

„ 153) „ 139.

„ 154) „ 140.

„ 155) „ 141.

„ 156) „ 142.

„ 157) „ 143.

„ 158) „ 144.

„ 159) „ 145.

„ 160) „ 146.

„ 161) „ 147.

„ 162) „ 148.

163) fällt weg.

„ 164) lies: 149. Ruge, Reichensperger, Bally, Beseler, mit Zitaten.

„ 165) „ 150.

„ 166) „ 151.

„ 167) „ 152.

„ 168) „ 153.

„ 169) „ 154.

„ 170) „ 155.

„ 171) „ 156.

„ 172) „ 157.

„ 173) „ 158.

174) fällt weg.

„ 175) lies: 159. Schlöffel, Leue, Mittermaier, Venedey, mit Zitaten.

„ 176) lies: 160.

„ 177) „ 161.

„ 178) „ 162.

„ 179) „ 163.

180) fällt weg.

Veit Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung.

Statt 181) lies: 164. Löwe, v. Vincke, Plathner, v. Vincke, Wurm, mit Zitaten.

„ 182) „ 165.

„ 183) „ 166.

„ 184) „ 167.

„ 185) „ 168.

„ 186) „ 169.

„ 187) „ 170.

„ 188) „ 171.

„ 189) „ 172.

„ 190) „ 173.

„ 191) „ 174.

„ 192) „ 175.

„ 193) „ 176.

„ 194) „ 177.

„ 195) „ 178.

„ 196) „ 179.

„ 197) „ 180.

„ 198) „ 181.

„ 199) „ 182.

„ 200) „ 183.

„ 201) „ 184.

„ 202) „ 185.

„ 203) „ 186.

„ 204) „ 187.

„ 205) „ 188.

„ 206) „ 189.

„ 207) „ 190.

„ 208) „ 191.

„ 209) „ 192.

„ 210) „ 193.

„ 211) „ 194.

„ 212) „ 195.

213) fällt weg.

„ 214) lies: 196. Schüler, Rießer, Wurm, Ziegert, mit Zitaten.

„ 215) lies: 197.

„ 216) „ 198.

„ 217) „ 199.

218) fällt weg.

„ 219) lies: 200. Jakob Grimm, Esterle, mit Zitaten.

„ 220) lies: 201.

„ 221) „ 202.

„ 222) „ 203.

„ 223) „ 204.

„ 224) „ 205.

„ 225) „ 206.

„ 226) „ 207.

„ 227) „ 208.

Statt 228) lies: 209.

„ 229) „ 210.

„ 230) „ 211.

„ 231) „ 212.

„ 232) „ 213.

„ 233) „ 214.

„ 234) „ 215.

„ 235) „ 216.

„ 236) „ 217.

„ 237) „ 218.

„ 238) „ 219.

„ 239) „ 220.

„ 240) „ 221.

„ 241) „ 222.

„ 242) „ 223.

„ 243) „ 224.

„ 244) „ 225.

„ 245) „ 226.

„ 246) „ 227.

„ 247) „ 228.

„ 248) „ 229.

„ 249) „ 230.

„ 250) „ 231.

„ 251) „ 232.

„ 252) „ 233.

„ 253) „ 234. Arndt, Edel, Würth, Welcker, Wesendonck, v. Rönne, mit Zitaten.

254) fällt weg.

„ 255) lies: 235.

„ 256) „ 236.

„ 257) „ 237.

„ 258) „ 238.

„ 259) „ 239.

„ 260) „ 240.

„ 261) „ 241.

„ 262) „ 242.

263) fällt weg.

„ 264) lies: 243. Schlöffel, Löwe, mit Zitaten.

„ 265) lies: 244.

„ 266) „ 245.

„ 267) „ 246.

„ 268) „ 247.

„ 269) „ 248.

„ 270) „ 249.

„ 271) „ 250.

„ 272) „ 251.

„ 273) „ 252.

„ 274) „ 253.

„ 275) „ 254.

„ 276) „ 255.

Statt 277) lies: 256.

„ 278) „ 257.

„ 279) „ 258.

„ 280) „ 259.

„ 281) „ 260.

„ 282) „ 261.

„ 283) „ 262.

„ 284) „ 263.

„ 285) „ 264.

„ 286) „ 265.

„ 287) „ 266.

„ 288) „ 267.

„ 289) „ 268.

„ 290) „ 269.

„ 291) „ 270.

„ 292) „ 271.

„ 293) „ 272.

„ 294) „ 273.

„ 295) „ 274.

„ 296) „ 275. Zachariä, Wagner, Wurm, Simon v. Trier, Edel, Venedey.

297) fällt weg.

„ 298) lies: 276.

„ 299) „ 277.

„ 300) „ 278.

„ 301) „ 279.

„ 302) „ 280.

„ 303) „ 281.

„ 304) „ 282. Gagern, Zittel, Protest schwäbischer Gemeinden, Eisenmann, Vogt, Rümelin, Wurm, Römer, Vogt, Rießer, mit Zitaten.

305) fällt weg.

„ 306) lies: 283.

„ 307) „ 284.

„ 308) „ 285.

„ 309) „ 286.

„ 310) „ 287.

„ 311) „ 288.

„ 312) „ 289. Vogt, Nürnberger Adresse, Raveaux, Welcker, mit Zitaten.

313) fällt weg.

„ 314) lies: 290.

„ 315) „ 291.

„ 316) „ 292.

# Namensverzeichnis.

